

1 Y 12892 F
Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt

Neue Soziale

FORSCHUNGSJOURNAL

Bewegungen



Zivilgesellschaften im
Transformationsprozess



Heft 1 - März 1997 DM 18,-

WESTDEUTSCHER
VERLAG

I N H A L T

Editorial:

Zivilgesellschaften im Transformationsprozeß 3

Hans-Joachim Lauth/Wolfgang Merkel

**Zivilgesellschaft und Transformation
Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht..... 12**

Reinhart Kößler

**Transformation und Transition als Ausdruck sozialer Kämpfe
und gesellschaftlicher Prozesse. Kommentar zu Lauth/ Merkel 35**

Siegmar Schmidt

**Die Zivilgesellschaft im Demokratisierungsprozeß Südafrikas
Schwarze Bürgervereinigungen und Gewerkschaften 41**

Aurel Croissant/Mareike Helbert/André Madaus

Demokratisierung der 'Kleinen Tiger' 56

Stefanie Reiß/ Sabine Stohldreyer

Chile und Mexiko: Wege in die Demokratie 68

Volker Stiehl/Wolfgang Merkel

Zivilgesellschaft und Demokratie in Portugal und Spanien 81

Pulsschlag

Frank Sassenscheidt-Grote

**'Sogenannte Sekten und Psychogruppen'
Über die Enquete-Kommission beim Deutschen Bundestag 95**

Klaus-Jürgen Scherer

Was kann Reformpolitik vom Kommunitarismus lernen? 100

Thomas Günther

Globale Gerechtigkeit? Feministische Debatte zur Krise des Sozialstaats 105

Sonja Gabbani

**Soziale Bewegungen in Japan
Jahrestagung der Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung 108**

*Axel Schmidt-Gödelitz***Zivilgesellschaften in islamischen Ländern 111****Treibgut****Material, Hinweise, Notizen, Termine 118****Bewegungsliteratur****Rezensionen***Kai-Uwe Hellmann***Flucht in die Sicherheit****Zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion****(Detlev Oesterreich) 123***Kai-Uwe Hellmann***Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung****Formen des Widerstandes und der Opposition****in der DDR (Ulrike Poppe/ Rainer Eckert/ Ilko-Sascha Kowalczak (Hg.)) 124****Annotationen 127****Aktuelle Bibliographie 132****Abstracts 137**

E D I T O R I A L

Die aktuellen Ereignisse in Serbien und Bulgarien wie auch in Südkorea markieren weitere Etappen eines weltweiten Demokratisierungsprozesses. Sie verdeutlichen nach 1989 erneut die Dramatik demokratischer Transformationsprozesse und demonstrieren die Bedeutung, die der Zivilgesellschaft und ihren verschiedenen Akteuren im Prozeß der Demokratisierung zukommt. Der Kampf zivilgesellschaftlicher Akteure um politische Rechte gegen das autoritäre Regime Serbiens weist uns als Beobachter darauf hin, daß sich dort die demokratische Transformation immer noch in einer ersten Phase der Liberalisierung befindet. Die Proteste in Bulgarien sind vor allem aus einer wirtschaftlichen Verelendung motiviert: Die wirtschaftliche und die gesellschaftliche Transformation verlaufen gleichzeitig mit der politischen und wirken auf diese zurück (Offe 1994). Der Kampf südkoreanischer Gewerkschafter für Gewerkschaftsrechte und Tarifautonomie¹ gibt Hinweise darauf, daß die sozialen Kosten einer staatlich forcierten Modernisierung in den boomenden asiatischen Ökonomien an eine politisch kritische Grenze stoßen. Der weltweite Konkurrenzkampf um komparative Kostenvorteile wird auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen. Während sich die südkoreanische Regierung in ihrer Politik an den Imperativen einer globalen Logik ökonomischer Konkurrenz orientiert, weckt der Widerstand der südkoreanischen Gewerkschaften gegen eine autoritäre Wirtschaftspolitik weltweit Hoffnungen darauf, daß soziale Mindeststandards von zivilgesellschaftlichen Akteuren erfolgreich eingefordert werden können. Zugleich weist das südkoreanische Beispiel darauf hin, daß dort die Gewerkschaften als Akteure der Zivilgesellschaft gegenüber den bislang dominierenden Studentengruppen an Gewicht gewinnen (zu Südkorea siehe den Beitrag von Croissant et al. in diesem Heft).

Das Beispiel der serbischen Bürgerbewegung, die in eindrucksvoller Weise seit mehreren Wochen gegen den Wahlbetrug des serbischen Präsidenten auf Belgrads Straßen protestiert, sehen wir freilich bereits mit einem durch die Transformationsforschung² geschärften prognostischen Blick (zu den folgenden Angaben: Die ZEIT, Dossier vom 13. Dezember 1996). Die Einheit des zivilgesellschaftlichen Protestes gegen ein autoritäres Regime, das politische Wahlerfolge von Oppositionsparteien nicht zu dulden bereit war, dürfte von nur vorübergehender Natur sein: Das Bündnis Zajedno, das am 17. November in einem zweiten Wahlgang die Kommunalwahlen in fünfzehn der achtzehn größten Städte Serbiens für sich entscheiden konnte, besteht aus drei sehr heterogenen Parteien: der nationalliberalen Demokratischen Partei (DS), der sowohl bürgerlichen wie bäuerlichen Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO) und der linksliberalen Antikriegsbewegung Bürgerallianz (GSS). Die Entwicklungen des demokratischen Prozesses in Polen, Ungarn, der Tschechei und Slowenien seit 1989 haben deutlich gemacht, daß sich in einer auf die Liberalisierung folgenden Phase der Demokratisierung die Einheit der zivilgesellschaftlichen Opposition auflöst und einer politischen Konkurrenz Platz macht. Doch diese Entwicklung ist nicht gleichzusetzen mit einer Auflösung der Zivilgesellschaft. Sie ist vielmehr Ausdruck ihres Funktions- und Formwandels im Kontext des demokratischen Transformationsprozesses. Das vorliegende Themenheft untersucht die Rolle von Zivilgesellschaften in demokratischen Transformationsprozessen und macht deutlich, daß die Zivilgesellschaft in den unterscheidbaren Phasen der Demokratisierung ihre Rolle und Funktion wechselt (zur theoretischen Grundlegung siehe den Beitrag von Lauth/Merkel in diesem Heft). Nach einer z.T. bedeutenden Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in einer Phase der

Liberalisierung und zu Beginn der Demokratisierung und einem rapiden Einflußverlust an andere intermediäre Akteure bei erfolgreicher Demokratisierung ist der Weg zur demokratischen Konsolidierung³ und einer auf zivilgesellschaftliche Teilöffentlichkeiten gestützten demokratischen Streitkultur lang und mühevoll (zu einem kritischen Kommentar von Grenzen des von Lauth/Merkel vorgestellten analytischen Konzepts siehe Kößler in diesem Heft). Unterschiedliche empirisch und historisch ausgerichtete Fallanalysen, die sich an dem von Lauth/Merkel vorgegebenen analytischen Rahmen orientieren, untersuchen in diesem Heft die Rolle von im nationalstaatlichen Rahmen entstehenden Zivilgesellschaften für die Demokratisierung⁴. Natürlich können im Rahmen eines Themenheftes nur wenige Länderanalysen publiziert werden. Für eine vergleichende Analyse geben sie gleichwohl eine gute Ausgangsbasis ab. Zwar dürften den einschlägig vorinformierten LeserInnen viele der in den Fallanalysen gebotenen Informationen vertraut sein, aber wir haben uns dafür entschieden, zusammenfassende Darstellungen anzubieten, die für ein breiteres Lesepublikum den bisherigen Wissensstand kompakt und informativ zusammenfassen⁵.

Es ist zu hoffen, daß die theoretische Systematisierung des Beitrags von Zivilgesellschaften für demokratische Transformationsprozesse sowohl die Transformationsforschung⁶ wie auch die konzeptionelle Debatte über die Zivilgesellschaft⁷ voranbringt. Innerhalb der Zivilgesellschaftskonzeption knüpfen Lauth/Merkel an eine normative Kennzeichnung zivilgesellschaftlicher Akteure an. Toleranz, Fairness, Bürgersinn – die Ausrichtung auf öffentliche Angelegenheiten mit einer Orientierung an kommunikativem Handeln – und der Ausschluß nicht legitimer physischer Gewalt sowie die Ausrichtung an öffentlichen Angelegenheiten bei bestehenden Distanzen zum Staat

sind deren zentrale Merkmale. Soziale Bewegungen sind nicht die einzigen Akteure der Zivilgesellschaft – dort sind alte und neue soziale Bewegungen ebenso präsent wie Wahlbeobachtungskomitees, nicht bewegungsförmige Organisationen wie etwa Berufsvereinigungen, Kirchen u.a. Und nicht immer orientieren sich soziale Bewegungen an den für zivilgesellschaftliche Akteure kennzeichnenden normativen Kriterien (dazu kritisch Kößler in diesem Band und Forschungsjournal NSB 1/1994).

Merkel/Lauth weisen mit Recht auf mögliche Problemaspekte von Zivilgesellschaft hin: Sie „ist nicht per se emanzipatorisch oder progressiv, d.h. auch die stagnative Bewahrung eines gesellschaftlichen Status quo kann von ihr verursacht und zukunftsweisende Problemlösungen können durch sie verhindert werden.“ Derartige 'Blockademacht' in demokratischen Transformationsprozessen gelte es ebenso zu berücksichtigen wie die Aspekte einer Vermachtung der Zivilgesellschaft, fehlende binnenorganisatorische Demokratie, Konflikthaftigkeit oder auch die Verstärkungswirkung, die von einer teil- und subkulturell segmentierten Zivilgesellschaft beispielsweise in einer ethnisch segmentierten Gesellschaft ausgehen kann. Ethnisch oder religiös motivierte Gewalt bildet heute die Kehrseite des weltweiten Demokratisierungsprozesses. Doch trotz dieser Einwände scheint das Zivilgesellschaftskonzept insgesamt von einem normativen Optimismus gekennzeichnet. Der „massive Anstieg von Bürgerkriegen und gewaltsamen Spannungen in vielen Regionen der Welt ist dann nicht das historische Zeichen eines Rückfalls in den menschlichen Naturzustand, sondern die soziale Folge der Wertekonflikte und Interessengegensätze, die heute mit dem rapiden Machtzuwachs der zivilen Gesellschaft zum erstenmal überhaupt in Erscheinung treten können.“ (Honneth 1996: 284)

E D I T O R I A L

Die Kehrseite der weltweiten Demokratisierungsprozesse hat Benjamin Barber in einer eher skeptischen Zuspitzung analysiert: Das Zusammenspiel von massenmedialer und wirtschaftlicher Globalisierung, von Unterhaltungsindustrie und Kommerz ('McWorld') einerseits, von ethnischen und religiösen Schließungsbewegungen und Fundamentalismus andererseits ('Dschihad') drohe die Demokratie zu ersticken. Gegen den demokratiegefährdenden Zangengriff von McWorld und Dschihad baut aber auch er auf den öffentlichen Raum der zivilen Gesellschaft: „Gegenwichte zu McWorld (sind) nicht im Völkerrecht und in internationalen Organisationen zu suchen, sondern in einer neuen Reihe länderübergreifender Vereinigungen, die nationalen demokratischen Gesellschaften Gelegenheit geben, sich zu verbünden, und den Bürgern verschiedener Länder die Chance, in regionalen und globalen Bürgerbewegungen über Ländergrenzen hinweg zu kooperieren.“ (Barber 1996: 294)

Die Diskussion über die 'internationale Zivilgesellschaft', über 'Weltgesellschaft', eine 'neue Weltordnung' und das Verhältnis von Demokratie und Globalisierung sind in vollem Gang und werden in den nächsten Jahren weiterhin an Gewicht gewinnen⁸. So wie 'externe Faktoren' den Demokratisierungsprozeß im nationalstaatlichen Rahmen beeinflussen (dazu Kößler in diesem Heft und Kößler/Melber 1993), wirken sich nationalstaatliche Demokratisierungsprozesse auch in einem wachsenden Einfluß nichtstaatlicher Akteure in der internationalen Politik aus. Die für den Nationalstaat grundlegende Idee der inneren und äußeren Souveränität muß angesichts der realen Prozesse der Vernetzung von Interaktionen, die heute eine politische Gemeinschaft kennzeichnen, revidiert werden: „Diese Netzwerke von Interaktionen kristallisieren sich an verschiedenen Stellen und Formen der Macht

heraus – ökonomischen, politischen, militärischen, kulturellen und anderen –, die nicht mit den territorialen Grenzen übereinstimmende Handlungsschemata erzeugen.“ (Held 1996: 226) Vor diesem Hintergrund bilden die in diesem Heft analysierten demokratischen Transformationsprozesse einen wichtigen Bezugspunkt der Diskussionen über die Bedeutung einer internationalen Zivilgesellschaft. Auch die demokratietheoretischen Konzeptionen globaler Demokratie und eines globalen Konstitutionalismus werden von dieser Entwicklung beeinflusst: „Obwohl die gleichzeitige Demokratisierung und Stärkung der Macht der Vereinten Nationen in der Welt nach dem Ende des Kalten Krieges eine offensichtliche Option bleibt, stellt die Vorstellung einer zentralisierten Weltregierung mit zwingender Polizeigewalt nicht die einzige Alternative zum bestehenden System der Nationalstaaten dar. Es können noch andere Möglichkeiten des globalen Konstitutionalismus erkundet werden, die auf demokratisch kreative Weise das bestehende System der Staaten mit internationalen Regierungsorganisationen und einer globalen bürgerlichen Gesellschaft, die eine Vielzahl von nichtstaatlichen Organisationen und Vereinigungen umfaßt, zusammenschließen können.“ (Baynes 1996: 338; hierzu auch Richter 1997). – Doch bei aller Hoffnung auf die Möglichkeiten einer globalen Demokratie ist daran zu erinnern, daß deren Reichweite steht und fällt mit einem lebendigen demokratischen Prozeß auf lokaler und regionaler Ebene (Narr 1996).

Die Beiträge des vorliegenden Themenheftes verbinden Fragestellungen der Transformationsforschung mit dem Konzept der Zivilgesellschaft. Vor diesem Hintergrund präsentieren **Hans-Joachim Lauth** und **Wolfgang Merkel** in ihrem theoretischen Einleitungsbeitrag ein am Transformationsprozeß orientiertes Konzept von Zivilgesellschaft. Die Unterscheidung

von Phasen der Transformation (Liberalisierung, Demokratisierung, demokratische Konsolidierung) und unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems (konstitutionell, repräsentativ, integrativ, zivilkulturell) ermöglicht konzeptionell die Unterscheidung von phasen- und ebenenspezifisch wechselnden Rollen der Zivilgesellschaft in demokratischen Transformationsprozessen. Die zivilgesellschaftliche Sphäre ist dabei zwischen der staatlichen und der privaten angesiedelt, und die artikulierten Zielsetzungen ihrer Akteure betreffen immer auch die *res publica*. Die für eine Zivilgesellschaft konstitutiven Prinzipien wie Interessenpluralität und -konkurrenz, Freiwilligkeit, Toleranz und der Verzicht auf physische Gewalt bedingen dabei, daß zivilgesellschaftliches Handeln – zumindest implizit – immer auch an der Demokratisierung des Gemeinwesens orientiert ist. Dieser Grundkonsens hebt die bestehende interne Konkurrenz nicht auf, sondern befähigt die zivilgesellschaftlichen Akteure allenfalls in extremen politischen Abwehrsituationen, wie sie in der Endphase autoritärer Systeme entstehen, zu kollektivem strategischen Handeln. Im Mittelpunkt des Ansatzes stehen der Funktionswandel zivilgesellschaftlicher Organisationsformen und die Veränderungen ihres demokratietheoretischen Potentials in den einzelnen Transformationsphasen junger Demokratien. Bezüge der Zivilgesellschaft zu den Konzepten der politischen Kultur, der civic culture und des 'sozialen Kapitals' werden diskutiert.

In seinem kritischen Kommentar zu Lauth/Merkel weist **Reinhart Kößler** darauf hin, daß eine Ausblendung der sozioökonomischen Dimension und die ausschließliche Orientierung an einer Konsolidierung demokratischer politischer Institutionen zu einem verkürzten Verständnis von Transformationsprozessen und Zivilgesellschaft führen können. Ohne Rückgriff auf ökonomische und soziale Pro-

zesse sei die Dynamik zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzungen zumeist gar nicht zu begreifen. Diese Dynamik gerate einer transformationstheoretischen Optik, die von einer spezifischen Entwicklungslogik des institutionellen Wandels ausgehe, aus dem Blickfeld. Gegen allzu hochgesteckte normative Erwartungen gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren macht Kößler in seiner Kritik darauf aufmerksam, daß der Grundkonsens einer politischen Gemeinschaft selber Gegenstand hegemonialer Auseinandersetzungen sei und ihm „strukturell widerstrebende Interessen“ zugrunde liegen. Darüber hinaus kritisiert der Autor an der vorgeschlagenen Konzeption die der analytischen Trennschärfe geschuldete Ausklammerung von Akteuren in der 'Grauzone' zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Kößler skizziert außerdem Folgerungen, die sich aus demokratischen Transformationsprozessen für eine 'internationale Zivilgesellschaft' ergeben.

Siegmar Schmidt zeigt in seiner Analyse der Rolle der schwarzen Bürgervereinigungen (Civics) und Gewerkschaften im Demokratisierungsprozeß Südafrikas, wie beide Organisationen in hohem Maße zur Unterminierung des autoritären Systems beigetragen bzw. die politische Liberalisierung Südafrikas vorangetrieben haben. Zwar waren beide Akteure – wie auch die civil society insgesamt – nicht die entscheidenden Transformationsakteure. Aufgrund ihrer oppositionellen Mobilisierungsfunktion, der Unterstützung oppositioneller Verhandlungspositionen sowie der Legitimation des elitären Verhandlungsprozesses kam ihnen in der Liberalisierungs- und Demokratisierungsphase (bis zu den ersten Wahlen) aber doch eine wichtige Rolle zu. In der Konsolidierungsphase erscheinen nun jedoch gerade die Basisorientierung beider Akteure und die potentielle Veto-Macht der Gewerkschaften für das Funktionieren der repräsentativen Demo-

E D I T O R I A L

kratie problematisch. Andererseits könnten beide Akteursgruppen aber als potentielle 'watchdogs for democracy' eine wichtige Rolle im Widerstand gegen Reautoritarisierungstendenzen des politischen Systems spielen. In diesem Sinne ist auch der positive Beitrag der Civics wie der Gewerkschaften zur Entstehung einer demokratischen Kultur zu sehen.

Aurel Croissant, Mareike Helbert und André Madaus präsentieren in ihrer Studie mit Singapur, Südkorea und Taiwan die vermutlich am schwächsten organisierten Zivilgesellschaften der hier untersuchten Länder. In keinem der drei Fälle kann von einer soliden Zivilgesellschaft gesprochen werden. Wie in Südeuropa zeigt sich auch hier die besondere Bedeutung autoritärer Machtstrukturen und Herrschaftstechniken für die Entwicklung der Zivilgesellschaft. Gerade am Beispiel Singapur wird deutlich, wie eine geschickte Mischung aus Repression, Kooptation und 'ideologischer' Indoktrination der Gesellschaft durch das autoritäre Regime die Bildung autonomer zivilgesellschaftlicher Organisationen schon in Ansätzen verhindern kann. Im Falle Südkoreas zeigt sich wiederum deutlich die demokratische Ambivalenz zivilgesellschaftlicher Akteure: Während der Zivilgesellschaft und hier insbesondere der Studentenbewegung in der autoritären Phase sowie der Transition eine teilweise herausragende demokratieförderliche Funktion zukam, tritt mit der fortgesetzten Inanspruchnahme einer Veto-Position durch die radikale südkoreanische Studentenschaft nun zunehmend eine 'dunkle Seite' der Zivilgesellschaft hervor, die erhebliche Probleme für die Konsolidierung der repräsentativen Demokratie aufwirft.

Auch **Stefanie Reiß** und **Sabine Stohldreyer** kommen in ihrem Beitrag zu den Demokratisierungsprozessen in Chile und Mexiko zu dem Ergebnis, daß die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure am bedeutendsten in der Spät-

phase der autoritären Regime sowie in der Liberalisierungsphase war. Ihre zentrale These ist, daß in beiden Ländern zivilgesellschaftliche Akteure für die Initiierung der politischen Liberalisierung ausschlaggebend waren. Auch wenn der Weg zur Demokratie in den Ländern ein unterschiedlicher ist, hat die Zivilgesellschaft in beiden Fällen einen positiven Beitrag zur Transformation geleistet. Er ist in Mexiko trotz größerer struktureller Hindernisse stärker zu gewichten als in Chile, wo eher traditionelle politische Akteure (Parteien) die Dynamik des Prozesses bestimmten. Allerdings wurden die chilenischen Parteien erst im Kontext der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung und Erfahrung hierzu in die Lage versetzt. Im Laufe der Transformation besetzten dann unterschiedliche Protagonisten die zivilgesellschaftliche Arena, die sich mit zunehmender Demokratisierung von reinen Protest- und Oppositionsbewegungen zu kooperationsbereiten Akteuren mit Alternativprogrammen entwickelten.

Volker Stiehl und **Wolfgang Merkel** betonen in ihrem ländervergleichenden Beitrag zu Spanien und Portugal den Zusammenhang zwischen Verlaufsform und Typus eines Systemwechsels und strukturellen *constraints* zivilgesellschaftlicher Einflußpotentiale. So wirkte in Spanien die Zivilgesellschaft nicht zuletzt aufgrund der weitgehend intakten autoritären Machtstrukturen in der Transition weniger als ein aktiver Akteur sondern eher als passive Restriktion der Handlungsoptionen autoritärer Eliten. In Portugal hingegen war die Zivilgesellschaft sowohl auf der kollektiven Handlungsebene wie auch der individuellen Bewußtseinssebene schwächer ausgeprägt. Der völlige Zerfall autoritärer Machtstrukturen im Gefolge des Militärputsches im April 1974 befreite die mobilisierte Bevölkerung jedoch von den von oben definierten Grenzen der autonomen Organisation und Artikulation so-

zialer und politischer Forderungen. Aber auch in Portugal zeigte sich wie eineinhalb Jahrzehnte später in Osteuropa, daß mit der fortschreitenden Demokratisierung und insbesondere mit der Konsolidierung die Mobilisierungsfähigkeit und politische Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure einem rapiden Zerfallsprozeß ausgesetzt ist.

Im Rubrikbereich finden sich ein Bericht von **Frank Sassenscheidt-Grote** zur Enquete-Kommission 'Sogenannte Sekten und Psychogruppen' beim Deutschen Bundestag, eine Analyse des Potentials des Kommunitarismus für die Reformpolitik der SPD von **Klaus-Jürgen Scherer**, sowie Tagungsberichte über die frauenpolitische Konferenz 'Globale Gerechtigkeit?' in Hamburg (**Thomas Günther**) und die Jahrestagung der VSJF zu 'Sozialen Bewegungen in Japan' (**Sonja Gabbani**).

Das vorliegende Themenheft ist in enger Zusammenarbeit mit einer Projektgruppe der Johannes Gutenberg-Universität Mainz entstanden, die am dortigen Institut für Politikwissenschaft von **Wolfgang Merkel** und **Hans-Joachim Lauth** betreut wurde. Dies war auch für uns eine neue und anregende Erfahrung. Ihnen sowie **Iris Bauer**, **Aurel Croissant**, **André Madaus**, **Sabine Stohldreier** und **Thorsten Wüstenhaus**, die der Journalredaktion in Mainz als externe Redaktionsgruppe zugearbeitet haben, gilt unser Dank¹. Bei **Rolf Mantowski** vom Bildungszentrum Mainz der Friedrich-Ebert-Stiftung bedanken wir uns dafür, daß er ein Blockseminar der Projektgruppe im Juni 1996 in Baumholder finanziell ermöglicht hat.

Ansgar Klein, Berlin/ Markus Rohde, Bonn

Anmerkungen

¹ Die Militanz des südkoreanischen Protestes scheint so gar nicht zu der normativ eingeforderten Gewaltlosigkeit zivilgesellschaftlicher Akteure zu passen. Handelt es sich bei den Gewerkschaften – wie auch

großen Teilen einer militant protestierenden Studentenschaft in Südkorea – nicht um zivilgesellschaftliche Akteure oder ist das Kriterium der Gewaltfreiheit zur Kennzeichnung zivilgesellschaftlicher Akteure problematisch, wie es auch der kritische Kommentar von Kößler in diesem Heft nahelegt?

² Die Transformationsforschung ist zu ihrer vergleichenden Analyse von Demokratisierungsprozessen zunächst angeregt worden durch die Entwicklungen in Griechenland, Spanien und Portugal in den 70er Jahren. In einem zweiten Schritt galt ihre Aufmerksamkeit den Demokratisierungsprozessen der südamerikanischen Militärdiktaturen. Für den Stand dieser Transformationsforschungen sei hier v.a. auf die von Guillermo O'Donnell, Philippe C. Schmitter und Laurence Whitehead herausgegebenen Bände hingewiesen (1986, 4 Bde.). Mit den Umbrüchen von 1989 trat Osteuropa in den Mittelpunkt der Transformationsforschung (aus der mittlerweile kaum noch zu überschauenden Literatur sei hier verwiesen auf Offe 1994; Beyme 1994; Merkel 1994 und Merkel/ Sandschneider/ Segert 1996). Parallel wurden die Demokratisierungsprozesse in Afrika und Asien stärker berücksichtigt und in vergleichende Analysen einbezogen (vgl. Schmidt und Croissant et al. in diesem Heft).

³ Gunther et al. haben darauf hingewiesen, daß Einstellungen und Verhalten des politisch mobilisierten und mobilisierbaren Sektors der Gesellschaft – der Organisationen des intermediären Bereiches und ihrer Führer – eine besondere Bedeutung für Stabilisierung oder Destabilisierung des demokratischen Systems zukommt (Gunther et al. 1996: 152f). Die auf öffentliche Einflußnahme und Mobilisierung orientierten Akteure der Zivilgesellschaft sind als wichtige Bezugsgröße demokratischer Konsolidierung ohne Zweifel ebenfalls einzubeziehen. Nur wirken diese – folgen wir Lauth/Merkel – in anderer Weise als etwa strategische Gruppen: Da von der normativen 'Selbstbeschränkung' zivilgesellschaftlicher Akteure auszugehen ist, sind diese qua Definition als positive Faktoren der Stabilisierung anzusehen. Es stellt sich hier allerdings nicht nur das Problem fließender Übergänge einer idealtypischen analytischen Methodologie (vgl. dazu Anmerkungen 6 und 7). Es sollte auch diskutiert werden, ob die Rolle der Zivilgesellschaft im Konsolidierungsprozeß auf der Grundlage der vorgestellten Definition

von Zivilgesellschaft trägt: Wird hier nicht auf der Einstellungs- und Verhaltensebene zivilgesellschaftlicher Akteure genau das vorausgesetzt, was auch die Voraussetzung konsolidierter Demokratie ist? Dann wäre freilich eine Tautologie festzustellen. Diese Diskussion kann im Rahmen des vorliegenden Themenheftes nur angerissen werden; sie sollte jedoch fortgesetzt werden.

⁴Die Regionalstudien in diesem Heft analysieren die Rolle der Zivilgesellschaft im Transformationsprozess an Hand der Beispiele von Portugal/ Spanien; von Südafrika; von Taiwan, Südkorea und Singapur und von Chile/ Mexiko. Beiträge zu Osteuropa und Rußland, die der Redaktion ebenfalls vorlagen, konnten aus Platzgründen leider nicht berücksichtigt werden. Das Forschungsjournal hat zu den osteuropäischen Transformationsprozessen bereits zwei Themenhefte publiziert – Heft 2/1990 und Heft 2/1993 – und zudem liegen zur wechselnden Rolle der ostdeutschen Bürgerbewegungen die Themenhefte 1/1992 und 4/1995 vor. Aus diesem Grund hat die Redaktion sich für Regionalstudien entschieden, die im Journal unterrepräsentierte afrikanische, lateinamerikanische und asiatische Transformationsprozesse behandeln.

⁵Für die Zivilgesellschaftsdebatte in den arabischen Ländern sei hier auf den Band von Ibrahim/ Wedel (1995) verwiesen. Siehe auch den Tagungsbericht zu diesem Bereich im vorliegenden Heft.

⁶Innerhalb der Transformationsforschung ist die Konzeptdebatte um die Konsolidierung von Demokratien in vollem Gange. Hier sind einige bedenkenswerte Einwände gegen ein an der Konsolidierung von Demokratien orientiertes Phasenmodell der Transformation erhoben worden: Guillermo O'Donnell warnt in einer Auseinandersetzung mit Richard P. Gunther et al. (Gunther/ Diamandouros/ Puhle 1996) vor einer teleologischen Wendung der Transformationsforschung, an deren Ende eine idealtypisch konsolidierte Demokratie stehe. Nicht nur seien die Kriterien für eine 'substantielle Konsolidierung' unklar (O'Donnell 1996b: 161). Eine derartige Idealtypologie könne auch zu einer Phaseneinteilung des Transformationsprozesses führen, die ihre Kategorien negativ aus dem Idealtypus der konsolidierten Demokratie gewinnt und daher analytisch problematische Kategorien für die Analyse der jeweiligen Phasen verende: „Negative definitions

generate residual categories: cases are classified together on the basis of their sharing the lack of attributes that the more developed specimens of the same genus supposedly have. Furthermore, such a view usually entails conceiving of progress as movement through various 'stages' along the posited 'trajectory' toward 'successful completion', that is, 'full consolidation as the extreme end of the continuum' (rejoinder).“ (O'Donnell 1996b: 164) Die hier aufgeworfenen Fragen über den methodischen Status der Konsolidierung, die teleologische Ausrichtung wie auch die analytische Trennschärfe der verwendeten Kategorien bedürfen sicherlich der weiteren Diskussion.

⁷Auch das Konzept der Zivilgesellschaft scheint die Probleme zu haben, die sich in der analytisch-empirischen Anwendung als solche der Grauzonen und fließenden Übergänge zeigen. Ein mit einem Idealtypus arbeitendes Konzept demokratischer Konsolidierung beschreibt diese Probleme wie folgt: „While these inevitable departures from strict conformity with the ideal type do not undermine the utility of such concepts in comparative analysis, they do sometimes make it difficult to locate with precision the dividing line ... between consolidated and unconsolidated democratic regimes.“ (Gunther et al. 1996: 153) Für die Zivilgesellschaft sind – folgen wir der Definition von Lauth/ Merkel – Grauzonen etwa in Kauf zu nehmen hinsichtlich der Übergänge von ziviler und politischer Gesellschaft (die sogar innerhalb einer Organisation koexistieren können), bei der Orientierung an kommunikativem oder strategischem Handeln oder auch bei dem Übergang von Gewaltlosigkeit zur Gewalt, der (wie das Beispiel des zivilen Ungehorsams, oder auch Formen militanten Protestes in spezifischen Situationen zeigen) sich der eindeutigen definitorischen Zuordnung sperrt (siehe Kößler in diesem Band).

⁸Für erste Zugänge zu der kaum mehr überschaubaren Diskussion: Richter 1997; skeptisch Narr 1996; Albert et al. 1996; Lutz-Bachmann/ Bohmann 1996; Forschungsjournal NSB 2/1996; zur Konzeption internationaler Regime sowie zu internationalen Verhandlungs- und kollektiven Entscheidungsprozessen siehe Gehring 1995; zur Bedeutung der internationalen Menschenrechtsbewegung Herzka 1995; zur internationalen Zivilgesellschaft Kößler/ Melber 1993.

⁹Vorliegende Regionalstudien zu Mittelosteuropa

(Sven Astheimer/ Ingrid Breining/ Reinhard Vesper/ Thorsten Wüstenhaus) und Rußland (Silke Jöckel/ Judith Löhner) konnten aus Umfangsgründen leider nicht berücksichtigt werden. Die genannten Beiträge stellen jedoch Arbeiten dar, die den im vorliegenden Themenheft präsentierten, vergleichenden Überblick über nationale Transformationsprozesse um wichtige Regionen ergänzen. Aus diesem Grund möchten wir die Beiträge an dieser Stelle zur Lektüre empfehlen. InteressentInnen wenden sich bitte an Iris Bauer, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Politikwissenschaft, Colonel-Kleinmann-Straße 2, 55099 Mainz.

Literatur

- Albert, Mathias et al.* 1996: Weltgesellschaft: Identifizierung eines „Phantoms“. In: PVS, Jg. 37, Heft 1, 5-26.
- Barber, Benjamin* 1996: Coca Cola und Heiliger Krieg. Wie Kapitalismus und Fundamentalismus Demokratie und Freiheit abschaffen. Bern-München-Wien.
- Baynes, Kenneth* 1996: Kommunitaristische und kosmopolitische Kritik an Kants Konzept des Weltfriedens. In: Matthias Lutz-Bachmann/James Bohmann (Hrsg.): Frieden durch Recht, 324-343.
- Beyme, Klaus von* 1994: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt/M.
- Die Zeit* 1996: Dossier „Karneval der Freiheit. Das Volk der Serben meldet sich zurück in der Weltgemeinschaft der Demokraten“, Michael Thumann/ Kuno Kruse, Nr.51 vom 13. Dezember, 9-11.
- Forschungsjournal NSB*: Heft 2/1990 (Soziale Bewegungen und politischer Wandel im Osten); Heft 1/1992 (Von der DDR zu den FNL. Soziale Bewegungen vor und nach der Wende); Heft 2/1993 (Osteuropa in der Krise. Bewegungen ohne Einfluß); Heft 1/1994 (Zivilgesellschaft und Demokratie); Heft 4/1995 (Das Erbe der Bürgerbewegung); Heft 2/1996 (Soziale Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen).
- Gehring, Thomas* 1995: Regieren im internationalen System. Verhandlungen, Normen und internationale Regime. In: PVS Jg.36, Heft 2, 197-219.
- Gunther, Richard/Diamandouros, P. Nikiforos/Puhle, Hans-Jürgen* 1996: (Debate: Democratic Consolidation), O'Donnells „Illusions“: A Rejoinder. In: *Journal of Democracy*, Jg.7, October, 151-159.
- Held, David* 1996: Kosmopolitische Demokratie und Weltordnung. Eine neue Tagesordnung. In: Matthias Lutz-Bachmann/James Bohman (Hrsg.): Frieden durch Recht, 220-239.
- Herzka, Michael* 1995: Die Menschenrechtsbewegung in der Weltgesellschaft, Frankfurt/M. u.a.
- Honneth, Axel* 1996: Universalismus als moralische Falle? Bedingungen und Grenzen einer Politik der Menschenrechte. In: Matthias Lutz-Bachmann/James Bohmann (Hrsg.): Frieden durch Recht, 272-299.
- Ibrahim, Ferhat/Wedel, Heidi* (Hrsg.) 1995: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient, Opladen.
- Kößler, Reinhart/Melber, Henning* 1993: Chancen internationaler Zivilgesellschaft, Frankfurt/M.
- Lutz-Bachmann, Matthias/Bohman, James* (Hrsg.) 1996: Frieden durch Recht. Kants Friedensidee und das Problem einer neuen Weltordnung, Frankfurt/M.
- Merkel, Wolfgang* (Hrsg.) 1994: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen.
- Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard/Segert, Dieter* (Hrsg.) 1996: Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen.
- Narr, Wolf-Dieter* 1996: Kosmopolis – Notwendigkeit und Gefahr, Wunschdenken und Utopie. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie 1996: Jahrbuch '95/96, 183-216.
- O'Donnell, Guillermo* 1996a: Illusions about Consolidation. In: *Journal of Democracy*, Jg.7, April, 34-51.
- O'Donnell, Guillermo* 1996b: (Debate: Democratic Consolidation) Illusions and Conceptual Flaws. In: *Journal of Democracy*, Jg.7, October, 160-168.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence* (eds.) 1986: Transition from Authoritarian Rule, 4 Bde., Baltimore-London: The Johns Hopkins University Press.
- Offe, Claus* 1994: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt/M.-New York.
- Richter, Emanuel* 1997: Demokratie und Globalisierung – das Modell einer „Bürgergesellschaft im Weltsystem“. In: Ansgar Klein/Rainer Schmalz-Brunns (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland – Möglichkeiten und Grenzen, Baden-Baden und Bonn (in Vorbereitung).

In eigener Sache:

Jahresplanung und Förderverein

Auf unserer letzten Redaktionskonferenz im Dezember 1996 in Bonn haben die Herausgeber und die Redaktion des Journals unter anderem die weitere Heftplanung und die Sicherstellung unserer Arbeit für die Zukunft diskutiert. Wir möchten hier die Gelegenheit ergreifen, Ihnen als Leserinnen und Lesern des Journals die weitere Planung vorzustellen und Sie auf unseren Förderverein hinzuweisen.

Unsere Jahresplanung 1997 sieht neben dem vorliegenden Heft in den folgenden Bänden die Themen „Marginalität und Mobilisierung“ (2/97), „Masse, Macht, Emotionen“ (3/97) und „Mediation“ (4/97) vor.

Auch die Planung unserer Tagungen sowie die Heftplanung für 1998 ist in vollem Gang. Das vergangene Jahr hat erneut gezeigt, daß mit jedem Heft das Defizit in der Redaktionskasse anwächst. Über den Daumen gepeilt entsteht pro Hefterstellung ein finanzieller Verlust von 1000 DM. Daher möchten wir Ihnen im folgenden kurz die Notwendigkeit einer Unterstützungsstruktur aufzeigen und Sie darum bitten, über eine Mitgliedschaft in unserem Förderverein oder aber durch Spenden, unsere Arbeit auch in Zukunft zu sichern.

Die Redaktion des Forschungsjournals arbeitet seit Gründung der Zeitschrift auf rein ehrenamtlicher Basis. Daran wird sich auch nichts ändern, aber es fehlt uns an allen Ecken an Finanzmitteln, um die redaktionelle Arbeit zumindest kostendeckend zu gestalten oder aber auch, um das Journal in weiteren Kreisen bekannt zu machen. Das Journal verfügt über keine institutionellen Anbindungen und muß sich daher aus eigener Kraft die notwendigen Ressourcen für die redaktionelle Arbeit verschaffen. Zu diesem Zweck haben Herausgeber und Redaktion des Forschungsjournals einen Förderverein gegründet.

Der Verein heißt „Soziale Bewegungen – Verein der Freunde und Förderer politikwissenschaftlicher Publizistik und demokratischer Partizipation e.V.“. Zweck des Vereins ist es, die Arbeit des Forschungsjournals wirkungsvoll zu unterstützen. Der Mitgliederbeitrag beträgt jährlich DM 120,-.

In diesem Beitrag ist ein Jahresabo des Journals bereits enthalten. Trotz einigen Neumitgliedern in unserem Förderverein, denen wir an dieser Stelle herzlich danken möchten, können wir dieses Defizit aus eigener Kraft nicht kompensieren.

Die Anerkennung unseres Fördervereins als gemeinnützig steht unmittelbar bevor, damit auch die Möglichkeit für Sie, Spenden von der Steuer abzusetzen. Mit dem Verein verbindet sich für uns die Hoffnung, unsere Arbeit in Zukunft finanziell abzusichern und das Journal zumindest kostendeckend produzieren zu können. Freilich sind wir in dieser Sache auf Ihre Mithilfe angewiesen. Daher möchten wir Sie an dieser Stelle erneut um Ihre Unterstützung bitten.

Auf Mitgliederversammlungen und Aktivitäten des Vereins wird zukünftig im Forschungsjournal hingewiesen. Weitere Informationen (Vereinsatzung etc.) können bei der Redaktion angefordert werden. Wir hoffen sehr, daß dieser Weg der Förderung von unseren Leserinnen und Lesern lebhaft genutzt wird.

Die Herausgeber und die Redaktion des Forschungsjournals *Neue Soziale Bewegungen*

Kontakt: Ludger Klein, Im Erlengrund 1, 53757 St. Augustin

Konto: Sparkasse Bonn, BLZ: 380 500 00, Konto-Nr: 751 460 7

Hans-Joachim Lauth/Wolfgang Merkel

Zivilgesellschaft und Transformation

Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht

1 Einleitung

‘Zivilgesellschaft’ und ‘Transformation’ sind in den vergangenen Jahren sicherlich zu prominenten Feldern sozialwissenschaftlicher Forschung avanciert. Die wechselseitige Befruchtung beider Diskurse blieb allerdings bisher in theoretischer wie empirischer Hinsicht enttäuschend. Dieser Befund ist um so erstaunlicher, als die Diskussion über eine theoretische Konzeptualisierung des Konstruktes Zivilgesellschaft gerade durch die osteuropäischen Systemwechsel erneut angeregt wurde (u.a. Arato 1981; Journal of Democracy 1/1996). Die Transformationsforschung hat sich jedoch noch nicht hinreichend um eine theoretische Integration der Zivilgesellschaftskonzepte in den Gesamtverlauf von Systemwechseln bemüht. Die zentralen Erklärungsansätze griffen meist zu einseitig systemtheoretische bzw. akteurstheoretische Überlegungen auf (Merkel 1994a) oder betonten die besondere Relevanz von Institutionen für die Stabilisierung junger Demokratien (Merkel et al. 1996). Die Herausarbeitung der spezifischen Bedeutung der Zivilgesellschaft über die einzelnen Phasen eines Systemwechsels hinweg zählt noch zu den Desiderata der Transformationsforschung.

Erschwert wurde die konzeptionelle Vermittlung beider Forschungsbereiche durch die Verengung der Zivilgesellschaftsdebatte auf

die Theoriebestände einer voraussetzungsvoll konzeptualisierten Zivilgesellschaft (*civil society*), die sich im wesentlichen auf die Frage der gesellschaftlich organisierten partizipativen Unterfütterung ‘reifer’ repräsentativer Demokratien konzentrierte; sich also insbesondere mit einer Entwicklungsphase beschäftigte, die am Ende eines erfolgreichen Systemwechsel zur Demokratie erst beginnt (Keane 1988a; Cohen/Arato 1992; Habermas 1992; FJNSB 1/1991).

Dennoch erscheint es uns sinnvoll, diese Diskussion für die Transformationsforschung aufzugreifen, denn sie liefert wichtige Hinweise zum allgemeinen demokratietheoretischen Status der Zivilgesellschaft. Die Übertragung der Zivilgesellschaftsdebatte auf Fragestellungen der Transformationsforschung erfordert jedoch eine Überprüfung und gegebenenfalls Modifizierung der für ‘reife’ Demokratien getroffenen Funktionsaussagen. Es ist insbesondere zu prüfen, inwieweit die allgemeinen Vermutungen und Thesen der ‘reifen’ Zivilgesellschaftsdiskussion auch für die unterschiedlichen Phasen eines Systemwechsels, nämlich den Prozeß der Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung noch junger Demokratien, spezifiziert und analytisch fruchtbar gemacht werden können. Wir werden fragen, auf welche Weise und inwieweit die unterschiedlichen Kontexteinbindungen die Wirkung der systemischen Funktions-

leistungen und damit den demokratiethoretischen Status der Zivilgesellschaft verändern. Dabei wird zu berücksichtigen sein, daß sich nicht nur der Regimekontext im Zuge der Transformation ändert, sondern mit diesem auch die Zivilgesellschaft unterschiedliche Ausprägungen erfährt. Dies veranlaßt uns zu prüfen, inwieweit verschiedene Formen der Zivilgesellschaft die Funktionsleistungen für die Demokratisierung und die Demokratie beeinflussen.

Damit sind wir bei Fragen angelangt, die in der etablierten Zivilgesellschaftsdebatte noch zu wenig thematisiert wurden, da der demokratische, pluralistische Rechtsstaat schon als Voraussetzung und Bestandsgarantie der Zivilgesellschaft angesehen wird (Habermas 1992). Wir wollen hingegen klären, wie eine Zivilgesellschaft in autoritären Systemen entsteht und sich entwickelt, wie sie durch die Demokratisierung neu geformt wird und wie sie sich auf die Konsolidierung der Demokratie auswirkt. Wir hoffen, daß die Reflexion und Beantwortung solcher Fragen nicht nur zu einem besseren Verständnis der Transformationsprozesse beiträgt, sondern gleichzeitig der abstrakteren Theoriedebatte neue Impulse verleiht, indem sie diese durch den Vorschlag eines dynamischen Verständnisses von Zivilgesellschaft, das auf einer historisch-genetischen Pfadanalyse basiert, erweitert. Ausgehend von einer Erläuterung der einzelnen Perioden der Transformation und unserem Verständnis von Zivilgesellschaft wird im folgenden der Zusammenhang zwischen Zivilgesellschaft und Transformation vor allem im Hinblick auf den Transitionsverlauf und die demokratische Konsolidierung diskutiert werden, wobei wir an die inzwischen stattfindende Diskussion zu diesem Thema anknüpfen (u.a. Beyme 1994: 100ff; Diamond 1994).

2 Die Phasen eines Systemwechsels

Spätestens seit Philippe Schmitter's entscheidenden Impulsen zur Transformationsforschung (u.a. O'Donnell et al. 1986) Mitte der achtziger Jahre werden politische Systemwechsel zu analytischen Zwecken in Phasen unterteilt. Im Falle eines erfolgreichen Wechsels von einem autoritären zu einem demokratischen System unterscheidet Schmitter idealtypisch zwischen *Liberalisierung*, *Demokratisierung* und *Konsolidierung*. Die *Liberalisierung* wird dabei als der Versuch der herrschenden Eliten eines autoritären Systems verstanden, mit Hilfe einer vorsichtigen Öffnung des politischen Systems und der begrenzten Gewährung individueller Bürgerrechte (z.B. Schutz der Privatsphäre, Rede-freiheit, Versammlungsfreiheit) die Legitimationsbasis des alten Regimes zu verbreitern, um so weiter an der politischen Macht zu bleiben. Typischerweise zerfällt dabei der 'herrschende Block' in Reformer und 'Hardliner', während es gleichzeitig zu einem ersten Aufblühen der Zivilgesellschaft kommen kann (O'Donnell/Schmitter 1986: 48). Mißlingt die 'semi-autoritäre' Machtsicherung, wie dies etwa in Spanien 1975, der Sowjetunion nach 1986, in Taiwan, Ungarn und Polen nach 1988 der Fall war, und ist die blanke Repression kein rationaler Weg zur Machtsicherung wie in China 1989, sind die Tage des autoritären Regimes gezählt.

An die 'Liberalisierungsphase' schließt sich die Phase der *Demokratisierung* an. Als 'Demokratisierung' wird im Verlauf eines Systemwechsels die „Institutionalisierung der Demokratie“ (Merkel et al. 1996) bezeichnet. Sie beginnt in der Regel, wenn noch Residuen autoritärer Strukturen und Machtpositionen bestehen, aber neue demokratische Strukturen noch nicht etabliert sind. Sie erstreckt sich also von der Deinstitutionalisierung (bzw.

Entdifferenzierung) des alten Systems bis zur Reinstitutionalisierung (erneuten strukturellen Differenzierung) der Demokratie. Einem *common sense* zu Folge neigt sich die Demokratisierungsphase ihrem Ende zu, wenn die 'Gründungswahlen' der Demokratie stattgefunden haben und ein strukturelles und prozedurales 'Minimum' (Dahl 1971: 8) demokratischer Verfahrensweisen institutionalisiert ist. Dazu zählen: allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlen, Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber den Wahlentscheidungen (Volkssouveränität), Koalitionsrecht und Parteienwettbewerb. Die Demokratisierungsphase ist nicht selten von einem institutionellen Vakuum und machtpolitischen Pattsituationen geprägt. In keiner anderen Phase ist der Handlungskorridor der politischen und vor allem sozialen Akteure so breit. Er verengt sich wieder, wenn die demokratischen Institutionen etabliert sind, da diese aufgrund ihrer spezifischen Zugangs- und Handlungsbedingungen konventionelle politische Akteure, wie etwa Parteien, in erheblichem Maße privilegieren.

In dem Dreiphasenmodell von Philippe Schmitter schließt sich an die Demokratisierungsphase die Periode der *demokratischen Konsolidierung* an. Faktisch beginnt aber die Konsolidierung bereits vor Abschluß der Demokratisierungsphase. Beide Phasen überlappen sich und lassen sich in der Realität nicht immer exakt voneinander trennen. Dennoch ist es plausibel, vom Ende der Transition zu sprechen, wenn die im Regimeübergang ad hoc entstandenen Verhaltensmuster in stabile Strukturen überführt worden sind, wenn die Zulassung von politischen Akteuren und der Ablauf von politischen Entscheidungen nach a priori festgelegten und demokratisch legitim gesetzten Verfahren erfolgt. Wie sich dieser Prozeß entwickelt, welche Pfade die Konsolidierung nimmt, wie lange sie dauert und ob sie erfolgreich abgeschlossen werden kann,

hängt von einem Bündel exogener und endogener Faktoren ab, die hier nicht erörtert werden können (dazu Merkel 1996: 36ff). Wir gehen allerdings davon aus, daß die Konsolidierung der Demokratie erst dann völlig abgeschlossen ist, wenn folgende vier Ebenen einer demokratischen Herrschaftsordnung in sich selbst konsolidiert sind (Merkel 1996: 38ff):

(1) die *konstitutionelle Konsolidierung* der großen Verfassungsorgane wie Staatsoberhaupt, Regierung, Parlament und Gerichte;

(2) die *repräsentative Konsolidierung*, d.h. die Konsolidierung der territorialen (Parteien) und funktionalen (Verbände) Interessenrepräsentation;

(3) die *integrative Konsolidierung*, d.h. die Anreize zu extrakonstitutionellem, gegen die Demokratie gerichteten Handeln potentieller Vetomächte, wie Militär, Großgrundbesitzer, Unternehmer, radikale Bewegungen, müssen soweit gemindert sein, daß die genannten Gruppen in die Demokratie zumindest derart integriert sind, daß sie dieser kein denkbares anderes System vorziehen;

(4) Die *zivilkulturelle Konsolidierung* schließt die gesamtsystemische Konsolidierung mit der Herausbildung einer demokratiefundierenden *civic culture* (Almond/Verba 1963) ab. Erst wenn alle vier 'Ebenen', bzw. Phasen konsolidiert sind, kann von einer weitgehend krisenresistenten Demokratie gesprochen werden.

Will man die Transformations- und Zivilgesellschaftsdebatte mit einem analytischen Erkenntnisgewinn verknüpfen, so sind die unterschiedlichen Formen und Funktionen von Zivilgesellschaften auf die unterschiedlichen Transformationsphasen (Liberalisierung, Demokratisierung, Konsolidierung) und unterschiedlichen Ebenen eines politischen Sy-

stems (hier: Konsolidierungsebenen) zu beziehen. Erst dann lassen sich die Interdependenzen zwischen den jeweiligen Zivilgesellschaften und den sich wandelnden politischen Systemen im Hinblick auf Demokratisierung und Demokratie konkreter entschlüsseln. Ein erster Beitrag dazu soll im folgenden geleistet werden.

3 Zum Konzept der Zivilgesellschaft

3.1 Entwicklungsstränge und Kriterien

Die wirkungsträchtigen Ansätze zum Verständnis der Zivilgesellschaft entstammen dem neuzeitlichen Denken und lassen sich einem Vorschlag von Charles Taylor (1993: 132ff) folgend in zwei Stränge fassen: Taylor unterscheidet den liberalen Strang der Kontraktualisten (Locke), in dem die ihren eigenen Gesetzen folgende bürgerliche Gesellschaft als dem Staat vorrangige außer-politische Realität verstanden wird. Ihre prioritäre Aufgabe besteht im Schutz der Individualrechte gegenüber staatlichen 'Übergriffen'. Dem gegenüber setzt er mit Montesquieu eine Denktradition, die auch für heutige kommunaristische Positionen relevant ist. Bedeutsam ist hierbei nicht die Sphäre außerhalb des politischen Systems, sondern die Art und Weise, wie jene in dieses integriert ist und wie beide Sphären einander verbindende Strukturen hervorbringen (*corps intermediares*). Diese von Tocqueville als Assoziationen bezeichneten Verbindungsstrukturen führen gleichsam in amphibischer Weise weiterhin partiell ein Leben jenseits des Staates, das die gesellschaftliche Basis ihrer potentiellen Stärke bildet. Mit diesen Traditionen ist das Terrain der Zivilgesellschaftsdebatte natürlich keineswegs hinreichend abgesteckt. Vor allem im neo- bzw. postmarxistischen Spektrum bzw. im weiten Umfeld der Kritischen Theorie wurden die liberalen Zivilgesellschaftskonzepte erweitert und modifiziert. Weichen-

stellend erwiesen sich hierbei Gramscis Schriften (keine strikte Trennung der zivilgesellschaftlichen und politischen Sphäre, Frage der Dominanz, Macht und Herrschaftsfunktionen), Keanes Rezeptionen (1988a) und die Beiträge von Jürgen Habermas (1962, 1992) (Kommunikationsstrukturen und Öffentlichkeit, Relevanz deliberativer Verfahren). Deren Argumente werden wiederum in unterschiedlicher Weise perzipiert, und bilden heute einen einflußreichen Strang in der internationalen 'civil society'-Diskussion (u.a. Keane 1988b, Rödel et al. 1989; Cohen/Arato 1992). Mit guten Gründen wird konstatiert, daß es nicht möglich ist, die einzelnen Stränge widerspruchsfrei zu addieren (Heins 1992: 236), wie schon der Blick auf die unterschiedlichen normativen Prämissen (Staats- und Gesellschaftsverständnis, Bürgerbild etc.), die divergierenden Erkenntnisziele und nicht zuletzt die oftmals unpräzise Verwendung des Begriffes zeigen. Trotzdem sehen wir hinreichende Schnittmengen dieser Theorietraditionen, die wir in unserem Begriffsverständnis von Zivilgesellschaft 'aufheben' wollen.

Ein theoretisches Konzept von Zivilgesellschaft, das sich in die sozialwissenschaftliche Transformationsforschung integrieren ließe, hätte zumindest folgende Kriterien zu erfüllen: Es darf nicht statisch gefaßt sein und der Zivilgesellschaft stets gleiche Gruppen und Strukturen bzw. Funktionen bezüglich des Staates zuordnen. Entscheidend für die Gestalt der Zivilgesellschaft sind vielmehr die Merkmale ihrer 'Mitglieder'. Diese 'Mitgliedschaft' in der Zivilgesellschaft darf zum einen nicht zu anspruchsvoll sein, d.h. sich nur in den Sphären deliberativer Diskurse bewegen, die erst in einer fortgeschrittenen Phase der demokratischen Konsolidierung auch politisch relevant werden können. Zum anderen darf der 'Zutritt' aber auch nicht voraussetzungslos sein, d.h. ein bloßes Sammelsurium

aller Gruppen jenseits des Staates bilden. Wenn von Zivilgesellschaft sinnvollerweise die Rede sein soll, so muß auf normative Aspekte Bezug genommen werden, die sie von anderen Teilsystemen unterscheidbar machen. Schließlich muß das Konzept empirisch faßbar sein. Dies verlangt nicht nur seine Operationalisierbarkeit, sondern basiert auch auf der Einsicht, daß Zivilgesellschaften historische Phänomene darstellen, die in einem ständigen Form- und Funktionswandel begriffen sind. Um beide zu erfassen, ist es notwendig, ein Konzept von Zivilgesellschaft zu entwickeln, das zumindest insoweit offen ist, daß es sinnvoll auf unterschiedliche Reifestadien der Demokratie angewendet werden kann.

Solch ein Zivilgesellschaftsmodell ist weder maximalistisch noch minimalistisch angelegt. Unter Akteursgesichtspunkten ist es nicht maximalistisch – weder im Sinne von Walzer (1996: 65, 82, 84), der von Familienvorständen bis politischen Parteien ein extrem heterogenes Spektrum von Akteuren mit einbezieht – noch im Verständnis der liberalen Tradition, die alle individuellen Bürger und den gesamten Bereich ökonomischer Interessengruppen der Zivilgesellschaft zurechnet. Es ist nicht minimalistisch im Sinne von Habermas (1992), der die Akteure der Zivilgesellschaft auf dem Boden eines hohen demokratischen Standards ansiedelt (was sie letztlich per definitionem immer pro-demokratisch agieren läßt) und den nicht-ökonomischen Interessen der Lebenswelt verpflichtet. Ausgeblendet werden hier viele Akteure, die unserem Verständnis nach durchaus zur Zivilgesellschaft gehören. Die breitere Auswahl impliziert dann aber auch, wie noch zu sehen sein wird, andere demokratietheoretische Folgerungen. Unter normativen Aspekten betrachtet ist unser Konzept dagegen nicht minimalistisch im Sinne von Walzer (1996: 86),

der sogar Gewaltakte und undemokratische Strukturen mit der Zivilgesellschaft für vereinbar hält, und nicht maximalistisch im Sinne der bereits genannten Habermasschen diskursiven Prämissen. Unser Standpunkt läßt sich mit einer Mittelposition umreißen, die – wie zu zeigen sein wird – normativ mehr als die Schnittmenge und organisatorisch weniger als die Summe beider Konzepte ist.

3.2 Ein offenes und dynamisches Konzept von Zivilgesellschaft

Ausgehend von dem sperrigen Fundus der *civil society*-Diskussion schlagen wir ein Konzept der Zivilgesellschaft vor, das den oben genannten Kriterien Rechnung tragen soll:

Die Zivilgesellschaft befindet sich in einer vorstaatlichen oder nicht-staatlichen Handlungssphäre und besteht aus einer Vielzahl pluraler (auch konkurrierender), auf freiwilliger Basis gegründeter Organisationen und Assoziationen (im Einzelfall auch einzelne 'Bürger'), die ihre spezifischen materiellen und normativen Interessen artikulieren und autonom organisieren. Sie ist im Zwischenbereich von Privatsphäre und Staat angesiedelt. In ihr artikuliert Zielsetzungen betreffen immer auch die *res publica*. Akteure der Zivilgesellschaft sind damit in die Politik involviert, ohne jedoch nach staatlichen Ämtern zu streben. Entsprechend sind Gruppen, die ausschließlich private Ziele verfolgen (Familien, Unternehmen etc.) ebensowenig Teil der Zivilgesellschaft wie politische Parteien, Parlamente oder staatliche Verwaltungen. Gleichwohl sind Verhalten und Handlungen all dieser Gruppen und Institutionen im beachtlichen Maße von der Existenz wie Nichtexistenz, der Gestalt und Vitalität der Zivilgesellschaft beeinflusst. Diese ist kein homogener 'Akteur'. Vielmehr ist sie insofern heterogen strukturiert, als sie ein pluralistisches

Sammelbecken höchst unterschiedlicher Akteure darstellt, die allerdings einen bestimmten normativen Minimalkonsens teilen. Dieser beruht im Kern auf der Anerkennung des Anderen (Toleranz) und auf dem Prinzip der Fairness. Ausgeschlossen ist die Anwendung physischer Gewalt. Da die Prinzipien der Toleranz, der Fairness, des Bürgersinns und der Ausschluß nicht legitimer physischer Gewalt allenfalls in demokratischen Herrschaftsordnungen verwirklicht werden können, ist das zivilgesellschaftliche Handeln, zumindest implizit, immer auch an der Demokratisierung des Gemeinwesens orientiert. Doch dieser Grundkonsens hebt die bestehende interne Konkurrenz nicht auf, sondern befähigt allenfalls in extremen politischen Abwehrsituationen die Akteure der Zivilgesellschaft zu kollektivem strategischen Handeln. Der zivile Konsens bildet gemeinsam mit der Ausrichtung auf öffentliche Angelegenheiten und der Orientierung am kommunikativen Handeln das (genuin zivilgesellschaftliche) Ferment, das sich auf individueller Ebene in der Ausbildung eines Bürgersinns wiederfindet.

Auf der Grundlage dieser Konzeption können folgende Organisationen der Zivilgesellschaft zugerechnet werden (Lauth/Thiery 1993, Diamond 1994: 5f): Verbände und Interessengruppen, kulturelle und religiöse Vereinigungen, Bildungs- und Informationseinrichtungen, die zur besseren Unterrichtung der Öffentlichkeit beitragen, Entwicklungsorganisationen (NGOs, Selbsthilfegruppen), Bürgerinitiativen (Umwelt, Frauenrechte etc.) und Bürgerrechtsgruppen (Wahlbeobachtungs-, Anti-Korruptions-, Menschenrechtskomitees etc.). Der Kontakt zwischen ihnen ist unterschiedlich geregelt. Gruppen können allein agieren, punktuell zusammenarbeiten oder sich in Netzwerken verbinden. Ort und Medium bzw. 'ideological marketplace' (Diamond) ist die Öffentlichkeit in Form von Pres-

se, Universitäten, Kulturzentren, Verlagen, Medien etc.

Ein Teil der genannten Akteure läßt sich dem Bereich der neuen sozialen Bewegungen zuordnen. Doch ist dieser mit der Zivilgesellschaft nicht identisch und zwar aus zweierlei Gründen: Der erste betrifft den Organisationsaspekt. Innerhalb der Zivilgesellschaft finden sich sowohl alte soziale Bewegungen (wie Gewerkschaften) als auch institutionelle Formen, die keinen (keinen mehr oder auch noch keinen) Bewegungskarakter haben (wie Kirchen oder Wahlbeobachtungskomitees). Der zweite Grund ist elementarer und basiert auf den normativen Implikationen des zivilgesellschaftlichen Konzeptes. Auch wenn die Ursprünge der neueren Bewegungsforschung im überwiegenden Maße mit progressiven oder emanzipatorischen Bewegungen verbunden waren (Studenten- und Umweltbewegungen), so wäre es unzutreffend, nur solche Gruppen zu Bewegungen zu zählen (vgl. die entsprechende Diskussion im FJNSB 4/1994). Die entscheidende Trennlinie zwischen den Zivilgesellschaftskonzepten und sozialen Bewegungen liegt im normativen Grundpotential. Denn um Mitglied einer Bewegung zu sein, ist es nicht notwendig, gewaltfrei oder tolerant zu sein. So finden sich viele Belege für entsprechende Verhaltensweisen sowohl im reaktionären als auch im revolutionären Spektrum. Um aber zur Zivilgesellschaft gezählt zu werden, ist die normative Implikation der Gewaltfreiheit und Toleranz von konstitutiver Bedeutung. So können soziale Bewegungen Mitglieder der Zivilgesellschaft sein, sie sind es jedoch nicht automatisch. Eine solche Zurechnung würde das Konzept der Zivilgesellschaft unzulässig weit entnormativieren.¹

Hier wird bereits ein Aspekt deutlich, der in der Struktur- und Akteursbetrachtung der Transformationsforschung nicht genügend

Beachtung gefunden hat: Die Zivilgesellschaft ist der normativen Fundierung entsprechend keine Residualkategorie oder eine beliebige Ansammlung unterschiedlicher kollektiver Akteure. Dies wird neben dem Aspekt des 'zivilen' Basiskonsenses durch den anderen zentralen Aspekt der Definition unterstrichen, nämlich die relative Unabhängigkeit vom Staat. Verbände und Interessengruppen können Teil der Zivilgesellschaft sein, so lange sie die genannten Voraussetzungen erfüllen. Wenn solche Organisationen aber fest in ein autoritäres Regime korporativ eingebunden sind, so sind diese Bedingungen nicht mehr gegeben.

Das Konzept der Zivilgesellschaft ist aber auch von dem analytischen Konstrukt der politischen Kultur zu unterscheiden. Ersteres ist normativ fundiert, letzteres bemüht sich um Wertfreiheit. Die politische Kulturforschung mißt die kognitive, affektive und evaluative Einstellung der Bürger zum politischen System (Werte, Einstellungen, Verhalten). Dem Verständnis von Zivilgesellschaft liegen dagegen bestimmte, nämlich 'zivile' Einstellungen und Verhaltensweisen zugrunde. Es liegt damit begrifflich eher auf der Ebene von *civic culture*, dem Idealtyp politischer Kultur (Almond/Verba 1963). Die analytischen Konzepte von Zivilgesellschaft und politischer Kultur trennen wesentliche Unterschiede: Die Zivilgesellschaft kennt keinen Idealtyp und die Beziehung zur demokratischen Stabilisierung ist nicht so eindeutig, wie sie in dem *civic culture*-Ansatz behauptet wird (Almond/Verba 1963 und 1980).² Die Forschung zur politischen Kultur kann jedoch zur Aufhellung des je besonderen Charakters der Zivilgesellschaft insofern beitragen, als die empirischen Befunde der jeweiligen Ausprägung der politischen Kultur Rückschlüsse auf Entwicklungschancen und Widerstandsfähigkeit

zivilgesellschaftlicher Strukturen und Handlungen zulassen.

In welcher Beziehung steht das Konzept der Zivilgesellschaft zu dem seit Putnams brillanter Studie "Making Democracy Work" (1993: 163ff) prominent gewordenen Theorem des *Social Capital*? 'Soziales Kapital' kann aus lang andauerndem zivilgesellschaftlichen Engagement gleichsam historisch akkumuliert werden. Die über lange Zeiträume wirkenden informellen Normen der Reziprozität, des wechselseitigen Vertrauens unter den Bürgern, deren Selbstorganisation und ziviles Engagement machen die Gesellschaft nicht nur freier und selbstbestimmter, sondern zivilisieren auch die Formen staatlicher Herrschaft und effektivieren die *input*- und *output*-Funktionen politischer Institutionen. Sie lösen das unproduktive "Hobbesche Equilibrium" (Putnam 1993: 181) von Mißtrauen und vertikaler Abhängigkeit auf und vermögen die Kollektivgutproblematik egoistischer Marktgesellschaften ohne einen autoritären (sozialistischen) Leviathan zu entschärfen. Zumindest für prinzipiell demokratische Ordnungen gilt Tocquevilles These, daß ein vitales ziviles Engagement in der Gesellschaft die Regierungseffizienz und demokratische Qualität demokratischer Staatswesen fördert (Tocqueville 1985: 106ff, 183ff, 242ff). Die Kongruenz von *social capital* und *civil society* ist weit höher als jene von politischer Kultur und Zivilgesellschaft. Allerdings ist das akkumulierte soziale Kapital erst das Ergebnis zivilgesellschaftlicher und politischer Aktivitäten. Es bezeichnet nicht die Organisation und die Handlungen der Zivilgesellschaft selbst. Ebenso sind unter den sozialen Vereinigungen, auf die Putnam abhebt, gleichfalls unpolitische und auf der Ebene öffentlicher Angelegenheiten interessenslose Akteure, wie die oftmals zitierten Gesangsvereine und Pfadfinderverbindungen (Putnam 1995) ver-

deutlichen. Das heißt, während auf der Seite der Akteure die Voraussetzungen für die Bildung von *social capital* niedriger sind, ist dieses selbst nur partiell das Ergebnis sozialen Handels der voraussetzungsvolleren zivilgesellschaftlichen Akteure.

3.3 Die demokratietheoretische Bedeutung der Zivilgesellschaft

Die Position, daß eine entwickelte Zivilgesellschaft zur Stärkung der Demokratie beiträgt, hat eine lange Tradition. Sie kann durch gewichtige Argumente von John Locke bis Ralf Dahrendorf und von Alexis de Tocqueville bis Jürgen Habermas gestützt werden. Die vier wichtigsten sollen hier kurz genannt werden:

(1) Besonders in der auf Locke zurückgehenden liberalen Tradition wird der Aspekt einer unabhängigen gesellschaftlichen Sphäre und Kontrolle gegenüber dem Staat angeführt, die die Rechte der Individuen gegenüber möglicher staatlicher Willkür schützt. Als zentrale Funktion der *civil society* werden die Autonomie des Individuums, die Sicherung des Eigentums und eine vor dem Staat geschützte Sphäre angesehen. Die Zivilgesellschaft hat in diesem Verständnis eine negative Funktion, d.h. Freiheits- und Eigentumssicherung vor staatlichen Eingriffen. Die Vermittlung der zivilen und staatlichen Sphäre wird kaum thematisiert.

(2) Pluralismustheoretiker (Truman 1951; Lipset/Rokkan 1967; Putnam 1995) argumentieren, daß ein dichtes und sich wechselseitig überschneidendes Kommunikationsnetz ebenso wie überlappende Mitgliedschaften zum Abbau gesellschaftlicher *cleavages* beitragen. Zivilgesellschaftliche Organisationen schaffen zudem ein Rekrutierungspotential für das politische System und entlasten den Staat durch Leistungsübernahmen (Solidargemein-

schaften, Mithilfe an öffentlichen Aufgaben u.a.). Abweichend von der Lockeschen Tradition wird aus der pluralismustheoretischen Perspektive die Zivilgesellschaft³ vor allem nach ihren Funktionsleistungen für die Bestandserhaltung der repräsentativen Demokratie auf marktwirtschaftlicher Grundlage (Sandschneider 1995: 745) befragt. Sie stellt also gerade auf die Verbindung von ziviler Gesellschaft und staatlicher Herrschaft ab.

(3) Einen Schritt weiter ging schon vor über 100 Jahren Tocqueville. Sein zentrales Argument lautete: Zivilgesellschaftliche Assoziationen und Vereinigungen sind die Schule der Demokratie, in der demokratisches Denken und Verhalten durch alltägliche Praxis eingeübt wird (Tocqueville 1985). Sie dienen folglich zur Wertbildung und -verankerung von Bürgertugenden wie Toleranz, gegenseitiger Akzeptanz, Kompromißbereitschaft und -fähigkeit, Vertrauen, Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit etc. Die Zivilgesellschaft stellt somit der Demokratie ein normatives und ein partizipatorisches Potential zur Verfügung, das zur Immunisierung der Demokratie gegenüber autoritären Angriffen und Versuchungen dient. In der Tradition von Tocqueville (Putnam 1993, 1995) werden also die positiven Funktionen der Zivilgesellschaft für die Demokratie herausgestellt und mit einer partizipativen Komponente verbunden.

(4) Noch einen normativen Schritt weiter gehen die von der Kritischen Theorie beeinflussten Konzepte der Zivilgesellschaft (Keane 1988a; Rödel et al. 1989; Cohen/Arato 1992; Habermas 1992). Zivilgesellschaftliche Strukturen erweitern den Bereich der Interessenartikulation und -aggregation durch den Aufbau eines 'vorpolitischen' pluralistischen Interessengeflechts, in dem auch schwer organisierbare oder benachteiligte Interessen die Möglichkeit haben, sich an die Öffentlich-

keit zu wenden bzw. diese herzustellen. Die Möglichkeit des *Agenda-Setting* und die öffentliche Thematisierung gesellschaftlicher Konflikte sollten prägenden Einfluß auf die Inputseite des politischen Systems haben. Jede wahrhaft demokratisch verfaßte Meinungs- und Willensbildung in Verbänden, Parteien und Parlamenten ist geradezu auf "die Zufuhr von informellen öffentlichen Meinungen angewiesen", wie sie sich nur außerhalb "der Strukturen einer nicht-vermachteten politischen Öffentlichkeit bilden" (Habermas 1992: 375). Der partizipatorische Aspekt jenseits traditioneller politischer Repräsentationsinstitutionen wird pointiert herausgearbeitet und zum Schlüsselbegriff einer emanzipatorisch verstandenen Demokratiekonzeption verdichtet (Rödel et al. 1989). Zivilgesellschaft und Demokratie verschmelzen 'problemlos' in dieser Perspektive.

In allen vier Theorietraditionen werden vor allem die positiven Funktionen vitaler Zivilgesellschaften gegenüber der Demokratie betont. Denkbare Probleme blieben bisher weitgehend ausgeblendet. Gleichwohl ist auch ihr Gewicht nicht zu unterschätzen (Heins 1992: 240; Diamond 1994: 13f; Roniger 1994; Foley/Edwards 1996). Zunächst muß die, meist implizit angenommene, Prämisse revidiert werden, daß der zivilgesellschaftliche Bereich einen herrschaftsfreien Raum konstituiert. Dies bedeutet, daß der Aspekt der Vermachtung der Zivilgesellschaft und die Existenz von Machthierarchien unter den zivilgesellschaftlichen Akteuren mitbedacht werden muß. Damit wird betont, daß die Zivilgesellschaft immer auch eine Konfliktgesellschaft ist und auf die Dauer auch sein muß (Linz 1990: 129; Walzer 1996). In ihr konkurrieren und konfliktieren unterschiedliche Interessen, Werte und Weltanschauungen, die mit unterschiedlichen Durchsetzungschancen ausgestattet sind und auf differierende Geltungs-

gründe verweisen können. Beide müssen in die Analyse mit einbezogen werden, wenn der je spezifische Legitimitätsgehalt von zivilgesellschaftlichem Handeln differenziert erfaßt werden soll.

Ein anderer Aspekt betrifft die Struktur und die Form der Interaktionen innerhalb der Zivilgesellschaft. Es ist durchaus möglich, daß die jeweiligen Mitgliedschaften und Kommunikationsnetzwerke in zivilgesellschaftlichen Subkulturen anhand bereits bestehender Konfliktlinien ausgerichtet sind und damit Trennlinien und Differenzen verstärken, was durchaus zu wachsender Ignoranz und Fremdheit gegenüber der jeweils anderen Gruppe führen kann. Insbesondere Beobachtungen von ethnisch segmentierten und subkulturell abgeschlossenen Teilgesellschaften geben Anlaß zu diesem demokratietheoretischen Vorbehalt. Er findet seinen Ausdruck in der These der *Cleavages*-Verstärkung, die schließlich zu einer gewaltförmigen Lösung der Konflikte drängen kann. Nicht zu ignorieren ist auch die interne Verfaßtheit von zivilgesellschaftlichen Akteuren. Nach der vorgeschlagenen Definition der Zivilgesellschaft müssen ihre "Mitglieder" zwar bestimmten normativen Mindeststandards wie Gewaltfreiheit und Toleranz verpflichtet sein, den binnendemokratischen Aufbau einer zivilgesellschaftlichen Assoziation schließt dies jedoch nicht ein. Jene können durchaus eine streng hierarchische Gliederung aufweisen, wie ein Blick auf Kirchen oder häufig auch Gewerkschaften verdeutlicht. Mitunter weisen Organisationen an den Rändern der Zivilgesellschaft auch klientelistische Strukturen mit vertikalen Abhängigkeitsverhältnissen auf. Das direkte Einüben von demokratischen Verhaltensweisen im Tocquevilleschen Sinne findet hier zumindest nicht statt.

Ein besonderes *caveat* hinsichtlich der generell demokratiefördernden Wirkung von Zi-

vilgesellschaften bezieht sich auf deren Verhältnis zum Staat. Das der Zivilgesellschaft immanente staatskritische Potential, das insbesondere in der liberalen kontraktualistischen Tradition Lockes verwurzelt ist, kann zur Ausbildung eines fundamentalen Mißtrauens gegenüber dem Staat führen. Mit dem Wandel von einer Kontroll- zur Mißtrauensmacht sind möglicherweise nicht nur Delegitimationsprozesse für den Staat verbunden, sondern die nun implizit beanspruchte Dominanz sozialer Selbstorganisation (Taylor 1993) gegenüber demokratisch legitimierten staatlichen Herrschaftsträgern unterschätzt die naturwüchsige Herstellung von Gewalt- und Machtverhältnissen staatlich unregulierter Märkte und sich selbst überlassener gesellschaftlicher Verkehrsverhältnisse. Sie thematisiert nicht die Gefahren einer Überwältigung oder starken Beschneidung des Staates durch die Gesellschaft.⁴ Sie verkennt die destruktive Wirkung auf die Integrität demokratisch legitimer Institutionen, rechtsstaatlicher Verfahrensweisen und die sozialstaatliche Sicherung gesellschaftlicher Kohäsion.

Ein weiterer Einwand bezieht sich auf die Entscheidungseffizienz und Leistungsperformance eines demokratischen Systems (*output*-Seite). 'Zivilgesellschaft' ist nicht per se emanzipatorisch oder progressiv, d.h. auch die stagnative Bewahrung eines gesellschaftlichen Status quo kann von ihr verursacht und zukunftsweisende Problemlösungen können durch sie verhindert werden. Schließlich ergibt sich aus einem konkreten Problem ein weiterer Vorbehalt. Jede empirische Untersuchung wird mit der Frage konfrontiert: Welche Charakteristika müssen in einer Vereinigung in welchem Maße vorhanden sein, damit diese der Zivilgesellschaft zugerechnet werden kann? Die Frage wird kompliziert, wenn ein Akteur nicht homogen strukturiert ist und in Fraktionen zerfällt, die in unter-

schiedlichem Maße zivilgesellschaftliche Potentiale aufweisen bzw. nicht aufweisen. Werden solche Organisationen in der Untersuchung nicht berücksichtigt, werden zivilgesellschaftliche Elemente in der Analyse unterschlagen, werden sie in toto der Zivilgesellschaft zugerechnet, wird diese unzulässig jenseits ihrer normativ fixierten Grenzen ausgedehnt.

Die demokratieskeptischen Argumente sind beachtenswert und relativieren das zunächst generell behauptete demokratieförderliche Potential, das der Zivilgesellschaft undifferenziert zugeschrieben wird. Denn wenn nur die demokratiestärkenden Aspekte der Zivilgesellschaft herausgestellt werden, droht die Argumentation zirkulär zu werden: Die Zivilgesellschaft ist für die Demokratie dann per se förderlich, weil ihr eben nur demokratieförderliche Akteure und Charakteristika zugerechnet werden.⁵ Dies bedeutet jedoch eine unzulässige und wenig plausible Engfassung des Konzeptes, mit dem dann nicht die gesamte Sphäre der Zivilgesellschaft, sondern lediglich ein bestimmter Idealtyp, der für eine Demokratie besonders förderlich ist, erfaßt wird (vgl. solch einen Versuch bei Diamond 1994: 11f).

Wir behaupten auf der Grundlage unserer Argumente, daß die Existenz einer Zivilgesellschaft nicht immer per se positive Wirkungen auf jede Form und Phase der Demokratie hat. Auch wenn sich Demokratie und Zivilgesellschaft in vielen Aspekten ergänzen und wechselseitig verstärken, bleiben Spannungen bestehen. Die oben vorgebrachten skeptischen Einwände deuten auch die 'dunkle Seite der Zivilgesellschaft' an. Welche Seite sich nun als besonders einflußreich erweist, hängt zum einen von der konkreten historischen Ausformung einer Zivilgesellschaft ab und zum anderen davon, mit welchen politischen Re-

gimeformen und Transformationsphasen diese konfrontiert ist. Das heißt, und dies ist eine zentrale These unseres Aufsatzes, daß die präzise Verortung der Zivilgesellschaft im Hinblick auf ihre Demokratiepotentiale nur kontextabhängig gelingen kann. Je nach Ausprägung des Regimekontextes verändern sich nicht nur Akteure, Strukturen und Funktionen einer Zivilgesellschaft, sondern auch deren Bedeutung für die Demokratie. Deshalb schlagen wir im Hinblick auf die Transformationsforschung vor, die von Tocqueville bis zu Arato und Cohen für die Zivilgesellschaft generell behauptete demokratische Verstärkungswirkung in zweierlei Hinsicht zu differenzieren:

(1) bezüglich der jeweiligen Phasen, die ein politisches Regime im Zuge eines Systemwechsels zur Demokratie durchläuft, also hinsichtlich der Liberalisierung des autoritären Systems, der Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie;

(2) bezüglich des spezifischen "Charakters" (Werte, Interessen, Strukturen, Handlungen) der jeweiligen Zivilgesellschaft.

Um die tatsächlichen Wirkungen der Zivilgesellschaft auf Demokratie und Demokratisierung zu erkennen, müssen beide Dimensionen in ihren jeweiligen dynamischen Verläufen aufeinander bezogen werden.

4 Die Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß

4.1 Liberalisierung und Ende des autoritären Regimes

Für die Entwicklungschancen einer Zivilgesellschaft ist es von entscheidender Bedeutung, ob ein autoritäres oder ein totalitäres System vorliegt. In ersterem existiert ein begrenzter gesellschaftlicher Freiraum (Linz

1975), der die Bildung (teil-)autonomer Organisationen und Vereinigungen ermöglicht und sei es nur in einer geduldeten informellen Grauzone (vgl. u.a. die autoritären Regime Brasiliens, Spaniens, Taiwans und Ungarns in ihren Endphasen). Dagegen versuchen die Herrschaftseliten in totalitären Systemen, jede unabhängige Organisation mit allen Mitteln zu unterbinden. Die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen wird somit enorm erschwert (Sowjetunion bis 1985, Nordkorea, VR China). Nimmt man den Begriff totalitäre Herrschaft ernst, dürften per definitionem in totalitären Systemen zivilgesellschaftliche Aktivitäten auf Dauer nicht einmal rudimentär existieren. Erst in der Phase der 'Liberalisierung' und der sich abzeichnenden Auflösung totalitärer Herrschaft werden erste Keime der Zivilgesellschaft sichtbar. Das Unterdrückungspotential und die Unterdrückungswirkung autoritärer und totalitärer Regime gegenüber der Zivilgesellschaft wächst mit der Herrschaftsdauer, der Herrschaftstiefe, dem Herrschaftsumfang und dem Institutionalisierungsgrad der autoritären Herrschaft. Gegenüber Umfang, Dauer und Herrschaftstiefe ist der Brutalitätsgrad der autoritären und totalitären Repression hinsichtlich der zivilgesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten von geringerer Bedeutung. So konnten unter den ungleich brutaleren Repressionssystemen etwa des nationalsozialistischen Deutschlands, der Militärdiktaturen Chiles, Argentiniens und Südkoreas weit größere 'zivilgesellschaftliche Nischen' bestehen als etwa in dem weniger brutalen, aber totalitär durchinstitutionalisierten kommunistischen Herrschaftssystem der DDR unter Hoenecker.

Für die Bestimmung der Entwicklungschancen einer Zivilgesellschaft ist zudem relevant, inwieweit vor der diktatorialen Herrschaft bereits zivilgesellschaftliche Strukturen bestan-

den hatten. Werden diese nicht gänzlich zer schlagen und gelingt es ihnen zu 'überwin tern', beschleunigt dies die Dynamik zivilge sellschaftlicher Entfaltung in der Liberalisie rungsphase. In diesem Kontext spielen auch internationale Kontakte eine wichtige Rolle. Die damit verbundene Schaffung von Öffent lichkeit oder der Ressourcenfluß tragen zum Überleben auch unter schwierigen Bedingun gen bei (zur Problematik externer Demokra tieförderung vgl. Lauth 1996: 171f). Die Wid rigkeiten autoritärer und totalitärer Herrschaft führen in der Regel zu einer bruchstückhaf ten, rudimentären Ausprägung der Zivilgesell schaft, die erst im Übergang zur Demokrati sierung eine umfassendere Gestalt annimmt. Entsprechend weist die zivilgesellschaftliche Matrix überall dort 'blinde Flecken' auf, wo die Artikulation und Organisation gesell schaftlicher Interessen durch den autoritären Staat repressiv verhindert wird.

Idealtypisch gilt, daß die Zivilgesellschaft in autoritären und totalitären Systemen in einer prinzipiellen Konfrontation und Opposition zum Staat steht. Lassen sich die in ihr artiku lierten kollektiven Interessen einigermaßen widerspruchsfrei addieren, so ist das kondensi erte Hauptziel die Durchsetzung und Wahr ung individueller und liberaler Menschen rechte, die in beiden Regimetypen elementar verletzt werden. Damit ist oftmals die weiter gehende Perspektive der Herstellung demo kratischer Verhältnisse verbunden, in denen dann die Menschen- und Bürgerrechte als ge sichert betrachtet werden. Diese allen zivil gesellschaftlichen Akteuren gemeinsame Kon frontation, die eine gewaltfreie Beendigung des alten Regimes anstrebt, fördert die Zu sammenarbeit untereinander und läßt zumin dest zeitweilig so etwas wie eine kollektive Identität der Zivilgesellschaft sichtbar wer den. Nicht ohne Grund wird gerade in dieser Phase das Bild einer geschlossen handelnden

Zivilgesellschaft im Sinne eines einzelnen kollektiven Akteurs 'beschworen'. Dies gilt um so mehr, wenn es einer mächtigen Orga nisation gelingt, sich als 'Flaggschiff' zu eta blieren, an das die anderen Assoziationen an docken können. Das wohl eindrucksvollste Beispiel dafür liefert *Solidarnosc* in Polen. Aber auch die Kirche in Chile und mit Ein schränkung die nicht-kommunistische Stu dentenbewegung Südkoreas ließen sich nen nen. Die Zivilgesellschaft übernimmt also in dieser Phase Funktionen, die im demokrati schen Kontext normalerweise von Parteien und Verbänden wahrgenommen werden. Sie artikuliert und aggregiert Interessen, prägt die öffentliche Agenda, liefert maßgebliche Im pulse in das politische System und untergräbt damit Herrschaftsanspruch und Herrschafts basis des autoritären Systems.⁶

Diese Ausführungen machen bereits deutlich, worauf es in der ersten Transitionsphase be sonders ankommt, nämlich auf die Bildung zivilgesellschaftlicher Gegenmacht zum au toritären Staat. Organisationsstärke, Ressour cenvermehrung und kollektive Handlungsfä higkeit avancieren in solchen Situationen zu den prioritären Nahzielen. Der Aspekt bin nendemokratischer Strukturen und Entsche idungsfindung tritt dahinter zurück oder wird im Konfliktfalle gar bewußt und freiwillig der Handlungsstärke geopfert. Auch hierfür bie ten die *Solidarnosc* der 80er Jahre und die katholische Kirche Polens ein eindrucksvol les Beispiel. Wenn wir die Rolle der Zivilge sellschaft in der Endphase des autoritären Re gimes hinsichtlich ihres Verhältnisses zur De mokratie bestimmen, so läßt sich ein klar po sitives Bild skizzieren. Ihre Aktivitäten sind im Minimalfalle auf die Artikulation sozialer Interessen und/oder die Respektierung von Menschen- und Bürgerrechten gerichtet. In der konsequenten und rigorosen Verfolgung dieser Ziele impliziert dies freilich auch die

Ablösung des *ancien regime* und die Etablierung einer Demokratie. Abhängig von ihren Mobilisierungspotentialen kann 'die' Zivilgesellschaft durchaus zu den stärksten Protagonisten des Systemwechsel avancieren. Ihr normativer Fundus, in diesem Fall vor allem die Forderung nach der Respektierung individueller und politischer Freiheiten, macht sie im Unterschied zu reinen Interessenverbänden, die primär wirtschaftliche Ziele verfolgen, in der Demokratiefrage weniger korrumpierbar und gewährleistet einen standhafteren Widerstand gegen das autoritäre Regime. Für die Phase der 'Liberalisierung' – so lautet unsere These – treten die interne Demokratisierung der Zivilgesellschaft und die Berücksichtigung durchaus berechtigter Teilinteressen legitimerweise hinter dem überragenden gemeinsamen Ziel zurück, eine möglichst wirksame Handlungsstrategie gegen das autoritäre Regime zu ermöglichen. Potentielle Schattenseiten der Zivilgesellschaften können sich deshalb kaum zeigen. Der zivilgesellschaftliche Beitrag zur Beendigung eines autoritären Systems ist deshalb 'uneingeschränkt' positiv zu bewerten.

4.2 Die Demokratisierungsphase

In der Demokratisierungsphase verändern sich die Perspektiven der Zivilgesellschaft. Die Spanne zwischen dem schrittweise einsetzenden Auflösungsprozeß des alten autoritären Institutionengeflechts und dem erst langsamen Entstehen einer neuen demokratischen Ordnung läßt ein institutionelles und nicht selten auch machtpolitisches Vakuum entstehen, das den Handlungsspielraum und die Handlungsoptionen der meisten zivilgesellschaftlichen Akteure erweitert bzw. vermehrt. Der mit der Liberalisierung schon begonnene Aufbau institutioneller Garantien für elementare Freiheitsrechte gewährt den Organisationen der Zivilgesellschaft zudem ei-

nen bislang kaum gekannten Schutz. Parallel zu ihrer Umwelt beginnt sich die Struktur der Zivilgesellschaft erheblich zu verändern. 'Alte' Akteure der Zivilgesellschaft verlieren ihre Geschlossenheit, interne Differenzen brechen auf und führen zu eigenständig handelnden Vereinigungen. Neue Akteure entstehen und treten stärker in den Vordergrund. Dem schon in der Endphase des autoritären Systems begonnenen (Wieder-)Erwachen der *Civil Society* folgt eine wahre Explosion (O'Donnell/Schmitter 1986: 49). Das mit dem Ende der Diktatur verschwundene Handlungsrisiko, die weitgehende Absenz von staatlichen Akteuren, die Schwäche der neuen Parteien und die enormen Handlungsmöglichkeiten in einer politischen Arena, in der die alten Institutionen verschwunden und die neuen noch nicht etabliert sind, können als wesentliche Ursachen des postautoritären Booms der Zivilgesellschaft angesehen werden. Deshalb kann die Phase zwischen dem Ende der alten autoritären Herrschaft und den ersten freien Wahlen (Gründungswahlen) als die eigentlich Hochzeit der Zivilgesellschaft angesehen werden.

Doch nicht alle Transformationsgesellschaften erleben im gleichen Maße diesen zivilgesellschaftlichen Frühling. Die Unterschiede können auf mindestens drei ursächliche Faktorenbündel zurückgeführt werden:

Art und Tempo des Systemwechsels: Hier gilt *ceteris paribus*; je schneller ein System zusammenbricht, um so rascher entwickeln sich zivilgesellschaftliche Aktivitäten. Je länger es dauert, bis sich konventionelle politische und staatliche Akteure wie Institutionen (Parteien, Regierung, Verwaltung) etablieren, um so stärker kann sich die Zivilgesellschaft entfalten und die grundsätzlichen Strukturen des neuen demokratischen Systems mitgestalten.

Von 'oben', d.h. von reformorientierten ehemaligen Regimeeliten kontrollierte Übergänge (z.B. Thailand, Rumänien, Bulgarien) lassen der Zivilgesellschaft den geringsten Raum. Bei paktierten Regimewechseln liegen unterschiedliche Ergebnisse vor. In Taiwan und Südkorea blieb der zivilgesellschaftliche Einfluß auf die Umgestaltung des neuen politischen Systems eher marginal, während dieser in Chile und Spanien nicht unerheblich, in Polen gar bedeutsam war. Bei Systembrüchen, die durch Revolutionen beziehungsweise durch außerordentliche soziale Mobilisierungen erzwungen werden, ist der temporäre Einfluß der Zivilgesellschaft möglicherweise am größten. Freilich gibt es dann auch beachtliche Gefahren, daß die Schattenseiten der Zivilgesellschaft besonders deutliche Konturen annehmen. Dies geschieht insbesondere dann, wenn aufgrund der zu langen Abwesenheit einer funktionierenden legitimen Staatsgewalt sich Verbrechen, Korruption und Klientelismus organisieren und Staat wie Gesellschaft bedrohen. Viele Gesellschaften bewegen sich in einer solchen Situation eher auf den Hobbesschen *bellum omnium ad omnes* zu, als auf die herrschaftsfreie Diskursöffentlichkeit der Habermasschen Utopie. Eine erneute autoritäre Lösung ist dann wahrscheinlicher als die Etablierung einer Demokratie.

Kulturelle Traditionen und zivilgesellschaftliche Erfahrungen: Auch wenn man – berechtigterweise – nicht dem autoritären Legitimationsschwindel der 'asiatischen Werte' aufsitzt, gilt zu konstatieren, daß die liberalen Traditionen individueller Bürgerrechte und pluralistischer Konkurrenz eine deutliche Affinität und Stützfunktion zu und für liberaldemokratische Systeme besitzen. Autoritätsfixierte Kulturtraditionen, in denen Unterordnungs-, Verwandtschafts- und Clanbeziehungen die sozialen Interaktions- und Machtge-

flechte bestimmen, behindern zweifellos den Aufbau und die Wirkung demokratischer Staatsstrukturen. Auch dies erklärt, warum die Zivilgesellschaft in den neuen Demokratien Taiwans, Südkoreas und selbst Brasiliens geringer entwickelt ist als etwa in Tschechien, wo Liberalismus, Pluralismus und Demokratie in den vergangenen 100 Jahren deutliche Spuren und unterbrochene Pfade hinterlassen haben, auf denen die tschechische Gesellschaft nach 1990 zügig voranschreiten konnte.

Sozioökonomisches Entwicklungsniveau: Tschechien scheint nicht nur ein Beispiel für die langlebige Wirksamkeit von *civic traditions* (Putnam 1993) zu sein, sondern auch auf die positive Wirkung einer fortgeschrittenen sozioökonomischen Entwicklung im Hinblick auf die Entfaltungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft zu verweisen. Die postautoritären Erfahrungen Spaniens, Uruguays, Ungarns und Polens, alles Länder, die unter den neuen Demokratien der 'Dritten Welle' (1974ff) wirtschaftlich vergleichsweise hoch entwickelt sind, scheinen dies zu bestätigen. Quer zu dieser modernisierungstheoretischen These liegen freilich Länder wie Taiwan und Südkorea, die ökonomisch noch stärker entwickelt sind, aber nur schwache Zivilgesellschaften nach dem Regimebruch ausgebildet haben. Hier wird der positive Einfluß einer modernen Ökonomie durch die Kultur und Traditionsvariable (noch) neutralisiert. Auch wenn die Modernisierungsthese (Lipset 1960; 1993) zweifellos eine erhebliche Erklärungskraft für die Stabilität von Demokratien besitzt (Przeworski et al. 1996), ist sie keineswegs eine notwendige Bedingung für das Aufblühen zivilgesellschaftlicher Strukturen, wie die Entwicklung einiger Länder in Lateinamerika und Afrika zeigt (u.a. Chile, Mexiko und Kenia). Zivilgesellschaften entstehen nicht nur und auch nicht zwangsläufig mit der so-

zioökonomischen Modernisierung. Auch wirtschaftlicher Mangel und soziale Notlagen können zur Bildung von Selbsthilfegruppen, Nachbarschaftsvereinen und Solidargemeinschaften führen.

Zwar bleibt für die Demokratisierungsphase unsere generelle These, daß die Entwicklungschancen für eine vitale Zivilgesellschaft mit den geringsten 'Schattenseiten' in jenen postautoritären Demokratien am höchsten ist, die über ein hohes sozioökonomisches Entwicklungsniveau verfügen. Dies schließt nicht aus, daß sie sich auch in sozioökonomisch weniger entwickelten Gesellschaften entfalten kann. Nur ist die Wahrscheinlichkeit dafür hier wesentlich geringer. Wichtiger für die Entwicklungschancen einer Zivilgesellschaft scheint uns jedoch, daß an sedimentierte liberale, pluralistische und demokratische Kulturtraditionen angeknüpft werden kann und das transitorische Machtvakuum nicht sofort von traditionellen politischen und staatlichen Akteuren gefüllt wird bzw. in der Kontrolle der Eliten verbleibt. In der Demokratisierungsphase wandeln sich die Funktionen der Zivilgesellschaft gegenüber dem politischen System. Die einstige 'negative' Gegenmacht zum Staat kann zur 'positiven' Gestalterin der neuen demokratischen Herrschaftsordnung aufsteigen. Dazu müssen die zivilgesellschaftlichen Akteure aber Kommunikationen, Kooperationen und temporäre Bündnisse mit politischen und auch staatlichen Akteuren eingehen. Für die Zivilgesellschaft ist dies einerseits zweifellos ein besonderer Höhepunkt ihrer politischen Wirksamkeit. Andererseits bezahlt sie ihren Erfolg, nämlich die Mitgestaltung der neuen Institutionen und Verfahren des demokratischen Systems, in der Regel mit ihrem eigenen Bedeutungsverlust. Personen, Ressourcen und Energien wandern in das politische System ab oder zurück in die Privatsphäre. Mit diesen 'shifting involvements'

(Hirschman 1984) und der professionellen Übernahme der politischen Geschäfte durch Parteien, Parlamente und Regierung endet der aufsteigende Zyklus zivilgesellschaftlicher Vitalität. Die Normalisierung der demokratischen Konsolidierung und damit der zunächst offensichtlich nicht zu vermeidende Rückgang des zivilgesellschaftlichen Engagements beginnt.

4.3 Demokratische Konsolidierung

Die Phase der demokratischen Konsolidierung bedeutet noch lange nicht den endgültigen Durchbruch zu einer reifen Zivilgesellschaft, die im demokratischen Rechtsstaat ihre komplementäre Entsprechung findet. Die empirischen Befunde der Transformationsprozesse der 'Dritten Welle' (u.a. Plasser/Ulram 1994; Gunther et al. 1995) bestätigen dies regionen- und kulturübergreifend. In Südeuropa, Lateinamerika und Osteuropa gingen die Aufbruchseuphorie und das zivilgesellschaftliche Engagement dramatisch zurück. Dies relativiert die Bedeutung der am Ende eines autoritären Regimes und in der Anfangsphase der Demokratisierung 'kurzfristig' entstandenen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten für die weitere Stabilisierung der Demokratie. So läßt sich auch nicht ein 'zivilgesellschaftlicher Vorsprung', der zu Beginn des Systemwechsels bestand, in die Konsolidierungsphase 'hinüberretten'. Die Spanier prägten dafür in den siebziger Jahren einen Begriff: *desencanto* – Enttäuschung. Wie läßt sich dieser Sachverhalt erklären?

Die einfachste und auch überzeugendste Antwort lautet: Der Niedergang der Zivilgesellschaft ist die Konsequenz ihres eigenen Erfolgs. Zentrale Forderungen wurden durchgesetzt, das *ancien regime* ist zerschlagen, Freiheitsrechte sind realisiert, demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse etabliert.

Gruppen, die weitgehend solche Ziele verfolgten, haben ihre fundamentalen Motive verloren, sich weiter zu engagieren. In vielen Transformationsprozessen ist der politische Wechsel zudem von tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen begleitet. Dies trifft vor allem für die ehemals kommunistischen Länder zu, die von einer dreifachen Transformation betroffen sind.⁷ Nachdem die grundlegenden politischen Ziele erreicht wurden, liegt es nun nahe, sich um die eigene soziale und wirtschaftliche Lage zu kümmern. Individuelle Karrieren oder die kümmerliche Existenzsicherung absorbieren ein beträchtliches Maß an Energie, die dann für politisches Handeln nicht mehr zur Verfügung steht. Albert O. Hirschman (1984) hat in seiner "Phänomenologie der Begeisterung und Enttäuschung" einen generellen Zyklus von privaten Interessen und öffentlichem Wohl in den Handlungspräferenzen der Bürger festgestellt. Die besonders sichtbare Zyklenwende von der *res publica* zur *res privata* in den Konsolidierungsprozessen vieler postautoritärer Demokratien bestätigt seine generalisierte Beobachtung.

Bereits in der Periode der Demokratisierung entstehen Parteien, die nun in der Phase der demokratischen Konsolidierung entscheidend die politischen Prozesse beeinflussen (Schmitter 1992: 164). Parteien versuchen die politischen Artikulations- und Aggregationsfunktionen gesellschaftlicher Interessen zu monopolisieren und verdrängen sukzessive die zivilgesellschaftlichen 'Konkurrenten'. Dies gilt auch für ehemalige Bürgerrechtsbewegungen, die sich den neuen institutionellen Rahmenbedingungen anpassen und in politische Parteien transformierten. Aratos euphorische Erwartung, daß die aus dem tschechischen 'Bürgerforum', dem polnischen 'Bürgerkomitee', der slowakischen 'Öffentlichkeit gegen Gewalt' und dem 'Ungarischen

Demokratische Forum' hervorgegangenen Parteien „ein relativ hohes Maß an Öffentlichkeit, innerer Demokratie und Solidarität, ein Interesse an Basisorganisationen sowie einen ständigen Kontakt zu sozialen Bewegungen" (Arato 1990: 121) bewahren würden, erwies sich als Illusion. Sie wurden fast ausnahmslos zu 'Kartellparteien' (Ágh 1996), deren Abgehobenheit von der 'Basis' und innere vertikale Struktur schärfer ausgeprägt ist als bei den meisten Volksparteien Westeuropas.

Welche Folgen hat dieser markante Strukturwandel der Zivilgesellschaft für den demokratischen Konsolidierungsprozeß? Zunächst erwächst aus dem Niedergang des zivilgesellschaftlichen Engagements ein Desiderat. Tocquevilles 'Schule der Demokratie' wird nur noch spärlich besucht. Den einst etatistisch verwalteten Gesellschaften droht nun die individualistisch-egoistische 'Privatisierung'. Wenige politische Großorganisationen und Interessensverbände, die nur geringe Bindung an die Basis haben, schieben sich zwischen Gesellschaft und Staat. Die intermediären Vermittlungsstrukturen (Parteien, Verbände) sind jedoch in jungen Demokratien nur schwach in der Gesellschaft verwurzelt, wie die empirischen Forschungsergebnisse für das postautoritäre Süd- und das postkommunistische Osteuropa belegen (Gunther et al. 1995; Beyme 1994; Segert/Machos 1995). Der ungarische Politikwissenschaftler Attila Ágh beschreibt diesen Befund als *overpartitization* (Ágh 1995: 251), da sozial nur rudimentär verwurzelte 'Kartellparteien' sich in einem intermediären Vakuum monopolistisch festsetzen. Die Zivilgesellschaft hat in Osteuropa schon Positionen geräumt, bevor sich die Repräsentativfunktion der traditionellen intermediären Organisationen wie Parteien noch ausbilden konnten. Die Phase der demokratischen Konsolidierung ist in den meisten neu-

en Demokratien Süd- und Osteuropas, Lateinamerikas und Ostasiens weit mehr elitengesteuert, als die Demokratisierung dieser Länder selbst.

Gestalt, Funktion und Umfang der Zivilgesellschaft ändern sich in dieser Phase erheblich. Trotz fortschreitender Konsolidierung können nun verstärkt auch die 'dunklen Seiten' der Zivilgesellschaft zum Vorschein kommen. Wir wollen dies an vier Aspekten verdeutlichen:

(1) Die Zivilgesellschaft zerfällt zusehends in ihre Bestandteile bzw. organisiert sich auf der Grundlage sich ausdifferenzierender Interessenlagen neu. Dies kann durchaus als Teil einer einsetzenden Pluralisierung und damit als demokratienotwendig begriffen werden. Das Problem liegt jedoch zum einen darin begründet, daß sich hier Dominanz- oder Hegemonialstrukturen herausbilden können, in denen wirtschaftlich privilegierte Interessen überrepräsentiert sind (Schmitter 1992: 166ff). Zum anderen besteht die Möglichkeit, daß sich die zivilgesellschaftliche Neuformierung an bestehenden *cleavages* ausrichtet und diese verstärkt. Eine solche Entwicklung kann dann desintegrative Tendenzen verstärken, wenn sich unterschiedliche Zivilgesellschaften subkulturell verfestigen und sich wechselseitig voneinander abschotten. Eine solche Segmentierung könnte zentrifugale Tendenzen verstärken, die bis zu ethnisch motivierten Abspaltungen vom Staatsgebiet führen können.

(2) Ein zweites Problem kann darin bestehen, daß die radikalen makroökonomischen Verschiebungen den Drang zum 'gesicherten Gestern' hervorrufen. Zivilgesellschaftliche Akteure setzen sich in diesem Falle zwar nicht für die Restauration der autoritären politischen Verhältnisse ein, ziehen sich aber mit

einer defensiven Agenda auf die persönlich erfahrenen und nun vermißten sozialen Sicherungen zurück. Der ökonomische Reformraum und damit die Effizienz der wirtschaftlichen Umgestaltung werden durch 'zivilgesellschaftliche Blockaden' beeinträchtigt (Wiesenthal 1993). Die Folge ist, daß das neue demokratische Regime nicht im ausreichenden Maße in der Lage ist, sich über Leistung zu legitimieren.

(3) Der dritte Aspekt betrifft die Binnenstrukturen der Akteure selbst. Waren bis zur Institutionalisierung der Demokratie autoritäre Strukturen oder 'Wahrheitsansprüche' systemoppositioneller zivilgesellschaftlicher Gruppen und Organisationen im Transitionsprozeß eher sekundär bzw. konnten sich aufgrund der damit verbundenen Schlagkrafterhöhung sogar positiv auf die Demokratisierung auswirken und damit legitimieren (vgl. *Solidarnosc*), tritt nun deren demokratieproblematistische Wirkung deutlicher zu Tage. Sie stören die kommunikativen Zusammenhänge und sind nicht in der Lage, durch ihre Praxis demokratische Verhaltensweisen einzuüben. In gewisser Weise bilden sie einen Fremdkörper in einem demokratischen Kontext. Die oftmals gezeigte fundamentalistische Intoleranz des katholischen Episkopats im postkommunistischen Polen zeigt dies ebenso wie einige an Nordkorea orientierte militante Organisationen der südkoreanischen Studentenbewegung.⁸

(4) Schließlich ist ein vierter Aspekt zu berücksichtigen, der in der Wahrnehmung des Staates durch die Zivilgesellschaft besteht. Der Kampf gegen das autoritäre oder totalitäre Regime implizierte für viele eine generelle Ablehnung des Staates. Je nachdem wie intensiv und wie lange die Konfrontation andauerte bzw. unter welchen Opfern der Systemwechsel erreicht wurde, kann die einsti-

ge Ablehnung des autoritären Staates in ein allgemeines Mißtrauen gegenüber auch den staatlichen Instanzen demokratischer Systeme umschlagen. Solche Sichtweisen können durch die ersten Enttäuschungen (Korruption, Reform- und Leistungsschwäche etc.) im neuen System verstärkt werden. Die bestehende Demokratie wird als zu weit von dem ursprünglichen demokratischen Wunschbild entfernt wahrgenommen. Diese Frustration kann in politische Apathie oder gar in gewalttätige Aktionen gegen den Staat münden.

Die vier Punkte unterstreichen, daß sich Zivilgesellschaft und demokratische Konsolidierung nicht immer und automatisch wechselseitig verstärken, sondern in einem spannungsreichen Verhältnis leben müssen. Diamonds generalisierte These (1994: 7), daß eine vitale Zivilgesellschaft für die "Konsolidierung und Sicherung der Demokratie vermutlich von größerer Bedeutung als für deren Etablierung ist" muß deshalb in dreierlei Hinsicht modifiziert werden:

(1) *in demokratietheoretischer Hinsicht:* Für eine elitengesteuerte Demokratie im Sinne Schumpeters ist die Zivilgesellschaft keineswegs essentiell. Im Gegenteil würde eine zu vitale Selbstorganisation der Gesellschaft möglicherweise die Handlungsoptionen und Handlungseffizienz der Regierung zu stark einschränken. Diamonds These hat jedoch Gültigkeit, wenn man sie auf anspruchsvollere, partizipative Demokratiemodelle bezieht;

(2) *in kultureller Hinsicht:* Für asiatische oder afrikanische Demokratien lassen sich nicht umstandslos zivilgesellschaftliche Konzepte heranziehen, die sich in Europa aus Aufklärung und Liberalismus entwickelt haben. Vielmehr müssen wir nach funktionalen Äquivalenten suchen (wie die starke lokale klientelistische Verwurzelung der politischen Eliten

in Südkorea und Taiwan), die möglicherweise die 'Stützungsfunktion' der nicht oder kaum vorhandenen Zivilgesellschaft im Hinblick auf die demokratische Konsolidierung ersetzen;

(3) *in legitimatorischer Hinsicht:* Es müssen stärker auch die ambivalenten Aspekte der Zivilgesellschaft bezüglich der demokratischen Konsolidierung diskutiert werden. Dies betrifft vor allem die Frage der Legitimation zivilgesellschaftlicher Aktionen, die gegen demokratisch gewählte Funktionsträger gerichtet sind. Genügt ihre legitimatorische Basis, um über Wahlen legitimierte Repräsentativorgane, wie Regierungen, zu blockieren? Doch es ist ebenfalls zu fragen, wann und in welchem Maße die Dynamik der repräsentativ-demokratischen Konsolidierung der komplementären Selbstorganisation der Zivilgesellschaft bedarf, um nicht frühzeitig in einer Schumpeterianischen Elitendemokratie zu erstarren.

Bezieht man die oben aufgeworfenen Fragen mit in die theoretische Debatte wie in konkrete Analysen mit ein, was bislang weder in der Transformationsforschung noch in der *Civil Society*-Debatte hinreichend geschehen ist, werden auch die Inkongruenzen, Interdependenzen und Spannungen zwischen Demokratie und Zivilgesellschaft deutlicher. Die naive These der idealen Komplementarität zwischen beiden Sphären behinderte bisher allerdings die Beantwortung dieser Fragen. Insgesamt scheinen in der Phase der demokratischen Konsolidierung die demokratieproblematistischen Aspekte der Zivilgesellschaft an Bedeutung zu gewinnen. Doch es wäre überzogen, die Zivilgesellschaft nun lediglich unter dem Aspekt eines demokratischen Störfaktors zu betrachten, da auch weiterhin ihre demokratieförderlichen Faktoren überwiegen. Die aus der Legitimitätsdifferenz resultierende Spannung zwischen repräsentativen De-

mokratieinstanzen (Parlament, Regierung) und der Zivilgesellschaft ist jedoch nicht aufhebbar. Deshalb sollte sich zivilgesellschaftliches Engagement in einem potentiellen Konflikt mit den Organen der repräsentativen Demokratie in reflektierter ziviler Selbstbeschränkung üben. Begründen läßt sich dieses *civil self restraint* mit folgendem demokratietheoretischen Argument: In Demokratien mit allgemeinen, gleichen und freien Wahlen verfügen die gewählten Repräsentativorgane über eine qua Verfahren hergestellte *universelle* Legitimationsbasis. Zivilgesellschaftliche Akteure können sich immer nur auf eine begrenzte, partikuläre Legitimationsbasis berufen. Dies gilt selbst für Massenbewegungen wie die historische Arbeiterbewegung oder die *Solidarność* im Polen der 80er Jahre. Uns ist kein überzeugendes Argument bekannt, warum den Formen und der Substanz zivilgesellschaftlichen Handelns überlegenere moralische Geltungsgründe zukommen sollten, als den Verfahren und Ergebnissen rechtsstaatlicher, repräsentativer Demokratien. Denn eine 'realistische' Definition von Zivilgesellschaft (s. o.) wird zu berücksichtigen haben, daß zivilgesellschaftliches Handeln nur in den seltensten Fällen einer von Macht- und Ressourcenhierarchien freien und entscheidungsentlasteten Diskursituation entspringt. Wenn aber, wie dargelegt, die Legitimationsbasis zivilgesellschaftlichen Handelns dünner ist als jene rechtsstaatlich normierter, repräsentativ-demokratischer Entscheidungsverfahren, gibt es in Konfliktsituationen gute normative Gründe für die Selbstbeschränkung der Zivilgesellschaft. Dies gilt in besonderen Maße in nicht konsolidierten Demokratien. Denn eine radikale Herausforderung der noch fragilen repräsentativ-demokratischen Institutionen durch soziale Bewegungen könnte 'Veto-Mächte' wie das Militär, Kapital oder Großgrundbesitzer zu Interventionen und Aktionen veranlassen, die den Bestand der Demokratie

grundsätzlich gefährden. Die Selbstbeschränkung der Zivilgesellschaft muß in der Phase der demokratischen Konsolidierung noch viel stärker von einer *Verantwortungs-* denn *Gesinnungsethik* geprägt sein, als dies für reife, konsolidierte Demokratien gelten kann.

5 Fazit

Der systematische Einbezug des Konzeptes Zivilgesellschaft in die Transformationsforschung verstärkt unsere Einsicht über die Ursachen des Erfolgs und Mißerfolgs von Demokratisierungsprozessen. Die Sicht auf die Zivilgesellschaft läßt uns nicht nur den Entwicklungsstand demokratiefreundlicher Einstellungen auf der Mikroebene der Individuen messen (*civic culture*), sondern verdeutlicht auf der Mesoebene die Logik kollektiven zivilgesellschaftlichen Handelns. Daß diese Logik nicht immer demokratiekonsolidierende Wirkungen erzeugen muß, sondern auch nicht-intendierte Destabilisierungseffekte hervorbringen kann, haben wir mit dem 'Schatten' der Zivilgesellschaft anzudeuten versucht.

Im Verlauf eines Systemwechsels (Liberalisierung, Demokratisierung, Konsolidierung) gibt es ganz offensichtlich phasenabhängige Konjunkturzyklen zivilgesellschaftlicher Vitalität. Bei nahezu allen Transformationsprozessen der sogenannten dritten Demokratisierungswelle kam es während der Endphase des autoritären Regimes im Zuge der Liberalisierung und/oder während des Beginns der Demokratisierungsphase zu einem (Wieder-)Aufblühen der *civil society* (O'Donnell/Schmitter 1986). Dabei konnten die Mobilisierungs- und Selbstorganisationsphasen der einzelnen Zivilgesellschaften durchaus unterschiedlich lang und unterschiedlich intensiv verlaufen. Gemeinsam war jedoch allen diesen Transformationsfällen trotz ihrer unterschiedlichen

Modi des Machtwechsels, daß es schon am Ende der Demokratisierungsphase zu einem Abflauen der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten kommt. Die Mobilisierung der Zivilgesellschaft ging in der Regel in den ersten Jahren der demokratischen Konsolidierung noch weiter zurück. Dafür gab es regionen- und kulturübergreifend vor allem drei Gründe:

(1) Mit der Institutionalisierung der Demokratie, d.h. der Verabschiedung neuer Verfassungsnormen, der Etablierung demokratischer Institutionen und den Gründungswahlen füllte sich ein in der Transition entstandenes Macht- und Institutionsvakuum. Es kam zur erneuten Einengung der Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Bewegungen und Assoziationen.

(2) Es entstanden und konsolidierten sich neue politische Akteure (Parteien, Parlamente, Regierungen), die meist über größere rechtliche, administrative und wirtschaftliche Ressourcen verfügten.

(3) Der nun in der Demokratie auftretende Ernüchterungseffekt über die wahrgenommenen Grenzen zivilgesellschaftlichen Einflusses führte auf der Mikroebene der Individuen zu den von Hirschman schon in etablierten Demokratien beobachteten *shifting involvements* der Bürger vom Öffentlichen zum Privaten. Individuelle Karrieren oder die persönliche Existenzsicherung rangierten sehr bald vor dem Engagement für das öffentliche Wohl bzw. kollektive Interessen.

Entgegen den Erwartungen euphorischer Bewegungsforscher schloß sich das zivilgesellschaftliche 'Fenster der Gelegenheiten' mit Beginn der demokratischen Konsolidierung wieder sehr rasch zu einem beträchtlichen Teil. Dies muß aber keineswegs nur negativ

als Verarmung der Demokratie betrachtet werden. Hinsichtlich der Entscheidungsfähigkeit der repräsentativen demokratischen Institutionen kann der Wegfall zivilgesellschaftlicher Blockadepotentiale bei einschneidenden Reformvorhaben auch einen wichtigen Effizienz- und damit Legitimitätszuwachs (Easton 1965) für die noch fragile Demokratie bedeuten. Paradoxerweise trägt dann die vorübergehende Schwäche der Zivilgesellschaft gar zur Stabilisierung der jungen Demokratien bei. Erst im Verlauf der weiteren Stabilisierung wird dann eine erneute Revitalisierung der Zivilgesellschaft für die partizipatorische Vertiefung der Demokratie wichtig. In einer fortgeschrittenen Phase der demokratischen Konsolidierung kann die nun relativ risikolose Doppelstrategie der komplementären Demokratisierung von Staat und Gesellschaft nicht nur die Legitimitätsgrundlage der Demokratie verstärken, sondern auch die Interventionstiefe staatlicher Steuerung und Implementation durch die Mitwirkung gesellschaftlicher Teilbereiche verbessern (Held 1989: 182). Dies gelingt allerdings nur, wenn politische und zivile Gesellschaft sich in wechselseitiger Selbstbeschränkung kooperativ verhalten. Damit wären wir allerdings schon weit entfernt von der Realität postautoritärer Demokratien und bewegten uns auf die Sphäre der deliberativen Politikgestaltung zu, und damit auf eine Sphäre, die auch in reifen Demokratien noch erheblich unterentwickelt ist.

Hans-Joachim Lauth ist wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Wolfgang Merkel ist Professor für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Anmerkungen

¹ Zivilgesellschaft ist gleichfalls zum Konzept der strategischen und konfliktfähigen Gruppen (Evers/Schiel 1988, Schubert 1996) abzugrenzen. Neben den unterschiedlichen normativen Bestandszuweisungen ist es vor allem der Aspekt des Machterwerbs, der beide trennt. Während strategische Gruppen politische Macht inne haben und konfliktfähige Gruppen nach ihr streben, zielen zivilgesellschaftliche Aktionen auf die politische Einflußnahme, nicht jedoch direkt auf politischen Machterwerb.

² Es ließe sich jedoch durchaus diskutieren, ob die Bildung eines entsprechenden Idealtyps von Zivilgesellschaft unabhängig von Raum, Zeit und Kultur möglich und sinnvoll wäre. Einige Anmerkungen dazu finden sich am Ende des Artikels.

³ Pluralismustheoretiker gebrauchen nicht den Begriff der Zivilgesellschaft. Mit ihrer Betonung der positiven Eigenschaften konkurrierender Verbände, Assoziationen und Vereine sowie der *overlapping memberships* der Bürger in vielen unterschiedlichen Organisationen beziehen sie sich jedoch in der Sache auf wichtige Teilbereiche der Zivilgesellschaft.

⁴ So ist etwa die italienische Gesellschaft keineswegs nur einseitig von statistischen Parteien kolonisiert worden, sondern auch der Staat ist von den Verbänden, Interessengruppen und Bürgern illegal und illegitim okkupiert, instrumentalisiert und paralysiert worden (Merkel 1994b: 302).

⁵ Das Erstaunen von Thiery (1992: 70) ist angebracht: „Umso erstaunlicher ist, mit welcher Überzeugung und Verve die Idee der Zivilgesellschaft vorgebracht wird, zumeist mit der vorausgesetzten oder unhinterfragten Konnotation, daß es sich hierbei – sofern diese Zivilgesellschaft stabilisiert werden kann – um eine Sphäre reiferer Demokratie, größerer Freiheit oder auch größerer Gerechtigkeit handelt.“

⁶ Eine besondere Stellung nimmt der Akteur in der Zivilgesellschaft ein, der den Widerstand 'startet' ('Startorganisationen'). Er kann seine Position nutzen, die Agenda der kritischen Öffentlichkeit zu setzen und damit der Transformationsrichtung von Anfang an entscheidende Impulse verleihen. Je nach

Ressourcenausstattung kann er sich auf diese Weise zu einer 'Andock-Organisation' entwickeln.

⁷ Die besondere Problematik der dreifachen Transformation liegt darin begründet, daß sie gleichzeitig auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene stattfinden muß (Offe 1994).

⁸ Es bliebe jedoch zu diskutieren, in welchem Ausmaß solche Positionen vorhanden sein müssen, um die demokratische Konsolidierung hinreichend zu stören. Walzer (1996: 92) weist darauf hin, daß die zivilgesellschaftlichen Prozesse nicht alle demokratisch zu sein brauchen: "Die zivile Gesellschaft ist hinreichend demokratisch, wenn wir uns zumindest in einigen ihrer Teilbereiche als maßgebliche und verantwortliche Teilnehmer betrachten können".

Literaturverzeichnis

Ágh, Attila 1995: The role of the first parliament in democratic transition, in: Ágh, A./Sandor, K. (Hg.): *The First Parliament (1990-1994)*, Budapest, 249-261.

Ágh, Attila 1996: The emergence of the multiparty system in East Central Europe. The partial consolidation of the new political structure, Arbeitspapier 2/96 der Max Planck-Arbeitsgruppe: Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern, Berlin.

Almond, Gabriel/Verba, Sidney 1963: *The Civic culture*, Princeton.

Almond, Gabriel/Verba, Sidney (Hg.): 1980: *The Civic culture revisited*, Newbury Park u.a.

Arato, Andrew 1981: Civil Society against the state: Poland 1980-81. In: *Telos* 47 (spring), 23-47.

Arato, Andrew 1990: Revolution, Civil Society and Democracy. In: *Transit* 1, 110-126.

Beyme, Klaus v. 1994: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt/Main.

Bibić, Adolf 1994: *Civil Society, Political Society, Democracy*, Ljubljana.

Cohen, Jean/Arato, Andrew 1992: *Civil society and political theory*, Cambridge (Mass.)/London.

Dahl, Robert A. 1971: *Polyarchy: participation and opposition*, New Haven.

- Diamond, Larry* 1994: Toward democratic consolidation. In: *Journal of Democracy*, vol. 5, no. 3, 4-17.
- Easton, David* 1965: A systems analysis of political life, New York.
- Evers, Hans-Dieter/Schiel, Tilman* 1988: Strategische Gruppen. Vergleichende Studien zu Staat, Bürokratie u. Klassenbildung in der Dritten Welt, Berlin.
- Foley, Michael W./Edwards, Bob* 1996: The paradox of Civil Society. In: *Journal of Democracy* vol. 7, no. 3, 38-52.
- Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen: Zukunft der Reformpolitik*, Jg. 4, Heft 1, Marburg 1991.
- Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen: Bewegungen von Rechts? Analyse und Kritik*, Jg. 7, Heft 4, Opladen 1994.
- Gunther, Richard/Diamandouros, Nikiforos P./Puhle, Hans-Jürgen* (Hg.) 1995: The politics of democratic consolidation. Southern Europe in comparative perspective, Baltimore/London.
- Habermas, Jürgen* 1962: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Darmstadt.
- Habermas, Jürgen* 1992: Zur Rolle von Zivilgesellschaft und politischer Öffentlichkeit. In: ders.: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt/Main, 399-467.
- Heins, Volker* 1992: Ambivalenzen der Zivilgesellschaft, in: *PVS*, Jg. 33, Heft 2; 235-242.
- Held, David* 1989: Political theory and the modern state, Cambridge.
- Hirschman, Albert O.* 1984: Engagement und Enttäuschung, Frankfurt/Main.
- Journal of Democracy*, vol. 7 (1996), no. 1.
- Keane, John* (Hg.) 1988a: Civil Society and the state: new European perspectives, London.
- Keane, John* 1988b: Democracy and Civil Society: On the predicaments of European socialism: the prospects for democracy and the problem of controlling social and political power, London.
- Lauth, Hans-Joachim* 1996: Demokratieförderung als ein Element der Außenpolitik der USA. Konzeption. Stellenwert und Außenwirkungen. In: Harnisch, Rolf (Hg.): *Demokraticexport in die Länder des Südens?*, Hamburg, 157-185.
- Lauth, Hans-Joachim/Thiery, Peter* 1993: Das Konzept der Zivilgesellschaft und seine Bedeutung für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit (FES-Paper), Mainz, Institut für Politikwissenschaft.
- Linz, Juan* 1975: Totalitarian and authoritarian regimes. In: Greenstein, Fred J./Polsby, Nelson W. (Hg.): *Handbook of political science*, Reading, 175-411.
- Linz, Juan* 1990: The Perils of Presidentialism. In: *Journal of Democracy*, vol. 1, no. 1, 51-69.
- Linz, Juan/Stepan, Alfred* 1996: Toward Consolidated Democracies, *Journal of Democracy*, vol. 7, no. 2, 14-34.
- Lipset, Seymour M.* 1960: *Political Man*, Garden City.
- Lipset, Seymour M.* 1993: The Centrality of Political Culture. In: Diamond, L./Plattner, M. (Hg.): *The global resurgence of Democracy*, Baltimore, 459-476.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein* (Hg.) 1967: *Party systems and voter alignments: cross national perspectives*, New York.
- Merkel, Wolfgang* 1994a: Struktur und Akteur, System und Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung. In: ders. (Hg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung*, Opladen, 303-332.
- Merkel, Wolfgang* 1994b: Italien - das Phantom der „zweiten Republik“. In: *Sowi* 4/1994, 293-304.
- Merkel, Wolfgang* 1996: Theorien der Transformation: Die Demokratische Konsolidierung post-autoritärer Gesellschaften. In: Beyme, K. v.; Offe, C. (Hg.): *Politische Theorien in der Ära der Transformation*, *PVS Sonderheft 27*, Opladen, 30-58.
- Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard/Segert, Dieter* (Hg.) 1996: *Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie*, Opladen.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe/Whitehead, Lawrence* (Hg.) 1986: *Transitions from Authoritarian Rule*, Baltimore.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe* 1986: *Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, Baltimore.
- Offe, Claus* 1994: *Der Tunnel am Ende des Lichts*. Frankfurt/Main.

- Plasser, Fritz/Ulram, Peter A* 1994.: Monitoring democratic consolidation: political trust and system support in East-Central-Europe. Paper presented at the XVth World Congress of the International Political Science Association (IPAS), August 1994, Berlin.
- Przeworski, Adam et al.* 1996: What makes democracies endure. In: *Journal of Democracy* vol. 7, no. 1, 39-55.
- Putnam, Robert* 1993: Social capital and institutional success. In: ders.: *Making democracy work. Civic tradition in modern Italy*, Princeton, 163-185.
- Putnam, Robert* 1995: Bowling alone. In: *Journal of Democracy* vol. 6, no. 1, 65-78.
- Roniger, Luis* 1994: The Comparative study of clientelism and the changing nature of Civil Society in the contemporary world. In: ders./Günes-Ayata, A. (Hg.): *Democracy, clientelism, and Civil Society*, Boulder/London, 1-18.
- Rödel, Ulrich/Frankenber, Günter/Dubiel, Helmut* 1989: Die demokratische Frage. Ein Essay, Frankfurt/Main.
- Sandschneider, Eberhard* 1995: „Zivilgesellschaft“ – Zu den Intentionen und Grenzen einer aktuellen demokratiethoretischen Diskussion. In: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Jg. 42, Heft 8, 744-749.
- Schmitter, Philippe C.* 1992: Interest systems and the consolidation of democracies. In: Marks, Garry/Diamond, Larry (Hg.): *Reexamining democracy: essays in honor of Seymour Martin Lipset*, Newbury Park u.a., 156-181.
- Shubert, Gunter* 1996: Demokratieentwicklung in Asien – Strategische und konfliktfähige Gruppen in ausgewählten Ländern. In: *KAS-Auslandsinformationen* 6/1996, 63-86.
- Segert, Dieter/Machos, Csilla* 1995: Parteien in Osteuropa, Opladen.
- Taylor, Charles* 1993: Der Begriff der >bürgerlichen Gesellschaft< im politischen Denken des Westens. In: Brumlik, M./Brunkhorst, H. (Hg.): *Gemeinschaft und Gerechtigkeit*, Frankfurt, 117-147.
- Thiery, Peter* 1992: Zivilgesellschaft – ein liberales Konzept? In: Lauth, Hans-Joachim/Mols, Manfred/Weidenfeld, Werner (Hg.): *Zur Relevanz theoretischer Diskurse. Überlegungen zu Zivilgesellschaft, Toleranz, Grundbedürfnissen, Normanwendung und sozialen Gerechtigkeitsutopien*, Mainz, 69-87.
- Tocqueville, Alexis de* 1985: *Über die Demokratie in Amerika*, Stuttgart.
- Truman, D.B.* 1951: *The Governmental Process*, New York.
- Walzer, Michael* 1992: The Civil Society argument. In: Chantal M. (Hg.): *Dimensions of radical democracy: pluralism, citizenship, community*, London, 89-107.
- Walzer, Michael* 1996: Was heißt zivile Gesellschaft? In: ders.: *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*, Frankfurt/Main, 64-97.
- Wiesenthal, Helmut* 1993: Die „Politische Ökonomie“ des fortgeschrittenen Transformationsprozesses und die potentiellen Funktionen intermediärer Akteure, Arbeitspapier der Max-Planck-Gesellschaft, AG-Transformationsprozesse (1).

Reinhart Kößler

Transformation und Transition als Ausdruck sozialer Kämpfe und gesellschaftlicher Prozesse

Kommentar zu Lauth/Merkel

Der Versuch von Lauth und Merkel zeigt deutlich die Vorzüge klarer Definitionen und von Verlaufsschemata mit präzise voneinander abgegrenzten Stadien. Gleiches gilt aber auch von Problemen bei der Konstruktion von Begriffen und Bestimmung von Grenzen. Im Text werden wesentliche Bruchstellen aufgewiesen, an denen Transitionsprozesse riskant werden können oder wo Richtungsentscheidungen fallen. Zentrale Probleme sehe ich dagegen in der Tendenz zu einem Begriff der Zivilgesellschaft mit weit vorgeschobenen normativen Komponenten, der den Prozeßcharakter von Gesellschaft in den Hintergrund drängt und in einem allzu weitgefaßten, differenzierungsbedürftigen Begriff der Transformation.

Die Problematik wird besonders deutlich, wenn Lauth/Merkel für eine "Selbstbeschränkung der Zivilgesellschaft" (21) plädieren, der aber zuvor der Status als "homogener 'Akteur'" (5) ausdrücklich abgesprochen wurde. Dieser offenkundige Bruch geht zurück auf einen letztlich funktionalistischen Grundansatz. Es geht in erster Linie um Stabilität: Der Erfolg der "Transformation" bemißt sich an der Konsolidierung demokratischer Institutionen. Auch wenn unterschiedliche Demokratiebegriffe – mit nicht ganz eindeutigen Resultat – diskutiert werden, ergibt sich daraus ein formaler und zugleich stark normativer Bezugsrahmen. Wie die Behandlung der mög-

lichen "Blockademacht" von Zivilgesellschaft unterstreicht, geht es am Ende weniger um Partizipation als um Handlungsfähigkeit staatlicher Organe, deren "einschneidende Reformvorhaben" offenbar keiner Präzisierung bedürfen, erst recht nicht einer kritischen Betrachtung des "Effizienz- und Legitimitätswachstums(es)" durch den "Wegfall zivilgesellschaftlicher Blockadepotentiale" (22).

Um diese Einwände in aller Kürze zu erläutern, möchte ich zunächst mein Konzept von Zivilgesellschaft skizzenhaft dem Lauth/Merkelschen entgegensetzen, mich dann mit ihrem Transformationskonzept und der dort der Zivilgesellschaft zugeordneten Rolle auseinandersetzen und abschließend kurz auf die internationale Dimension von Transformations- und Transitionsprozessen verweisen.

1 Zivilgesellschaft und Hegemonie

Zivilgesellschaft kann schon aufgrund ihrer Komplexität nicht per se Handlungsträger sein. Sehr wohl aber gibt es zivilgesellschaftliche Akteure, häufig miteinander widerstreitenden Interessen, wie auch Lauth/Merkel feststellen. Doch gerade dann ist Zivilgesellschaft selbst eher als struktureller, materiell immer prekärer Rahmen solcher Auseinandersetzung zu bestimmen, der konstitutionell oder legal gesichert, geregelt oder

auch eingeschränkt werden kann. Sie ist in der legitimen Tradition der aristotelischen *politikē koinonía* jener öffentliche Raum, in dem der Verfassungs- oder allgemeiner der gesellschaftliche Grundkonsens ausgehandelt und ausgekämpft wird, ein "Feld politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzung" (Kößler/Melber 1993: 81) oder auch ein "Netzwerk von Organisationen und informellen Zusammenhängen", das sich vom Staatsapparat unterscheidet (ebd.: 93). Hier läßt sich eine wie auch immer definierte "Mitgliedschaft" (Lauth/Merkel: 4ff) schlecht vorstellen.

Die von Lauth/Merkel vorgeschlagene trennscharfe Definition führt, konfrontiert man sie mit der Empirie, in Aporien: Die klassische Arbeiterbewegung fand neben eindeutig zivilgesellschaftlichen Formen wie Gewerkschaften, Arbeitersport- und Gesangsvereinen usw. auch Ausdruck in Parteien. Diese waren zwar häufig in – unterschiedlich mächtigen – Parlamenten vertreten, verweigerten sich aber vor dem Ersten Weltkrieg mehrheitlich einer Regierungsbeteiligung. Nicht unähnlich konstituierten sich die Grünen in Westdeutschland zunächst als Anti-Partei. Es dürfte nun schwerfallen, an irgendeinem Punkt der damit angesprochenen Entwicklungslinien etwa einen "Austritt" aus der Zivilgesellschaft im Lauth/Merkelschen Verständnis zu bestimmen. In der Wirklichkeit gesellschaftlicher Prozesse ist daher unbeschadet der Bedeutung, die der Unterscheidung zwischen Staatsapparat und Zivilgesellschaft zukommt, zumindest mit einer breiten "Grauzone" zu rechnen, über die trennscharfe formale Definitionen leicht hinwegtäuschen.

Ähnliche Probleme sehe ich bei den Kriterien der Gewaltlosigkeit und Toleranz. Letztere ist über sehr grundlegende und allgemeine Aussagen – etwa Verzicht auf Alleingültigkeit oder gegenseitige Anerkennung – hin-

aus schwerlich in einer Weise zu operationalisieren, die der geforderten Begriffsbestimmung Genüge tun könnte. Auch der Verzicht auf Gewalt zum Austrag politischer Auseinandersetzungen ist zwar eine einleuchtende und normativ überzeugende Forderung, bringt aber Probleme beim Versuch der Operationalisierung als Kriterium der Abgrenzung eines zivilgesellschaftlichen Spektrums: Gerade im Kontext neuer sozialer Bewegungen, die wie die Studentenbewegung, die Friedens- und die Umweltbewegung wohl kaum aus einem sinnvollen Konzept von Zivilgesellschaft während der letzten drei Jahrzehnte in (West-)Deutschland wegedacht werden können, war der Gewaltbegriff selbst politisch-juristischer Streitpunkt; weiter sind begrenzte Regelverstöße, Protest und ziviler Ungehorsam entscheidende Momente für die Auflösung von Blockaden gesellschaftlicher Debatte und Auseinandersetzung, für die Artikulation von Dissens und die Neubestimmung des Verfassungskonsenses (vgl. Rödel u.a. 1989: 71ff). Ähnliches gilt für militant geführte Arbeitskämpfe oder für viele Aspekte der Umweltbewegung, aber auch für Ausdrucksformen der osteuropäischen Dissidentenbewegung. Die Definition von "Gewalt" ist selbst Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzung, was die Funktion des Begriffs als Parameter für einen adäquaten Begriffs von Zivilgesellschaft äußerst fragwürdig machen muß. Die von Lauth/Merkel vorgeschlagene, auf "Mitgliedschaft" und damit auf formale, zudem schwer operationalisierbare Kriterien abhebende Definition von Zivilgesellschaft entspricht nicht der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Lauth/Merkels starke normativen Forderungen an Zivilgesellschaft verfehlen oder negieren deren Prozeßcharakter. Verstehen wir Zivilgesellschaft als Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, so werden normative Bestimmungen wesentlich weiter zurückge-

nommen. Freilich sind auch hier normative Aussagen enthalten: Der zivilgesellschaftliche Raum erscheint als unerläßliche, aber nicht hinreichende Bedingung für Demokratie. Die damit implizierte gegenseitige Anerkennung der Beteiligten, die gesellschaftlichen Konfliktaustrag freilich gerade erfordert, enthält auch den Anspruch der Solidarität (Honneth 1994). Es geht hier aber um Rahmenbedingungen der Garantie von Bürgerrechten, weniger um Handlungsvorgaben an zivilgesellschaftliche Akteure. Denn auch wenn solche Akteure gegen den grundrechtlichen Rahmen verstoßen, ist das *auf dieser Ebene* zunächst einmal eine soziale Tatsache. Zugleich ist in Kauf zu nehmen, daß Zivilgesellschaft diffuser bestimmt wird, als bei Lauth/Merkel. Dies ist aber als Konsequenz des engen Bezugs von Zivilgesellschaft zu dem Postulat einer aktiven und pluralen Öffentlichkeit kaum zu umgehen: Die Vorstellung einer "Einheit" der Zivilgesellschaft ist nicht kompatibel mit "persönliche(n) Freiheitsrechte(n) in Verbindung mit der Konnexgarantie freier politischer Kommunikation", die aber pluralen Meinungs austausch und Konfliktaustrag erst "*ermöglichen* (nicht: garantieren)" (Rödel u.a. 1989: 101).

Nicht zuletzt ist Zivilgesellschaft so Feld des *Streites* über gesellschaftliche Prioritäten, "Entwicklungsziele". Nun sind zivilgesellschaftliche Strukturen nicht nur in vielen Fällen durchaus herrschaftsförmig, wie Lauth/Merkel zurecht feststellen. Der zivilgesellschaftliche Prozeß selbst, die Definition des Grundkonsenses, läßt sich vielmehr schwerlich anders denken denn als Auseinandersetzung um und Reproduktion von hegemonialen Beziehungen und *zugleich* als Austrag strukturell widerstreitender Interessen. Das kann nicht ohne weiteres "abgestellt" werden. Andererseits wäre es aber auch verfehlt, Zivilgesellschaft per se als kritische Instanz

zu verstehen: Es geht um gesellschaftliche Hegemonie, um dominante kulturelle und ideologische Muster, um soziale Leitbilder. Gerade dabei besteht, wie Joachim Hirsch neuerdings im Anschluß an Hannah Arendt herausgearbeitet hat, durchaus eine Tendenz zu so etwas wie einer "historisch neuen Form des Totalitarismus, die ... in den Strukturen der 'Zivilgesellschaft' wurzelt" (1995: 161). Das betrifft weniger die "dunkle Seite der Zivilgesellschaft" (Lauth/Merkel: 11) oder die in dem von mir vorgeschlagenen Konzept durchaus mögliche Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Strukturen in autoritäre Systeme, wie dies in verschiedenen Spielarten eines religiös motivierten Fundamentalismus geschieht. Es handelt sich vielmehr um die Reproduktion eines hegemonialen Konsenses innerhalb einer scheinbar alternativlosen "wirtschaftlichen wie politischen Monopolstruktur" (Hirsch 1995: 162).

Moderne Gesellschaften unterliegen strukturell beständiger Innovation und damit auch grundlegenden Interessenverschiebungen. Sie werden daher trotz ihrer wahrnehmbaren Ambivalenz gegenüber den eher kritischen Potentialen von Zivilgesellschaft auf Dauer kaum ohne Formen zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzung auskommen. Deren Resultate werden am Ende wesentlich von gesellschaftlichen, gerade auch nicht-staatlichen Macht- und Herrschaftsstrukturen bestimmt, also kaum per se "kritisch" sein. Die Bedeutung von Zivilgesellschaft für moderne Gesellschaften hat nicht zuletzt die Erfahrung der Gesellschaften sowjetischen Typs und der Aufspaltung bzw. der Implosion stalinistischer Regime gezeigt. Damit ist bereits einsichtig, daß sich die sehr unterschiedlichen Momente eines solchen Prozesses zur Veränderung staatlicher und verfassungsmäßiger Institutionen, widersprüchlich und vielgestaltig verhalten werden.

2 Zur Differenzierung von Transformation und Transition

Die Vielgestaltigkeit neuerer Prozesse solcher Veränderung sperrt sich freilich gegen die vereinheitlichende Rede von "Transformation". Vor allem lassen sie sich nur begrenzt und in sehr unterschiedlichem Maß allein auf die Einführung und Konsolidierung neuer Institutionen eingrenzen oder beschränken. Eine wichtige Differenzierung scheint mir angesichts der Entwicklungen der letzten 20 Jahre aber geboten. Sie erfordert auch ein Festhalten an der terminologischen Unterscheidung zwischen "Transformation" und "Transition".

Einerseits haben wir es mit Prozessen zu tun, die vor allem seit den Publikationen von O'Donnell, Schmitter und anderen als "Transition" bezeichnet werden und sich bei allen tiefgreifenden Veränderungen doch in erster Linie auf den Bereich politischer Institutionen beziehen. Die sozioökonomischen Rahmenbedingungen bleiben dabei in ihren wesentlichen Grundzügen unangetastet. Ein spürbarer gesellschaftlicher Umbruch war etwa in Chile gerade das Werk des autoritären oder diktatorischen Regimes, das im Transitionsprozeß abgelöst wurde. Dieser Ablösungsprozeß folgt, wie ebenfalls am Beispiel Chiles zu sehen ist, vielfach auf einen Aushandlungsprozeß mit dem alten Regime und langfristig in mehreren Schritten. Daß solche Stufen ihrerseits Gegenstand gesellschaftlicher Kämpfe sein können, unterstreicht zum Jahreswechsel 1996/97 die Streikbewegung und die damit verknüpfte Auseinandersetzung um Gewerkschaftsrechte in Südkorea.

Zum anderen stehen dem die Erfahrungen weit grundlegenderer Transformationsprozesse gegenüber, wo mit dem – nicht immer schon wirklich ganz vollzogenen – Übergang zu demokratischen Institutionen eine tiefgreifen-

de Umwälzung der sozioökonomischen Grundstrukturen faktisch und programmatisch verknüpft ist. Dies ist heute der Fall in den Ländern des früheren COMECON und – in freilich gänzlich anderer Weise – in den durch eine Minderheitsherrschaft von Siedlern geprägten Gesellschaften des Südlichen Afrika. In beiden Großregionen, wie auch sicher in vielen Transitions-Prozessen, verband sich mit dem politischen Umbruch die Hoffnung auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen, die erfahrener Mangel abhelfen sollten.

Im östlichen Europa war der Übergang zu teils wirklich, teils eher formal pluralistischen Verhältnissen mit dem sozioökonomischen Schock des Übergangs zu einem weitgehend unregulierten Markt verbunden. Das hatte für zivilgesellschaftliche Handlungszusammenhänge wiederum sehr unterschiedliche Folgen, wenn etwa die Herausforderungen für Gewerkschaften denen gegenübergestellt werden, denen sich ein Schriftstellerverband konfrontiert sehen mag. Beide haben sich zumindest vorübergehend mit den von Lauth/Merkel skizzierten Problemen des Rückzugs oder auch des "Hiatus der Mobilisierung" (Sigrist 1982: 31) nach einem langfristig erkämpften konkreten Erfolg auseinanderzusetzen. Aber schon die Bedingungen für die Wahrung ihrer Legitimität unterscheiden sich grundlegend voneinander. Für eine Gewerkschaftsorganisation wird die mehr oder minder militante Interessenvertretung ihrer Mitglieder unter sehr schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen zweifellos zur Überlebensfrage. Die Entwicklung von Solidarnosc belegt dies ebenso, wie sie die Forderung nach "Selbstbeschränkung" fragwürdig erscheinen läßt: Bei aller selbstaufgelegten Disziplin führte in Polen ja eine seit 1956 wiederholt gemachte Erfahrung zur Herausforderung des Organisationsmonopols der PVAP: Autonome Organisationsmöglichkeiten hatte sich als

entscheidend wichtig zur Vertretung gemeinsamer Interessen erwiesen (s. auch Köbller/Schiel 1996: Kap. 11). Gerade der Systemwechsel begünstigte eine Erwartungshaltung, die für eine Mehrheit unausweichlich enttäuscht wurde, zumindest was sehr grundlegende materielle Lebensumstände angeht. So mußte die Gewerkschaftsorganisation schon zur Wahrung ihrer eigenen Legitimität als aktive Interessenvertretung auftreten. Selbstbeschränkung wäre hier geradezu selbstmörderisch gewesen. Es ließe sich sogar fragen, ob die zur *anomie* tendierenden Prozesse in den Transformationsgesellschaften nicht ehestens durch funktionierende und aktive Interessenorganisationen aufzufangen sind, wobei klar ist, daß solche Strukturen schon aufgrund der Legitimitätsfrage nicht über Nacht einfach geschaffen werden können. Gerade in Osteuropa war die sich seit den späten 1960er Jahren herausbildende Zivilgesellschaft vor 1989 ja ganz überwiegend Projekt einer mobilisierten Minderheit geblieben.

Die zweite Großregion, wo heute von fundamentaler gesellschaftlicher Transformation gesprochen werden kann, das Südliche Afrika, stellt sich grundlegend anders dar. Sozio-ökonomische Veränderungen werden hier zwar als Folge der politischen Transition, des Übergangs zur legitimen Unabhängigkeit und zur Mehrheitsherrschaft allgemein erwartet und weithin als unausweichlich angesehen; sie sind aber bisher allenfalls in äußerst geringem Maß eingetreten. Es handelt sich also gleichsam um Transformationsgesellschaften im Wartestand. Wir beobachten hier besonders deutlich die von Lauth/Merkel erwähnte Absorption zivilgesellschaftlicher Einzelakteure in den Staatsapparat, zugleich aber auch deutliche Zeichen der Persistenz und Neuformierung zivilgesellschaftlicher Strukturen, die an sehr konkreten Bedürfnissen ansetzen wie die *civics* oder auch die Distanzierung des Gewerkschafts-

dachverbandes COSATU von staatlichen Instanzen. Ähnlich wie in Polen lassen sich hier in der Tat Ausdifferenzierungen der Zivilgesellschaft beobachten, von der Teile in eine neue "politische Klasse" absorbiert werden.

3 Externe Akteure und Zivilgesellschaft

Vor allem im Vorfeld, aber auch im weiteren Verlauf von Transformation wie von Transition spielen die von Lauth/Merkel kurz angesprochenen externen Akteure eine wichtige Rolle. Auch auf internationaler Ebene bestehen Unschärfen, die das obige Plädoyer für ein bewußt offen gehaltenes Konzept der Zivilgesellschaft verstärken: Zu erinnern ist an die wesentliche Rolle der Helsinki-Akte für die weitere Entwicklung in Osteuropa, aber auch an die aktive Intervention (west)deutscher parteinaher Stiftungen auf unterschiedlichsten Seiten der Transitions- und Transformationsprozesse in Lateinamerika, Asien und im Südlichen Afrika sowie nach 1989 auch im östlichen Europa. Aber auch die Verbreitung von Nichtregierungs-Organisationen (NRO) mit oft sehr eindeutiger Staatsnähe erschwert eine klassifikatorische Einordnung ebenso wie oftmals die Entscheidung für konkrete Kooperation im Rahmen einer internationalisierten Zivilgesellschaft. Das "Andocken" von NRO-Foren bei den großen UN-Konferenzen die im "Gipfel-Marathon" bis 1995 u.a. zu Menschenrechten, Klima, Frauen stattfanden (Walk/Brunnengräber 1995: 120), verlief für die NRO eher enttäuschend. Endlich schließt die Realität internationaler Zivilgesellschaft auch die Hegemoniebildung im Rahmen "transnationaler Elite-Netzwerke" ein, deren Aktivitäten in der jüngsten Vergangenheit entscheidend gewesen sind für so wichtige Vorgänge wie den Paradigmenwechsel im vorherrschenden wirtschaftspolitischen Diskurs hin zum Neoliberalismus (van der Pijl 1995: 123).

Im zwischen- und überstaatlichen Rahmen überschneiden sich staatliche und nicht-staatliche Strukturen in anderer Weise als im nationalstaatlich umgrenzten Feld, mangels der mit Souveränität ausgestatteten staatlichen Instanz. Die Wirksamkeit von Rechtsinstrumenten, gerade auch der Menschenrechte als wesentlicher Bedingung für die Entfaltung zivilgesellschaftlicher Strukturen, ist davon abhängig, daß sie ohne übergeordnete Erzwingungsinstanz im Hintergrund respektiert werden. In bestimmten Fällen war die Mobilisierung und Vernetzung zivilgesellschaftlicher Initiativen auf internationaler Ebene überaus erfolgreich in der Förderung und Absicherung von Demokratisierungsprozessen. Zivilgesellschaftliche Akteure suchen und identifizieren immer wieder Gruppierungen, die als potentielle oder in Entstehung begriffene internationale Bündnispartner auch Ansatzpunkte zur Entfaltung zivilgesellschaftlicher Strukturen in bevorstehenden oder laufenden Demokratisierungsprozessen darstellen. Daneben steht die Ebene internationaler Kampagnen, beispielhaft die jahrzehntelange Internationalisierung auch der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Apartheidsregime in Südafrika durchgesetzt wurden. Es sollte nicht verkannt werden, daß gerade internationale Beziehungen auf der Ebene von Zivilgesellschaft zumal dann, wenn sie, wie es fast die Regel ist, auf der weltpolitischen Nord-Süd- oder West-Ost-Koordinate angesiedelt sind, fast immer auch mit materiellen Ressourcenströmen verbunden sind, auch wenn diese bescheiden sein mögen. Divergierende gegenseitige Erwartungen und die Tendenz zur Entstehung von Abhängigkeiten sind daher eher die Regel. Das mag etwas weniger deutlich auf multilaterale Formen wie Netzwerke und internationale Kampagnen zutreffen. Doch bleiben internationale zivilgesellschaftliche Beziehungen eingelassen in bestehende Dominanzverhältnisse

und erfordern komplexe Verständigungsprozesse. Das Hegemonie-Problem läßt sich in der Perspektive internationaler Zivilgesellschaft ebensowenig ausschließen wie auf der Ebene nationalstaatlich umgrenzter Gesellschaften. Es verdoppelt sich vielmehr durch die Einbeziehung eines hierarchisch strukturierten gesellschaftlichen Weltzusammenhangs neben dem Bezug auf die einzelgesellschaftlichen Verhältnisse.

Reinhart Kößler ist Professor am Institut für Soziologie der Universität Münster, Herausgeber der Zeitschrift *Peripherie* und Vorstandsmitglied der Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA).

Literatur

- Hirsch, Joachim* 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin/Amsterdam.
- Honneth, Axel* 1994: Der Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt am Main.
- Kößler, Reinhart/Melber, Henning* 1993: Chancen internationaler Zivilgesellschaft. Frankfurt am Main.
- Kößler, Reinhart/Schiel, Tilman* 1996: Auf dem Weg zu einer kritischen Theorie der Modernisierung. Frankfurt am Main
- Rödel, Ulrich/Frankenberger, Günter/Dubiel, Helmut* 1989: Die demokratische Frage. Ein Essay. Frankfurt am Main.
- Sigrist, Christian* 1982: Sozialwissenschaftler und Befreiungsbewegungen, *Peripherie* 10/11, 24-35.
- van der Pijl, Kees* 1995: The Second Glorious Revolution: Globalizing Elites and Historical Change. In: Björn Hettne (Hg.), *International Political Economy. Understanding Global Disorder*. Halifax/Cape Town/Dhaka/London & New Jersey, 100-128.
- Walk, Heike/Brunnengräber, Achim* 1995: Die 'NGO-Community' im Spannungsfeld von Globalisierungs- und Fragmentierungsprozessen, *Peripherie* 59/60, 118-139.

Siegmar Schmidt

Die Zivilgesellschaft im Demokratisierungsprozeß Südafrikas

Schwarze Bürgervereinigungen und Gewerkschaften

1 Dersüdafrikanische Demokratisierungsprozeß

Mit den ersten freien Wahlen im April 1994 endete in der Republik Südafrika die systematische und mit dem Regierungsantritt der National Party (NP) im Jahr 1948 auch in Form von Gesetzen juristisch verankerte Diskriminierung der nicht-weißen Bevölkerungsmehrheit. Folgt man der idealtypischen Einteilung von Demokratisierungsprozessen der akteurspezifischen Transitionsforschung in die drei Phasen Liberalisierung – Demokratisierung – Konsolidierung, so läßt sich der südafrikanische Transitionsprozeß folgendermaßen strukturieren:

(1) Die Liberalisierungsphase begann 1979 mit Reformen in der Arbeitsgesetzgebung, Veränderungen im Bereich der Zuzugskontrolle und umfaßte daneben die Verfassungsreform von 1983 (vgl. unten). Charakteristisch für diese bis Anfang 1990 zu datierende Phase ist ihre Ambivalenz: Auf der einen Seite werden wichtige Reformschritte in bestimmten Politikfeldern unternommen, auf der anderen Seite wurde das Machtmonopol der weißen Minderheit nicht in Frage gestellt (Schmidt 1992: 96-108). Die Regierung unter Pieter Willem Botha versuchte vielmehr mit einer Mischung aus Pseudoreformen, Kooperationsangeboten und seit Mitte der achtziger Jahre mit intensiven Repressionen den zunehmenden internen und externen Druck

(z.B. durch Wirtschaftssanktionen) zu konterkarieren. Erst nach Ablösung Bothas durch Frederic de Klerk erfolgte ein qualitativer Sprung der bislang so widersprüchlichen Liberalisierung: In seiner Rede zur Parlamentsöffnung am 2. Februar 1990 kündigte de Klerk die Freilassung Mandelas, die Zulassung politischer Opposition und den Beginn von Verhandlungen mit Vertretern der Bevölkerungsmehrheit an. Diese relativ kurze 'echte' Liberalisierungsphase mündete im Dezember 1991 nach zahlreichen Vorgesprächen ('talks about talks') und der Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Einsetzung der 'Convention for a democratic South Africa' (CODESA), eines den 'Runden Tischen' vergleichbaren Vielparteienforums, in die Demokratisierungsphase ein.

(2) Die Demokratisierungsphase war im Kern ein äußerst komplexer und zäher Verhandlungsprozeß um eine neue Verfassung für die post-Apartheidsgesellschaft (Friedman 1993; Schmidt 1996). Die sich über drei Jahre hinziehenden Verhandlungen standen sowohl aufgrund zunächst unvereinbar scheinender Verhandlungspositionen als auch eines extrem hohen Maßes an Gewalt mehrfach kurz vor dem Aus. Unter Beteiligung effektiver Übergangsinstitutionen und aufgrund geschickter Verhandlungsführung wurde mit der Interimverfassung von 1994 schließlich ein Kompromiß erreicht.

(3) Den formalen Abschluß der Demokratisierungsphase und den Beginn der Konsolidierung bildeten die Parlamentswahlen vom 27. April 1994, mit denen gleichzeitig die Übergangsverfassung in Kraft trat. Im Mai 1996 verabschiedete das 1994 gewählte Parlament nach heftigen Kontroversen in seiner Eigenschaft als verfassungsgebende Versammlung die endgültige Verfassung.¹

2 Grundstrukturen der Zivilgesellschaft

Im Vergleich zu anderen schwarzafrikanischen Staaten besaß und besitzt Südafrika eine äußerst ausdifferenzierte Zivilgesellschaft, und zwar – was häufig vergessen wird – sowohl auf Seiten der weißen als auch der schwarzen² Gesellschaftssegmente. Grobe Schätzungen gehen von über 10.000 höchst unterschiedlichen Gruppen aus.³ Auch in qualitativer Hinsicht hebt sich die südafrikanische Zivilgesellschaft von derjenigen anderer afrikanischer Staaten ab, denn zahlreiche Gruppen verfügen über effektive Organisationsstrukturen und verhältnismäßig umfangreiche finanzielle Mittel. Die Gründe für die relativ ausdifferenzierte Zivilgesellschaft im Bereich klassischer Interessengruppen liegen erstens darin, daß das Land relativ weit industrialisiert ist und damit klassenspezifische Interessengruppen entstehen konnten. Zweitens führten krasse soziale Mißstände und der nahezu totale Ausschluß der schwarzen Bevölkerung von politischer Partizipation zur Entstehung von Selbsthilfeorganisationen bzw. Bürgervereinigungen, die sich im weitesten Sinne auch als politische Organisationen verstehen.

Der signifikante Unterschied zwischen der südafrikanischen Zivilgesellschaft und derjenigen anderer afrikanischer Staaten läßt sich auch anhand der von Hillebrand (1994)

entwickelten Vierertypologie für die afrikanischen Zivilgesellschaften demonstrieren. Hillebrand (1994: 63f) unterscheidet erstens zwischen neo-traditionellen Vereinigungen⁴, zweitens klassischen (Interessen-)Gruppen, drittens Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) im politisch-humanitären Bereich und viertens diversen religiösen Gruppen. Die Übertragung dieser vier Kategorien ergibt für Südafrika folgendes, von anderen afrikanischen Staaten abweichendes Bild: In Südafrika existieren zwar neo-traditionelle Strukturen im Sinne Hillebrands (häufig im informellen Sektor), doch ebenso wichtig sind traditionelle Strukturen ('chiefs'), vor allem in den ländlichen Gebieten, in denen noch 40% der südafrikanischen Bevölkerung leben. Da die 'Chiefs' in Südafrika unter der Apartheid zu einem Teil der staatlichen Verwaltung wurden, und auch im post-Apartheidssystem staatliche Gehälter beziehen, gehören sie nicht der Zivilgesellschaft an.

Humanitäre NRO spielten unter dem Apartheidssystem auch aufgrund ihrer hohen Außenwirkung eine wichtige Rolle. Sie unterstützten vielfach die Opfer des Apartheidssystems sowie deren Angehörige, oder versuchten durch private Initiative, häufig mit Hilfe von Kirchen oder Unternehmen, die eklatanten sozialen Mißstände zu bekämpfen. Im Unterschied zu den zivilgesellschaftlichen Gruppen neo-traditioneller Prägung und den klassischen Interessengruppen rekrutierten sie Mitglieder sowohl aus der weißen wie schwarzen Bevölkerungsgruppe.

Vergleichbar mit anderen afrikanischen Staaten spielen Kirchen eine wichtige Rolle im öffentlichen Leben der stark religiösen südafrikanischen Gesellschaft. Bis Mitte der achtziger Jahre war die politische Ausrichtung der zahlreichen Glaubensgemeinschaften sehr unterschiedlich: Während das Apartheidssy-

stem vom protestantischen südafrikanischen Kirchenrat, dem 'South African Council of Churches' (SACC), und der katholischen Kirche offen kritisiert wurden, verhielten sich die kleineren Religionsgemeinschaften z.T. apolitisch. Einige protestantische Kirchen mit exklusiver weißer Mitgliedschaft hingegen rechtfertigten die Apartheid aus theologischer Sicht. Der Einfluß des SACC und der rein weißen Kirchen auf die Politik war in den achtziger Jahren erheblich. In der post-Apartheidsgesellschaft kommt hingegen kleineren, häufig radikalen, religiösen Gruppen und Sekten zunehmend politische Bedeutung zu. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür bietet die muslimische Organisation 'People against Gangsterism and Drugs' (PAGAD), die in Kapstadt gewaltsam gegen tatsächliche oder vermeintliche Kriminelle vorgeht.

Zusätzlich existiert in Südafrika ein breites Spektrum an sogenannten klassischen Interessengruppen, d.h. Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Konsumentenvereinigungen etc. Sowohl Arbeitgeberverbände als auch Gewerkschaften sind nach wie vor entlang politischer und rassistischer Grenzen gespalten. Im Gewerkschaftsbereich, der durch die in Südafrika dominierende britische Tradition der Betriebsgewerkschaften bis in die achtziger Jahre stark zersplittert war, existieren drei Dachverbände. Der größte und politisch wichtigste Verband ist der 'Congress of South African Trade Unions' (COSATU), dem ein Dutzend Einzelgewerkschaften mit ca. 1,3 Millionen Mitgliedern angeschlossen sind. Während COSATU dem 'African National Congress' (ANC) politisch nahesteht, orientiert sich der 'National Congress of South African Trade Unions' (NACTU) – mit ca. 500.000 Mitgliedern in 20 Mitgliedsgewerkschaften – an der *Black-Consciousness* Bewegung⁵ bzw. dem 'Pan Africanist Congress' (PAC). Auf Seite der weißen Arbeiter- und Angestelltenschaft

etablierte sich Anfang der 90er Jahre die 'Federation of Salaried Staff' (FEDSAL) mit mehreren hunderttausend Mitgliedern in ca. 15 Mitgliedsgewerkschaften.

Das Arbeitgeberlager ist ebenfalls stark fraktioniert: Die Spaltungslinien zwischen den verschiedenen Faktionen verlaufen entlang der Branchenzugehörigkeit, der Betriebsgröße, des Grades der Exportorientierung, der Hautfarbe und der politischen Ausrichtung. Prägend war jahrzehntelang auf der Seite des 'white business' der Gegensatz zwischen dem politisch eher liberalen, von britischstämmigen Südafrikanern dominierten und den stärker konservativen, 'burischen' Unternehmerverbänden. Schwarze Unternehmer sind dagegen vor allem im 'National African Federated Chamber of Commerce' (NAFCOC) zusammengeschlossen; indischstämmige Unternehmer tendieren eher zu 'weißen' Verbänden. Trotz einiger Zusammenschlüsse, dem Abbau ideologischer Gegensätze und stärkerer Kooperation im Bereich 'weißer' Arbeitgeberverbände, bleibt die Interessengruppenlandschaft auf Seiten der Arbeitgeber weiterhin stark zersplittert.

Insgesamt ist das Spektrum der Interessengruppen auch unter veränderten politischen Rahmenbedingungen und trotz einiger gemeinsamer Aktionen und partieller Koordination zwischen einzelnen Gruppen (gegenüber dem Staat) weiterhin entlang der Hautfarbe gespalten, wenngleich alle Verbände Mitgliedschaften nicht länger von der Hautfarbe abhängig machen (dürfen). Abgeschwächt gilt diese Spaltung auch für die anderen Gruppen der südafrikanischen Zivilgesellschaft. Trotz des Demokratisierungsprozesses prägen die politischen und sozialen *cleavages* aus der Apartheidsära die Zivilgesellschaft weiterhin: Während die Organisationen der wohlhabenden, weißen Zivilgesell-

schaft lange Zeit die Regierungen der seit 1948 regierenden NP unterstützen, befand sich die Mehrzahl der Gruppen der sozial deklassierten und politisch marginalisierten schwarzen Bevölkerung auf Seiten der Befreiungsbewegungen ANC und, in geringerem Ausmaß, des PAC. Von der Forschung vernachlässigt wurde bislang der Beitrag von Gruppen der weißen Zivilgesellschaft im Transitionsprozeß. Dies gilt insbesondere für die Rolle von Industrieverbänden bzw. Konzernen, einigen 'weißen Kirchen'⁶ und der burischen Geheimorganisation *Broederbond*, der von einer burischen Elite-Organisation zu einer Kraft des Wandels hinter den Kulissen mutierte (in Ansätzen: Monath 1990).

3 Der Kampf gegen die Apartheid

Die folgende Darstellung konzentriert sich auf die Rolle der schwarzen Gewerkschaften, insbesondere des COSATU⁷ und der Bürgervereinigungen, der sogenannten Civics.⁸ Beide, so eine These dieses Beitrages, haben in allen drei Transitionsphasen erheblichen Einfluß auf den Fortgang und die Richtung des Demokratisierungsprozesses ausgeübt.

3.1 Die Gewerkschaften

Der Widerstand der Organisationen schwarzer Arbeiter gegen das Apartheidssystem hat in Südafrika eine bis an den Anfang des 20. Jahrhunderts zurückreichende Tradition⁹. Die schwarzen Gewerkschaften sahen sich über Jahrzehnte einer Dreierallianz aus weißen Gewerkschaften, Unternehmern und Staat gegenüber, die sowohl mit Repression als auch mit Kooptationsversuchen allen Organisationsbemühungen begegnete und nur phasenweise die Existenz einer authentischen schwarzen Arbeiterbewegung ermöglichte. Einen entscheidenden Wendepunkt in der Gewerkschaftsgeschichte stellte die erstmalige

ausdrückliche Legalisierung der Arbeiterorganisation im Jahr 1979 dar. Nachdem sich das Apartheidssystem als z.T. ökonomisch dysfunktional erwiesen hatte (z.B. durch einen Facharbeitermangel infolge des unzureichenden Bildungssystems), viele Unternehmer ihre ablehnende Haltung gegenüber Gewerkschaften aufgegeben hatten und der Reformdruck des Auslands zunahm, entschloß sich die Botha-Regierung¹⁰ zu einer Teil-Liberalisierung des Arbeitsrechts. Allen sich abwechselnden Kooptations- und Exklusionsstrategien der Regierung zum Trotz entstanden daraufhin Dutzende Gewerkschaften, die sich in einigen Dachverbänden zusammenschlossen. Im Unterschied zu früheren Versuchen waren sie mit massiver finanzieller und logistischer Hilfe des Auslandes gut organisiert, arbeiteten effektiv (Vertrauensleute-System) und zeichneten sich durch eine starke Basisorientierung aus (Baskin 1991; Schmidt 1992).

Charakteristisch war von Beginn an ihre Doppelfunktion als Vertretung der Industriearbeiterschaft und als Ersatzopposition angesichts des Verbots aller primär politischen Organisationen des schwarzen Widerstandes. Ab Mitte der achtziger Jahre politisierten sich die Gewerkschaften zusehens.

Bis heute erfolgte keine direkte Anbindung der im COSATU zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften an den ANC oder, auf Seiten NACTUs, an den PAC. Die geschah sowohl, um möglichen Repressionen zu entgehen, als auch aus dem Selbstverständnis und den negativen historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung, die ihre Autonomie nicht zugunsten politischer Organisationen aufgeben wollte.

Einen Wendepunkt im Verhältnis zwischen Regierung und schwarzen Gewerkschaften

stellte die lange vorher angekündigte Verfassungsreform von 1983 dar. Da sie nicht die erhofften Mitwirkungsmöglichkeiten für schwarze brachte, sondern lediglich ein Dreikammerparlament, in dem nur Inder und Mischlinge marginale Rechte erhielten, führte sie auf Seiten der schwarzen Bevölkerung zu maßloser Enttäuschung, die sich in massiven, Aufstandscharakter annehmenden Protesten entlud. Diese politische Entwicklung besaß folgende Wirkungen auf die Gewerkschaften:

(1) Die generelle Politisierung und eine gewisse Radikalisierung der Gewerkschaften durch Druck von Seiten der Bevölkerung zwang die Gewerkschaften, politisch aktiver zu werden, z.T. gegen den Willen einer vielfach gemäßigten Führung.

(2) Eine offene Herausforderung der Regierung waren die Streiks mit primär politischer Motivation (stay-aways), die stark zunahmen und die Kosten für die Aufrechterhaltung der Apartheid erhöhten (Schmidt 1992: 247-250). Da zahlreiche liberale Unternehmer daraufhin von der Regierung verlangten, Reformen einzuleiten, vertieften sich die ohnehin schon vorhandenen Spaltungen in der weißen Bevölkerung und innerhalb der Eliten.

(3) Infolge der Politisierung intensivierten sich die Kontakte zum internen, konspirativ arbeitenden Widerstand und zu den Führern im Exil, deren direkter Einfluß trotzdem sehr beschränkt blieb.

(4) Die von Regierungsseite angesichts der nichtendenwollenden Unruhen in den Schwarzensiedlungen verfolgte Strategie der massiven Repression (Verhaftungen von über 30.000 Aktivisten, darunter viele Jugendliche) scheiterte vor allem an den Gewerkschaften: Die Repressionsstrategie war an ihre Grenze

gekommen, denn massive staatliche Repressionen hätten (neben hohen außenpolitischen Kosten) überdies Proteststreiks provoziert und die Wirtschaft des Landes weiter ruiniert. In Phasen verstärkter Repression zeigte sich, daß die Gewerkschaften zum Rückgrat des Widerstandes geworden waren.¹¹

3.2 Die Formierung der Bürgervereinigungen

Unter der Sammelbegriff Civics werden in Südafrika vom Staat unabhängige, zumeist lokale, später auch regionale Organisationen in schwarzen Vorstädten (Townships) zusammengefaßt, die Aktivitäten im administrativen, politischen und sozialen Bereich entfalten.¹²

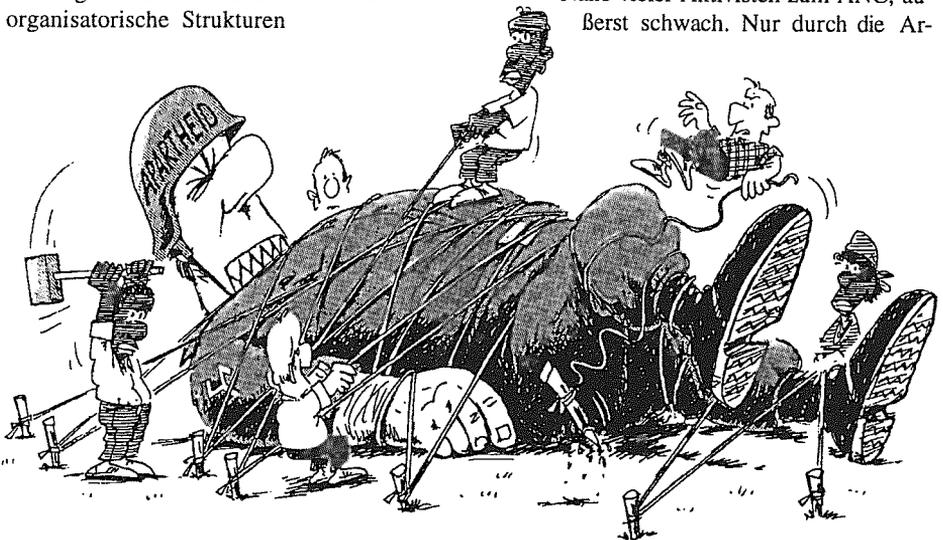
Nach einem Jahrzehnt weitgehender politischer Apathie in den sechziger Jahren entstanden seit Mitte der siebziger Jahre im Gefolge des Soweto-Aufstandes (1976) zahlreiche autonome Bürgerorganisationen¹³ in den Schwarzensiedlungen, die unmittelbaren Vorläufer der Civics. Als der Staat infolge einer Finanzkrise die Mittel für die ohnehin unzureichende Infrastruktur in den Townships kürzte und gleichzeitig die Mieten und Tarife für Versorgungsleistungen erhöhte, bildeten sich Selbsthilfeorganisationen, die sich als Civics bezeichneten (Seekings 1988: 199f). Sie lehnten das bestehende lokale Verwaltungssystem wegen seiner mangelnden Effektivität und seines undemokratischen Charakters ab. Civics trugen in den achtziger Jahren in hohem Maße zum Scheitern der Zuzugskontrollen im Rahmen der Siedlungspolitik des Apartheidssystems bei (Shubane 1991: 47)

Die Transformation der Civics von lokalen Interessenvertretungen mit primär konkreten sozialen Forderungen in generelle Anti-Apart-

heidsorganisationen setzte wie im Falle der Gewerkschaften nach der Verfassungsreform von 1983 ein. Die von der Regierung eingesetzten schwarzen Stadträte wurden z.T. mit Gewalt aus ihren Ämtern vertrieben, öffentliche Einrichtungen und die Sicherheitskräfte wurden attackiert und Civics organisierten Arbeitsverweigerungskampagnen (stay-aways) sowie Boykottmaßnahmen gegen die Geschäfte Weißer. Parallel dazu veränderte sich die innere Struktur der Civics, denn zunehmend gaben junge Arbeitslose, Studenten und Schüler den Ton an und überredeten die ältere Generation zu Protestaktionen (Seekings 1988: 220; Zukrigl 1993: 32). Wenn gleich allgemeingültige Aussagen über Civics schwierig sind, steht fest, daß Civics von der Township-Mittelschicht (permanent residents, vgl. Zukrigl 1993: 98) getragen werden, was ihnen von linker Seite auch den Vorwurf, Organisationen des 'Kleinbürgertums' zu sein, eingebracht hat (Davis/O'Meara/Dlamini 1985: 353). Weitere Charakteristika bestanden darin, daß die Führungen nicht demokratisch legitimiert waren (Zukrigl 1993: 42) und die Organisationen selten über feste organisatorische Strukturen

(Mitgliederlisten, Büros) verfügten. Kennzeichnend ist bis heute ferner ihre starke basisdemokratische Orientierung ('people's power') und die informelle, in hohem Grad personalisierte Entscheidungsfindung. Ihre starke Basisverbundenheit und die persönliche Integrität ihrer Führer verliehen den Civics hohe Glaubwürdigkeit und Popularität. Im Widerstand gegen das Apartheidssystem erfüllten sie zwei wesentliche Funktionen:

- (1) Mobilisierung und Politisierung großer Bevölkerungsgruppen: Civics integrierten weite Teile der vorher apolitischen Bevölkerung in den Kampf gegen die Apartheid, wobei die sozialen Forderungen bestehen blieben. Nach Gründung der UDF im Jahr 1983 kam den Civics zunehmend die Aufgabe zu, die von der politischen Führung des Widerstandes im Lande beschlossenen Aktionen auf der lokalen Ebene publik zu machen und dafür Unterstützung zu mobilisieren. Die direkte institutionelle Anbindung an den ANC und andere Organisationen war zumindest bis Ende der achtziger Jahre, trotz der politischen Nähe vieler Aktivisten zum ANC, äußerst schwach. Nur durch die Ar-



beit der Civics ist zu erklären, warum unter den extrem repressiven Bedingungen des Apartheidsystems und ohne entsprechende Kommunikationsmittel Aktionen mit bis zu einer Million Teilnehmern organisiert werden konnten. Als besonders fruchtbar erwies sich dabei die Zusammenarbeit mit Gewerkschaftern, die nach Törres (1995: 51) die Gründung von Civics z.T. initiiert haben sollen. Die Kooperation mit den Gewerkschaften war in der Regel erfolgreich (Maree 1996: 9; Zukrigl 1993: 47), verlief jedoch keinesfalls konfliktfrei, wie beispielsweise die Ereignisse von Port Elizabeth 1985 demonstrierten.¹⁴

(2) Destabilisierung bzw. aktiver Kampf gegen Institutionen des Apartheidssystems: Unter massiven Protesten brach das lokale Verwaltungssystem schließlich in vielen Townships zusammen und die Sicherheitskräfte verloren zumindest regional die Kontrolle. Damit war der Weg frei für die Etablierung alternativer gesellschaftlicher Strukturen. Die Civics und vor allem nichtorganisierte Jugendliche übernahmen Funktionen der Verwaltung (wie z.B. Müllbeseitigung) und richteten vielfach sogenannte Volksgesichte zur Bekämpfung der Kriminalität und vermeintlicher oder tatsächlicher Kollaborateure ein, die durch Verhängung von z.T. drakonischen Strafen von sich reden machten. Diese Gewaltexzesse zumeist radikaler Jugendlicher, bei denen sich politische mit kriminellen Motiven mischten, waren insgesamt nicht charakteristisch für die Civics. Trotz allgemeiner Sympathie der Mitglieder für den ANC und seinen gewaltsamen Befreiungskampf verstanden sich die Civics primär als politische Organisationen auf lokaler Ebene, die keine militärische Option verfolgten. Unter massivem Polizei- und Armee-Einsatz gelang es dem Staat nach 1988, die Selbstverwaltungsstrukturen zu zerschlagen.

4 Demokratisierungsphase (1991-1994)

Während der langen und komplexen Transition unterstützten die Gewerkschaften und die Civics einerseits zumeist¹⁵ die Position des ANC gegenüber den anderen Verhandlungspartnern, versuchten andererseits jedoch auch, in den Verhandlungen ihre spezifischen Interessen zur Geltung zu bringen (Maree 1996: 10). Die Gewerkschaften drängten den ANC bereits seit dem Amtsantritt de Klerks (1989) zu Verhandlungen. Sie hatten maßgeblichen Anteil am Zustandekommen der sogenannten Harare-Deklaration, die im Grunde genommen ein verschlüsseltes Angebot des ANC zu Verhandlungen beinhaltete, auf das de Klerk mit seiner Parlamentsrede vom Februar 1990 unmittelbar reagierte. Nach Wiederezulassung des ANC war der Dachverband COSATU ganz maßgeblich am Aufbau der internen Struktur des ANC beteiligt, der ohne gewerkschaftliche Ressourcen und Organisationserfahrung nach über 30 Jahren Exil so rasch kaum möglich gewesen wäre. Im Mai 1990 entstand mit der *Tripartie*-Allianz aus COSATU, ANC und der 'South African Communist Party' (SACP) eine weitgehend informelle Allianz mit den Grundprinzipien der gegenseitigen Unterrichtung und Kooperation der wichtigsten Oppositionskräfte. Da COSATU seine Forderungen nach einem eigenen Sitz in der CODESA, dem Vielparteienforum der Demokratisierungsphase, nicht durchsetzen konnte, blieb den Gewerkschaften keine wirkliche Alternative, als die führende Rolle von ANC und SACP anzuerkennen. Damit war die strategische Entscheidung der Gewerkschaften zur Aufgabe ihrer Rolle als Ersatzopposition gefallen. Der Einfluß COSATUs auf den Transformationsprozeß erfolgte entweder durch personelle Verbindungen – Gewerkschaftsführer nahmen Schlüsselpositionen im ANC und SACP-Verhandlungsteam ein oder, weniger direkt, über

die Medien und durch Streikaktionen (Schmidt 1992; Friedman 1993).

In politischer Hinsicht stützten die Gewerkschaften den Transitionsprozeß auf zweierlei Weise: Zum einen kritisierten und verhinderten sie eine noch stärkere Abkoppelung der Verhandlungen von der Basis, die den hinter verschlossenen Türen ablaufenden Prozeß als elitär und abgehoben empfand. Zum zweiten sorgte COSATU für die Disziplinierung radikaler Kräfte auf der linken Seite. Wie auch die SACP-Führung, wirkte die COSATU-Elite mäßigend auf Mitglieder und Funktionäre ein. Der Transitionsprozeß veränderte die Gewerkschaften insofern, als sie ihr politisches Ziel – ein eher vager Sozialismus¹⁶ – in Richtung auf die Errichtung einer pluralistischen Gesellschaft im Sinne westlicher Vorstellungen (explizit: Mehrparteiensystem) umdefinierten. Wirtschaftspolitisch war das Ziel 'mixed economy' mit Orientierung an dem Modell Schweden oder dem der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Abkehr von sozialistischen Ideen, die massiv in die bestehende Eigentumsordnung eingegriffen hätten, auf Seiten der Gewerkschaften und des ANC, die von Mitgliedern häufig scharf kritisiert wurde, beseitigte psychologische Hemmnisse bei vielen weißen Südafrikanern, für die der 'Sozialismus' ein fest verankertes Feindbild darstellte. Von Gewerkschafts- und Unternehmerseite bewußt als beispielgebende Kompromißbereitschaft für die CODESA-Verhandlungen gedacht, war die 1992 begonnene Kooperation mit dem Unternehmerverband 'South African Consultative Committee on Labour Affairs' (SACCOLA). Zur Regelung spezifischer Politikfelder waren im südafrikanischen Transitionsprozeß parallel zu den Verfassungsverhandlungen als 'second track' nationale Verhandlungsforen eingerichtet worden. Für die Gewerkschaften wurde das 1992 gegründete

'National Economic Forum' (NEF) zum wichtigsten korporatistischen Gremium, in dem die Vertreter der Gewerkschaften, Arbeitgeber und der Regierung Fragen der zukünftigen Industriebeziehungen und der Wirtschaftspolitik diskutierten. Die gewerkschaftsspezifischen Ziele COSATUs in den NEF-Verhandlungen bestanden vor allem darin, Arbeiter-, Gewerkschafts- und Mitbestimmungsrechte hinsichtlich wirtschaftspolitischer Entscheidungen in der Verfassung zu verankern (Maree 1996: 11).

Immer wenn die Verhandlungen festgefahren bzw. abgebrochen worden waren, versuchte COSATU durch 'Massenaktionen' politische Forderungen im Sinne des ANC 'auf der Straße' durchzusetzen (Friedman 1993: 140-144). Diese Taktik stieß beispielsweise Mitte 1992 an ihre Grenzen, als ein ausgerufenen Generalstreik drohte, das Land unregierbar zu machen (Friedman 1993: 153). Indirekt beschleunigten die umfangreichen Streikaktionen jedoch die Verfassungsverhandlungen, da sie die ohnehin angespannte Wirtschaftslage derart verschlechterten, daß Druck auf die Verhandlungsführer entstand und sie baldmöglichst zu Ergebnissen kommen mußten.

Neben ihrer Mobilisierungsfunktion bei Protestaktionen, die die CODESA-Verhandlungen im Sinne des schwarzen Widerstandes beschleunigen sollten, besaßen die Civics nur punktuell und politikfeldspezifisch direkten Einfluß auf den Verhandlungsprozeß. Doppelmitgliedschaften in Civics und ANC konnten nur in weitaus geringerem Ausmaß als im Fall der Gewerkschaften zur Einflußnahme genutzt werden. Nachweisbaren Einfluß konnten die Civics auf die Verhandlungen im 'Local Government Negotiation Forum' (LGNF) nehmen. Von diesem Forum, in dem der ANC, die Civics, Vertreter der Administration und Gewerkschaften repräsentiert waren, sollten

die Grundzüge der zukünftigen Lokalverwaltung ausgehandelt werden.¹⁷

Die Vorschläge des LGNF wurden zunächst der zuständigen CODESA-Arbeitsgruppe und danach der Verfassunggebenden Versammlung vorgelegt. Die relativ detaillierten und weitreichenden Verfassungsbestimmungen (Boraine 1995) im Bereich der Lokalverwaltung wurden ganz maßgeblich von den Civics beeinflusst (Zukriegl 1993: 34-35).

Im Zuge des Demokratisierungsprozesses waren folgende Entwicklungen zu beobachten:

(1) Die Civics weiteten ihre Aktivitäten aus und professionalisierten sich in organisatorischer Hinsicht. Gleichzeitig erwuchs ihnen seit Beginn der Liberalisierung zunehmend Konkurrenz durch Interessengruppen, NRO und Parteien auf der lokalen Ebene.

(2) Nach Auflösung der UDF setzte, von derselben angeregt, eine Zentralisierungsphase im Zuge eines Institutionalisierungsprozesses der Civics ein (Zukriegl 1993: 57).

Im März 1992 wurde nach massiven internen Konflikten, die zum Austritt eines Teils der Civics führten, ein Dachverband, die 'South African National Civic Organisation' (SANCO) gegründet¹⁸. SANCO ist eine relativ straffe Organisation mit Vertretungen auf lokaler und regionaler Ebene. Auf einer alle zwei Jahre abzuhaltenden Nationalkonferenz wählen die Vertreter der Regionen in geheimen Wahlen ein 'National Executive Committee' (NEC). SANCO versteht sich als basisdemokratische Vertretung der schwarzen Bevölkerung mit den Zielen der Demokratisierung der Gesellschaft und der Verbesserung der sozialen und ökonomischen Situation, z.B. durch die Sicherstellung der Umverteilung von Grund und Boden sowie die Befriedigung von

Grundbedürfnissen (z.B. Recht auf Wohnung). SANCOs Anspruch ist, zum Mittler zwischen Staat und Township-Bevölkerung zu werden. Explizit wird von SANCO der Anspruch erhoben, als Teil der Zivilgesellschaft im Sinne eines 'watchdog for Democracy' den Fortgang des Demokratisierungsprozesses zu überwachen. Obwohl per Satzung eine enge Anbindung an Parteien ausgeschlossen wurde, steht SANCO de facto dem ANC nahe und wird daher von PAC und 'Inkatha Freedom Party' (IFP) abgelehnt.

5 Demokratische Konsolidierung seit 1994

Für eine fundierte Bewertung sowohl der Rolle der Gewerkschaften, als auch der Civics im Konsolidierungsprozeß ist es noch zu früh. Allerdings lassen sich einige Tendenzen skizzieren: Zunächst ist für beide Akteure eine Anpassung an die neuen demokratischen Verhältnisse hinsichtlich ihrer internen Strukturen, des eigenen politischen Selbstverständnisses und ihres Verhältnisses zu Staat und Gesellschaft insgesamt nötig. Sowohl beide Dachorganisationen, COSATU und SANCO, als auch die ihnen angeschlossenen Einzelorganisationen stehen vor innerorganisatorischen Herausforderungen. Im Falle der Gewerkschaften ist eine große Herausforderung die Finanzierung. Das Ziel besteht darin, die Abhängigkeit von Zuwendungen aus dem Ausland, das bislang die Organisationen bis zu über 80% finanzierte, zu verringern. Weiterhin besitzen Anstrengungen zur Organisation der bisher nichtorganisierten Arbeiter (Farmerarbeiter etc.) und die Stärkung der Stellung des Dachverbandes gegenüber mächtigen Einzelgewerkschaften Priorität. Auf Seiten der Civics bedarf die organisatorische Infrastruktur dringender Verbesserungen, und daneben gilt es, angesichts von Mitgliederverlusten der nachlassenden Basisaktivität

entgegenzuwirken. Beide Organisationen stehen vor der Frage, wie die innere Demokratie, die unter repressiven Bedingungen vernachlässigt wurde, stärker verwirklicht werden kann. Geschwächt wurden beide durch den Wechsel besonders erfahrener und fähiger Führungspersönlichkeiten zumeist zum ANC. Wie Maree (1996: 12-13) argumentiert, ist es infolge des Transitionsprozesses und der komplizierten Verhandlungsmaterie im Hinblick auf die zukünftigen Arbeitsbeziehungen zu einer Entfremdung zwischen Gewerkschaftsbasis und Führung gekommen. Damit wird unmittelbar die schwierigste Frage, die sich für beide Organisationen stellt, berührt: Wie verhält man sich zu der vom ANC dominierten Regierung der nationalen Einheit und, allgemeiner formuliert, welche Rolle können SANCO und COSATU in der post-Apartheids-gesellschaft spielen?

5.1 Auf dem Weg zur 'normalen' Interessengruppe?

Trotz grundsätzlicher politischer Affinitäten zum ANC behalten die Gewerkschaften ihre distanzierte Haltung zur Regierung bei. Auf Seiten der Gewerkschaften ist eine Reduktion, nicht die völlige Aufgabe, ihres allgemeinen politischen Engagements zugunsten einer stärkeren Konzentration auf Sozial- und Wirtschaftsfragen zu konstatieren. Angesichts der geringen haushaltspolitischen Spielräume und der unter Anleitung des Internationalen Währungsfonds durchgeführten wirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen (Privatisierungen, Rationalisierungen) macht sich Enttäuschung auf Seiten vieler Schwarzer über die bislang ausgebliebene rasche Besserung ihrer sozialen und ökonomischen Lage breit. Wie erste Streiks¹⁹, auch gegen die Regierung als Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes, demonstrieren, findet die grundsätzliche Affinität zur Regierung ihre Grenzen,

wenn es um Mitgliederinteressen geht. Für die Zukunft ist angesichts der insgesamt liberalen, marktfreundlichen Wirtschaftspolitik und der immensen sozialen Herausforderungen mit zunehmenden Konflikten zwischen den Gewerkschaften und der ANC-Regierung zu rechnen²⁰. Dabei muß angesichts der süd-afrikanischen Verhältnisse berücksichtigt werden, daß die Gewerkschaften mit der im formalen Sektor tätigen Bevölkerung keineswegs die sozialen Habenichtse, sondern die Mittelschichten vertreten. Die große Masse der Land- und *Squatter*-Bewohner findet weder in Gewerkschaften noch in Civics ihre Interessen vertreten. Friedman (1994: 18) befürchtet daher, daß die organisierte Industriearbeiterschaft und die Unternehmen sich in korporatistischen Arrangements ('deal-making society') auf Kosten der Marginalisierten einigen könnten, wodurch langfristig sozialer Sprengstoff angehäuft würde. Mit der Gründung des 'National and Economic Development Councils' (NEDLAC) Anfang 1995 als Nachfolgeorganisation des NEF verstärkte sich die korporatistische Entwicklung noch: Nahezu alle wesentlichen Gesetzesvorhaben in der Sozialpolitik und den Arbeitsbeziehungen werden von verschiedenen Ausschüssen des NEDLAC, in denen Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Regierung vertreten sind, ausgehandelt und vom Parlament lediglich verabschiedet (Maree 1996: 16). Damit wird die Stellung des Parlamentes, die aufgrund der Übergangsregelungen (vor allem des Prinzips der Regierung der nationalen Einheit) und einer „culture of extra-parliamentary politics“ (Booyesen 1996: 59) ohnehin schwach ist, noch weiter ausgehöhlt. Diese, unter demokratietheoretischen Aspekten problematische 'Entparlamentarisierung' der südafrikanischen Politik zugunsten korporatistischer Arrangements, zumindest in Teilbereichen, hat, trotz aller Unzufriedenheit mit der bisherigen Regierungspolitik, bislang

eine offene Konfrontation zwischen Regierung und Gewerkschaften verhindert und damit die neuentstandene Demokratie stabilisiert. Denn angesichts der Machtressourcen der Gewerkschaften und ihrer hohen Konfrontationsbereitschaft, die von einem historisch gewachsenen Selbstbewußtsein gespeist wird, könnte eine offene Konfrontation mit der Regierung die Konsolidierung der neuen Demokratie gefährden. Bereits bedenklich scheint, daß allein die bloße Androhung von Protestaktionen durch die Gewerkschaften – wegen ihrer möglichen Wirkung auf Unternehmen und auf die so dringend benötigten Auslandsinvestitionen – den Handlungsspielraum der Regierung einengt. Die Gewerkschaften verfügen damit über eine Art politischer Veto-Position.²¹

5.2 Die Civics vor dem Aus?

Weitaus ungewisser als die Zukunft der Gewerkschaften ist die weitere Entwicklung der Civics²². Nachdem sie bis zum formalen Abschluß der Transition mit den ersten Wahlen soziale, juristische und polizeiliche Aufgaben zumeist in Kooperation mit der lokalen Verwaltung wahrgenommen hatten, erscheint dies angesichts einer demokratisierten Lokalverwaltung nicht mehr erforderlich zu sein. Sowohl von Seiten der Civics als auch von Intellektuellen in Südafrika werden verschiedene alternative Funktionen diskutiert:

(1) Civics als 'watchdogs for democracy' (Friedman 1991: 13; Zukrigl 1993: 113): Angesichts noch instabiler politischer Verhältnisse wirkt diese Möglichkeit auf den ersten Blick plausibel, vielleicht sogar reizvoll, doch ergeben sich folgende Probleme: Unklar sind zunächst die institutionelle Einbindung und die Kompetenzen von Civics, sowohl auf der lokalen und regionalen als auch auf der nationalen Ebene. Kompliziert wird diese Frage

noch dadurch, daß zumindest bislang auf der lokalen und regionalen Ebene in Südafrika mit den traditionellen Autoritäten neben staatlicher Verwaltung und Civics eine dritte Akteursgruppe mit dem Anspruch auf Mitwirkung existiert (Venson 1996: 4). In der Vergangenheit war das Verhältnis von Civics und traditionellen Autoritäten (vor allem in suburbanen Landesteilen) von Konkurrenz um Einfluß²³ geprägt und aus politischen Gründen gespannt, da letztere von den Civics als Teil des Apartheidssystem perzipiert wurden. Offen ist daneben, inwieweit Civics ohne jede Anbindung völlig autonom, damit finanziell aber schwach, bleiben können. Problematisch erscheint auch, daß die Organisationen nach wie vor nur selten ein demokratisches Mandat besitzen.

(2) Civics als Agenten sozioökonomischen Wandels: Angesichts der massiven sozialen Probleme Südafrikas (Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und soziale Deprivation) steht das Land vor der immensen Herausforderung, die soziale und ökonomische Lage weiter Bevölkerungsteile verbessern zu müssen. Civics könnten, so die Vorstellungen von Swilling (1990), als soziale Bewegung (auch Booysen 1996: 66) erstens die Bedürfnisse der Armen artikulieren²⁴ und ihnen eine politische Stimme geben sowie zweitens bei konkreten Entwicklungsprojekten vor Ort mit Unternehmen und mit dem Staat kooperieren, dabei aber nicht nur Erfüllungsgehilfe staatlicher Bürokratie sein, sondern Projekte unter Partizipation der Bevölkerung in Eigenregie entwerfen (Swilling 1990: 157). Problematisch ist an diesen Vorstellungen zunächst die fragliche demokratische Legitimation und die Tatsache, daß Civics zumindest bislang die Interessenvertretung der urbanen und suburbanen 'permanent residents' und weniger der Armen sind. Mit der Verkündung des 'Reconstruction and Development Programms' (RDP)

nach den Wahlen von 1994 trug der Staat dem partizipativen Ansatz der Civics Rechnung, indem er sie an Projektplanung und -Implementation beteiligte. Nach zwei Jahren, in denen das von großen Hoffnungen der Bevölkerung begleitete Programm eher magere Ergebnisse aufzuweisen hatte²⁵, wurde deutlich, daß viele Civics überfordert waren und nicht über die erforderlichen finanziellen (Friedman 1991: 13-14), organisatorischen und personellen Kapazitäten verfügten (Venson 1996: 6; Nitschke 1996: 14).

Nach diesen Erfahrungen und entgegen dem Anspruch vieler Civic-Sprecher ist eine Entwicklung zu lokalen Bürgerinitiativen wahrscheinlich, die in enger Zusammenarbeit mit südafrikanischen NRO²⁶ und mit ausländischen oder internationalen Gebern kooperieren könnten (Zukri 1993: 113-114). Die Alternative hierzu bestünde in der Auflösung der Civics, wobei unklar wäre, inwieweit eine in Hinblick auf die Verankerung der Demokratie positive Integration der Aktivisten in die Parteien möglich ist.

6 Zusammenfassung

Die Bewertung der Rolle von Civics und Gewerkschaften im südafrikanischen Transitionsprozeß fällt hinsichtlich ihrer Gestaltungsmöglichkeiten in den einzelnen Transitionsphasen unterschiedlich und ambivalent aus²⁷. Beide Organisationen trugen in hohem Maße zur Unterminierung des autoritären Systems bei, trieben die Liberalisierung voran und verbesserten damit die Chancen für den Demokratisierungsprozeß. In der Liberalisierungs- und Demokratisierungsphase bis zu den ersten Wahlen erfüllten sie erstens eine Mobilisierungsfunktion für den Widerstand, unterstützten zweitens durch Proteste die Verhandlungspositionen, legitimierten drittens den elitären Verhandlungsprozeß und stell-

ten viertens Personal und Infrastruktur (vor allem von Seiten der Gewerkschaften) zur Verfügung. Die Richtung des Prozesses konnten sie nur punktuell, d.h. politikfeldspezifisch beeinflussen. Während Gewerkschaften und Civics ihre jeweils spezifischen Interessen im Transitionsprozeß weitgehend durchsetzen konnten, blieb ihr Einfluß auf die Bildung und Ausgestaltung demokratischer Institutionen eher beschränkt. Dies demonstriert, daß die Gewerkschaften und Civics, bzw. die *civil society* insgesamt (auch in anderen afrikanischen Staaten) nicht die entscheidenden Akteure in der Demokratisierungsphase sind, die vielmehr von den politischen Parteien dominiert wird.

Hinsichtlich ihrer Rolle für die Konsolidierung der südafrikanischen Demokratie sind abschließende Aussagen bislang nicht möglich. Die sichtbaren Tendenzen lassen sich am ehesten noch als ambivalent bezeichnen. Die Basisorientierung von Civics und Gewerkschaften und eine 'Verweigerungs-Kultur' weiter Bevölkerungsteile gegenüber dem Staat erschweren das Funktionieren des repräsentativen politischen Systems. Insbesondere die Gewerkschaften verfügen über eine potentielle Veto-Macht, die die Stabilität der neuen Demokratie gefährden könnte. Bislang allerdings hat sich in den Organisationen ein pragmatischer, verhandlungsbereiter Flügel durchgesetzt.

In der südafrikanischen Diskussion vielfach geäußerte Befürchtungen, daß Civics zu Ortsverbänden des ANC und COSATU zum ANC-Anhängsel degenerieren könnten, entbehren bislang jeder empirischen Grundlage. Solange die Organisationen ihre Autonomie bewahren, können sie durchaus als Gegenmacht zum Staat interpretiert werden, die in vielen anderen afrikanischen Staaten nur unterentwickelt ist (Booyesen 1996). Widerstand im Sinne ei-

nes 'watchdog for democracy' wäre im Falle autoritärer Tendenzen sowohl von Civics als auch Gewerkschaften zu erwarten.

Sowohl Civics als auch Gewerkschaften leisten bis heute einen Beitrag zur Entstehung einer demokratischen Kultur. Durch die Mitgliedschaft in den Organisationen erwerben die Mitglieder 'politische Kompetenz'²⁸ im Sinne Dahls (1992; für die Gewerkschaften: Törres 1995) und stärken damit die Legitimationsbasis des neuen Südafrika.

Siegmar Schmidt ist Wissenschaftlicher Assistent im Fach Politikwissenschaft an der Universität Trier.

Anmerkungen

¹ Bis 1999 bleiben noch wichtige Übergangsbestimmungen wie z.B. das Prinzip der Regierung der nationalen Einheit in Kraft.

² Der Begriff 'Schwarze' umfaßt, sofern nicht ausdrücklich differenziert wird, im folgenden alle nicht-weißen Bevölkerungsteile Südafrikas, also auch indischstämmige und farbige (Coloureds) Südafrikaner.

³ Eine 1984 in erster Auflage erschienene Übersicht über die politischen Akteure (Parteien und Zivilgesellschaft) umfaßte bereits zwei Bände mit zusammen über 500 Seiten (Davies et al. 1985).

⁴ Damit sind die zahlreichen Organisationen gemeint, die sowohl auf modernen Prinzipien (Effizienzkriterien) als auch auf traditionellen, kulturell tief verwurzelten Loyalitäten von z.B. Familien, Ethnien oder Clans basieren. Da nur die neo-traditionellen Gruppen in der afrikanischen Kultur verankert seien – andere Gruppen besäßen weder eine ausreichende soziale Basis noch Bezüge zum afrikanischen Wertesystem – ist es für die Zukunft der Demokratie in Afrika entscheidend, so Hillebrand (1994: 70), daß diese Gruppen eine Synthese mit modernen demokratischen Institutionen oder Allianzen mit Nicht-Regierungsorganisationen eingehen.

⁵ Eine Bewegung junger, radikaler Schwarzer (u.a.

Steve Biko), die seit den siebziger Jahren die Notwendigkeit einer 'geistigen Befreiung' der Schwarzen von weißer Dominanz betonte.

⁶ Wichtig ist u.a. die 1986 erfolgte Distanzierung der 'Nederduitse Gereformeerde Kerk' von der Apartheid.

⁷ Die Konzentration der Analyse auf COSATU erscheint aus zwei Gründen gerechtfertigt: Erstens ist COSATU der weitaus mitgliederstärkste und am besten organisierte Dachverband, zweitens gelang es anderen Gewerkschaften kaum, ähnlich starken Einfluß auf den Transitionsprozeß wie COSATU zu nehmen.

⁸ Zum Begriff vgl. Anmerkung 13. Von der Forschung wurde die Rolle der Civics bislang vernachlässigt, eine Ausnahme bildet die z.T. empirische Arbeit von Zukrigl (1993), die leider nicht veröffentlicht wurde.

⁹ Vgl. zur Geschichte Schmidt (1992), Maree (1987), Baskin (1991), Friedman (1987).

¹⁰ Zur Politik unter Botha vgl. den Sammelband von Maull (1990).

¹¹ Während die 'United Democratic Front' (UDF) kaum noch funktionsfähig war, blieben die Gewerkschaften politisch aktiv und sorgten für den Fortgang der Proteste. Ihre internen Strukturen waren gegenüber den staatlichen Repressionen (z.B. durch systematische Bildung einer Personalreserve angesichts von erwartender Verhaftungswellen) resistenter. Die UDF und seine Nachfolgeorganisation, das Mass Democratic Movement (MDM), waren Sammelbecken von zeitweise bis zu 1000 ganz unterschiedlichen Anti-Apartheid-Gruppen: Kirchen, Sportverbände, Jugend- und Frauengruppen, Lokalorganisationen und einigen Gewerkschaften.

¹² Wie im folgenden gezeigt werden soll, stellen sie als ein indirektes Produkt der Apartheidsgesellschaft eine genuin südafrikanische Form gesellschaftlicher Selbstorganisationen dar, die aus dem oben genannten Raster Hillebrands herausfallen. Eine eindeutige Zuordnung zu den gängigen sozialwissenschaftlichen Kategorien (ausführlich Zukrigl 1993: 10-11), wie 'voluntary organizations', Bürgerinitiativen oder soziale Bewegungen, scheint problematisch. Zwar lassen sich Civics aufgrund des gemeinsamen Interesses und Lebensraumes ihrer Mitglieder zu *voluntary associations* zählen, doch fallen sie durch ihr politisches Selbst-

verständnis aus dieser sehr unpräzisen Kategorie heraus. Letztlich sind Civics zwischen Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen anzusiedeln: Während ihre Sachbezogenheit, die schwankende Partizipation und Fixierung auf lokale *issues* für die Einordnung als Bürgerinitiativen sprechen, deuten ihre im Verlaufe der achtziger Jahre immer stärker zunehmenden politischen Forderungen nach einem politischen Wandel hingegen eher auf eine neue soziale Bewegung (NSB) hin. Allerdings sind sie für eine NSB zu stark parteilich orientiert und fallen durch Übernahme von administrativen Funktionen auch aus dieser Kategorie heraus. Auch die Etablierung eines nationalen Dachverbandes der Civics ist im internationalen Vergleich bislang einzigartig. Um die Besonderheit dieser Organisationsform zu unterstreichen, wird der deutsche Begriff Bürgervereinigungen für Civics synonym zum Originalbegriff in dieser Analyse verwendet.

¹³ Sie gingen vielfach aus Elternkomitees hervor, die zur Unterstützung des Schülersaufstandes bzw. später zur Betreuung Inhaftierter gegründet worden waren. Die Gefahr einer Zerschlagung durch massive Repression schwebte wie ein Damoklesschwert über allen Gruppen, denn sie wurden nur solange toleriert, wie sie lokal arbeiteten und keine primär politischen Forderungen aufstellten.

¹⁴ Anlässlich von geplanten Streiks kam es zwischen dem von jugendlichen Arbeitslosen dominierten regionalen Civic und Gewerkschaftern zu Konflikten über den Modus der Entscheidungsfindung, die Taktik und die Ziele der Aktion, vgl. Schmidt (1992: 198-200).

¹⁵ Im Unterschied zum ANC bekannte sich COSATU allerdings deutlicher zu Gewaltenteilung und Föderalismus, einer unabhängigen Justiz, Verankerung der Organisations- und Meinungsfreiheit und sozialen Grundrechten, Plebizite und, im Sinne von *checks and balances*, zu einer beschränkten Machtfülle des Präsidenten (Schmidt 1992: 279).

¹⁶ Daneben erklärt sich die rasche Aufgabe sozialistischer Vorstellungen sicherlich noch mit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme in Osteuropa.

¹⁷ Bereits mit dem Einsetzen der Liberalisierung begannen lokale Verhandlungen zwischen Wirtschaft (z.B. Stromversorgern), lokalen Verwaltun-

gen und Civics. Dadurch erfuhren die Civics, trotz ihrer fraglichen Legitimation, eine deutliche Aufwertung.

¹⁸ Vgl. zum folgenden die detaillierte Darstellung bei Zukrigl (1993: 59-61). Zum ersten Präsidenten wurde der einflußreiche Aktivist Moses Mayekiso des Civic von Alexandra gewählt, der sowohl langjähriges Führungsmitglied der SACP als auch der Metallarbeitergewerkschaft war.

¹⁹ Diese Streiks, die sich gegen die Einführung einer Mehrwertsteuer (VAT=Value Added Tax) richteten, wurden teilweise gemeinsam von weißen und schwarzen Gewerkschaften durchgeführt. Langfristig könnte die bislang zaghafte Kooperation zwischen weißen und schwarzen Gewerkschaften die Gefahr einer Ethnisierung der südafrikanischen Politik verringern und den Übergang von ethnisch akzentuierten Verteilungskonflikten zu 'normalen Klassenkonflikten' einleiten.

²⁰ Auf lange Sicht ist auch die Formierung einer parteipolitischen Linksopposition von Gewerkschaften mit Teilen der SACP und anderen Gruppen vorstellbar.

²¹ Friedman (1994: 22) argumentiert, daß angesichts noch schwacher Institutionen (u.a. Parteien) und der beschränkten Handlungsspielräume des Staates sich die Frage stellt, ob nicht die Zivilgesellschaft zu stark sei. Booysen (1996: 66) hingegen sieht eine starke *Civil Society* in Südafrika als Garant der Demokratisierung, obwohl sie das Problem einer adäquaten institutionellen Einbindung der Zivilgesellschaft sieht (ebd.: 71).

²² Abzuwarten bleibt, inwieweit die Mitarbeit der Civics in NEDLAC-Ausschüssen der erste Schritt zu einer stärkeren Inkorporation SANCOs in das politische System ist.

²³ Konflikte ergeben sich vor allem in der Frage der Landzuteilung, die z.T. bislang in die Zuständigkeit von Chiefs fiel.

²⁴ Auch Törres (1995: 46) argumentiert, daß die Gewerkschaften sehr wohl die Möglichkeit besäßen, die unter 'institutional political poverty' leidenden Gruppen, d. h. diejenigen Gruppen, die „no access and/or succes in dealing with public authorities“ haben, zu vertreten.

²⁵ Mittlerweile wurde das RDP-Programm so stark modifiziert, daß im Grunde genommen eine Hinwendung zum staatszentrierten Entwicklungskon-

zept stattgefunden hat.

²⁶ Die südafrikanische Variante wird auch als 'service associations', die z.B. Rechtsberatungen durchführen, bezeichnet.

²⁷ Wenngleich sich dieser Beitrag auf die Beeinflußung des Transitionsprozesses durch die Zivilgesellschaft konzentriert, ist offensichtlich, daß eine wechselseitige Beeinflußung von Transitionsprozeß und Zivilgesellschaft stattfindet.

²⁸ Törres (1995:47) weist anhand von Umfragen allerdings darauf hin, daß demokratische Werte unter organisierten Arbeitern nur schwach entwickelt seien.

Literatur

- Baskin, Jeremy* 1991: Striking back. A history of COSATU Johannesburg: Ravan.
- Boraine Andrew,* 1995: Central, provincial and local relations in South Africa. In: Reddy, P.S. (Hg.): Perspectives on local government management and development in Africa. Durban: University of Durban, 23-26.
- Booyesen, Susan* 1996: Opposition politics in a democratic South Africa. In: The South African Journal of International Affairs Jg. 3, Heft 2, 55-75.
- Dahl, Robert* 1992: The problem of civic competence. In: Journal of Democracy, Jg. 3, Heft 4, 45-59.
- Davis, Rob/O'Meara, D./Dlamini, S. (Hg.)* 1985: The struggle for South Africa. A reference guide, 2 nd ed. London: Zed books.
- Friedman, Steven* 1987: Building tomorrow today. Johannesburg: Ravan.
- Friedman, Steven* 1991: An unlikely utopia: State and civil society in South Africa. In: Politikon, Jg. 19, Heft 1, 5-19.
- Friedman, Steven (Hg.)* 1993: The long journey. South Africa's quest for a negotiated settlement. Johannesburg: Ravan.
- Friedman, Steven* 1994: Holding a divided centre: prospects for legitimacy and governance in post-settlement South Africa, Paper Prepared for the International Political Science Association (IPSA). Berlin, August 21-25, 1994.
- Hillebrand, Ernst* 1994: Nachdenken über Zivilgesellschaft und Demokratie in Afrika. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 1/1994, 57-72.
- Maree, Johann (Hg.)* 1987: The independent trade unions 1974-1984. Johannesburg: Ravan.
- Maree, Johann* 1996: Transition and consolidation of democracy – the role of the labour movement in present South Africa, Paper presented at the conference 'Einheit und Differenz. Die Transformation Ostdeutschlands in vergleichender Perspektive', Berlin 3-5 October 1996.
- Mauil, Hanns (Hg.)*, 1990: Südafrika. Politik-Gesellschaft-Wirtschaft vor dem Ende der Apartheid., Opladen: Leske & Budrich.
- Monath, Jens* 1990: Afrikaanertum in Staat und Wirtschaft Südafrikas. Münster: Lit.
- Nitschke, Ulrich* 1996: Wachstum ohne Umverteilen. In: Afrika-süd, 3/1996, 13-14.
- Seekings, Jeremy* 1988: Political mobilisation in the black townships of the Transvaal. In: Frankel, P./Pines, N./Swilling, M. (Hg.): State, resistance and change in South Africa. London: Croom Helm, 197-224.
- Schmidt, Siegmur* 1992: Die Rolle der schwarzen Gewerkschaften im Demokratisierungsprozeß Südafrikas. Hamburg: Institut für Afrikakunde.
- Schmidt, Siegmur* 1996: Südafrika: Demokratisierung als Verfassungsgebungsprozeß. In: Merkel, W./Sandschneider, E./Segert, D. (Hg.): Systemwechsel 2. Opladen: Leske & Budrich, 341-381.
- Shubane, Khehla* 1991: Keime der Zivilgesellschaft. In: Der Überblick, Jg. 27, Heft 4, 47-49.
- Swilling, Mark* 1990: Political transition, development and the role of civil society. In: Africa insight, Jg. 20, Heft 3, 151-161.
- Törres, Liv* 1995: South African Unions: Schools or Agents for Democracy. In: Journal of Contemporary African Studies, Jg. 13, Heft 1, 35-57.
- Venson, Pelonomi* 1996: The role of civic organisations in local government, Paper presented at the Conference of the Konrad-Adenauer-Stiftung 'Traditional and contemporary forms of local participation and self-government in Africa'. Nairobi, 9-12. October 1996.
- Zukrigl, Ina* 1993: Civic Associations im Transformationsprozeß in Südafrika. München (unveröffentl. Magisterarbeit an der Universität München).

Aurel Croissant/Mareike Helbert/André Madaus

Demokratisierung der 'Kleinen Tiger'

1 Einleitung

Singapur, Südkorea und Taiwan, in der Literatur gemeinsam mit Hongkong auch als Gruppe der 'kleinen Tiger' bezeichnet, gelten gemeinhin als herausragende Beispiele erfolgreich modernisierender 'Entwicklungsdiktaturen'. Im Rahmen einer exportorientierten Industrialisierung – in Südkorea und Taiwan in den frühen sechziger Jahren, in Singapur phasenverschoben in den späten sechziger Jahren einsetzend – haben diese Länder mittlerweile den Sprung unter die 20 führenden Industrie- und Handelsnationen der Welt vollzogen. Der (sozio)ökonomischen Modernisierung folgte in Südkorea und Taiwan in den achtziger Jahren die politische Modernisierung in Form der Demokratisierung des politischen Systems. In Anlehnung an die schon klassisch zu nennende Sequentialisierung von Transformationsprozessen, wie sie Guillermo O'Donnell und Philippe Schmitter (1986) vorgenommen haben, kann der *südkoreanische* Systemwechsel in drei Phasen getrennt werden:

Eine erste Phase der Liberalisierung reichte von der Öffnung des autoritären Regimes im Vorfeld der Parlamentswahlen im Februar 1985 bis zum Juni 1987. Sie umfaßte die begrenzte und kontrollierte Ausweitung politischer und bürgerlicher Partizipationsrechte. Mit der Erklärung des Regimes im Juni 1987, auf die Forderungen der Opposition einzugehen, wechselte dieser Prozeß in das Stadium der *Demokratisierung*. Letztere umfaßte im

wesentlichen die Aushandlung und Einführung demokratischer Verfahren und endete mit den Gründungswahlen der Demokratie 1987/88. Damit war die südkoreanische Transition im wesentlichen abgeschlossen, und es begann die bis heute andauernde Phase der demokratischen *Konsolidierung*, hier verstanden als Prozeß der Institutionalisierung demokratischer Verhaltensweisen und -praktiken.

Früher einsetzend und zeitlich gestreckter verlaufend, kann der Beginn der Liberalisierung im *taiwanesischen* Fall Ende der siebziger Jahre veranschlagt werden. Gut ein Jahrzehnt später mündete sie in die umfassende Demokratisierung des politischen Systems, deren Höhepunkt die Verfassungsdiskussionen und -reformen von 1990-92 bildeten. Mit den ersten freien Wahlen zur gesetzgebenden Kammer (dem Legislativ Yuan) im Dezember 1989, spätestens aber mit der ersten Direktwahl eines (national)chinesischen Staatspräsidenten im März 1996 hat der Transformationsprozeß nun das Stadium der demokratischen Konsolidierung erreicht.

Während in beiden Fällen am Ende der Transformation die Einführung eines demokratischen Systems stand, ist in *Singapur* eine demokratische Transition schon in den Anfängen der Liberalisierung verhindert worden. Das Mitte der achtziger Jahre von Erosionserscheinungen befallene autoritäre System erscheint heute wieder gefestigt und gegen oppositionelle Herausforderungen immunisiert.

Während die weltmarktorientierte Industrialisierung dieser ostasiatischen Schwellenländer mittlerweile gut dokumentiert ist, besteht hinsichtlich der politischen Entwicklungen ein erhebliches Forschungsdefizit. Speziell der Zusammenhang zwischen Genese und Evolution von Zivilgesellschaft und politischer Transformation in diesen Staaten hat bislang kaum Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Dies muß aus einer doppelten Perspektive heraus erstaunen: zum einen angesichts der markanten politischen Veränderungen der letzten Dekade in Taiwan und Südkorea sowie der bedeutenden Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in diesen Prozessen; zum anderen in Anbetracht der in den neunziger Jahren erneut aufgekommenen Diskussion um die Übertragbarkeit westlich-liberaler Demokratie-Modelle auf 'nicht-abendländisch' geprägte Gesellschaften, eine Diskussion, in der insbesondere Politiker und Wissenschaftler aus der asiatisch-pazifischen Region und hier an vorderster Stelle aus Singapur eine prominente Stellung einnehmen.¹

Entsprechend dem zentralen Topos dieses Heftes konzentriert sich der folgende Beitrag auf die Bedeutung der Zivilgesellschaft in den einzelnen Transformationsprozessen. Konkret bedeutet dies:

(1) Welchen Einfluß übten zivilgesellschaftliche Akteure und soziale Bewegungen in den einzelnen Transformationsphasen aus und mit welchen Strategien verfolgten diese Akteure ihre Interessen?

(2) Welcher Entwicklungsdynamik hinsichtlich ihrer Funktionen bzw. akteursspezifischen Zusammensetzung unterliegen Zivilgesellschaften in sich demokratisierenden Gesellschaften?

(3) Wie ist der Beitrag der Zivilgesellschaft zur Konsolidierung der südkoreanischen und taiwanesischen Demokratie zu bewerten? Kann von einem soliden zivilkulturellen Unterbau der demokratischen Systeme gesprochen werden?

(4) Welchen Einfluß haben historische Traditionslinien des sozialen Verhaltens und der sozialen Organisation auf die Herausbildung der Zivilgesellschaften in diesen 'konfuzianischen Kernländern' (Senghaas 1995)?

Ein systematischer Vergleich dieser Fälle vermag gleichzeitig einen Beitrag zu der allgemeinen Debatte über die Bedeutung der Zivilgesellschaft und ihrer Akteure für die Demokratisierung politischer Systeme und deren Konsolidierung zu liefern, wie auch fruchtbare Erkenntnisse bezüglich der Auseinandersetzung um eine liberaldemokratische 'Kompatibilität' asiatischer Gesellschaften zu bieten. Um Entwicklungsdynamiken und den Einfluß einzelner Akteure auf die Transformation besser verstehen zu können, wird, teilweise über den eigentlichen Untersuchungszeitraum hinausreichend, die autoritäre Phase in die Analyse jeweils miteinbezogen.

2 Zivilgesellschaftliche Evolution in der autoritären und Transitionsphase

Bei den hier untersuchten politischen Systemen handelt(e) es sich um autoritäre Systeme, die in der Begrifflichkeit von Juan Linz (1975) durch einen begrenzten politischen und gesellschaftlichen Pluralismus gekennzeichnet waren, innerhalb dessen politische Opposition (in Taiwan nur auf lokaler Ebene) und mehr oder minder autonome gesellschaftliche Organisationen kontrolliert und gemäßregelt, aber prinzipiell doch geduldet wurden.

In Taiwan ließ der stark begrenzte gesellschaftliche Pluralismus des Kuomintang-Regimes (für Kuomintang im folgenden KMT) insbesondere ab den siebziger Jahren Raum für das Entstehen zivilgesellschaftlicher Strukturen. Zwar wurde diese Entwicklung erschwert durch die Penetration der meisten gesellschaftlichen und staatlichen Bereiche mittels Parteiorganisationen und -kader, die ideologischen Hegemonie der KMT (Cheng 1989: 476) sowie durch das auf dem 'Gesetz über bürgerliche Vereinigungen' basierende Verbot aller politischen Organisationen, die sich nicht ausdrücklich zu den politischen Vorstellungen Sun Yat Sens bekannten. Mit zunehmender Urbanisierung, Anhebung des Bildungsniveaus und Abnahme der Bedeutung traditioneller *cleavages* (vor allem zwischen Festlandchinesen und einheimischen Taiwanesen) zugunsten funktionaler Konfliktlinien forderten aber die neuentstehenden Mittelschichten – und als deren Sprachrohr junge Intellektuelle (Cheng 1989: 483) – mehr politische, wirtschaftliche und soziale Mitspracherechte ein. Mit dem Heranwachsen einer neuen Generation, deren Sozialisation und Aspirationen sich grundlegend von denen der älteren Generationen der Festländer wie Einheimischen unterschieden (Halbeisen 1982: 210), entstand innerhalb der Gesellschaft ein Potential für einflußreichere und wirkungsmächtigere zivilgesellschaftliche Organisationen (Chu 1996).

Während ab den sechziger Jahren erste Ansätze zur Organisation der Zivilgesellschaft mit der Bildung feministischer und studentischer Gruppierungen sichtbar wurden, traten letztere, bedingt durch korporatistische Einbindung im Rahmen der Massen- und Jugendorganisationen der 'quasi-leninistischen' Kaderpartei KMT (Cheng 1989), bis Mitte der achtziger Jahre in ihrer Bedeutung zurück. Während die Studentenschaft im Gegensatz

etwa zu ihren südkoreanischen Kommilitonen seit den späten siebziger Jahren weitgehend politisch passiv war (Schubert 1994: 264), übernahmen zunehmend Verbraucher- und Umweltschutzgruppen die Funktion der Artikulation gesellschaftlicher Forderungen. Vor allem ist jedoch die sich 1977/78 konstituierende 'Tangwai-Bewegung' zu nennen, ein diffuses Spektrum von Dissidenten, Intellektuellen, Professionals, Wissenschaftlern, Journalisten sowie Bürgerrechtlern, die sich weitestgehend gewaltfrei und vor allem über (illegale) Publikationen mit ihren demokratischen Forderungen an die Öffentlichkeit wandten (Domes 1978; Halbeisen 1982). Die Tangwai ('außerhalb der Partei') war keine Organisation oder Partei mit festen Strukturen und klaren Mitgliedschaftskriterien, sondern ein Sammelbecken für Gegner der Einparteidiktatur der KMT, Befürworter einer Taiwanisierung der Politik, religiös motivierter politischer Aktivisten vor allem aus dem Umfeld der Presbyterianischen Kirche sowie jugendliche Reformer, deren Ziele den Reformvorschlägen jüngerer Vertreter der Staatspartei KMT teilweise ähnelten (Halbeisen 1982: 209). Überwiegend handelte es sich um Befürworter eines westlichen Gesellschafts- und Demokratiemodells. Gemeinsam war diesen Gruppen, daß sie in bewußter Ablehnung der als überkommen interpretierten chinesischen Vorstellungen von Autorität, Gesellschaftsordnung und politischer Machtausübung ein gesellschaftliches und politisches System nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten und Westeuropas befürworteten. Die im Vorfeld der Ergänzungswahlen zum Legislativ Yuan und zur Nationalversammlung im Dezember 1978 gebildete Tangwai verfolgte von Anfang an eine explizit auf die Besetzung politischer Ämter zielende Strategie, was ihre Klassifizierung als zivilgesellschaftlicher Akteur problematisch erscheinen läßt. Mit dem Aufgehen des größten Teils der Bewegung in der opposi-

tionellen Demokratische Fortschrittspartei (Chou/Nathan 1987) schied sie im September 1986 endgültig aus dem zivilgesellschaftlichen Spektrum aus.

Entsprechend dem akteurstheoretischen Paradigma (vgl. statt vieler Przeworski 1991) löste die kontrollierte Öffnung des Regimes Mitte der achtziger Jahre einen Mobilisierungs- und vor allem Organisierungsschub in der Gesellschaft aus, der dazu führte, daß sich eine Vielzahl neuer zivilgesellschaftlicher Akteure konstituierte. Dieser Organisationsprozeß ging einher mit einem Prozeß der Institutionalisierung. Insbesondere sind hier unabhängige Gewerkschaften, Farmerverbände sowie Bürger- und Menschenrechtsorganisationen zu nennen.

In Südkorea hingegen waren die von den verschiedenen bürokratisch-militärischen Regimen gezogenen Grenzen des politischen und gesellschaftlichen Pluralismus wesentlich weiter gefaßt. So konnte sich schon früh ein vom Regime zwar kontrollierter und limitierter, sich jedoch stetig ausweitender Raum gesellschaftlicher Selbstorganisation herausbilden. Die bedeutendsten zivilgesellschaftlichen Akteure dieser Phase waren eine Vielzahl von christlichen Dissidenten- und Bürgerrechtsorganisationen sowie Teile der Studentenschaft. Insbesondere letztere agierte seit den sechziger Jahren als ein informeller, aber wirkungsmächtiger Akteur in der politischen Arena (Kim, D.J. 1993: 247), deren Proteste beispielsweise 1960 als Auslöser für den Sturz des 'sultanistischen Regimes' (Linz 1975) des Gründerpräsidenten Syngman Rhee (1948-1960) wirkten. Das hohe Konfliktpotential und die Konfrontationsbereitschaft der Studenten lassen sich auf verschiedene Faktoren zurückführen: Zum einen berief man sich auf die Tradition der *Sonbi*, der konfuzianisch gebildeten Gelehrten, denen während der Yi-Dy-

nastie (1391-1911) die Funktion eines gesellschaftlichen Zensors und politischen *Gatekeeper* zukam. Die eigene Aufgabe sah man in der Kritik an den Herrschenden entsprechend den moralischen Standards des Konfuzianismus (Kim, K.D. 1993: 215). In der Selbsteinschätzung der Studenten leitete sich hieraus das legitime Recht auf Kritik an bzw. Führung in der Politik ab. Verbunden damit war die konkrete Verpflichtung, sich gegen eine als unmoralisch bewertete Herrschaft aufzulehnen. Zum anderen war den Studenten sehr wohl bewußt, daß sie als akademische Elite der Gesellschaft über einen besonderen Status verfügten und ihre spezifischen Kenntnisse und Fähigkeiten für Wirtschaft und Verwaltung langfristig unverzichtbar waren (Mac Donald 1990: 147).

Als Folge der fehlgeschlagenen Demokratisierung von 1980 vollzog sich ein Prozeß der Ideologisierung und Institutionalisierung des bis dahin diffusen und sporadischen studentischen Aktivismus (Kim, D.J. 1993: 245ff). Als Basis der ideologischen Selbstindoktrination diente die in den siebziger Jahren in Dissidentenkreisen entwickelte *Minjung-Ideologie*² sowie ein militanter Anti-Amerikanismus, der in den USA den maßgeblich Verantwortlichen für die politischen Mißstände sah. Innerhalb der Studentenbewegung konkurrierten wiederum verschiedene radikale und moderate Strömungen. In einem quasi-evolutionären Prozeß entwickelte sich der radikale Flügel der südkoreanischen Studentenbewegung sukzessive zu einer Antisystembewegung, die dem politischen und wirtschaftlichen System sowie dem südkoreanischen Teilstaat selbst zunehmend kritischer und schließlich feindlich gegenüberstand.

Die politische Relevanz der Studenten- und Dissidentenbewegung lag vor allem darin, daß sie – ungeachtet ihres aus liberaler Sicht teil-

weise problematischen Demokratieverständnisses – die Demokratiebewegung zu einem Zeitpunkt aufrechterhielt, als die parlamentarische Opposition zersplittert und machtlos war. Gleichzeitig wurde die Legitimität des Regimes durch Agenda-setting beispielsweise in den Bereichen der Aufhebung von Restriktionen gegenüber oppositionellen Führern und der Abschaffung der repressiven Pressegesetze sowie die Abhaltung freier Wahlen (Lee M. W. 1988: 26) hinterfragt. Die Adaption bislang tabuisierter politischer Inhalte (Arbeiterrechte, Antiamerikanismus, Korea-Krieg) und Techniken (außerparlamentarische Aktionen) sensibilisierte die politischen Akteure und bewirkte die Einbeziehung dieser Themen in die politische Auseinandersetzung (Lee M. W. 1988: 26).

Den christlichen Gemeinden kommt in der politischen Entwicklung Südkoreas ähnlich den Studenten eine besondere Bedeutung zu. Seit den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts läßt sich eine stete Ausbreitung des Christentums in Korea verzeichnen. Nach offiziellen Angaben bekannte sich 1980 etwa ein Viertel der südkoreanischen Bevölkerung zum christlichen Glauben, davon ca. 75% zu verschiedenen protestantischen Bekenntnissen (Nahm 1993: 501f). Das demokratieförderliche Potential protestantischer Sekten wurde bereits von Seymour M. Lipset und Stein Rokkan (1967) hervorgehoben. Tatsächlich können die christlichen Gemeinden Koreas auf eine lange Tradition des politischen Widerstandes gegen Autoritarismus, die bis in die japanischen Kolonialzeit reicht, zurückblicken. Die sich während des *Yushin*-Regimes (1973-79) zusehens verschlechternde Menschenrechtssituation förderte das Entstehen einer christlichen Dissidentenbewegung, die – außerhalb der Amtskirche stehend – die Legitimität des Systems offen angriff (Sohn 1989: 46ff). Bedeutung für die Demokratie-

bewegung in den siebziger Jahren kam der christlichen Opposition vor allem dadurch zu, daß ihr im Gegensatz zur studentischen und parlamentarischen Opposition durch die nationalen Amtskirchen und sozialen Einrichtungen wie die *Urban Industrial Mission* (UIM) autonome institutionelle Rückzugsräume und Strukturen zur Verfügung standen (Kim, S.C. 1993: 410). Zudem begrenzte der enge Kontakt zwischen koreanischen Kirchen und christlichen Gemeinden vor allem in den USA den Reaktionsspielraum des Regimes (CISJD 1985: 78) gegenüber diesen Gruppen.

Auch in Singapur geriet das autoritäre Regime Mitte der achtziger Jahre unter wachsenden Liberalisierungs- und Demokratisierungsdruck. Die Ursachen hierfür lagen vor allem in der 1985 einsetzenden wirtschaftlichen Krise und der damit verbundenen langsamen, aber steten Erosion der primär auf wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit beruhenden Legitimitätsgrundlagen des Regimes. Die Leistungskrise des Regimes, Deprivationsängste der vorrangig an materiellen Wohlfortschieferungen orientierten Mittelschichten, zunehmende Unzufriedenheit der Professionals mit dem technokratischen Führungsstil der politisch-administrativen Eliten des Stadtstaates sowie die relative wirtschaftliche Benachteiligung der Arbeiterschaft kumulierten zu einer signifikanten Unterstützungskrise des Regimes (Vennwald 1994: 306ff). Während die innenpolitischen Ausgangsbedingungen für eine Transformation des politischen Systems Mitte des Jahrzehnts damit vordergründig Parallelen zur taiwanesischen und südkoreanischen Situation aufwiesen, gelang es dem autoritären Regime hier jedoch, seinen Herrschaftsanspruch effektiv zu schützen.

Wenn überhaupt von einem Transformationsprozeß gesprochen werden kann, dann allenfalls von einer sehr begrenzten und unter

strikter Kontrolle des Regimes ablaufenden Liberalisierung. Trotzdem entwickelten sich bis 1987 mit der *Law Society* (der Ständekammer der singapurischen Juristenschaft) sowie verschiedenen klerikalen Bewegungen im Umfeld der christlichen Kirchen Ansätze autonomer zivilgesellschaftlicher Organisationen, die für die stärkere Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze, Menschen- und Bürgerrechte sowie den Rückzug des Staates aus der Privatsphäre der Bürger eintraten.

Die Stabilisierung des hierarchisch-paternalistischen Steuerungsmodells singapurischer Provinienz via Unterbindung des Entstehens autonomer zivilgesellschaftlicher Organisationen kann auf verschiedene Ursachen zurückgeführt werden. So verfügten die zur Artikulation von Kritik bereiten Akteure weder innerhalb der Gesellschaft noch innerhalb ihrer eigenen Organisationen über ein größeres Maß an Rückhalt bzw. Unterstützung. Innerhalb der, im Vergleich zu Südkorea und Taiwan, in Singapur wesentlich enger gefaßten Grenzen gesellschaftlichen Pluralismus konnten sich nur wenige (zivil)gesellschaftliche Akteure formieren, die gesellschaftliche Forderungen hätten bündeln und formulieren können. Der politische Einfluß der vorhandenen Organisationen und Bewegungen war gering. Die Widerstandsfähigkeit der Akteure gegenüber dem Staat wurde zusätzlich dadurch geschwächt, daß kaum Bemühungen der strategischen Koordination oder Konzertation existierten. Zur Stabilisierung ihrer Machtposition führte die Regierung erfolgreich verschiedene wirtschaftsliberalisierende Maßnahmen durch, die die Koalition wirtschaftlicher Interessengruppen und berufsständiger Vereinigungen festigten. Eine weitgehend erfolgreiche Kanalisierung gesellschaftlicher Forderungen erfolgte durch Einrichtung unterschiedlicher *feedback*-Kanäle,³ die eine kontrollierte Partizipation der

Bürger am politischen Entscheidungsprozeß ermöglichen sollten. Gleichzeitig wurden staatliche Repressionen gegenüber der zivilgesellschaftlichen Opposition bzw. die Kontrolle der vorhandenen Institutionen funktionaler Interessenrepräsentation im Rahmen staatskorporatistischer Arrangements verschärft. Parallel zur Institutionalisierung zusätzlicher Möglichkeiten formaler Partizipation wurde die staatliche Durchdringung der Gesellschaft mittels der Instrumentalisierung 'moralischer Kampagnen' (d.h. vor allem Propagierung neokonfuzianischer Staats- und Gesellschaftsvorstellungen) verstärkt.

3 Die (post)transitorische Phase

Im Hinblick auf die *taiwanesishe* Zivilgesellschaft stellt Schubert (1996: 69) fest, daß sich seit Mitte der achtziger Jahre zunehmend oppositionell gesinnte Intellektuelle und Freiberufler an die Spitze der rapide anwachsenden Zahl sozialer Protestbewegungen, Bauern- sowie Gewerkschaftsorganisationen gesetzt haben und diese zunehmend politisierten. Mit Hsiao (1990, 1994) lassen sich gleichsam generalisierend für die große Mehrzahl der zivilgesellschaftlichen Akteure eine Reihe gemeinsamer, phasenübergreifender Merkmale feststellen: Wichtigstes Thema der meisten Akteure war die direkt an das Regime gerichtete Forderung nach umfassenden sozialen und politischen Reformen sowie generell nach mehr Autonomie für die zivilgesellschaftlichen Akteure. Dabei bedienten sich die Akteure ganz überwiegend gewaltfreier, 'unpolitischer' Strategien und waren auf Distanz zu den sich formierenden Oppositionsparteien bedacht. Die rasche Institutionalisierung der Akteure meist noch in der Transititionsphase wird vor allem in der Konsolidierungsphase nun vermehrt begleitet von Koalitions- und Allianzbildungen zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren, die auf der

Herausbildung gemeinsamer Ziele und Forderungen gegenüber der Regierung beruhen.

Im Gegensatz hierzu blieb im *singapurischen* Falle der Einfluß zivilgesellschaftlicher Akteure auf den Policy-Prozeß und die Aggregation bzw. Artikulation gesellschaftlicher Interessen gering. Die sich Mitte der achtziger Jahre bildenden zivilgesellschaftlichen Akteure wirkten im Gegensatz zu Bürgerrechtsgruppen in Südkorea nicht als Eröffnungsakteure der Liberalisierung. Staatliche Repression und die zusätzliche Institutionalisierung stark kontrollierter Partizipationsmöglichkeiten ließ einen gesellschaftlichen Pluralismus nur noch innerhalb kontrollierter Organisation und Foren zu. Der Erfolg dieser Regime-Strategie hat dazu geführt, daß sich keine Nachfolgeakteure der bis 1987 aktiven Gruppierungen gebildet haben. Zwar entstanden neue soziale Bewegungen, vor allem in den Bereichen Umweltschutz, ethnische und Frauenrechte. Diese besitzen aber durch ihre finanzielle Abhängigkeit von der Regierung und die teilweise Kooptation durch staatliche Stellen nur geringe Autonomie; ihre demokratietheoretische Relevanz ist noch nicht einzuschätzen.

Die erfolgreiche Verhinderung des Entstehens einer autonomen zivilgesellschaftlichen Sphäre sowie die Neutralisierung des oppositionellen Potentials kann aber nicht allein aus der auf Repression und gleichzeitiger Kooptation beruhenden Strategie des Regimes erklärt werden. Vielmehr trägt in Singapur das System ökonomischer Leistungsfähigkeit auch weiterhin maßgeblich zum Legitimitäts-erhalt der Regierung bei. Das soziale und vor allem privat organisierte Sicherungsnetz ist das expansivste in der Region, der Lebensstandard der Mittelklasse der höchste. Entgegen dem klassischen Axiom der Modernisierungstheorie (klassisch hierzu: Lipset 1959,

1962) besitzen die Mittelschichten bis heute kaum eine nennenswerte Relevanz für die Existenz einer vitalen Zivilgesellschaft.

Dieses soziale Phänomen könnte einerseits darauf zurückgeführt werden, daß die von der Regierung mit dem Ziel der Bewahrung gesellschaftskonformer Verhaltensmuster seit Ende der achtziger Jahre über die Massenmedien, Schulen sowie Universitäten initiierten Kampagnen zur Förderung 'neokonfuzianischer Werte' (Jones/Brown 1994: 83) einen besonders hohen Grad der Internalisierung solcher Einstellungen und Orientierungen der Bürger bewirkt haben, die Autoritarismus und die Hierarchisierung sozialer Beziehungen tendenziell positiv bewerten (Beng-Huat 1995: 155f). Dem steht aber entgegen, daß gerade unter den jüngeren und besser gebildeten Bevölkerungsgruppen die Kritik an dem 'überregulierten' Gesellschaftsmodell Singapur am stärksten ist (Rodan 1996: 33). Diese Kritik richtet sich jedoch nicht gegen die herrschenden politischen Verhältnisse, sondern vielmehr gegen den technokratischen Regulationsdrang des Regimes, der Menschen zu 'social digits' degradiert und zu immer neuen Eingriffen in die wirtschaftliche und soziale Entfaltungsfreiheit des Individuums führt (Schubert 1995). Zutreffender erscheint es vielmehr, die Schwäche der singapurischen Zivilgesellschaft als das Resultat ökonomischer und sozialer Bedingungen zu interpretieren. Diese schüren teilweise tiefliegende Ängste gerade der unteren Mittelschichten vor sozialer Deprivation und dem Absinken des eigenen Lebensstandards auf das Niveau der Arbeiterschaft. Die soziale und ökonomische Privilegierung der Mittelschichten durch das Regime förderte, verbunden mit einem hohen Statusbewußtsein insbesondere der höheren Einkommensgruppen der Mittelschichten, deren Entfremdung von der Arbeiterschaft (Rodan 1996: 29f). Vorrangiges Anlie-

gen der Mittelschichten ist die Bestandswahrung der eigenen Wohlfahrt bei gleichzeitiger Abgrenzung gegenüber den unteren Gesellschaftsschichten. Die von den Mittelschichten an das Regime herangetragenen Forderungen zielen daher nicht auf eine Umverteilung sozialer und politischer Macht im Stadtstaat, sondern auf die Sicherung ökonomischer Bestände und die Ausweitung ökonomischer Freiheiten durch wirtschaftliche Liberalisierung und Deregulierung (Rodan 1996: 19f).

Auch darf nicht übersehen werden, daß Singapur als Stadtstaat besonders vorteilhafte Bedingungen für die effektive politische Kontrolle der Bevölkerung bietet. Diese ist hier alleine schon aufgrund der geographischen Bedingungen sehr viel leichter zu realisieren als etwa in Flächenstaaten. Auch ist es der Staatspartei PAP (People's Action Party) gelungen, die Autonomisierung zivilgesellschaftlicher Strukturen durch Kooptation potentieller Akteursgruppen zu verhindern.

Im Gegensatz hierzu hat die *südkoreanische* Zivilgesellschaft zweifelsohne einen bedeutenden Beitrag zur politischen Transformation des Landes geleistet. Studenten und sich vornehmlich aus dem Umfeld der christlichen Kirchen rekrutierende Bürgerrechtsgruppen wirkten quasi als Eröffnungsakteure der Liberalisierung. Es war die 'resurrection of civil society' (O'Donnell/Schmitter 1986) sowie die Massenmobilisierung der Zivilgesellschaft, die mitentscheidend die Dynamik der Transition prägte.

Aus transformationstheoretischer Sicht läßt sich die Entwicklung der südkoreanischen Zivilgesellschaft in drei Phasen unterteilen: In der ersten Phase bis Anfang der achtziger Jahre kam der Zivilgesellschaft und insbesondere den führenden Akteuren der studentischen

und christlichen Dissidentenbewegung die Funktion der Schaffung und Bewahrung einer gesellschaftlichen Gegenmacht zum autoritären Staat zu. In der zweiten Phase (Mitte der achtziger Jahre) wandelte sich diese Rolle graduell hin zu einer offensiveren Rolle der direkten Herausforderung des Regimes. Die 'Aktivierung der Zivilgesellschaft' (Lee, S.H. 1993: 365) im Zuge der Liberalisierung, in deren Verlauf zumindest temporär auch eine Vielzahl bislang staatlich dominierter gesellschaftlicher Vereinigungen ein stärker autonomes Profil entwickelten, kann als umittelbarer Auslöser der Demokratisierung betrachtet werden. In der dritten Phase, dem Zeitraum der Konsolidierung des demokratischen Systems, ist ein zivilgesellschaftlicher Strukturwandel feststellbar. Während die bislang wichtigsten Akteure (Studenten-, Dissidenten- und Bürgerrechtsgruppen), bedingt durch die gewandelten politischen Verhältnisse, an Einfluß verlieren, nimmt die Bedeutung anderer neuer sozialer Bewegungen (Umweltschutzgruppen, Bürgerinitiativen, Frauengruppen etc.) zu. Diese zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und Bewegungen vermögen aber nur sehr begrenzt Druck auf den Staat auszuüben und Einfluß auf den Policy-Prozeß zu nehmen. Wirtschaftliche Interessengruppen und berufsständische Vereinigungen sind, gemessen an ihrem politischen Potential, schwach und zudem in ihrer demokratischen Relevanz ambivalent.

Die Ursachen hierfür liegen einmal in der fortgesetzten staatlichen Dominanz im Rahmen staatskorporatistischer Arrangements. Zum anderen erweisen sich die ausgeprägten Defizite im Bereich des *social capital* (Putnam 1993) und die unverminderte Dominanz parochialer und Untertanen-Elemente in der sozialen und politischen Kultur des Landes als hinderlich für den Auf- bzw. Ausbau einer vitalen Zivilgesellschaft. Ungeachtet ih-

rer wichtigen Funktion für die Demokratisierung des Landes ist der Beitrag der Studenten als dem politisch einflußreichsten zivilgesellschaftlichen Akteur insbesondere in der Konsolidierungsphase kritisch zu bewerten. In diesem Zusammenhang erscheinen die hohe Gewaltbereitschaft und die niedrige Toleranzschwelle in Aktionen und Rhetorik des radikalen Teils der Studentenschaft aus demokratiethoretischer Sicht eher bedenklich.

4. Resümee

Es hat sich gezeigt, daß verglichen mit den konsolidierten Demokratien Westeuropas und Nordamerikas, in keinem der hier behandelten Fälle von einer soliden Zivilgesellschaft gesprochen werden kann. Vielmehr muß sowohl hinsichtlich Taiwans und Südkoreas, insbesondere aber in Singapur, von 'schwachen' Zivilgesellschaften gesprochen werden: Fraglich ist jedoch, ob es sich hierbei um ein spezifisches Phänomen sogenannter '(neo)konfuzianischer Gesellschaften', oder aber um ein generell in 'transitionellen' Gesellschaften feststellbares Zwischenstadium in der Entwicklung von 'traditionellen' zu 'modernen' Gesellschaften handelt. Denn nicht zuletzt liegt die Schwäche der Zivilgesellschaften in dem Einfluß historischer Traditionslinien des sozialen Verhaltens und der sozialen Organisation in den drei Ländern begründet. Die Möglichkeiten der Bürger zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Eigenverantwortung und zur Artikulation, Verarbeitung und Geltendmachung von Interessen stehen vor allem im Zusammenhang mit dem Grad des sozialen und interpersonellen Vertrauens der Gesellschaftsmitglieder: Je größer das Vertrauen ist, das Individuen der Gesellschaft entgegen bringen, desto größer sind die Chancen, ad hoc Bürgerinteressen zu vertreten (Almond/Verba 1963: 494). Robert Putnam (1993: 167) greift diesen Aspekt auf, wenn er schreibt,

daß freiwillige gesellschaftliche Kooperation eher erreichbar ist in Gemeinschaften, die auf substantielle 'Reserven' an sozialem Kapital zurückgreifen können. Soziales Kapital trägt maßgeblich zur Schaffung ziviler Gesellschaften bei, in denen Werte wie Solidarität, Partizipation, Integration und Engagement in hohem Maße ausgebildet sind. Ohne diese Werte und Netzwerke erscheinen Phänomene wie Klientelismus, Gesetz- und Regellosigkeit und nicht zuletzt Ineffizienz von Regierungshandeln wahrscheinlicher als eine erfolgreiche demokratische Konsolidierung (Putnam 1993: 184).

Studien zu sozialem Verhalten und Organisationsmustern in allen drei hier behandelten Fällen betonen den hohen Grad an kollektiven Orientierungen und konstruktiven Einstellungen gegenüber vertikalen und horizontalen organisatorischen Beziehungen (Pye 1985). Die starke Gruppenorientierung dieser asiatischen Gesellschaften ist jedoch weniger Ausdruck ausgeprägter liberaler Gesellschafts-, sondern vielmehr unvermindert dominierender Gemeinschaftsorientierungen. Die teilweise in der konfuzianischen Ethik und Tradition großer Teile der singapurischen wie der südkoreanischen und taiwanesischen Bevölkerung wurzelnde Vorrangigkeit familiärer oder gemeinschaftlicher Gruppeninteressen vor allgemeinen Interessen fördert nepotistisch-klientelistische Tendenzen des Gruppenverhaltens und erhöht die antagonistischen Gefühle zwischen verschiedenen sozialen Gruppen. Zugleich entstanden aus der politischen und wirtschaftlichen Exklusion breiter Bevölkerungsschichten während der japanischen Kolonialzeit (Südkorea und Taiwan) sowie dem Mißbrauch der kargen Reserven sozialen Kapitals durch die autoritären Regime starke Frustrationsgefühle und Unsicherheits- bzw. Ungerechtigkeitsempfindungen.⁴ Das erhebliche Defizit im Bereich

interpersonalen Vertrauens und wechselseitiger Kooperation in der Gesellschaft wird durch tief verwurzelte soziale Muster weiter perpetuiert (Chin 1994: 58).

So läßt sich beispielsweise für Singapur mit Jones und Brown (1994) argumentieren, daß das Phänomen des 'kaizu' eine wesentliche Ursache für mangelnde gesellschaftliche Selbstorganisation darstellt. 'Kaizu' (Angst etwas zu verlieren), bedeutet das primäre Interesse an sozialem Wohlstand, aber auch die Angst vor der Illegitimität individueller Entscheidungen.

Hinsichtlich Südkoreas – und mit Abstrichen auch Taiwans – lassen sich abschließend zwei Aspekte besonders hervorheben: Erstens hat sich gezeigt, daß in beiden 'konfuzianischen Kernländern' ungeachtet sozio-kultureller Hindernisse ein Prozeß der gesellschaftlichen Pluralisierung und der Herausbildung einer autonomen und handlungsfähigen Zivilgesellschaft begonnen hat, der, so kann modernisierungstheoretisch argumentiert werden, mit zunehmender Stabilisierung der Demokratie und anhaltendem sozioökonomischem Wandel noch an Dynamik gewinnen wird. Zweitens zeigt sich aber auch, daß keineswegs von einem soliden zivilkulturellen Unterbau beider Demokratien gesprochen werden kann. So bilden die Überordnung der Gemeinschaft (im klientelistisch-familialen Verständnis) über die Gesellschaft und die Vorrangigkeit von primordialen bzw. regionalen und kleingruppenbezogenen Orientierungen des sozialen Handelns gegenüber gesellschaftlichen Verbindlichkeiten und Erwartungen schwerwiegende Hindernisse der zivilgesellschaftlichen Entwicklung.

Wie aber andererseits die Erfahrungen gerade der Demokratien der 'zweiten Welle' (Huntington 1991) in Asien gezeigt haben (Japan,

Indien), muß die mangelnde zivilkulturelle Fundierung einer Demokratie nicht notwendigerweise ein Hindernis für ihre Konsolidierung sein. Das relativ pessimistisch ausfallende Fazit über Stand und Entwicklungschancen der Zivilgesellschaften kann daher nicht gleichgesetzt werden mit einer abschlägigen Beurteilung der Konsolidierungschancen der südkoreanischen bzw. taiwanesischen Demokratie insgesamt. Legt man vielmehr einen minimalistischen Konsolidierungsbegriff zugrunde, der sich weitgehend auf die Ebenen der Verfassungsinstitutionen und des politischen Handelns informeller Akteure beschränkt, so können der taiwanesischen bzw. südkoreanischen Demokratie zumindest mittelfristig gute Konsolidierungsaussichten eingeräumt werden.

Aurel Croissant ist Sozialwissenschaftler und arbeitet am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz.

Mareike Helbert und *André Madaus* studieren Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz.

Anmerkungen

¹ Eine gute Zusammenschau hierzu findet sich in Mols/Derichs 1995.

² Bei der *Minjung*-Ideologie handelt es sich weniger um ein konkret ausformuliertes und kodifiziertes Konzept, als vielmehr um ein Amalgam aus Befreiungstheologie, Neo-Marxismus, der *Juche*-Ideologie Kim Il Sungs und Überlegungen der Dependenztheoretiker. Die *Minjung*- oder *Sammin*- (3-Min) Ideologie basiert auf der Propagierung dreier zentraler Prinzipien politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Handelns: *Minju* (Demokratie), *Minjok* (Nation) und *Minjung* (Volk). *Minjung* umfaßt die unterdrückten und ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung, d.h. Arbeiter, Bauern, städtische Unterschichten, aber auch die Mittelschicht. Die fundamentale Ursache für die

Deprivation und Exklusion dieser Schichten sieht die *Minjung*-Ideologie in der auf Betreiben der USA zustande gekommenen Teilung des Landes und der engen politischen und wirtschaftlichen Anbindung der 'faschistischen' Regime Südkoreas an die Vereinigten Staaten. Die hieraus abgeleiteten politischen Forderungen zielten auf eine grundlegende Reform des Wirtschaftssystems, um so die Partizipation des Volkes am erwirtschafteten Wohlstand (*Minjung*-Prinzip) zu ermöglichen, auf die Errichtung einer *Minjung*-Demokratie anstelle des liberaldemokratischen Systems, deren Basis die Arbeiter, Bauern, Studenten und städtischen Armen bilden sollten (*Minju*-Prinzip) sowie auf die Beendigung der abhängigen Beziehung zu den USA und die Wiedervereinigung des Landes (*Minjok*-Prinzip, vgl. Choi 1993: 17; Lee, M.W. 1988: 13ff, 1990:8f).

³ So die Einrichtung außer-parlamentarischer und als *Feedback-Units* bezeichneter Organisationen, die im beiderseitigen Austausch Forderungen der Öffentlichkeit aufnehmen und gleichzeitig die Basis politischer Entscheidungen der Regierung verbreitern sollten und die Einführung von *Town-Councils* in HDB (House Development Board)-Wohnbezirken, die der Verantwortlichkeit der ortsansässigen Parlamentarier unterliegen und deren Arbeit durch die Organisationen der Staatspartei PAP (People's Action Party) beurteilt und sanktioniert wird (Vennewald 1994).

⁴ In der sozialwissenschaftlichen Diskussion im Bezug auf Korea als *han*, im singapurischen als *kaizu* sowie in Bezug auf Taiwan als *victim consciousness* bezeichnet (Chu et al. 1993; Jones/Brown 1994; Hsiao 1990, 1994).

Literatur

- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney* 1963: The Civic Culture. Princeton.
- Beng-Huat, Chua* 1995: Communitarian ideology and democracy in Singapore. London.
- Cheng, Tun-jen* 1989: Democratizing the quasi-leninist regime in Taiwan. In: World Politics, vol. 41, July, 471-499.
- Chün, H. Suk* 1994: Democracy in South Korea: foreign fiefs. In: Asian Thought and Society, vol. 19, no. 55, 49-65.
- Choi, Jang Jip* 1993: Political cleavages in South Korea. In: Koo, H. (Hg.): State and society in contemporary Korea. Ithaca, London, 13-50.
- Chou, Yangsun/Nathan, Andrew J.* 1987: Democratizing transition in Taiwan. In: Asian Survey, vol. 27, no. 3, 277-299.
- Chu, Godwin C./Lee, Jae-won/Kim, Won-yong/Ju, Yanan* 1993: Modernization vs. revolution. Cultural change in Korea and China. Seoul.
- Chu, J.J.* 1996: Taiwan: a fragmented 'middle' class in the making. In: Robinson, R./Goodman, D. (Hg.): The New Rich in Asia. New York, London, 207-225.
- CISJD* 1985: Democratization movement and the christian church in Korea during the 1970s. Seoul.
- Domes, Jürgen* 1978: Aspekte des politischen Systems der Republik China auf Taiwan. In: Zeitschrift für Politik, Jg. 25, Heft 3, 255-278.
- Halbeisen, Hermann* 1982: Tangwai: Entwicklung und gegenwärtige Lage der Opposition in Taiwan. In: Zeitschrift für Politik, Jg. 29, Heft 2, 206-220.
- Hsiao, Hsiu-hiang* 1990: Emerging social movements and the rise of a demanding civil society in Taiwan. In: The Australian Journal of Chinese Affairs, no. 24, Juli, 163-179.
- Hsiao, Hsiu-hiang* 1994: Political liberalization and the farmer's movement in Taiwan, in: Friedman, E. (Hg.): The politics of democratization. Generalizing East Asian experience. Boulder, San Francisco, Oxford, 202-218.
- Huntington, Samuel P.* 1991: The Third Wave. Democratization in the late twentieth century. Norman, London.
- Jones, David M./Brown, David* 1994: Singapore and the myth of the liberalizing middle class. In: The Pacific Review, vol. 7, no. 1, 79-89.
- Kim, Doh Jong* 1993: The Korean student movement in retrospect: from mobilization to institutionalization. In: Korea Observer, vol. 24, no. 2, 243-264.
- Kim, Kyong Dong* 1993: The Mixed Role of Intellectuals and Higher Education in Building Democratic Political Culture in the Republic of Korea. In: Diamond, Larry J. (Hg.): Political Culture and Democracy in Developing Countries, Boulder/ London, 199-219.

- Kim, Sung Chull* 1993: Delegitimation process of the Yushin regime in Korea, 1972-1978. In: Korea Observer, vol. 23, no. 3, 377-411.
- Lee, Man Woo* 1988: Anti-americanism and South Korea's changing perception of America. In: ders./Mc Laurin, R.D./Moon, C.I. (Hg.): Alliance under tension. Boulder, Seoul, 7-28.
- Lee, Man Woo* 1990: The odyssey of Korean democracy. New York u.a.
- Lee, Su Hoon* 1993: Transitional politics of Korea, 1987-1992: activation of civil society. In: Pacific Affairs, vol. 66, no. 3, 351-367.
- Linz, Juan* 1975: Totalitarian and authoritarian regimes. In: Greenstein, F.I./Polsby, N.W. (Hg.): Handbook of political science. Reading, 175-412.
- Lipset, Seymour M.* 1959: Some social requisites of democracy: economic development and political legitimacy, in: American Political Science Review, vol. 53, no. 1, 69-105
- Lipset, Seymour M.* 1962: Soziologie der Demokratie. Neuwied/Rhein.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein* 1967: Cleavage structures, party systems, and voter alignments: an introduction. In: dies. (Hg.), Party systems and voter alignments: cross-national perspectives. New York, London, 1-64.
- Mac Donald, Donald S.* 1990: The Koreans: contemporary politics and society. Boulder, Oxford.
- Mols, Manfred/Derichs, Claudia* 1995: Das Ende der Geschichte oder ein Zusammenstoß der Zivilisationen? Bemerkungen zu einem interkulturellen Disput um ein asiatisch-pazifisches Jahrhundert. In: Zeitschrift für Politik, Jg. 42, Heft 3, 226-249.
- Nahm, Andrew* 1993: Korea. Tradition & transformation. A history of the Korean people. Elisebeth, Seoul, 5. Auflage.
- O'Donnell, Guillermo A./Schmitter, Philippe C.* 1986: Transition from authoritarian rule: tentative conclusions about uncertain democracies. Baltimore.
- Putnam, Robert* 1993: Making democracy work. Civic traditions in modern Italy. Princeton.
- Przeworski, Adam* 1991: Democracy and the market. Cambridge.
- Pye, Lucian W.* 1985: Asian power and politics. Cambridge/Mass.
- Rodan, Garry* 1996: Class transformation and political tensions in Singapore's development. In: Robinson, R./Goodman, D. (Hg.): The new rich in Asia. London, New York, 19-49.
- Schubert, Gunter* 1994: Taiwan - die chinesische Alternative: Demokratisierung in einem ostasiatischen Schwellenland (1986-1993). Hamburg.
- Schubert, Gunter* 1995: Das ostasiatische Wirtschaftswunder und die Frage der Demokratie: Modernisierung ohne Verwestlichung? In: Draguhn, W./Schucher, G. (Hg.): Das neue Selbstbewußtsein in Asien: eine Herausforderung? Hamburg, 28-42.
- Schubert, Gunter* 1996: Demokratieentwicklung in Asien - Strategische und konfliktfähige Gruppen in ausgewählten Ländern. In: KAS-Auslandsinformationen, Heft 6, 63-85.
- Senghaas, Dieter* 1995: Über asiatische und andere Werte. In: Leviathan, Jg. 23, Heft 1, 5-12.
- Sohn, Hak Kyu* 1989: Development of the human rights movement under the Yushin Regime. In: Korean Social Science Journal, vol. 15, 41-63.
- Vennwald, Werner* 1994: Singapur - Die ohnmächtige Demokratie. In: Schubert, G./Tetzlaff, R./ders. (Hg.): Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzeptes der strategischen und konfliktfähigen Gruppen (SKOG). Münster, Hamburg, 305-350.

Stefanie Reiß/Sabine Stohldreier

Chile und Mexiko: Wege in die Demokratie

1 Einleitung

In den letzten 15 Jahren erfolgte in insgesamt zwölf lateinamerikanischen Ländern die Transition zur Demokratie. Die *area*-Forschung zur Transformation versuchte, trotz unterschiedlicher Ursachen, Ausgangssituationen und Initiierungen der Prozeßabläufe in der Region, einige grundlegende Aussagen über die Muster des politischen Wandels zu treffen. Die theoretischen Überlegungen zur Art und Weise des Übergangs sowie die Bezugnahme auf den Einfluß bestimmter Akteure rückten dabei in den Vordergrund (Nohlen/Thibaut 1994: 196ff., 207). Neben politischen Akteuren spielten soziale Akteure eine entscheidende Rolle: „The growth or resurgence of independent associational activity – what Schmitter and O’Donnell call ‘the resurrection of civil society’ – has been a key factor in the escalating pressure for democratization that has culminated in the transition from authoritarianism of numerous Latin American countries in the past decade“ (Diamond/Linz 1989: 36).

Das Erwachen der Zivilgesellschaft in Lateinamerika wird vor allem mit den sozio-ökonomischen und politischen Veränderungen der letzten 30 Jahre in Zusammenhang gebracht. Die ökonomischen Wachstumsprozesse der 60er und 70er Jahre veränderten die Sozialstruktur. Zugleich erlebte der Kontinent eine Reihe autoritärer Rückschläge, die die Ent-

wicklung und Konsolidierung der Demokratie massiv unterbrachen. Erst in den 80er Jahren setzten wieder vermehrt Demokratisierungsbestrebungen ein. In der gleichen Dekade verstärkte der eingeschlagene neoliberale Kurs die Rezession innerhalb der Region (Nolte 1996: 300) und führte zu einer drastischen Verschlechterung der Lebensbedingungen. Sozialer Notstand, der von staatlicher Seite nicht behoben werden konnte, entzog den Regimen zunehmend die Legitimation. Diese Entwicklung zwang die Bevölkerung zur Eigeninitiative und begünstigte die Entstehung vom Staat unabhängiger Organisationen sowie neuer sozialer Bewegungen. Neben subsistenzorientierten Akteuren (Nachbarschaftshilfen, Essensküchen etc.) formierten sich vor allem *non-gouvernemental organizations* (NGO), die sich mit ihren politischen Forderungen den autoritären Regimen entgegenstellten. Bei der Untersuchung der Zivilgesellschaften muß beachtet werden, daß die Länder Lateinamerikas auf sehr unterschiedliche Erfahrungen und Traditionen zurückblicken. Chile und Uruguay verfügen beispielsweise über eine ausgeprägte demokratische Tradition, die bereits im 19. Jahrhundert demokratische Verfahren und Institutionen kannte, während in Zentralamerika (außer Costa Rica) und Paraguay autoritäre Strukturen dominierten. Die historischen Erfahrungen liefern einen Erklärungsansatz für die Stärke bzw. Schwäche der Zivilgesellschaften (Nohlen/Thibaut 1994: 197). Den eher

starken Zivilgesellschaften Brasiliens und Chiles gelang es, sich auch unter den Diktaturen zu behaupten. Historisch schwache Zivilgesellschaften (Argentinien, Mexiko) bildeten dagegen relativ kleine zivilgesellschaftliche Sektoren (Reilly 1995: 13), deren Einfluß durch staatliche Regulierungsmechanismen (Kooptation, Korporatismus) niedrig gehalten werden konnte (Diamond/Linz 1989: 35).

Aus der Erforschung der Zivilgesellschaft, die für Lateinamerika im internationalen Vergleich sehr früh erfolgte (Birle 1996), resultierte die Feststellung, daß freiwillige, vom Staat unabhängige Organisationen wichtige Instrumente für die demokratische Sozialisation und Erneuerung in einem politischen System darstellten (Diamond/Linz 1989: 35).

Der Einfluß der Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß wird hier an zwei Fallbeispielen untersucht: Chile und Mexiko. Das chilenische politische System wurde ab 1983 liberalisiert, während Mexiko bereits seit Mitte der 70er Jahre eine vorsichtige Systemöffnung erfuhr. Für beide Länder ist das Jahr 1988 der Beginn der Demokratisierung, so daß die Liberalisierungsphase in Chile fünf Jahre, in Mexiko aber über zehn Jahre dauerte. In Chile verlor Pinochet in diesem Jahr das Plebiszit zur Verlängerung seiner Amtszeit. Dies öffnete den Weg für Neuwahlen.

In Mexiko fanden 1988 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt, durch die zum einen das Parteiensystem pluralisiert, zum anderen die korporatistischen Strukturen des Systems in Frage gestellt wurden. Während man in Chile ab 1990 eingeschränkt von einer demokratischen Konsolidierungsphase sprechen kann, ist die Demokratisierung in Mexiko noch nicht abgeschlossen.

2 Chile

2.1 Autoritäres Regime und Liberalisierungsansätze

Das politische System war in Chile vor 1973 von einem hohen Grad der Institutionalisierung geprägt, und die Artikulation sozialer Interessen fand Aufnahme durch ein hoch entwickeltes Parteienwesen (Oxhorn 1994: 38). Kleinere zivilgesellschaftliche Akteure (z.B. Basisgewerkschaften) waren häufig schwach und abhängig von den Parteien, da sie nur mit ihnen und durch sie existieren bzw. ihren Forderungen gegenüber dem Staat Nachdruck verleihen konnten. Autonome gesellschaftliche Organisation beschränkte sich auf wenige Bereiche (Kirche, Gewerkschaftsverbände, Unternehmerverbände, einige NGOs).

Nach dem Militärputsch am 11. September 1973 wurden die bestehenden Organisationsstrukturen und Partizipationskanäle zwischen Parteien und sozialen Akteuren systematisch zerstört oder unterdrückt (Garretón 1993: 96). Mit der Errichtung der Diktatur, die sich über 16 Jahre an der Macht halten sollte, endete in Chile eine für Lateinamerika ungewöhnlich lange Phase demokratischer Stabilität. Unter Anwendung einer neoliberalen Strategie bewirkte Pinochet ab 1976 tiefgreifende gesellschaftliche Transformationen. Durch die marktförmige Strukturierung aller relevanten gesellschaftlichen Bereiche (Thiery 1993: 193) förderten die neuen Machthaber eine allmähliche Atomisierung und Individualisierung der chilenischen Gesellschaft. Zivilgesellschaftliche Artikulation wurde entweder verboten oder stark eingeschränkt. Lediglich die katholische Kirche blieb von größeren Repressalien verschont. Bis 1974 führten insbesondere die Kirchenoberen einen Diskurs der Vermittlung und des Dialoges. Die Basiskirche dagegen legte ihren Schwerpunkt auf die Aufdeckung und Verurteilung von repres-

siven Maßnahmen und half zusammen mit anderen Organisationen und Institutionen den Opfern des Regimes. Bereits im Oktober 1973 formierte sich das *Comité de Cooperación para la Paz en Chile* (1976 Umbenennung in *Vicaría de la Solidaridad*), eine NGO der protestantischen und katholischen Kirche. Diese Einrichtung leistete politisch Verfolgten Hilfestellungen, unterstützte die ärztliche Versorgung und finanzierte Selbsthilfeorganisationen. Dadurch war sie nicht nur im ständigen Streit mit der Junta, sondern auch den Angriffen der regimetreuen Presse ausgesetzt (Friedmann 1990: 244). Im Jahr 1975 ist eine Kurskorrektur der Amtskirche vorgenommen worden. Sie forderte nun die Anerkennung des Rechts auf Arbeit, die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Rückkehr zur gesetzlichen Normalität und die Achtung der Menschenrechte als wesentliche Voraussetzungen für den inneren Frieden in Chile (Friedmann 1990: 241). Nach und nach entwickelte sich die Kirche zu einem 'protective umbrella' für die Opposition (Oxhorn 1994: 11). Sie versuchte durch eigene Forschungsprojekte und Einrichtungen, den stark reglementierten Bildungssektor zu erweitern. Daneben unterstützte sie gewerkschaftliche Tätigkeiten durch ein Arbeitervikariat. Doch gab es auch innerhalb der Kirche Sektoren, die die Diktatur unterstützten, sich aber zusehends isoliert sahen und in der Bevölkerung nur geringen Rückhalt fanden (Friedmann 1990: 244).

Neben der Kirche nahmen vor allem die Gewerkschaften eine tragende Funktion im Transitionsprozeß ein. Sie waren allerdings den Repressionen des Regimes ausgesetzt, das von Anfang an versuchte, den Einfluß und Handlungsspielraum der nicht-regimetreuen Gewerkschaften auf ein Minimum zu reduzieren. Ab 1978 bildeten sich die in den nachfolgenden Jahren einflußreichen nationalen

Gewerkschaftsgruppen 'Gruppe der Zehn' und die 'Gruppe der Acht'. Die enge Zusammenarbeit dieser Organisationen mit amerikanischen Dachverbänden und der ORIT (Organización Regional Interamericana de Trabajadores) schützten die Hauptverantwortlichen vor den härtesten Repressionen. Das hohe Ansehen und Vertrauen in die Gewerkschaften ist auf ihre konkret geleisteten Hilfestellungen zum Schutz der Mitglieder zurückzuführen. Hinzu kamen eine gute Organisationsstruktur, traditionelle Bindungen an die Parteien und die Unterstützung seitens der katholischen Kirche (Friedmann 1990: 229). Relativiert wurden diese günstigen Bedingungen jedoch durch die ideologische Zerstrittenheit, die sich durch die ganze Geschichte der Gewerkschaften zieht. Obgleich sie sich während der Diktatur zu punktueller Zusammenarbeit aufraffen konnten, gelang es ihnen kaum, als gemeinsamer Akteur aufzutreten (Nolte 1990: 440f).

Das Fehlen von institutionalisierten Artikulationsmechanismen und die von der Wirtschaftskrise zu Beginn der 80er Jahre verursachte Legitimationskrise führten ab 1982 zu einer zunehmenden Mobilisierung der Bevölkerung. Sie mündete im Mai 1983 in einer 'resurrection of civil society'. Große Teile der Gesellschaft entschieden sich für Protestaktionen, die unter der Bezeichnung 'nationale Protesttage' ab 1983 insgesamt siebenmal in überwiegend friedlicher Form stattfanden. (Garcés/de la Maza 1984: 29) Aufgerufen zu der Aktion hatte die sowohl zahlenmäßig als auch politisch bedeutende Kupferarbeiterorganisation (CTC). Neben dem Arbeitersektor beteiligten sich vor allem Studenten, die nach und nach eigene Verbände wieder aufbauten und durch ihre Aktivitäten der Verbreitung des Protests Vorschub leisteten, sowie die Bewohner der Armenviertel (pobladores).

Das Akteurspektrum zeichnete sich zunächst durch Heterogenität bei gleichzeitig hoher Integrationskraft aus, da das vereinigende Ziel die Ablösung des Regimes war. Die Heterogenität der Teilnehmer führte im Laufe der Zeit zu verschiedenen Problemen: So konnten sich die Mitwirkenden z.B. nicht in der Frage der Strategie zur Ablösung des Regimes einigen; ein Dissens übrigens, der durch die Parteien maßgeblich aufgeworfen worden war und dann von diesen in die zivilgesellschaftliche Arena transportiert wurde. Daraus entstand eine Diskrepanz zwischen der hohen Bereitschaft zum Protest einerseits und dem Fehlen einer konkreten Programmatik andererseits (Garcés/de la Maza 1984: 36).

Die hohe Mobilisierung der Bevölkerung zwang Pinochet nach dem zweiten Protesttag 1983, das System schrittweise zu öffnen. Dadurch gewannen auch die Parteien zunehmend an Stärke und traten als Verhandlungspartner dem Regime gegenüber. Die Rückkehr vieler Exil-Chilenen ermöglichte die Reaktivierung verschiedener Interessenorganisationen (z.B. Berufskammern). Da auch der Presse mehr Freiheiten zugestanden wurden, eröffnete sich bis 1985 ein beachtlicher Spielraum für die Zivilgesellschaft, der allerdings zunehmend von den politischen Parteien ausgefüllt wurde. Doch nach dem Attentat auf Pinochet begann sich das autoritäre Regime 1987 wieder zu schließen (Huneus 1990: 12). So verfehlten die Protesttage ihr eigentliches Ziel, nämlich die Ablösung des Regimes: Die begonnene Liberalisierung wurde abgebrochen. Nichtsdestoweniger ermöglichten die gewonnenen Erfahrungen den Oppositionsparteien, ihre Ausgangsbasis für das in der Verfassung vorgesehene Plebiszit zu verbessern. Die durch die Protesttage forcierte, hohe Mobilisierung der Bevölkerung äußerte sich besonders in den Armenvierteln, in denen eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Assoziationen (po-

bladores) entstanden, um einen Weg aus sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung zu suchen (Oxhorn 1994: 57).

2.2 Demokratisierung

Am 05. Oktober 1988 verlor Pinochet das in der Verfassung von 1980 vorgesehene Plebiszit, mit dem seine Amtszeit um weitere acht Jahre verlängert werden sollte. Die Anerkennung der Niederlage ermöglichte Chile den Beginn der Demokratisierung. Das Ergebnis (56% Nein/ 44% Ja) war durch verschiedene Faktoren begünstigt worden: Zum ersten schlossen sich die Oppositionsparteien im Vorfeld des Plebiszits in der *Concertación de los Partidos por la Democracia* zusammen. Sie hatten eingesehen, daß nur ein paktierter Übergang das Regime ablösen konnte und zeigten damit ihre Entschlossenheit, trotz ideologischer Differenzen gemeinsam den Übergang zur Demokratie voranzutreiben. Die Parteien konnten in der Folgezeit eine Schlüsselrolle im Demokratisierungsprozeß übernehmen und ihre Stellung als relevanter Akteur weiter etablieren. Sie präsentierten sich in der Bevölkerung als vernünftige und dadurch akzeptable Opposition zum Regime, womit zugleich ein Ende der Gewaltbereitschaft einiger linker Organisationen verbunden war.

Als zweiter Faktor sind Wahlbeobachter und Bürgerrechtsbewegungen (z.B. *The Crusade for Citizen Participation*) zu nennen, die sich für freie und faire Wahlen einsetzten. Gleichzeitig erfolgte eine Aufklärung über politische Rechte und demokratische Wertvorstellungen. Die Arbeit von „The Crusade for Citizen Participation“ im Sinne der „large free schools“ (Tocqueville) wurde 1989 durch die Basisorganisation ‘Participa’ weitergeführt (Jimenez de Barros 1992).

Drittens ist auf die Rolle der Medien hinzuweisen. Während die Opposition im staatlichen Fernsehen eindeutig nachteilig behandelt wurde, schufen verschiedene Radiosender (*Radio Cooperativa, Radio Chilena*) und Printmedien (*La Epoca, Fortín Mapocho*) seit der Liberalisierung mehr Freiraum für die Opposition.

Auch nach der Reetablierung der Parteien, die nun über ein hohes Gestaltungspotential verfügten, versuchten diese, kleinere zivilgesellschaftliche Akteure zu indoktrinieren oder NGOs zu kontrollieren (Nohlen/Thibaut 1994: 208). Dennoch kam es auch zu Kooperation von Parteien, Gewerkschaften und Basisorganisationen. Besonders die 1988 rekonstituierte CUT (Central Unitaria de Trabajadores), die ca. 70 % der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter vereint, arbeitete eng mit den Parteien zusammen. Diese Zusammenarbeit war Teil der Anpassung an die veränderten politischen, strukturellen sowie organisatorischen Rahmenbedingungen (Huneus 1990: 22), denen sich alle Gewerkschaften gegenübersehen.

2.3 Die Konsolidierungsphase

Mit dem Amtsantritt des Christdemokraten Patricio Aylwíns im März 1990 endete die Pinochet-Ära. Die Wahl des Kandidaten der christdemokratischen Partei Eduardo Frei am 11. Dezember 1993 war bereits die zweite demokratische Wahl. Mit Einschränkungen, die etwa die Rolle der Streitkräfte oder Pinochets selbst betreffen, kann man in Chile inzwischen von einer Demokratie sprechen. Die sich für die Zivilgesellschaft bereits in der Demokratisierungsphase abzeichnenden Tendenzen treten nun deutlich hervor. Generell scheint es, daß die zivilgesellschaftlichen Akteure, die an der Schaffung der Möglichkeit eines Übergangs zur Demokratie maßgeblich

beteiligt waren, im demokratischen Konsolidierungsprozeß an Einfluß und Engagement verlieren. Dagegen hat der Umstrukturierungsprozeß die traditionell starken Parteien wieder aufleben lassen. An die Parteien werden die politischen Aktivitäten übertragen, die zuvor von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Assoziationen wahrgenommen wurden. Sie erscheinen häufig als der integrierende Mechanismus, der viele zivilgesellschaftlichen Akteure zu erdrücken droht, oder aber – wie im Falle vieler *pobladores*-Organisationen – zu Abhängigkeitsverhältnissen führt (Oxhorn 1995: 270). Hinzu kommt, daß viele Organisationen sich sozusagen selbst 'wegrationalisiert' haben bzw. Opfer ihres Erfolges wurden und es dann nicht geschafft haben, neue Funktionen zu übernehmen. Außerdem rekrutierten Parteien, Regierung und staatliche *think tanks* etliche Führungskräfte und hochqualifizierte Mitarbeiter aus der zivilgesellschaftlichen Sphäre (Schuurman/Heer 1992: 56f). Weniger organisiert sind die Interessen sozial schwacher Teile der chilenischen Gesellschaft. Nach wie vor nimmt die wirtschaftliche Modernisierung und Stabilisierung eine entscheidende Rolle im Agieren der Parteien ein, so daß manche Beobachter von einer Unterordnung der Demokratisierung unter die Modernisierung sprechen (Lechner 1996: 2).

Die demokratietheoretische Bedeutung der Zivilgesellschaft in Chile liegt in der politischen Mobilisierung und sozialen Sensibilisierung der Gesellschaft. Das demokratiefördernde Potential der Zivilgesellschaft war besonders in der Phase der Liberalisierung hoch. In dieser Zeit entstand ein Netzwerk von überwiegend sozialen, aber auch politischen Organisationen, die schließlich als Eröffnungsakteure das Ende des *ancien regime* einleiteten. Den traditionell starken Interessengruppen gelang es in unterschiedlichem

Maße, über die Diktatur hinweg zu existieren. Die durch die Repression geschwächten Gewerkschaften konnten sich wieder als Artikulationsorgan einer Vielzahl von Chilenen etablieren. Die Gewerkschaften befinden sich allerdings noch in einem innerstrukturellen und -institutionellen Wandlungsprozeß. Die inneren Reformen sollen nicht nur dem Bedürfnis der Mitglieder nach mehr Demokratie Rechnung tragen, sondern auch den Einfluß der Gewerkschaften gegenüber den Unternehmen und ihre Rolle als Partner des Staates stärken. Nicht immer wird diese Annäherung von der Basis mitgetragen.

Für die meisten kleineren zivilgesellschaftlichen Akteure ist festzuhalten, daß ihr Einfluß partiell und zumeist indirekt geblieben ist. Lediglich einige NGOs konnten eine gestaltende Rolle in der Konsolidierungsphase einnehmen: Einige definierten ihren Aufgabenbereich neu und engagieren sich vermehrt z.B. in der Beratung der Opfer der Diktatur (Hojman 1993).

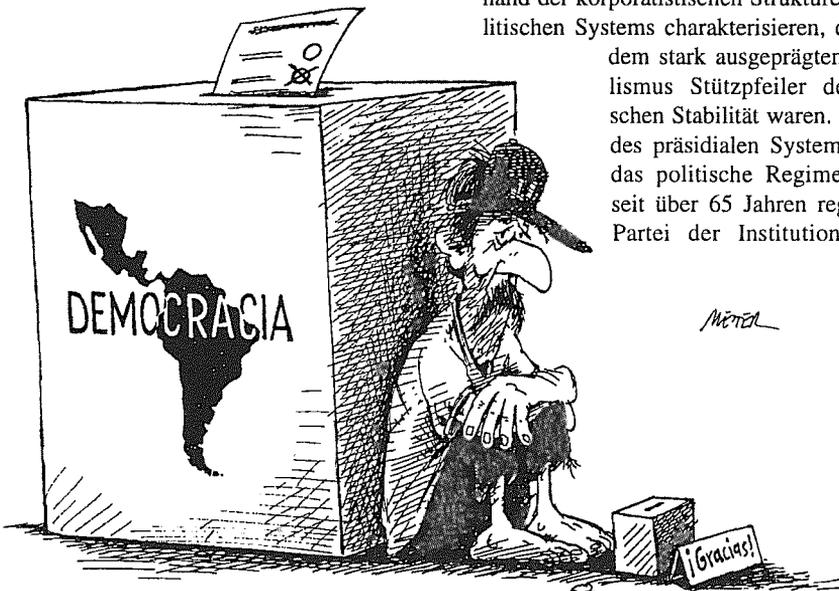
Die Streitkräfte lehnen eine tiefere Beschäftigung mit diesen Themen ab. Auf regionaler Ebene ist die Vernetzung von traditionellen NGOs und Umwelt-NGOs bereits teilweise gelungen (Römpczyk 1994: 177). Die Regierung Aylwin bemühte sich indes, die Rolle der NGOs hervorzuheben und mit diesen zu kooperieren. Auf diese Weise entstand FOSIS (Fondo de Solidaridad e Inversión Social), ein Fond zur Förderung von Entwicklungsprojekten für die untersten Einkommensgruppen.

In Chile ist eine Bürgerkultur entstanden bzw. erhalten geblieben. Sie bietet günstige Voraussetzungen für eine weitere Konsolidierung, die sich auch im abzeichnenden Reformierungsprozeß der Zivilgesellschaft andeutet.

3 Mexiko

3.1 Liberalisierung

Der mexikanische Autoritarismus läßt sich anhand der korporatistischen Strukturen des politischen Systems charakterisieren, die neben dem stark ausgeprägten Klientelismus Stützpfiler der politischen Stabilität waren. Innerhalb des präsidentialen Systems verfügt das politische Regime mit der seit über 65 Jahren regierenden Partei der Institutionalisierten



Revolution (PRI) bis heute über eine außergewöhnliche Flexibilität und situationsbezogene Anpassungsfähigkeit. Der PRI legitimiert sich über eine parteigebundene Sektorenorganisation mit den entsprechenden Vertretungsorganen für Bauern, Arbeiter und Angestellte. Von dieser Integration, d. h. insbesondere der Einbindung der unterprivilegierten Klassen, konnte das Regime langfristig profitieren, da die Forderungen nach politischer und sozio-ökonomischer Partizipation und Repräsentation teilweise aufgefangen wurden. Das politische Regime kontrollierte und verhinderte so die unabhängige Artikulation der Bevölkerung (Rueschemeyer et al. 1992: 201).

Seit den 50er Jahren lösten allerdings soziale Ungleichheit und Forderungen nach Demokratie zahlreiche Streik- und Protestwellen aus. Den ersten Höhepunkt dieser Entwicklung bildete der Studentenaufstand von 1968, den die Regierung gewaltsam niederschlagen ließ. Trotz der Solidarisierung bestimmter Berufsgruppen und von Teilen der Bauernbewegung mit den Studenten kam es nicht zur schichtübergreifenden Koalition mit eindeutig formulierten Forderungen, die einen sofortigen Demokratisierungseffekt hätten bewirken können. Dennoch gilt das Jahr 1968 als erste Wasserscheide im mexikanischen Transformationsprozeß, da die Revolte der Studenten als Eröffnungsakteur zivilgesellschaftlichen Protestes die Legitimation des politischen Regimes in Frage stellte.

Die Entwicklung der Zivilgesellschaft läßt sich in mehreren Etappen beschreiben, in denen unterschiedliche Protagonisten ihre Forderungen formulierten. Demokratisierung, verbunden mit der Frage nach der Legitimation des Regimes, beinhaltete hierbei zunächst Forderungen nach einer gerechteren Ressourcenverteilung, wirtschaftlicher sowie sozia-

ler Gleichberechtigung und demokratischen Strukturen der offiziellen Organisationen, bis schließlich Menschenrechte und Wahltransparenz in den Vordergrund traten. Der Protest innerhalb der parteigebundenen Sektorenorganisation prägte die Zivilgesellschaft der 70er Jahre. Daraus entstanden zum einen unabhängige Organisationen der Bauernbewegung und der urbanen Bevölkerung, die den offiziellen Vertretungsorganen den inklusiven Charakter und die Vermittlerrolle zwischen Bevölkerung und Staat absprachen. Zum anderen versuchten regionale Zusammenschlüsse des Bildungssektors und Reformer in der Elektrizitätsgewerkschaft, aus dem Gefüge des korporativen Gewerkschaftswesens auszubringen bzw. dieses zu demokratisieren und gefährdeten damit die Herrschaft des PRI.

Die Zivilgesellschaft umfaßte in dem genannten Zeitraum vier Hauptakteure: Bauern und Städter forderten soziale Gerechtigkeit sowie besseren Lebensstandard und versuchten, dem Staat materielle Konzessionen abzurufen. Lehrer und Elektrizitätsarbeiter kämpften gegen die autoritären Strukturen der Sektorenorganisation. Die Notwendigkeit intrasektoraler Allianzen mit höherem Organisationsgrad, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, bewirkte die Herausbildung unabhängiger Dachverbände in vielen Bereichen (Forewaker 1989: 110f).

Der durch den Studentenaufstand provozierte reformerische Handlungsbedarf wurde durch die zivilgesellschaftliche Entwicklung und die Wirtschaftskrise Mexikos 1976 forciert. Die seit 1970 von der Regierung eingeleitete Liberalisierung des politischen Systems erfolgte weitgehend nur an der Oberfläche. Das prägnanteste Beispiel für die Absurdität der offiziellen liberalen Haltung ist die endgültige Zerschlagung der 'demokrati-

schen Tendenz', die sich innerhalb der offiziellen Elektrizitätsgewerkschaft (SUTERM) gebildet hatte. Ihre Anhänger, die in ihrer Deklaration von Guadalajara die Forderung nach Demokratisierung der Gewerkschaften betont hatten (Lauth 1991: 431ff), wurden verfolgt und verhaftet.

In den 80er Jahren beschleunigte sich der Transitionsprozeß und wandelten sich die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Handeln. Die Zahlungsunfähigkeit Mexikos 1982 und die folgende Wirtschaftskrise zwangen die Regierung unter Präsident de la Madrid (1982-1988), Reformen durchzuführen. Der neoliberale Kurs und die drastische Kürzung der Sozialausgaben trafen in erster Linie die unterprivilegierten Schichten. Aber auch Unternehmer vertrauten der neuen Wirtschaftspolitik nur zögerlich, wenn gleich aus anderen Gründen. Die Bankenentwertung 1982 hatte das Vertrauen der Unternehmerklasse in den Staat empfindlich verletzt und die Hinwendung dieser Schicht zur Oppositionspartei PAN (Partido de Acción Nacional) als Schlüsselkanal ihrer Forderungen bewirkt (Hernandez/Fox 1995: 188). Als finanzstarke und einflußreiche Gruppe war die Unternehmerschaft einer der wichtigsten zivilgesellschaftlichen Akteure der 80er Jahre. Ihre Demokratieforderungen bezogen sich sowohl auf Repräsentation und Partizipation als auch auf die „Gewährleistung größerer Berechenbarkeit und Verantwortlichkeit des Regierungshandelns“ (Maihold 1994: 9).

Die strikte Finanzpolitik de la Madrids, die damit verbundene Steuererhöhung und der mißlungene Wiederbelebungsversuch der Wirtschaft sowie die zunehmende Urbanisierung mit ihren negativen Effekten provozierten eine schichtübergreifende Unzufriedenheit, die dem Regime die Aufrechterhaltung der politischen Legitimation erschwerte und

den Ruf nach Demokratie verstärkte. Das Regime reagierte zunächst mit erneuten Liberalisierungsvorschlägen, die institutionelle Reformen auf lokaler Ebene, insbesondere in Mexiko-Stadt, beinhalteten (Davis 1994: 381). Die Regierung wollte damit vom wirtschaftlichen Notstand ablenken und die Zustimmung der Bevölkerung zu ökonomischen Reformmaßnahmen erreichen. Als diese jedoch keine wirtschaftliche Verbesserung hervorbrachten und sich der symbolhafte Charakter der institutionellen Reformen herauskristallisierte, entzogen immer mehr soziale Bewegungen und Teile der Mittelschicht dem PRI ihre Unterstützung.

Die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen beschleunigten die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Gruppen, die immer unterschiedlichere Forderungen an das politische System richteten. Die in den 70er Jahren entstandenen Dachverbände (*coordinadoras*) der einzelnen zivilgesellschaftlichen Bewegungen erkannten Übereinstimmungen in ihren Zielsetzungen und Forderungen. Diese Solidarisierung mündete in einen Prozeß der intersektoralen Netzwerkbildung zwischen politischen, gewerkschaftlichen, landwirtschaftlichen und studentischen Interessenverbänden (Cadena Roa 1988: 290). Ein Schlüsselfaktor, der viele zivilgesellschaftliche Gruppierungen entstehen ließ, war das große Erdbeben von 1985. Die verheerenden Schäden der Katastrophe, deren Beseitigung die Regierung nur mangelhaft organisierte, zwangen die Bevölkerung zur Eigeninitiative. Neben der Entstehung zahlreicher lokaler Vereinigungen und Bürgerinitiativen weitete sich auch der NGO-Sektor aus. Den NGOs, die teilweise von der katholischen Kirche gegründet worden waren, gelangen in dieser Zeit eine Vergrößerung der nationalen Netzwerke und die ersten Allianzen mit bestehenden sozialen Bewegungen (Hernandez/Fox 1995: 194).

3.2 Beginn der Demokratisierung

Die zweite Wasserscheide des mexikanischen Transitionsprozesses bildeten die Wahlen von 1988, die die Weichen für einen Modernisierungsschub des politischen Systems stellten und die Demokratisierungsphase einleiteten. Der PRI verlor seinen Status als Hegemonialpartei, dominierte aber weiterhin das nun etablierte Mehrparteiensystem. Die Wahlen zeigten, daß das korporative System aufgrund der Mißerfolge der PRI-Kandidaten aus dem Arbeitssektor kein Erfolgsrezept für Wahlsiege mehr darstellte. Hinzu kam, daß Opposition und Bevölkerung unbedingte Wahltransparenz als Testfall für Demokratie forderten.

Der neue Präsident Salinas de Gortari (1988-1994) sah sich mehreren Problemfeldern gegenüber, deren Bewältigung die Anpassungsfähigkeit des Regimes erneut beanspruchte. Zum einen mußte er seinen eigenen Wahlsieg rechtfertigen, zum anderen zeigen, daß die verkrusteten Strukturen des Korporatismus durch das Regime selbst aufgebrochen und der Bezug zur Bevölkerung wiederhergestellt werden konnte. Es folgte ein Wechselbad zwischen demokratischen Zugeständnissen, sozialem Engagement und autoritärer Handlungsweise, das letzten Endes die Position des Präsidenten stärkte und auf das Legitimationsmuster außenwirtschaftlich orientierter Politik – wengleich unter anderen Vorzeichen (NAFTA) – der 70er Jahre zurückgriff.

Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft wurde durch die Politik der Regierung erheblich beeinflußt. Seine persönliche Legitimierung erreichte Salinas über das Solidaritätsprogramm PRONASOL, das besonders auf die Bedürfnisse ärmerer Bevölkerungsgruppen reagierte und den Schwerpunkt staatlicher Hilfestellung von der föderalen Ebene auf die Gemeinden und Stadtteile verlagerte. PRONA-

SOL stand für mehr Partizipation, gemeinsame Verantwortlichkeit von Staat und Bürger und Dezentralisierung. Tatsächlich bewirkte das Programm die Zentralisierung der Macht des Präsidenten und die direkte finanzielle und politische Anbindung sozialer Netzwerke an die Exekutive (Heredia 1994: 285).

Durch die mit PRONASOL verbundene Strategie konnte besonders die urbane Bewegung, deren zentraler Dachverband (CONAMUP) Ende der 80er Jahre mehr und mehr an Durchsetzungsfähigkeit einbüßte, wieder stärker in Kontrollverhältnisse einbezogen werden. Ein anderer Grund für die Schwächung der städtischen Bewegung bestand darin, daß sie als Rekrutierungsbasis für die linken Oppositionsparteien PRD (Partido de la Revolución Democrática) und PT (Partido del Trabajo) fungierte.

Die Durchsetzung der aus den Reihen der Zivilgesellschaft stammenden Reformvorschläge wurde von der Regierung mit Hilfe von vier Strategien vereitelt: Erstens verdeutlichten die Solidaritätsprogramme die staatlichen Omnipräsenz und den immer noch möglichen Rückgriff auf traditionelle Kontrollmechanismen. Zweitens unterstützte das Regime oppositionelle Gruppen mit dem Ziel, den offiziellen Verbänden Modernisierungsmaßnahmen naheulegen, die deren Attraktivität für Staat und Gesellschaft steigern sollten (Adler Hellman 1994: 131f). Drittens initiierte die Regierung 1990 die Gründung der Menschenrechtskommission (CNDH), womit sie dem steigenden Druck nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen nachgab. Und viertens erzielte Salinas mit den Verhandlungen über die Freihandelszone NAFTA einen großen Erfolg, der sich positiv auf sein persönliches Ansehen und die Legitimation der Regierung auswirkte.

Es kam jedoch auch zu eindeutigen Behinderungen zivilgesellschaftlicher Kräfte durch das Regime. NGOs, die rechtlich bürgerliche Assoziationen oder *non-profit*-Organisationen sind, wurden laut Regierung von profitorientierten Unternehmen zur Steuerhinterziehung benutzt und aus diesem Grund einem neuen Steuerbemessungsgesetz unterzogen (Hernandez/Fox 1995: 200). Das neue Steuergesetz von 1989 gab paradoxerweise 1990 den Anlaß für die Gründung des bisher größten nationalen Netzwerkes der Zivilgesellschaft, der *Convergencia de Organismos Civiles por la Democracia*. Diese Dachorganisation, die über 120 Umwelt- und Bildungsassoziationen umfaßt, stellte Wahlbeobachter in weiten Teilen des Landes und setzte sich für freie und faire Wahlen ein (Aguayo Quezado 1993: 121f). Damit gelangte die seit Mitte der 80er Jahre extrem umstrittene Rechtmäßigkeit der durchgeführten Wahlen in das zentrale Aktionsfeld zivilgesellschaftlicher Kräfte.

Der Forderung nach Wahltransparenz wurde in die Wahlreform 1994 aufgenommen, die die Zulassung von Wahlbeobachtern legalisierte. Die Organisationen, die unabhängig vom Staat die Wahlen beaufsichtigten, sollten durch ihre Arbeit dem Wahlvorgang und den Ergebnissen mehr Gültigkeit verleihen (Martínez Murcio 1994: 94-100). Trotz der umstrittenen finanziellen Unabhängigkeit mancher NGOs, denen die Wahlkontrolle oblag, bestätigten die Zulassung von Wahlbeobachtern, die Wahlreformen und erstmalig öffentliche Fernsehdebatten der Präsidentschaftskandidaten eine Neuerung innerhalb der Beziehung von Staat und Gesellschaft, die Alcocer (1994: 112) als *Verbürgerlichung der Politik* definierte.

Die Forderungen der Bürger wurden zunehmend respektiert und in den Diskurs sowie

den Strategieentwurf der politischen Parteien aufgenommen. Diese Erneuerung, erweitert durch die Kontrollfunktion, die zivile Kräfte im politischen Prozeß übernommen haben (Aufnahme von sechs Bürgern in das oberste Gremium des Bundeswahlamtes), beschreiben die allmähliche Verflechtung zivilgesellschaftlicher Forderungen mit den Modernisierungsbestrebungen des politischen Systems.

Der Bedeutungszuwachs der Zivilgesellschaft, die die 'Selbstverpflichtung' des Regimes zur Modernisierung konstant strapazierte, kulminierte 1994 mit dem Aufstand der Zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN) in Chiapas. Die militärische Organisation und die damit verbundene Gewaltbereitschaft des EZLN läßt die Zuordnung zur Zivilgesellschaft nicht zu. Dennoch ermöglichte diese Gruppierung einen wachsenden Diskurs und Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren: „Indem die zapatistische Programmatik die Verteidigung der (...) Lebenswelt der *campesinos* mit der formal-juristischen Demokratisierung des politischen Systems Mexikos verbindet, liefen Elemente der Bauernbewegung der 70er Jahre und der Bürgerrechtsbewegung der späten 80er Jahre zusammen“ (Dietz 1995: 2). Die Befreiungsarmee bewirkte durch die Schaffung von Diskussionsforen für oppositionelle Kräfte (z.B. das Interkontinentale Treffen für Humanität und gegen den Neoliberalismus im Juli 1996) eine intra- und intersektorale Kooperation der Zivilgesellschaft, auch wenn diese mit der Anerkennung der EZLN die Gewaltfrage nicht ausklammerte. Neben der Initiierung zivilgesellschaftlicher Interaktion, in die nun die indianische Bewegung einbezogen wurde, rissen die Ereignisse in Chiapas die katholische Kirche aus ihrer Lähmung, reizten die Kirchenvertreter zu politischer Stellungnahme und förderten die Auseinandersetzung mit Demokratie und sozialer Gerechtigkeit.

4 Schlußbemerkung

Die Relevanz der Zivilgesellschaft stellt sich in beiden Ländern in den drei Transformationsphasen unterschiedlich dar. Sowohl in Chile als auch in Mexiko waren zivilgesellschaftliche Kräfte für die Initiierung der Liberalisierungsphase mitverantwortlich. Die nationalen Protesttage ab 1983 in Chile und der Studentenaufstand 1968 in Mexiko provozierten eine vorsichtige Liberalisierung der politischen Systeme.

In Mexiko dauerte es zwei Jahrzehnte, bis die Phase der Demokratisierung eingeleitet werden konnte, wobei die sich allmählich entfaltende Zivilgesellschaft dem Liberalisierungsprozeß immer wieder Impulse geben konnte. Die mexikanische Revolution von 1910 und die damit verbundene Entwicklung des autoritären Regimes bewirkten die Herausbildung einer bestimmten Gesellschaftsstruktur, die in den staatlichen Korporatismus und Klientelismus eingebunden wurde. Der Mangel an demokratischer Erfahrung begünstigte diese Entwicklung solange, bis der gesellschaftliche Modernisierungswille und die politische Partizipationsbereitschaft deutlich die Vorgaben des Regimes sprengten. Dies wirkt sich zwar positiv auf die Zivilgesellschaft aus, führt aber bislang nicht zur umfassenden Auflösung der traditionellen Verbindungen des gesellschaftlichen und politischen Systems.

In Chile wurde die Öffnung des politischen Systems wieder deutlich zurückgenommen. Das Plebiszit, mit dem die eigentliche Demokratisierung begann, war bereits in der Verfassungsänderung von 1980 enthalten, mit der Pinochet seine Amtsverlängerung nach 1988 institutionell absichern wollte. Es ließe sich jedoch argumentieren, daß die Parteien, die schließlich zum maßgeblichen Träger des Sy-

stemwechsels wurden, erst im Kontext der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung und Erfahrung dazu in die Lage versetzt wurden. Nicht zuletzt gilt dies für die Rekrutierung der Parteifunktionäre aus der zivilgesellschaftlichen Sphäre.

Im Laufe der Transformation besetzten unterschiedliche Protagonisten die zivilgesellschaftliche Arena, die sich mit zunehmender Demokratisierung von reinen Protest- und Oppositionsbewegungen zu kooperationsbereiten Akteuren mit Alternativprogrammen entwickelten (Reilly 1995: 20). Neben einer Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft läßt sich der Bedeutungsverlust mancher Bewegungen erkennen, sobald Eliten den politischen Prozeß kontrollieren (Oxhorn 1995: 251). Besonders die Parteien fingen Forderungen auf und rekrutierten Führungspersonen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen. In Chile waren davon neue soziale Bewegungen und kleinere Assoziationen in der Konsolidierungsphase betroffen.

Die Demokratisierungsphase führt zu einem Gestaltwandel der Zivilgesellschaft, wobei sich allerdings die Verschiebungen in Chile stärker akzentuieren als in Mexiko. Einen maßgeblichen Faktor in diesem Prozeß stellen die Parteien dar, die sich bereits relativ früh als handlungsfähige Akteure im Transitionsprozeß konstituierten. Liegt dies in Chile an der Möglichkeit, an vorautoritäre demokratische Strukturen anzuknüpfen, so in Mexiko an der langen Liberalisierungsphase, die schließlich zur Herausbildung relevanter Oppositionsparteien führte. Die Unterschiede im Ausmaß des Gestaltwandels lassen sich auf den Umfang des Systemwandels zurückführen. Während in Chile die bürgerlichen Freiheitsforderungen weitgehend erreicht sind, bleiben in Mexiko deutlichere 'Lücken' bestehen, die auch weiter Aktionsfelder für zi-

zivilgesellschaftliche Aktivitäten darstellen. Diese konzentrieren sich in Mexiko seit den 90er Jahren auf die Forderungen nach Wahltransparenz und die Einhaltung der Menschenrechte. In Chile stehen die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur und die Einübung demokratischer Verhaltensweisen im Mittelpunkt zivilgesellschaftlicher Interessen. Zugleich läßt sich in beiden Ländern eine thematische Ausweitung (Umwelt, Minderheiten) der zivilgesellschaftlichen Sphäre beobachten. Geblieben sind die Betätigung in sozialen Brennpunkten und damit Aktivitäten, die angesichts der sozialen Lage auch in Zukunft dringlich sein werden.

Das vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement und die (wieder) gewonnenen demokratischen Erfahrungen wirken sich auch auf die aktuelle politische Kultur aus, in der in Chile keine nennenswerte Zunahme autoritärer Einstellungsmuster zu verzeichnen ist (Nolte 1990: 34). Wie im städtischen Mexiko verlor die politische Kultur in den letzten dreißig Jahren weitgehend ihre parochiale Komponente. Die Forderungen nach Partizipation, Repräsentation und Demokratie geben für die Veränderung der Einstellungsmuster Zeugnis. Auch wenn der Weg zur Demokratie in beiden Ländern unterschiedlich ist, haben die Zivilgesellschaften einen positiven Beitrag zur Transformation geleistet. Er ist in Mexiko etwas stärker zu gewichten als in Chile, wo die traditionellen politischen Akteure stärker die Dynamik des Prozesses bestimmten. Ein abschließender Vergleich ist noch nicht möglich, da die Konsolidierungsphase in Mexiko noch aussteht. Wenn mit dem Systemwechsel dort ein deutlicher Bruch mit dem korporatistischen System einhergehen sollte, so wird für die Zivilgesellschaft ein größerer Handlungsspielraum entstehen. Im Gegensatz zu

Chile wäre dann kein Abflauen zivilgesellschaftlichen Engagements zu erwarten.

Stefanie Reiß und *Sabine Stohldreyer* studieren Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz.

Literatur

Adler Hellman, Judith 1994: Mexican popular movement, clientelism, and the process of democratization. In: *Latin American Perspectives*, Jg. 21, Heft 2, 124-142.

Aguayo Quezada, Sergio 1993: The inevitability of democracy in Mexico. In: *Roett, Riordan* (Hg.): *Political and economic liberalization in Mexico. At a critical junctur?* Boulder, London, 117-126.

Alcocer, Jorge 1994: Los partidos políticos en la recomposición de la sociedad civil y del estado en México. In: *Colegio de México* (Hg.): *Transformaciones sociales and acciones colectivas. América Latina en el contexto internacional de los noventa.* Mexiko, 243-251.

Birle, Peter 1996: Zivilgesellschaft in Lateinamerika. Im Erscheinen.

Cadena Roa, Jorge 1988: Las demandas de la sociedad civil, los partidos políticos y las respuestas del sistema. In: *Ders./González Casanova, Pablo* (Hg.): *Primer informe sobre la democracia: México 1988.* Mexiko, 285-327.

Davis, Diane 1994: Failed democratic reform in contemporary Mexico: from social movements to the state and back again. In: *Journal of Latin American Studies* (Mai), 375-408.

Diamond, Larry/Linz, Juan 1989: Introduction: Politics, society, and democracy in Latin America. In: *Ders./ders./Lipset, Seymour Martin* (Hg.): *Democracy in developing countries.* Bd. 4: *Latin America.* Boulder, London, 1-58.

Dietz, Gunther 1995: Indianische Bewegung und Zapatismo im ländlichen Mexiko. Vom Assistentialismus zur Regionalautonomie. In: *Lateinamerika – Analysen, Daten, Dokumentation*, Jg. 12, Heft 27, 1-34.

Forewaker, Joe 1989: Popular movements and the transformation of the system. In: *Cornelius, Way-*

- ne (Hg.): Mexico's alternative political futures. San Diego, 109-129.
- Friedmann, Reinhard* 1990: Chile unter Pinochet – Das autoritäre Experiment (1973-1990). Freiburg.
- Garcés, Mario/da la Maza, Gonzalo* 1984: Der nationale Protest: ein zusammenfassender Überblick. In: Lateinamerika – Analysen, Daten, Dokumentation, Jg. 2, Heft 2, 29-37.
- Garretón, Manuel Antonio* 1993⁴: The political evolution to the Chilean military regime and problems in the transition to democracy. In: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe/Whitehead, Laurence (Hg.): Transitions from authoritarian rule – Latin America. London, 95-123.
- Heredia, Blanca* 1994: Making economic reform politically viable: The Mexican experience. In: Smith, William/Acuña, Carlos/Gamarra, Eduardo (Hg.): Democracy, markets, and structural reform in Latin America: Argentina, Bolivia, Brazil, Chile, and Mexico. Miami, 265-295.
- Hernández, Luis/Fox, Jonathan* 1995: Mexico's difficult democracy: grassroots movements, NGOs, and local government. In: Reilly, Charles (Hg.): New paths to democratic development in Latin America. Boulder, London, 179-210.
- Hojman, David* 1993: Non-governmental organisations (NGOs) and the Chilean transition to democracy. In: European Review of Latin American and Caribbean Studies, Nr. 54, Heft 6, 7-24.
- Huneus, Carlos* 1990: Ein Schlüsselereignis für den Übergang zur Demokratie: Die Niederlage General Pinochets im Plebiszit vom 05.10.1988. In: Lateinamerika – Analysen, Daten, Dokumentation, Jg. 10, Heft 15, 5-17.
- Jimenez de Barros, Monica* 1992: Mobilizing for democracy in Chile. In: Diamond, Larry. The democratic revolution. New York, 73-88.
- Lauth, Hans-Joachim* 1991: Mexiko zwischen traditioneller Herrschaft und Modernisierung. Die Gewerkschaften im Wandel von Politik und Wirtschaft (1964-1988). Münster, Hamburg.
- Lechner, Norbert* 1996. Thesen über Parteien und Zivilgesellschaft in Lateinamerika, Diskussionspapier (FLASCO).
- Maihold, Günther* 1994: Mexiko in der Modernisierungsfalle. Verpaßte Transition oder Chancen der Systemkrise? In: Lateinamerika – Analysen, Daten, Dokumentation, Jg. 11, Heft 24, 1-17.
- Martínez Murcio, Rolando* 1994²: La sociedad civil: las organizaciones no gubernamentales y las elecciones de 1994. In: Argüelles, Antonio/Villa, Manuel (Hg.): México: El voto por la democracia. Mexiko, 91-133.
- Nohlen, Dieter/Thibaut, Bernard* 1994: Transformationsforschung zu Lateinamerika: Ansätze, Konzepte. Thesen. In: Merkel, Wolfgang (Hg.): Systemwechsel 1. Opladen, 195-228.
- Nolte, Detlef* 1990: Chancen und Risiken der demokratischen Konsolidierung in Chile: Ausblick nach den ersten 100 Tagen der Präsidentschaft von Patricio Aylwin. In: Lateinamerika - Analysen, Daten, Dokumentation, Jg. 7, Heft 15, 31-47.
- Nolte, Detlef* 1996: Südamerika: Reinstitutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie. In: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hg.): Systemwechsel 2. Opladen, 287-314.
- Oxhorn, Philip* 1994: Where did all the protesters go? Popular mobilization and the transition to democracy in Chile. In: Latin American Perspectives, Jg. 82, Vol. 21, Nr. 3, 49-68.
- Oxhorn, Philip* 1995: From controlled inclusion to coerced marginalization: the struggle for civil society in Latin America. In: Hall, John (Hg.): Civil society – theory, history, comparison. Cambridge, 250-275.
- Reilly, Charles* 1995: Public policy and citizenship. In: Ders. (Hg.): New paths to democratic development in Latin America. Boulder, London, 1-27.
- Römpezyk, Elmar* 1994: Chile – Modell auf Ton. Bad Honnef.
- Rueschemeyer, Dietrich/Huber Stephens, Evelyn/Stephens, John D.* 1992: Capitalist development & democracy. Cambridge.
- Schuurman, Franz/Heer, Ellen* 1992: Social movements and NGOs in Latin America – A case study of the women's movement in Chile. Saarbrücken, Fort Lauderdale.
- Thiery, Peter* 1993: Staat, Ordnungspolitik und Entwicklung in Chile. In: Vierteljahresberichte, Nr. 6, 193-206.

Volker Stiehl/Wolfgang Merkel

Zivilgesellschaft und Demokratie in Portugal und Spanien

1 Einleitung

Die Demokratisierungsprozesse Portugals, Griechenlands und Spaniens gehören heute zu den am besten erforschten Systemwechseln der 'dritten Welle'¹. Die theoretische Grundlage dieser Transitionsanalysen bildeten früher vor allem handlungstheoretische Ansätze, die sich auf die politischen Eliten konzentrierten. Die Wirtschafts- und Kultur-Eliten oder gar die breite Bevölkerung wurden aus den Analysen weitgehend ausgeblendet. Seit jedoch die demokratische Konsolidierung das Forschungsinteresse an diesen Ländern leitet, richtet sich das analytische Augenmerk zunehmend auch auf die Bürger. Ihre Zusammenschlüsse, Werthaltungen und Einstellungen gelten nun als das unverzichtbare zivilkulturelle Fundament der demokratischen Konsolidierung. Dazu trug nicht unwesentlich die neuentfachte Debatte um die Zivilgesellschaft² sowie die 'Revitalisierung' der Politischen Kulturforschung³ bei.

Auf der Grundlage der Transformationsforschung, der *civil society*- wie der *civic culture*-Debatte, will der vorliegende Beitrag den spezifischen Einfluß der portugiesischen und spanischen Zivilgesellschaft auf den Verlauf der Transformationsprozesse herausarbeiten. Die zentralen Fragestellungen lauten: In welcher Weise wirkten sich die unterschiedlichen Phasen der Transition auf die zivilgesellschaftliche Struktur aus? Gab es für jede Pha-

se typische Akteure? Welchen politischen Einfluß hatten sie, und welche Bedeutung besaß die Zivilgesellschaft für den Erfolg der Demokratisierungsprozesse in beiden Ländern?

Dabei werden wir uns auf ein offenes Konzept der Zivilgesellschaft beziehen, das sich nicht an den voraussetzungsvollen 'Modellen' von Habermas (1992) und Cohen/Arato (1992) orientiert. Unter Rückgriff auf die pluralistischen Konzepte von Walzer (1992) und Diamond (1994) beziehen wir uns auf die weitgefaßte Definition von Lauth und Merkel, die auch wirtschaftliche Interessenverbände der Zivilgesellschaft zurechnet.

2 Revolution, Reform und Zivilgesellschaft

Den Rechtsdiktaturen Salazars und Francos lag im Gegensatz zu den kommunistischen Regimen keine umfassende Ideologie zugrunde, nach der die Makro- und Mikrostrukturen von Staat und Gesellschaft geplant und geformt werden sollten. Erklärtes Ziel war vielmehr die Bewahrung der traditionellen, ständischen und vorindustriellen Gesellschaftsstruktur (Bernecker 1990; Costa Pinto 1992). Die Bevölkerung war politisch demobilisiert. Der Staatsbürger blieb passiver Politikempfänger. Größere zivilgesellschaftliche Freiräume eröffneten sich erst mit der wirtschaftlichen Modernisierung Ende der 50er Jahre. Denn der forcierte ökonomische Wan-

del von der Agrar- zur Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft hatte nicht-intendierte soziale und politische Effekte: Das Industrie-proletariat wuchs, und neue städtische Mittelschichten entstanden. Die sozialen Stützen der autoritären Regime – die einer parochialen politischen Kultur verhaftete Landbevölkerung sowie die reaktionären Grundbesitzer – wurden sukzessive 'wegmodernisiert' (Merkel 1990: 4). Das erklärte Ziel der von Franco berufenen Opus Dei-Technokraten, durch Modernisierung das Regime sozial und politisch zu stabilisieren, wurde nicht erreicht (Bernecker 1990: 318). Die passiv-resignative Loyalität der Bürger gegenüber den autoritären Regimen wich zusehends politischen, wirtschaftlichen und sozialen Partizipationsforderungen.

Dies gilt für das sozioökonomisch höher entwickelte Spanien im stärkeren Maße als für Portugal. In Spanien bildeten sich langsam demokratiefreundliche Einstellungsmuster heraus, lokale Nachbarschaftshilfen und illegale, aber geduldete Gewerkschaften organisierten sich. Die portugiesische Gesellschaft blieb viel stärker parochialen Einstellungen- und Verhaltensmustern verhaftet. Die soziale Selbstorganisation war weitgehend auf kleine lokale Initiativen beschränkt.

Dennoch korrespondierte diese unterentwickelte 'Bürgerkultur' und rudimentäre Zivilgesellschaft nicht mit dem Mobilisierungspotential der Gesellschaft. Denn als Offiziere aus Opposition zu den erfolglosen Kolonialkriegen gegen das moribunde Caetano-Regime putschten, kam es zu eruptionsartigen sozialen Mobilisierungen. Umgekehrt mündeten in Spanien die höher entwickelte *civic culture* und die stärker entwickelte Zivilgesellschaft mit ihren Organisationen und Netzwerken nicht in einer verstärkten Mobilisierung der Gesellschaft. Die Radikalität der ge-

sellschaftlichen Opposition gegen das sterbende Franco-Regime sowie die soziale Mobilisierung blieben in der gradualistischen Übergangsphase der Diktatur zur Demokratie deutlich hinter der Entwicklung in Portugal zurück.

Portugals revolutionäre Transitionsphase begann am 25. April 1974 mit dem Putsch des MFA (*Movimento das Forças Armadas*; Bewegung der Streitkräfte) und endete mit der Verfassungsgebung im April 1976⁴. Endgültig zum Abschluß kam der Übergang mit der Beseitigung des Revolutionsrates durch die Verfassungsänderung von 1982⁵.

In Spanien begann die *trancisión* am 3. Juli 1976 mit der Ernennung des zur reformwilligen Gruppe der frankistischen Nomenklatura zählenden Adolfo Suárez zum Ministerpräsidenten. Dieser leitete mit dem 'Gesetz zur politischen Reform' aus dem frankistischen System heraus die Demokratisierung ein. In der Folge wurden alle relevanten Parteien in die Verfassungsgebung miteinbezogen und die Demokratisierung 'lagerübergreifend' ausgehandelt. Die Demokratisierungsphase schloß mit der Annahme der Verfassung durch das Referendum vom 28. Dezember 1978 mit 87,9% Ja-Stimmen.

Die Zeit vor Francos Tod läßt sich in der Terminologie von Rustow (1970) als *preparatory phase* der Zivilgesellschaft bezeichnen. Die Stärke der spanischen Zivilgesellschaft lag in ihrer Konzentration auf wenige, aber gut organisierte Akteure. Gewerkschaften und Nachbarschaftsorganisationen hatten sich zu umfassenden prodemokratischen Massenintegrationsbewegungen gewandelt. Die gesellschaftlichen Kräfte waren gebündelt, das individuelle Risiko dadurch minimiert⁶. Zusammen mit der Studentenbewegung waren sie die 'Eröffnungsakteure', welche die Forde-

rung nach politischer Partizipation und bürgerlichen Grundrechten in der Öffentlichkeit thematisierten. In Portugal erhielten die gesellschaftlichen Akteure erst durch die vom MFA initiierte 'Nelkenrevolution' Auftrieb. Aber auch hier waren es die Studenten und die illegale Arbeiterbewegung, die erstmals offen für die politische Öffnung eintraten. Der unterschiedliche Transitionsverlauf beider Länder wirkte sich auf den politischen Einfluß der zivilgesellschaftlichen Akteure aus. Im ersten Jahr der Transition hat das politische Machtvakuum zu einer breiten sozialen Mobilisierung geführt. Es waren die auf eine politische, gesellschaftliche und ökonomische Umgestaltung drängenden sozialen Bewegungen und Manifestationen, die zu einem erheblichen Teil die politische Agenda der regierenden Militäreliten in den ersten 20 Monaten nach dem Regimeende mitbestimmten. Mit der Institutionalisierung fester demokratischer Strukturen und Verfahren sank jedoch der Einfluß dieser Bewegungen in dem Maße, wie die Bedeutung der politischen Parteien stieg.

Wichtig war in der ersten revolutionären Demokratisierungsphase die Entstehung eines unzensurierten öffentlichen Raumes, der die Demokratisierung absicherte, politische Debatten popularisierte und die notwendigen Informationen für eine informationsbegierige Bevölkerung bereitstellte. Eine der ersten und wichtigsten Errungenschaften des 25. April in Portugal war deshalb die Pressefreiheit. Allerdings entstand sehr schnell ein heftiges, machtpolitisch inspiriertes Ringen um den Einfluß auf die Medien, da sie zu Recht als die zentralen und effektivsten Vermittlungsinstanzen politischer Inhalte angesehen wurden. Die Auseinandersetzung kulminierte in der Besetzung von *Radio Renascença*, des geeigneten Senders der katholischen Kirche, und

der den Sozialisten nahestehenden Zeitung *República* durch radikalisierte Arbeiter. Im November 1975 verabschiedete die provisorische Regierung ein am liberalen Standard Westeuropas orientiertes Pressegesetz. Dadurch wurden die Medien einer möglichen Kontrolle des MFA entzogen (Bruneau/MacLeod 1986: 165ff). Zur wichtigsten Zeitung Portugals avancierte durch seine professionelle Berichterstattung rasch der *Expresso*. In Spanien fiel die Zensur dagegen offiziell erst 1978. Dennoch berichtete die spanische Presse ausführlich über die portugiesische Revolution und griff dadurch indirekt das frankistische Regime an (Cervelló 1993: 359). Die für die Demokratisierung wichtigste, den Sozialisten nahestehende Zeitung *El País* wurde legalisiert und erschien am 4. Mai 1976 mit einer Startauflage von 180.000. Zuvor war sie als 'El País der Katakomben' die wichtigste Untergrundzeitung der Franco-Diktatur (Frey 1988). Danach war sie zweifellos das wichtigste mediale Forum für den Übergang zur Demokratie.

Vor diesem Hintergrund erreichten in Spanien die politisch motivierten Streiks in den ersten Monaten des Jahres 1976 ihren Höhepunkt⁷ (Maravall/Santamaría 1986: 82). Sie trugen nicht zuletzt zur Abberufung des Altfrankisten Arias Navarro vom Amt des Ministerpräsidenten bei und halfen seinem Nachfolger Adolfo Suárez, die politischen Reformen zu beschleunigen. Dieser stellte die gesellschaftliche Mobilisierung als drohende 'Alternative zu Reformen' dar, wodurch es ihm gelang, die Hardliner des 'Bunker' zu neutralisieren (Tarrow 1995: 224). Denn die Massenmobilisierungen und Streiks dieser Jahre vermittelten in beeindruckendem Maße die prodemokratische Orientierung der Gesellschaft und stellten für die Regimeeliten bedeutende Handlungsrestriktionen dar.

Die drei großen spanischen Gewerkschaften, die kommunistisch dominierte CCOO, die sozialistisch orientierte UGT (*Unión de Trabajadores*) und die gemäßigte *Unión Sindical Obrera* (USO) schlossen sich im Juli 1976 zur *Coordinadora de Organizaciones Sindicales* (COS) zusammen. Dieses Koordinationsforum litt unter der internen Rivalität und endete im März 1977 mit dem Austritt der UGT (Bernecker 1993: 53). Den Gewerkschaften gelang zwar nicht der Aufbau einer effizienten Dachorganisation, aber durch ihre taktische Allianz in der COS traten sie geschlossen für die Demokratisierung ein und trugen durch den massiven Mobilisierungsdruck zur Beschleunigung der Demokratisierung nachhaltig bei.

Die spanischen *asociaciones vecinales* erreichten ihren Höhepunkt Mitte der 70er Jahre. Allein in Madrid gab es 1977 110 Gruppierungen mit 60.000 Mitgliedern. Der Dachverband *Federación de las asociaciones vecinales* mobilisierte 1976 bei Demonstrationen bis zu 100.000 Mitglieder. Nach der Institutionalisierung der Demokratie und den damit etablierten Kanälen politischer und sozialer Partizipation verloren sie allerdings weitgehend ihr Mobilisierungspotential (García 1995; Hipsher 1996). Der *desencanto*⁸ Ende der 70er Jahre trug dazu genauso bei wie die *shifting involvements* (Hirschman 1988) vom Öffentlichen zum Privaten. Die Befriedigung der privaten Interessen wurden der kollektiven Selbstorganisation zur Verfolgung öffentlichen 'Wohls' vorgezogen. Die gesellschaftlichen Forderungen richteten sich nun vor allem auf die Errichtung des *estado del bienestar* (Wohlfahrtsstaat).

In Portugal war der Einfluß gesellschaftlicher Akteure zu Beginn der Transition, begünstigt durch ein zeitweises institutionelles Vakuum, am ausgeprägtesten. Besondere Bedeutung

hatte am 25. April 1974 die spontane Solidarisierung vieler Bürger Lissabons mit dem MFA. Dies trug maßgeblich zum unblutigen Verlauf der 'Nelkenrevolution'⁹ bei. In der Folgezeit entstanden spontan ungezählte *comissões de moradores* (Nachbarschaftskomitees) und *comissões de trabalhadores*¹⁰ (Arbeiterkomitees) (Medeiros Ferreira 1994: 107ff). Die Nachbarschaftskomitees bildeten sich zunächst in *den bairros da lata* genannten Elendsvierteln. Aber schon bald breiteten sie sich auf alle Wohnviertel¹¹ aus. Dort erfüllten sie meist als Selbstverwaltungorgane die Funktionen der noch fehlenden lokalen Gebietskörperschaften. Unter dem Einfluß des linksradikalen Flügels des MFA entwickelten die Komitees ein so hohes Maß an Handlungs- und Mobilisierungspotential, daß Beobachter schon die Entstehung eines *poder popular*, einer radikalen Basisdemokratie, vorhersagten (Bruneau/MacLeod 1986: 99f; Schmitter 1995: 287). Nach den *founding elections* im April 1975 und der Ausschaltung der linksradikalen Strömung des MFA im November 1975 war der zivil- und sozialrevolutionäre Traum beendet. Die politischen Parteien traten aus dem Schatten der 'Bewegung der Streitkräfte' heraus und rückten stärker in das Zentrum der politischen Entscheidungen. Die zivilgesellschaftliche Bedeutung der *comissões de moradores* bestand in der partizipativen Einbindung der Bevölkerung zu einer Zeit, in der institutionalisierte Partizipationskanäle gänzlich fehlten. Unter diesen besonderen Bedingungen wandelten sich ihre Mitglieder von den bloßen Politikempfängern des *Estado Novo* zu aktiven Staatsbürgern des *Estado Democrático*.

Nach dem Militärputsch vom 24. April 1974 waren es der PCP (*Partido Comunista Português*) und die von ihm dominierte Gewerkschaft *Intersindical*, welche die neue Situation am schnellsten erfaßten und die Industrie-

arbeiter und Angestellten Lissabons sowie die besitzlosen Landarbeiter des Alentejo zu zahlreichen Massendemonstrationen mobilisierten. Dadurch bot sich schon bald ein Bild, das in der westlichen Welt¹² die Befürchtung einer in Portugal entstehenden 'Volksrepublik' evozierte. Dieser Eindruck relativierte sich erst, als es auch den gemäßigten Sozialisten des PS (*Partido Socialista*) gelang, sich als Protagonisten der Massenmobilisierung zu profilieren. Obgleich die politischen Parteien und die *Intersindical* die gesellschaftliche Mobilisierung zu steuern suchten, bewahrte diese doch bis ins Jahr 1976 ihre zivile und soziale Eigendynamik. Dies zeigte sich in zahlreichen spontanen Demonstrationen der Industriearbeiter Lissabons sowie der besitzlosen Landarbeiter des Südens, die die portugiesische 'Revolution'¹³ sichtbar nach links tendieren ließen. Durch die 1975 einsetzenden Gegenmobilisierungen der konservativen Kleingrundbesitzer aus dem Norden Portugals konnte diese sozialrevolutionäre Dynamik nur zum Teil konterkariert werden (Maxwell 1986).

In Portugal ist der zivilgesellschaftliche Beitrag zur Demokratisierung im südeuropäischen Vergleich (Portugal, Spanien, Griechenland) als ausgesprochen bedeutsam zu bewerten. Zunächst schien die gesellschaftliche Mobilisierung den linksextremen Teil des MFA und den Kommunisten zuzuarbeiten. In dieser Zeit prägten spontane Landbesetzungen, wilde Streiks, die Gründung von Landkooperativen und 'Produktionskomitees' das politische, soziale und wirtschaftliche Geschehen der jungen portugiesischen Demokratie. Aber mit den *founding elections* vom April 1975 trat die liberaldemokratische Orientierung der Gesellschaft deutlicher hervor. Dies stärkte die Position des PS unter Mario Soares und führte die gemäßigte Mehrheit des MFA unter Ramalho Eanes in direkte Oppo-

sition zum linksextremen Flügel, dessen Putschversuch am 25. November 1975 niedergeschlagen wurde. Der Weg zu einer liberalen Demokratie mit sozialistischen Inhalten in der Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung war eröffnet. Mit Verabschiedung der Verfassung sowie der Institutionalisierung des politischen Systems fand die Dominanz der *civil society* über die *political society* ihr Ende. Die geeinte Wirkung von *desencanto*, der Umorientierung von der *res publica* zum privaten wirtschaftlichen Interesse und der Bereitstellung konventioneller Partizipationsmechanismen ließen die zivilgesellschaftlichen Energien langsam austrocknen.

In Spanien war die gelungene Demokratisierung das Produkt eines lagerübergreifenden Elitenkonsenses. Dennoch darf die durch Streiks manifestierte prodemokratische Ausrichtung der Gesellschaft in Hinblick auf die Demokratisierungswirkung nicht vernachlässigt werden (Tarrow 1995: 229). Maravall (1982: 3) und Bernecker (1993: 53) sehen daher den Transitionserfolg nicht allein durch das politische Handeln der Eliten determiniert, sondern schließen folgerichtig, daß der schnelle Übergang zur Demokratie nur aus der Wechselwirkung des zivilgesellschaftlichen Veränderungsdrucks 'von unten' mit der Reform- und Konsensorientierung der Regime- und Oppositionseliten 'von oben' zu erklären sei. In Spanien konnte allerdings infolge der 'paktierten' und elitengesteuerten Transition die Zivilgesellschaft nie die Blüte und Bedeutung erlangen, wie dies im postrevolutionären Portugal der Fall war.

3 Konsolidierung und *desencanto*

Mit der Etablierung der Demokratie ging in Portugal und Spanien die Bedeutung und Mobilisierungsfähigkeit der zivilgesellschaftlichen Bewegungen zurück. Die Gewerkschaf-

ten wandelten sich von umfassenden Demokratiebewegungen zu Arbeitnehmerorganisationen und beschränkten ihren Vertretungsanspruch auf die wirtschaftliche Tarifsphäre. Die Nachbarschaftskomitees verloren ihre Bedeutung durch die Einrichtung lokaler Gebietskörperschaften, deren Funktion sie zuvor selbstorganisiert ausgeführt hatten. Bis heute konnten keine anderen sozialen Bewegungen die hinterlassene Lücke schließen.

Nach Abschluß der ersten Demokratisierungsphase setzte in Spanien und Portugal fast zeitgleich die politische Ernüchterung und Enttäuschung ein. Dieser *desencanto* wurde in Spanien durch die sich verschärfende Wirtschaftskrise eingeleitet, die die Euphorie über die politischen Reformen dämpfte. Anhänger der linken Parteien waren enttäuscht über den ausgebliebenen Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und die geringen sozio-politischen Partizipationsmöglichkeiten. Anhängern der rechten Parteien war die politische Entwicklung zu radikal, und vielen brachte sie nicht die erhofften materiellen Verbesserungen (Bernecker 1993: 10). Es verbreitete sich eine Wahrnehmung von der Politik, die Maravall (1982: 82ff) als 'demokratischen Zynismus'¹⁴ bezeichnete.

In Portugal bewirkte insbesondere die Eingrenzung oder gar Rücknahme sozialer und wirtschaftlicher Reformen diese Enttäuschung. Die damit einhergehende gesellschaftliche Demobilisierung aber gab den demokratischen Institutionen und Parteien den notwendigen Entscheidungsspielraum für die unaufschiebbaren wirtschaftlichen Probleme. Paradoxerweise erleichterte die Demobilisierung der Gesellschaft sowie der Rückgang basisdemokratischer Bewegungen und Aktivitäten die Konsolidierung der repräsentativ-demokratischen Institutionen und Verfahren. Dies gilt in besonderer Weise für Portugal,

das von allen postautoritären Demokratien Südeuropas (Italien 1945ff; Griechenland 1974ff; Spanien 1975ff) die stärkste sozio-politische Mobilisierung erlebt hatte (Gunter et al. 1995). Insofern fundiert das portugiesische Beispiel die von uns vertretene These (vgl. Lauth/ Merkel, in diesem Heft), daß bei Systemwechseln mit revolutionären Basismobilisierungen der Rückgang der zivilgesellschaftlichen Hyperaktivitäten für die Konsolidierung repräsentativ-demokratischer Systeme wenn nicht notwendig, so doch sehr förderlich ist.

In Spanien minderte die Institutionalisierung der Demokratie sowie die konsensorientierte Politik der politischen Pakte und sozioökonomischen Abkommen die Streikfreudigkeit (Bernecker 1993: 51). Seit 1980 führten 'soziale Konzertationen' zu einer deutlichen Abnahme der Streiks¹⁵ (Merkel 1989; Bernecker 1991: 131). Bis 1982 waren die vom PCE (*Partido Comunista de España*) kontrollierten *Comisiones Obreras* der stärkste Gewerkschaftsverband. Seit 1982 dominiert die sozialistische UGT, da sie seitdem nicht nur die größte Mitgliederzahl aufweist, sondern auch die meisten Betriebsräte stellt. Zur relativen Schwäche der spanischen Gewerkschaften trägt ihre richtungspolitische Fragmentierung bei. Zudem existiert kein Dachverband, und die Organisationsdichte ist mit nur 9.3% zu Beginn der 90er Jahre die niedrigste Westeuropas (Schmitter 1995: 294)¹⁶. Dennoch spielen sie eine tragende Rolle im Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital, da die von ihnen ausgehandelten Arbeitsverträge ca. 68% aller Beschäftigten¹⁷ einschlossen (Schmitter 1995: 303). Ihr Beitrag zur Konsolidierung der spanischen Demokratie ist in erster Linie in der Beschränkung auf die Regulierung sozioökonomischer Konflikte und der Integration der Arbeiterschaft in das neue demokratische System zu sehen.

In Portugal dominierten zunächst die Kommunisten den Umbau der Gewerkschaften nach 1974. Trotz der Etablierung eines liberaldemokratischen Systems erkannte der Revolutionsrat im Januar 1975 der kommunistisch geführten *Confederação Geral dos Trabalhadores Portugueses-Intersindical Nacional* (CGTP-IN) das Monopol der gewerkschaftlichen Vertretungsrechte gesetzlich zu. Allen nicht der *Intersindical* angehörigen Gewerkschaftsorganisierten wurde das Tarifrecht vorenthalten. Es dauerte bis zum Winter 1978, bis sich die von Sozialisten und 'neoliberalen' Sozialdemokraten angeführte innergewerkschaftliche Opposition zu einem eigenständigen und konkurrierenden Gewerkschaftsdachverband, der *União Geral de Trabalhadores* (UGT), zusammenschloß. Dominierte zu Beginn der 80er Jahre noch die konfliktorientierte syndikalistische CGTP-IN die Gewerkschaftsbewegung, avancierte am Ende des Jahrzehnts die gemäßigt-reformistische UGT zum einflußreichsten Dachverband, stellt sie doch seit 1986 die meisten Betriebsräte. Seit dieser Zeit bestimmt sie mit ihrer sozialdemokratischen Konzeption der Kooperation und Sozialpartnerschaft zunehmend stärker die Verhandlungsstrategie der Gewerkschaften (Dauderstädt 1988; Pinto 1990; Lucena/Gaspar 1991: 877).

Während in den 80er Jahren von einem Organisationsgrad der portugiesischen Gewerkschaften von 34-40% ausgegangen wurde (Stoleroff/Naumann 1993: 34), sprechen realistische Schätzungen heute nur von 28% (Schmitter 1995: 294). Trotz des höheren Organisationsgrades decken die von den portugiesischen Arbeitnehmerorganisationen ausgehandelten Arbeitsverträge im Vergleich zu Spanien lediglich 62% ab. Die portugiesischen Gewerkschaften scheinen daher, ungeachtet ihrer geringeren *freerider*-Problematik, den spanischen Interessenverbänden an *stra-*

tegic capacity nachzustehen (Schmitter 1995: 303).

In ihrer hohen Fragmentierung und geringen Repräsentativität ähneln die portugiesischen Arbeitgeberverbände den Gewerkschaften. Die industriellen Arbeitgeber werden von der Portugiesischen Industrievereinigung (AIP) und dem Verband der portugiesischen Industrie (CIP) vertreten, während der Handel in der Portugiesischen Handelsvereinigung (CCP) und die Landwirtschaft in der Konföderation der Landwirte von Portugal (CAP) und der Nationalen Konföderation der Landwirtschaft (CNA) organisiert sind. Die Verbände haben eine geringe Repräsentativität, eine schwache Organisationsstruktur und formell nur eine geringe Verpflichtungskraft gegenüber ihren Mitgliedsfirmen (Pinto 1990: 254). Die portugiesischen Arbeitgeberverbände hatten kaum Einfluß auf den Sturz des alten Regimes und die politische Transformation. 1974 - 1975 wurden alle Schlüsselindustrien, sämtliche Banken und die Latifundien des Alentejo nationalisiert. Die Arbeitgeberverbände waren erheblicher 'Verhandlungsressourcen' beraubt. Ihre Hauptforderung bis Anfang der 90er Jahre blieb neben dem obligaten Appell der Lohnmäßigung die Reprivatisierung¹⁸.

Obwohl im Portugal der 80er Jahre weder die organisatorischen (richtungspolitische Fragmentierung der Gewerkschaft, organisatorische Zersplitterung der Arbeitgeberverbände) noch die politischen Voraussetzungen (Dominanz konservativ-neoliberalen Regierungen) vorlagen, entwickelten sich dort trotzdem neokorporatistische Strukturen und Verhandlungskulturen (Merkel 1990: 10) Die *civil society* hatte mit der *political society* zunächst auf dem Gebiet der industriellen Beziehungen eine gemeinsame Arena und Sprache gefunden.

Die Arbeitgeberorganisationen Spaniens weisen einen noch höheren Fragmentierungsgrad als ihre portugiesischen Schwesterorganisationen auf. Aber sie verfügen mit der 1977 gegründeten CEOE (*Confederación Española de Organizaciones Empresariales*) über einen Dachverband, der circa 75% aller Firmen vertritt. Zum Verdienst der CEOE gehört es, durch Mäßigung und Kompromißorientierung den Abschluß der verschiedenen Sozialpakte ermöglicht zu haben¹⁹ (Nohlen/Hildenbrand 1992: 216f; Schmitter 1995: 295). Also auch hier haben sich wider alle neokorporatistischen Theorieannahmen zeitweise dennoch kooperative Arbeitsbeziehungen herausgebildet. Freilich zerbrach dieser fragile 'Konsens', da weder die sozialistische Regierung noch die Arbeitgeberverbände ihre Paktverpflichtungen einlösten (Merkel 1989: 646).

4 *Civic Culture* und *Civil Society*

Seit der bahnbrechenden Fünf-Nationen-Studie *The Civic Culture* von Almond/Verba (1963) konzentrieren sich empirische Studien zur politischen Kultur auf drei zentrale Einstellungsbereiche: a) auf das politische Gesamtsystem, b) auf die politischen Institutionen und c) auf den Bürger als aktiven Teilnehmer der Politik. Wir werden uns im folgenden auf die individuelle und kollektive Partizipationsdimension der Bürger konzentrieren, um zu zeigen, wie weit auf dieser elementaren Basis die Konsolidierung der jungen Demokratien Spaniens und Portugals fortgeschritten ist.

Knapp 20 Jahre nach dem Ende ihrer autoritären Regime weisen Portugal und Spanien ein hohes gesellschaftliches Potential allgemeiner prodemokratischer Einstellungen auf. 1992 (Eurobarometer (EB) 37)²⁰ bezeichneten 82,8% aller Befragten in Portugal und 78,0% in Spanien (EU: 78,8%) die Demokra-

tie als beste aller Staatsformen. Alternativen zur demokratischen Ordnung wurden selbst in Krisensituationen nur von einem kleinen Teil der Bürger bevorzugt. So sprachen sich im selben Jahr nur ca. 9% für eine mögliche 'Notstandsdictatur' aus (EU: 7,9%). Hinsichtlich der Akzeptanz der Demokratie und der Ablehnung autoritärer Herrschaftssysteme haben die neuen iberischen Demokratien zu Beginn der 90er Jahre westeuropäischen Standard erreicht. Allerdings erlaubt die 'globale' Systemorientierung noch keinerlei differenzierten Einblick in die spezifische Verankerung demokratischer Werte, Institutionen und Verfahren im Bewußtsein und in der Handlungsorientierung der Bürger. Aber erst diese läßt sichere Rückschlüsse darauf zu, in welchem Maße die politische Kultur die repräsentative Demokratie fundiert und durch eine individuelle Partizipationskomponente ergänzt. Insofern ist der angelsächsisch geprägte Begriff der *civic culture* nicht mit der *civil society* identisch, sondern nur eine, wenn auch wichtige Voraussetzung für letztere, die vor allem die individuellen Werte- und Einstellungsdimensionen betrifft. Während also die *civic culture* die demokratieförderliche Einstellungsdimension bezeichnet, erfaßt die *civil society* die Handlungsdimension.

Entspricht die Teilnahme an Wahlen mit 66% - 75% dem westeuropäischen Standard, so ist die Bereitschaft zu 'unkonventioneller' politischer Partizipation (Barnes/Kaase 1979) deutlich geringer ausgeprägt. Den Umfrageergebnissen der EB-Studien zufolge spielen neue soziale Bewegungen und 'unkonventionelle' politische Partizipation in Portugal und Spanien nur eine untergeordnete Rolle. In Portugal rechneten sich laut EB 35 (1986) nur 0,1% (EU 4,3%) der Befragten einer unkonventionell agierenden sozialen Bewegung zu. Nur 12% (EU 27%) waren generell zur Unterstützung neuer sozialer Bewegungen be-

reit. Während für Spanien die Mitgliederzahlen mit 0,9% gleichfalls niedrig ausfallen, signalisieren aber immerhin 33% der Befragten ihre Bereitschaft, Naturschutzgruppen zu unterstützen. Unkonventionelles politisches Verhalten fand in Portugal und Spanien der 80er Jahre hauptsächlich in Form von Demonstrationen und Unterschriftensammlungen statt. Militante Erscheinungsformen wie wilde Streiks, Boykotte oder Betriebsbesetzungen blieben die Ausnahme.

Der niederländische Sozialforscher Jan van Deth (1989: 276ff) sieht politisches Interesse als elementare Grundvoraussetzung der politischen Teilnahme. Legt man das Idealbild des politisch interessierten, informierten und handlungsorientierten Bürgers zugrunde, dann zeichnet die Umfrageforschung für Spanien und Portugal ein desillusionierendes Bild. Während sich 1990 EU-weit immerhin 45% der Befragten als politisch interessiert zu erkennen gaben, taten dies im gleichen Zeitraum in Spanien 33,5%, in Portugal gar nur 13,3% (EB 34). Setzt man dies in Kontrast zu 67,2% politisch Interessierter in Dänemark, so verdeutlicht dies noch einmal die erheblichen zivilkulturellen Defizite Spaniens und Portugals.

Diese Problematik gewinnt an Schärfe, vergegenwärtigt man sich, daß in Portugal lediglich 6,5% der Befragten regelmäßig über Politik diskutieren, dagegen über 45,6% angeben, dies nie zu tun. In Spanien bietet sich mit 7,8% jener, die regelmäßig politische Diskussionen führen und 47,4% derer, die sich nie über Politik unterhalten, ein ähnliches Bild. Im EU-Durchschnitt sprechen immerhin 17,3% häufig über Politik und nur 29,4% geben an, dies niemals zu tun (EB 36/37). Aus diesen empirischen Erhebungen geht hervor, daß die Chancen für einen demokratiefördernden deliberativen Diskurs Habermasscher Pro-

venienz (Habermas 1992) auf der iberischen Halbinsel auch nach 20 Jahren Demokratie noch eher gering einzustufen sind.

Ein für die Beurteilung zivilgesellschaftlicher Verhältnisse aufschlußreicher Indikator ist der Postmaterialismusindex von Ronald Inglehart (1977). Während Ingleharts Wertewandelthese umstritten ist (vgl. u.a. Kaase 1984; Bürklin/Klein/Ruß 1994), gilt als gesichert, daß Befragte mit postmaterialistischer Werteorientierung eine höhere Partizipationsbereitschaft aufweisen als Materialisten. Während 1992 (EB 36/37) in Spanien 16,2% der Befragten eine postmaterialistische Orientierung aufweisen, tun dies in Portugal gerade 7,8% (EU 16,1%). Aus Ingleharts eigenen Forschungen geht hervor, daß es eine klare – wenn auch nicht deterministisch-lineare – Korrelation zwischen materieller Zufriedenheit und postmaterialistischen Wertedispositionen gibt. Da Spanien und Portugal (nach Griechenland) den geringsten Lebensstandard und das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen innerhalb der EU aufweisen, erklären sich die niedrigen *civic culture*-Werte vor allem auch aus diesem Befund. Es ist also zu erwarten, daß mit zunehmender Sättigung materieller Bedürfnisse auch in den 'materialistischen' Staaten Südeuropas ein ausgeprägtes politisches Interesse entsteht, welches das Fundament einer krisenfesteren und handlungsbereiten Zivilgesellschaft stellen wird.

Dennoch läßt sich die mangelnde politische Partizipationsbereitschaft nicht alleine aus dem vergleichsweise niedrigen ökonomischen Entwicklungsstand erklären. Dies verdeutlicht ein Rückblick auf die ersten Jahre der Demokratisierung. Die portugiesische und spanische Bevölkerung zeigte in dieser Zeit eine enorm hohe politische Partizipationsbereitschaft. Diese manifestierte sich nicht zuletzt 1974 bis 1978 in den Massendemonstra-

tionen, öffentlichen Debatten und in den hohen Wahlbeteiligungen der 70er Jahre, die bis zu 91% erreichten. War in dieser Zeit das Niveau des politischen Interesses deutlich ausgeprägter, so dürfte sein heutiger Tiefstand auf die Ernüchterung über die Möglichkeiten partizipativen Einflusses zurückzuführen sein.

5 Resümee

Der Transformationsprozeß in Spanien und Portugal wurde von unterschiedlichen 'zivilgesellschaftlichen Zyklen' begleitet. In Spanien entwickelten sich im Zuge der staatlich forcierten ökonomischen Modernisierung noch während der spätfrankistischen Regimephase zunehmend autonome Gewerkschaftsstrukturen (CCOO), reformwillige Unternehmervereinigungen, regionalistische Bewegungen (Baskenland, Katalonien, Andalusien; Kraus 1996: 146ff), Nachbarschaftsvereinigungen, Studentenbewegungen und kulturelle Zirkel. Sie erzeugten und verstärkten zunehmend liberale und zivilkulturelle Bewußtseinsformen. Damit brachten sie das Franco-Regime zwar nicht zu Fall, unterspülten aber die soziokulturellen Fundamente seiner autoritären Herrschaftsstruktur. Insofern trugen sie nach Francos Tod maßgeblich mit dazu bei, die repressive Strategie der frankistischen *hardliner* ('Bunker') als ein wenig rationales und kaum erfolgversprechendes Konzept der Herrschaftssicherung erscheinen zu lassen. Es war also keineswegs eine nicht erklärbare historische Kontingenz, daß sich nach 1975 zunächst die reformorientierten Postfrankisten um Adolfo Suárez innerhalb des herrschenden Blocks durchsetzten. Es war vielmehr vor allem die rationale und realitätsnahe Wahrnehmung einer geänderten 'zivilen' Gesellschaft durch Teile der alten Regimeeliten, die nicht zuletzt deshalb zur Öffnung, Liberalisierung und vorsichtigen Demokratisierung des autoritären Regimes bereit waren.

Allerdings war die erwachende Zivilgesellschaft in Spanien während der Demokratisierungsphase (1975-1977) nicht organisiert, nicht aktiv und stark genug, um die politische Transitionsagenda zu bestimmen. Der Regimewandel wurde deshalb maßgeblich von 'oben', d.h. von den reformwilligen Teilen der frankistischen Regimeeliten und den Führern der moderaten politischen Opposition diktiert. Die weitgehend intakt gebliebenen autoritären Machtstrukturen (Militär, Staatsapparat, Finanzoligarchie) gaben der Zivilgesellschaft zunächst nur beschränkte politische Entfaltungsmöglichkeiten. In Spanien wirkte die Zivilgesellschaft in der Liberalisierungs- und Demokratisierungsphase (1975-1977) deshalb weniger als ein aktiver Akteur (wie Solidarnosc in Polen), sondern eher als passive Restriktion (wie im Taiwan der späten 80er Jahre), die die repressiven Handlungsoptionen der alten Regimeeliten erheblich einengte und eine Demokratisierung der politischen Herrschaftsstrukturen nach Francos Tod begünstigte.

In der Endphase des portugiesischen Salazar-Caetano-Regimes war die Zivilgesellschaft sowohl auf der kollektiven Handlungs- wie auch der individuellen Bewußtseinsstufe schwächer ausgeprägt als in Spanien. Dafür war vor allem der deutlich geringere sozioökonomische Entwicklungsgrad des Landes und die stärkere Schließung gegenüber demokratisch-kapitalistischen Einflüssen verantwortlich. Beides ließ in Verbindung mit der fast 50 Jahre dauernden Diktatur eine parochiale Untertanenkultur in weiten Teilen der Bevölkerung entstehen. Als jedoch der mühelose Militärputsch am 24. April 1974 den völligen Zerfall der autoritären Machtkoalition und ihrer Herrschaftsstrukturen offenbarte, kam es unter dem Schutz des revolutionären MFA zu einer explosionsartigen Entfaltung der Zivilgesellschaft. Ihr wurde nicht wie

in Spanien durch noch weitgehend intakte Macht- und Staatsstrukturen 'von oben' definierte Grenzen gesetzt. Die revolutionär mobilisierte Bevölkerung artikulierte (Demonstrationen, Kundgebungen) und organisierte (Fabrikräte, Gewerkschaften, Landkooperativen, politische Gruppen und Zirkel) weitgehend 'autonom' ihre sozialen und politischen Forderungen. In Portugal wirkte die Zivilgesellschaft nicht nur als passiver *constraint*, sondern als Akteur, der die politischen Machtverhältnisse innerhalb und außerhalb des MFA ebenso mitbestimmte, wie die Transformationsagenda des Landes oder die ökonomischen Gehalte der 'sozialistischen' Verfassung von 1976 (Merkel/Stiehl 1996). Paradoxiere war es dann aber das Inkrafttreten der demokratischen Verfassung und die Institutionalisierung der Demokratie, die den 'kurzen Sommer' der Zivilgesellschaft beendete. Die zivilgesellschaftlichen Akteure wurden nun von den politischen Parteien, Berufspolitikern, Funktionären und Verwaltungsbeamten in den Hintergrund gedrängt. Wie später in Osteuropa wurde schon 15 Jahre vorher in Portugal die naive Hoffnung dementiert, daß sich die zivilgesellschaftlichen Konjunkturen ungebrochen aus der Endphase des autoritären Regimes oder den emphatischen Mobilisierungsmomenten der beginnenden Demokratisierung auf die lange Konsolidierungsstrecke der Demokratie mitnehmen ließen. So muß auch 20 Jahre nach dem Ende der Rechtsdiktaturen in Portugal und Spanien festgestellt werden, daß zur vollen Konsolidierung²¹ dieser jungen Demokratien weder die Zivilkultur noch die Zivilgesellschaft hinreichend ausgeprägt ist.

Generell läßt sich sagen, daß die Bereitschaft und Fähigkeit zu großen gesellschaftlichen Mobilisierungen in beiden Ländern nicht wesentlich geringer ausgeprägt ist, als jene der etablierten Demokratien Westeuropas. Freilich

erscheinen diese zivilgesellschaftlichen Potentiale bisher weniger organisierbar und auf längere Dauer zu stellen, als dies etwa in Großbritannien, Dänemark und der Bundesrepublik der Fall ist. Ein wichtiger Grund dafür scheint uns in der vergleichsweise geringer entwickelten *civic culture* zu liegen. Verbreitete Tendenzen parochialer und obrigkeitshöriger Einstellungen in der Bevölkerung insbesondere Portugals verhindern zwar nicht die Organisation gesellschaftlicher Interessen im Gewerkschaftsbereich, beschränken aber die ökonomisch ungebundenen Potentiale eines demokratiefördernden öffentlichen Diskurses auf kleine Teile der gebildeteren Schichten der wenigen urbanen Zentren. Zudem fungieren in Portugal und Spanien familiäre Traditionen, parentelistische Strukturen und klientelistische Netzwerke als funktionale Äquivalente zu einer Zivilgesellschaft Tocquevillescher oder gar Habermasscher Provenienz.

Allerdings kann mit der fortschreitenden Modernisierung der Wirtschaft nicht deterministisch auf eine Stärkung der *civic culture* und eine Vitalisierung der Zivilgesellschaft geschlossen werden. Auch wenn weitere gesellschaftliche Differenzierungsschübe die iberischen Gesellschaften 'modernisieren' werden, könnten die Individualisierungstendenzen sehr wohl mit prämodernen klientelistischen Traditionen koexistieren. Der kollektiven Artikulations-, Organisations- und Handlungsfähigkeit einer Zivilgesellschaft blieben dann auch in Zukunft enge Grenzen gesetzt. Die Zivilgesellschaft könnte ihre klassischen Funktionen, den Staat zu kontrollieren und zu demokratisieren, ebensowenig erfüllen, wie ihre anspruchsvolle Aufgabe wahrnehmen, Egoismen der Marktgesellschaft zu begrenzen. Noch ist nicht absehbar, welchen Entwicklungsweg die Gesellschaften Spaniens und Portugals beschreiten werden.

Wolfgang Merkel ist Professor für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz.

Volker Stiehl, M.A., Wiesbaden.

Anmerkungen

¹ Einleitend zu Spanien und Portugal: Bernecker/Collado Seidel 1993; Braga de Macedo/Serfaty 1986; Coelho 1989; Cotarelo 1992; Gunther et al. 1995; Kraus 1990; Liebert/Cotta 1991; Merkel, 1990; Merkel/Stiehl 1996.

² Habermas 1992; Diamond, 1994; Cohen/Arato, 1992; Walzer 1992.

³ Gabriel 1986; Gibbins 1989; Diamond 1993; Laitin 1995.

⁴ Zunächst bestimmte der MFA und der *Partido Comunista Portugues* (PCP) die politische Agenda. Die 'bürgerlichen' Parteien *Partido Socialista* (PS), der liberale *Partido Popular Democrático* (PPD, seit 1976 PSD: *Partido Social Democrata*) und das rechtskonservative *Centro Democrático Social* (CDS) traten erst nach den *founding elections* aus deren Schatten. Sie erhielten zusammen 75% der Stimmen und konnten sich seitdem auf ihren Rückhalt in der Bevölkerung berufen.

⁵ 1976 hatte sich der MFA im Revolutionsrat selbst institutionalisiert und überwachte durch dieses Organ die Demokratisierung.

⁶ Das politische Handeln zum Sturz der autoritären Regierung wird durch das individuelle Risiko beeinflusst. Allgemein ist das Risiko hoch bei einem stabilen Regime und einer zahlenmäßig kleinen Opposition. Dagegen sinkt das Risiko mit der Destabilisierung des Regimes und dem Anwachsen der Opposition (Przeworski 1986: 55).

⁷ 1963 - 1967 waren nur 4% der Streiks politisch motiviert, 1967-1974 stieg das Verhältnis auf 45%, und 1975 -1977 dominierten die politischen Forderungen. Gab es 1975 3.150 Streiks, so stieg die Streikzahl alleine in den ersten drei Monaten von 1976 auf 17.300 (Maravall/Santamaría 1986: 82).

⁸ Politische Enttäuschung und Ernüchterung.

⁹ Der Name 'Nelkenrevolution' ist darauf zurückzuführen, daß Passanten die Gewehrläufe der Sol-

daten mit Blumen bestückten und der unblutig verlaufende Putsch sein Symbol erhielt.

¹⁰ Diese Arbeiterorganisationen bestanden oft schon vor dem '25. April', meist als Betriebskomitees zur Hygiene und Sicherheit.

¹¹ Allein in Setúbal waren 1975 bereits zwei Drittel der Einwohner in 30 Komitees organisiert.

¹² Als Beispiele seien nur der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger genannt.

¹³ Der Begriff der Revolution mag aus politikwissenschaftlicher Sicht nicht unumstritten sein, die immensen sozialen Umwälzungen rechtfertigen dennoch seine Verwendung.

¹⁴ Maravall greift Robert Putnams Begriff 'political cynicism' auf, der sich auf die Diskrepanz der rhetorisch vertretenen Werte und dem tatsächlichen Handeln von Politikern bezieht.

¹⁵ Nach den Parlamentswahlen (15. Juni 96) nahmen die Streiks ab, stiegen aber nach dem Ende der Sozialpakte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wieder an und lagen über der Streikintensität der ersten Transitionsphase. Aber sie waren jetzt wirtschaftlich motiviert.

¹⁶ Auch Bernecker (1993: 65) geht von ca. 8 - 10% aus; Mella Márques (1992: 336) spricht gar nur von 7,5%. Allerdings ist die Mobilisierung-, Konzentrierungs- und (Ver-)handlungsfähigkeit der spanischen Gewerkschaften deutlich höher, als dies allein an ihrem (niedrigen) Organisations- und (hohen) Fragmentierungsgrad abgelesen werden könnten.

¹⁷ Dies spricht für die Effizienz der Gewerkschaften, verdeutlicht aber ihr manifestes *freerider*-Problem.

¹⁸ Die Reprivatisierung der nationalisierten Betriebe wurde durch die Verfassungsänderung von 1989 ermöglicht und seit 1990 unter der von Cavaco Silva geführten Regierung sanft eingeleitet und tritt heute in ihre letzte Phase.

¹⁹ Der Verdienst der Arbeitgeber vor Beginn der Transition war die faktische Anerkennung der illegalen CCOO als Verhandlungspartner.

²⁰ Alle Eurobarometer-Daten entnommen aus Gabriel/Bretschneider 1994.

²¹ Zum Begriff der demokratischen Konsolidierung vgl. Merkel 1995.

Literatur

- Almond, Gabriel/Verba, Sidney* 1963: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Princeton.
- Barnes, Samuel/Kaase, Max* (Hg.) 1979: Political Action. Mass Partizipation in Five Western Democracies. Beverly Hills, London.
- Bernecker, Walther L.* 1990: Sozialgeschichte Spaniens im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt/M.
- Bernecker, Walther L.* 1991: Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen. In: Bernecker, Walther L./Oehrlein, Josef (Hg.): Spanien heute. Frankfurt/M., 121-166.
- Bernecker, Walther L.* 1993: Gewerkschaftsbeziehung und Arbeitsbewegungen. In: Bernecker, Walther L./Collado Seidel, Carlos (Hg.): Spanien nach Franco: Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-82. München, 44-68.
- Bernecker, Walther L./Collado Seidel, Carlos* (Hg.) 1993: Spanien nach Franco: Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-82, München.
- Braga de Macedo, Jorge/Serfaty, Simon* (Hg.) 1986: Portugal since the Revolution. Boulder.
- Bruneau, Thomas C./MacLeod, Alex* 1986: Politics in Contemporary Portugal. Boulder.
- Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus/Ruß, Achim* 1994: Dimensionen des Wertewandels. In: PVS, Jg. 35, Heft 4, 579-606.
- Cervelló, Josep Sánchez* 1993: A Revolução Portuguesa, e a sua Influência na Transição Espanhola (1961-1976). Lisboa.
- Cohen, Jean/Arato, Andrew* 1992: Civil Society and Political Theory. Cambridge.
- Coelho, Mário Baptista* (Hg.) 1989: Portugal: O Sistema Político e Constitucional, 1974-1987. Lisboa.
- Costa Pinto, António* 1992: O Estado Novo e o Facismo Europeu. Lisboa.
- Cotarelo, Ramón* (Hg.) 1992: Transición Política y Consolidación Democrática en España (1975-1986). Madrid.
- Dauderstädt, Michael* 1988: Schwacher Staat und schwacher Markt: Portugals Wirtschaftspolitik zwischen Abhängigkeit und Modernisierung. In: PVS, Jg. 29, Heft 3, 433-453.
- Deth, Jan W. van* 1989: Interest in Politics. In: Jennings, M. Kent et. al. (Hg.): Continuities in Political Action. Berlin/New York, 275-312.
- Diamond, Larry* (Hg.) 1993: Political Culture and Democracy in Developing Countries. Boulder, London.
- Diamond, Larry* 1994: Toward Democratic Consolidation. In: Journal of Democracy, Vol. 5, Nr. 3, 4-17.
- Frey, Peter* 1988: Der Komet aus den Katakomben. In: Neue Medien 9/88, 77-81.
- Gabriel, Oscar W.* 1986: Politische Kultur, Materialismus und Postmaterialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
- Gabriel, Oscar W./Bretschneider Frank* (Hg.) 1994: Die EU-Staaten im Vergleich. Opladen.
- Garcia, Soledad* 1995: Urban Communities and Local Political Participation in Spain. In: The Annals of the American Academy Nr. 540, 63-76.
- Gibbins, John R.* (Hg.) 1989: Contemporary Political Culture. London et al.
- Gunther, Richard/Diamandouros, Nikiforos P./Puhle, Hans-Jürgen* (Hg.) 1995: The Politics of Democratic Consolidation. Baltimore, London.
- Habermas, Jürgen* 1992: Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates. Frankfurt/M.
- Hipsher, Patricia L.* 1996: Democratization and the Decline of Urban Social Movements in Chile and Spain. In: Comparative Politics, Vol. 28, Nr. 3, 273-299.
- Hirschman Albert O.* 1988: Engagement und Enttäuschung. Frankfurt/M.
- Ingelhart, Ronald* 1977: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton.
- Kaase, Max* 1984: The Challenge of the „Participatory Revolution“ in Pluralist Democracies. In: International Political Science Review, Vol. 5, Nr. 3, 299-318.
- Kraus, Peter A.* 1990: Elemente einer Theorie postautoritärer Demokratisierungsprozesse im südeuropäischen Kontext. In: PVS, Jg.31, Heft 2, 191-213.
- Kraus, Peter A.* 1996: Nationalismus und Demokratie. Wiesbaden.

- Laitin, David D.* 1995: The Civic Culture at 30. In: American Political Science Review, Vol. 89, Nr. 1, 168-173.
- Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang* 1997: Zivilgesellschaft und Transformation. Überlegungen zum demokrathietheoretischen Potential von Zivilgesellschaften im Transformationsprozeß. In diesem Heft.
- Liebert, Ulrike/Cotta, Maurizio* (Hg.) 1991: Parliament and Consolidation in Southern Europe. London, New York.
- Lucena, Manuel de/Gaspar, Carlos* 1991: Metamorfoses Corporativas? – Associações de Interesses Economicos e Institucionalização da Democracia em Portugal (1). In: Análise Social, Vol. 26, Nr. 114, 847-903.
- Maravall, José*, 1982: The Transition to Democracy in Spain. London.
- Maravall, José Maria/Santamaria, Julián* 1986: Political Change in Spain and the Prospects for Democracy. In: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Lawrence (Hg.): Transition from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies. Baltimore, 71-108.
- Maxwell, Kenneth* 1986: Regime Overthrow and the Prospects for Democratic Transition in Portugal. In: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Phillippe C./Whitehead, Lawrence (Hg.): Transition from Authoritarian Rule. Baltimore, 109-137.
- Medeiros Ferreira, José* (Hg.) 1994: Portugal em Transe (1974-1985). In: Mattoso, José (Hg.): História de Portugal, Vol. 8, Lisboa.
- Mella Márques, Manuel* 1992: Los Grupos de Interés en la Consolidación Democrática. In: Cotarelo, Ramón (Hg.): Transición Política y Consolidación Democrática en España (1975-1986). Madrid, 327-342.
- Merkel, Wolfgang* 1989: Sozialdemokratische Politik in einer post-keynsianistischen Ära? Das Beispiel der sozialistischen Regierung Spaniens (1982-1988). In: PVS, Jg. 30, Heft 4, 629-654.
- Merkel, Wolfgang* 1990: Vom Ende der Diktaturen zum Binnenmarkt 1993. Griechenland, Portugal und Spanien auf dem Weg zurück nach Europa. In: APuZ 51, 3-14.
- Merkel, Wolfgang* 1995: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung post-autoritärer Gesellschaften. In: Beyme, Klaus von/Offe, Claus (Hg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation. PVS Sonderheft 26, Wiesbaden.
- Merkel, Wolfgang/Stiehl, Volker* 1996: Das politische System Portugals. In: Ismayer, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Westeuropas. Opladen, i. E.
- Nohlen, Dieter/Hildenbrand, Andreas* 1992: Spanien. Wirtschaft, Gesellschaft, Politik. Opladen.
- Pinto, Mário* 1990: Trade Union Action and Industrial Relations in Portugal. In: Baglioni, Guido/Crouch, Colin (Hg.): European Industrial Relations. The Challenge of Flexibility. London et. al., 243-264.
- Przeworski, Adam* 1986: Some Problems in the Study of the Transition to Democracy. In: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Lawrence: Transition from Authoritarian Rule. Comparative Perspectives. Baltimore, 47-63.
- Rustow, Dankwart A.* 1970: Transition to Democracy. Toward a Dynamic Model. In: Comparative Politics, Vol. 2, Nr. 3, 337-363.
- Schmitter, Phillippe C.* 1995: Organized Interests and Democratic Consolidation in Southern Europe. In: Gunther, Richard/Diamandouros, Nikiforos P./Puhle, Hans-Jürgen (Hg.): The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective. Baltimore, London, 284-314.
- Stoleroff, Alan/Naumann, Reinhard* 1993: A Sindicalização em Portugal: a sua Medida e a sua Distribuição. In: Sociologia – Problemas e Práticas, Nr. 14, 19-47.
- Tarrow, Sidney* 1995: Massmobilisation and Regimechange: Pacts, Reform and Popular Power in Italy (1918-1922) and Spain (1975-1978). In: Gunther, Richard/Diamandouros, Nikiforos P./Puhle, Hans-Jürgen (Hg.): The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective. Baltimore, London, 204-230.
- Walzer, Michael* 1992: Zivilgesellschaft und amerikanische Demokratie. Berlin.

BERICHTE

‘Sogenannte Sekten und Psychogruppen’

Über die Enquete-Kommission beim Deutschen Bundestag

Die öffentliche Diskussion um sogenannte Sekten und Psychogruppen, die auf der bundespolitischen Ebene in die Einsetzung der Enquete-Kommission ‘Sogenannte Sekten und Psychogruppen’ beim Deutschen Bundestag einmündete, hat in Deutschland eine bereits gut 20jährige Geschichte.¹ Trotz der quantitativ wie qualitativ stetig anwachsenden Szene² wurde diese Diskussion – jenseits eines 1980 von der damaligen Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit veröffentlichten Berichts mit dem Titel ‘Jugendreligionen in der Bundesrepublik Deutschland’ – bis in die 90er Jahre jedoch von keinen nennenswerten (bundes-)politischen Aktivitäten begleitet. Dies lag vor allem an der vorherrschenden Auffassung, daß es sich bei diesen Gruppen eben um neuere (vornehmlich: fremd-)religiöse Bewegungen handele und das Entstehen eines spirituellen oder religiösen ‘Supermarktes’ ein Ausdruck des sozialen Wandels bzw. eines von zahlreichen Faktoren bestimmten ‘Wandels des Religiösen’ (Gabriel 1993) sei – also sozusagen ein Zeichen der Zeit. Somit sei es ausschließlich Aufga-

be insbesondere der beiden christlichen Groß-Kirchen, sich mit ihrer neuen Konkurrenz auseinanderzusetzen. Der Staat hingegen sei schon qua Verfassung zur strikten Neutralität in Religions- und Weltanschauungsfragen verpflichtet.

Demgegenüber mehrten sich jedoch zunehmend die Berichte über die von diesen Gruppen³ hervorgerufenen Probleme unterschiedlichster Art.⁴ Insbesondere durch die unermüdete Arbeit der zwischenzeitlich vielerorts entstandenen Eltern- und Betroffeneninitiativen⁵ sowie der kirchlichen Berater⁶ verdichtete sich zunehmend die Erkenntnislage nicht nur über die Gefahren⁷, denen der einzelne bei einer Mitgliedschaft in manchen Gruppen ausgesetzt ist, sondern auch darüber, daß die für Betroffene bestehenden Möglichkeiten zum Schutz und zur Gegenwehr – von vorwiegend nicht-staatlicher Aufklärung und Information bis hin zu straf- und zivilrechtlichen Regelungen – offenkundig unzureichend sind.

Das für Staat und Politik entstandene Spannungsverhältnis zwischen der oben skizzierten Auffassung einer auch als ‘Heraushalten’ aufgefaßten Neutralität einerseits und der gleichzeitigen Schutzverpflichtung gegenüber den BürgerInnen andererseits wurde so immer deutlicher und erzwang eine erneute, intensivere Betrachtung der sektenpolitischen Gretchen-Frage: ‘Was gehen den Staat die Sekten an?’

Gestiegener Problemdruck

So wuchs seit Anfang der 90er Jahre die Zahl der politisch Verantwortlichen, die sich den Forderungen der (Fach-)Öffentlichkeit nach einem stärkeren politischen Engagement anschlossen. Jenseits einer Anhörung am 9. Oktober 1991 im damaligen Ausschuß für Frauen und Jugend des Bundestages beschränkten sich jedoch konkrete politische Aktivitäten im wesentlichen auf die landespolitische Ebene.⁸ Es blieb insbesondere den Bundesländern vorbehalten, vor allem vor dem Hintergrund der Aktivitäten der Scientology-Organisation, das Thema politisch voranzutreiben.⁹

Bei der Bundesregierung dagegen hinterließ diese Entwicklung offenbar wenig Eindruck. Sie hält nach wie vor an der nicht (mehr) zutreffenden Ressortierung beim für Jugendpolitik zuständigen Bundesministerium fest,¹⁰ schaffte es bis heute nicht, eine von ihr längst angekündigte umfassendere Informationsbroschüre herauszugeben¹¹ und strich gar die finanzielle Förderung des AGPF e.V., des einzigen bundesweit tätigen Dachverbands privater Initiativen.¹² So konnte es auch nicht verwundern, daß auch die SPD mit ihren zahlreichen, insbesondere von der sektenpolitischen Sprecherin ihrer Bundestags-Fraktion, Renate Rennebach, vorgebrachten Vorstößen scheiterte, die Bundesregierung zu wirkungsvollem Handeln zu bewegen.¹³

Vor diesem Hintergrund und entsprechenden Empfehlungen des Petitionsausschusses beantragte die SPD-Bundestagsfraktion am 17. Februar 1996 die "Einsetzung einer Enquete-Kommission 'Sog. Sekten und Psychogruppen'" (BT-Drucksache 13/3867). Um durch eine Stimmenmehrheit die Einsetzung der Enquete-Kommission zu beschleunigen,¹⁴ einigte sich die SPD-Fraktion mit den Koalitionsfraktionen auf einen gemeinsamen Einsetzungsauftrag, der sich weitgehend am ursprünglichen SPD-Antrag orientierte. Auf der Grundlage der entsprechenden Beschlußempfehlung des 1. Ausschusses (BT-Drucksache 13/4477) beschloß der Deutsche Bundestag die Einsetzung der Enquete-Kommission am 9. Mai 1996.

Der Auftrag

"Der Deutsche Bundestag setzt [...] eine Enquete-Kommission zu den durch neuere religiöse und weltanschauliche Bewegungen, sog. Sekten und Psychogruppen entstandenen Problemen ein."¹⁵ Bereits mit diesem einleitenden Satz stellt das Parlament unmißverständlich klar, daß die Arbeit der Enquete-Kommission einen problemorientierten Ansatz verfolgt. D.h., daß nicht einzelne Gruppen oder ihre – soweit vorhanden – religiöse oder weltanschauliche Lehre den Ausgangspunkt der Analyse darstellen. Aufgabe ist vielmehr, "die zunehmende gesellschaftliche Bedeutung des Entstehens und der Ausbreitung dieser Organisationen sowie die

durch sie hervorgerufenen Gefahren und Konflikte [zu, d.V.] untersuchen".

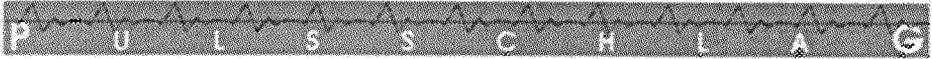
Die Wahl dieses problemorientierten Ansatzes verdeutlicht die Überzeugung, daß nur auf diese Weise sowohl der in der Verfassung festgeschriebenen Neutralitätspflicht des Staates in Religions- und Weltanschauungsfragen adäquat Folge geleistet werden kann als auch zugleich der Anforderung, "Entscheidungsvorschläge für den Deutschen Bundestag zu erarbeiten". Weiterhin garantiert dieser Ansatz die notwendige strikte Gleichbehandlung aller Gruppen; die mögliche Gefahr, bei der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen in sachlich ungerechtfertigter Weise und aus welchen Gründen auch immer eine Gruppe besonders und eine andere zu wenig berücksichtigt zu haben, ist – jedoch nur bei konsequenter Verfolgung dieses Ansatzes durch die Enquete-Kommission – dadurch a priori ausgeschlossen.

Es überrascht nicht, daß die oftmals offensichtlich von Eigeninteressen geleitete grundsätzliche Kritik an der Einrichtung, Arbeit und personellen Zusammensetzung der Enquete-Kommission diesen Ansatz und die sich daraus ergebende Vorgehensweise ignoriert und ihr einen 'gruppenorientierten' Ansatz unterstellt. So sind sich Hintergrund und Tenor der verschwörungstheoretisch geprägten Beiträge – in denen mal ein "neomarxistisches Menschenbild"

(o.V. 1996: 6) und mal engste Verbindungen zur "völkischen extremen Rechten" (Kratz 1996: 14) diagnostiziert werden – sowie von bestimmten Richtungen der Religionswissenschaften vorgebrachte Auffassungen¹⁶ sehr ähnlich: Die Enquete-Kommission sei abzulehnen, da sie unzulässigerweise über religiöse oder weltanschauliche Gruppen, ihre Inhalte und Praktiken inquisitionsartig richte und quasi als verlängerter Arm der christlichen Großkirchen deren (vermeintliche) Interessen gegen Andersdenkende und -gläubige durchzusetzen trachte.

Arbeitsschwerpunkte

Konkret trägt das Parlament der Enquete-Kommission vier Arbeitsschwerpunkte auf: Danach soll erstens in einer Art Bestandsaufnahme eine "Analyse von Zielen, Aktivitäten und Praktiken der in der Bundesrepublik Deutschland agierenden sog. Sekten und Psychogruppen" erstellt werden. Praktisch bedeutet dies, das ausgesprochene heterogene Feld der Gruppen nach bestimmten Merkmalen insbesondere ideengeschichtlicher und soziologischer Art zu typisieren, die gesellschaftspolitischen Ziele und Tätigkeitsfelder der Gruppen auch im internationalen Kontext zu erfassen sowie die auftretenden Probleme und Gefahren für den einzelnen, den Staat und die Gesellschaft strukturiert darzustellen. Da Rechtsprechung und juristische Literatur bislang kein klares Bild zeichnen, soll außerdem die Frage nach den "Grenzen der Inan-



spruchnahme der grundgesetzlich garantierten Religionsfreiheit" geklärt werden.

Den zweiten Schwerpunkt bildet die Analyse der Gründe für die Mitgliedschaft in solchen Gruppen und für deren Ausbreitung. Dabei geht es zunächst um die Untersuchung typischer Karriereverläufe von Gruppenmitgliedern.¹⁷ Weiterhin soll aber auch der Frage nach den individuellen und sozialen Determinanten für einen Beitritt sowie den gesellschaftlichen und politischen Bedingungen für die steigende Anzahl dieser Gruppen nachgegangen werden. Besonders Augenmerk ist dabei auch auf die Anwerbungs- und Rekrutierungsstrategien der Gruppen zu richten. Wohl nicht zuletzt werden diese als mitverantwortlich für die weiterhin formulierte Aufgabe angesehen, Vorschläge zu erarbeiten, um zu verhindern, daß BürgerInnen sowie Unternehmen, Verbände, Interessenvertretungen und andere Institutionen unbewußt in solche Organisationen hineingezogen oder mißbraucht werden.

Der dritte Arbeitsschwerpunkt betrifft die Probleme von Mitgliedschaft und Ausstieg. Hier sollen die vielfältigen Konfliktsituationen, denen das einzelne Sektenmitglied, sein soziales Umfeld und andere gesellschaftliche Institutionen unterworfen sind, systematisch aufgearbeitet werden. In diesem Zusammenhang gilt es nicht zuletzt durch Auswertung von Aussteigerberichten zu prüfen, "welche Hilfs-

angebote zur Verfügung stehen bzw. stehen sollten". Diese können sich von präventiver Informationsarbeit über Betroffenenberatung bis hin zu Ausstiegs- und (Re-)Integrationshilfen erstrecken.

Im vierten Arbeitsschwerpunkt schließlich erwartet das Parlament die "Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen unter Berücksichtigung der bisherigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung". Damit wird gegenüber der Enquete-Kommission nochmals die Aufgabe unterstrichen, zielorientiert im Hinblick auf klare "kurzfristig umsetzbare und grundsätzliche Handlungsempfehlungen" zu arbeiten. Dies schließt ein, auf der politischen Ebene die bislang praktizierte Sektenpolitik kritisch zu reflektieren und im Diskurs mit anderen involvierten Institutionen eine grundlegende Bestimmung der Ziele und Aufgaben für den gesellschaftlichen Umgang mit dem Phänomen vorzunehmen.

Im Rahmen der bestehenden Spielräume bei der personellen Besetzung von Enquete-Kommissionen (Kretschmer 1986: 926) legte sich das Parlament im Einsetzungsauftrag insoweit fest, daß von den 22 ordentlichen Mitgliedern je zur Hälfte Abgeordnete und nicht dem Bundestag angehörende Sachverständige sind.¹⁸ Bei der Auswahl der Sachverständigen achteten die Fraktionen insbesondere auf ein insgesamt möglichst breites, wissenschaftsdisziplinäres Spek-

trum; so gehören der Enquete-Kommission externe Sachverständige aus den Bereichen Rechtswissenschaften, Volkswirtschaft, Soziologie, Theologie, Psychologie, Pädagogik, Verhaltenswissenschaften und Religionswissenschaft an. Die konstituierende Sitzung der Enquete-Kommission fand am 9. Mai 1996 statt.

Abschließend legt der Einsetzungsauftrag fest, daß die Enquete-Kommission ihren Endbericht im Frühjahr 1998 vorzulegen hat, so daß bis zum Ende der laufenden Wahlperiode eine Aussprache darüber im Bundestag stattfinden kann.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß das Parlament mit der Einsetzung der Enquete-Kommission eine der Thematik ebenso wie den gesellschaftspolitischen Erfordernissen und den gegebenen politischen Verhältnissen angemessene Entscheidung getroffen hat. Sein Einsetzungsauftrag beinhaltet zudem die den sachlichen Notwendigkeiten entsprechenden Vorgaben insbesondere hinsichtlich der Herangehensweise und des gesteckten inhaltlichen Rahmens. Zur Erfüllung der so gestellten Aufgabe haben schließlich die Fraktionen mit der personellen Auswahl der Mitglieder der Enquete-Kommission einen wichtigen ersten Schritt vollzogen.

Die gegenwärtige breite und emotionsgeladene öffentliche Debatte verdeutlicht den hohen



Aufmerksamkeitsgrad für die Enquete-Kommission sowie die ebenso großen wie unterschiedlichen Erwartungen an die Ergebnisse. Von daher hängt der Erfolg der Arbeit der Enquete-Kommission maßgeblich davon ab, inwieweit es ihr gelingt, sich nicht von ihrer obersten Maxime, einer tabulosen Sachlichkeit, abbringen zu lassen – weder von Eifertum oder Verharmlosung noch von Anfeindungen von außen.

Frank Sassenscheidt-Grote, Referent der SPD-Bundestagsfraktion der Arbeitsgruppe der Enquete-Kommission 'Sogenannte Sekten und Psychogruppen'.

Anmerkungen

¹ Der Beginn der intensiveren gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit dem Thema ist eng mit Pfarrer Friedrich-Wilhelm Haack aus München verbunden. Er prägte bereits 1974 den Ausdruck 'Die neuen Jugendreligionen' in der Absicht, auch begrifflich zwischen 'klassischen' Sekten und den Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre in Mitteleuropa aufgetauchten neuen (fremd-)religiösen Gruppen, Psychokulten oder Politiksekten zu unterscheiden (Haack 1974). Zum geschichtlichen Abriß der 'Sekten-debatte' und der Begriffsproblematik vgl. Hemminger 1995, Zinser 1997: Kap. VIII.

² Schätzungen schwanken zwischen 600 und 1.000 sog. Sekten und Psychogruppen mit 1-2 Mio. Anhängern in Deutschland

(Rennebach 1996a: 7; o.V. 1996: 7). Zur Heterogenität der aktuellen Szene vgl. Hemminger 1994, Hemminger 1996.

³ Statt 'sogenannte Sekten und Psychogruppen' wird im folgenden – auch analog zur Sprachregelung innerhalb der Enquete-Kommission – der Begriff 'Gruppen' verwendet. Der heute umgangssprachlich verwendete Sektenbegriff wird in seiner Allgemeinheit und Diffusität sowie mit seinen zahlreichen Implikationen zutreffend in einem Informationsblatt des Sekretariats der Enquete-Kommission beschrieben. Danach bezeichnet der Begriff 'Sekte' "ein Spektrum, das die gesamte Bandbreite neureligiöser Gruppen ebenso wie sinnstiftende Angebote und Heilslehren von psychologisch, philosophisch, wirtschaftlich und politisch ausgerichteter Gemeinschaften umfaßt." Damit sei jedoch die "Verkehrsgeltung des Begriffs Sekten" (Schmidtchen 1987: 22) nicht bestritten.

⁴ Wenn auch zwangsläufig plakativ und unvollständig umreißt Rennebach das Problemspektrum: "Wir stehen vor der Situation, daß Menschen in psychische und finanzielle Abhängigkeitsverhältnisse getrieben werden, daß Kinder stundenlang mit Silikostöpseln in den Ohren und mit verbundenen Augen meditieren müssen, daß schlimmste Ängste geschürt werden und Menschen übelsten Praktiken der psychischen Indoktrination ausgesetzt sind, die dann zum Beispiel dazu führen, daß sie sich prostituieren oder gar ihre Kinder für sexuelle Abartigkeiten

zur Verfügung stellen. Wir stehen vor der Situation, daß Menschen notwendige medizinische Hilfe verweigert wird, daß Familien zerstört werden, daß ganze Wirtschaftszweige unterwandert und Betriebe in den Konkurs getrieben werden" (Rennebach 1996b, 8488).

⁵ Hier sei auf die unter dem Dachverband 'Aktion für geistige und psychische Freiheit' (AGPF e.V., Bonn) zusammengeschlossenen Initiativen und die stärker mit den 'Sektenbeauftragten' der evangelischen Kirche zusammenarbeitenden Eltern- und Betroffeneninitiativen (EBI) hingewiesen.

⁶ Die evangelische und katholische Kirche unterhalten jeweils eine Art Zentralstelle und ein nahezu flächendeckendes Netz an Beratungs- und Informationsstellen in der Bundesrepublik.

⁷ Problembeschreibungen einzelner Gruppen finden sich bspw. bei: Senatsverwaltung für Jugend und Familie Berlin 1994, Gasper et al. 1995, Eimuth 1996; eine systematische Übersicht geben Scholz 1993 und Engstfeld et al. 1981.

⁸ So wurden bspw. von einigen Landesregierungen spezielle Stellen ('Sektenbeauftragte') eingerichtet und Informationsmaterialien herausgegeben. Zudem wurden von Ministerpräsidenten und anderen Fachministerkonferenzen konkrete und richtungsweisende Beschlüsse zur Scientology-Organisation gefällt, die auch über diese spezielle Gruppe hinaus von Bedeutung sind.

⁹ Eine besondere Rolle spielt dabei Hamburg, wo die Innenbe-



hörde eine spezielle 'Arbeitsgruppe Scientology' unter der Leitung von Ursula Caberta eingerichtet hat.

¹⁰ Zutreffend heißt es dazu in o.g. Informationsblatt des Sekretariats der Enquete-Kommission: "Heute ist man sich darüber einig, daß die Bezeichnung 'Jugendsekten' oder 'Jugendreligionen' verfehlt wäre. Die sog. Sekten und Psychogruppen sprechen ganz gezielt erwerbstätige, gut situierte Erwachsene an."

¹¹ Gegen einen vorgelegten Entwurf einer solchen Broschüre wurden von zahlreichen Gruppen bis heute noch anhängige gerichtliche Verfahren angestrengt. Die Bundesregierung hat statt dessen bislang zwei kleinere Broschüren zur Scientology-Organisation und zur Mun-Bewegung herausgegeben.

¹² Die von der Bundesregierung stattdessen eingerichtete Stelle beim Bundesverwaltungsamt kann schon deshalb kein Ersatz sein, da sie ausschließlich der Bundesregierung zuarbeitet. Eine politische Verwertung der Ergebnisse ihrer Arbeit kann somit nur über die Bundesregierung erfolgen.

¹³ Vgl. z.B. diverse parlamentarische Anfragen und Presseveröffentlichungen wie bspw. die von Rennebach 1994 vorgelegten 'Sektenpolitischen Forderungen an die Bundesregierung'.

¹⁴ Die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages legt fest, daß er "auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder dazu verpflichtet" ist, eine Enquete-Kommission einzusetzen. Aufgrund des Stimmenanteils der SPD

stand deshalb der Einsetzung selbst praktisch nichts mehr entgegen. Zur Durchsetzung einer zügigen Einsetzung ist jedoch eine Mehrheit erforderlich. Zudem beendete dieses Recht auf eine sog. 'Minderheitenenquete' (Kretschmer 1986: 925) die zuvor von verschiedenen Seiten vorgebrachte, allerdings nicht angemessene Option, alternativ einen Unterausschuß einzusetzen.

¹⁵ Soweit nicht anderes gekennzeichnet stammen die nachfolgenden Zitate aus dem Einsetzungsauftrag der Enquete-Kommission (BT-Drucksache 13/4477).

¹⁶ Vgl. exemplarisch Yonan 1996, Schweer 1996.

¹⁷ Ohne die sachlich notwendige Differenzierung zwischen Mitgliedern, Anhängern, Sympathisanten etc. zu verkennen, wird hier analog zum Einsetzungsauftrag der Enquete-Kommission pauschal der Begriff der Mitgliedschaft verwendet.

¹⁸ Da die PDS keinen Fraktionsstatus besitzt, wurde zudem festgelegt, daß sie durch ein nicht stimmberechtigtes Mitglied mitwirken kann.

Literatur

Eimuth, Kurt-Helmuth 1996: Die Sekten-Kinder. Mißbraucht und betrogen – Erfahrungen und Ratschläge. Freiburg i.B.

Engstfeld, Paul A./Haack, Friedrich-Wilhelm/Habscheid, Walter J./Klein, Hans Hugo/Klein, Franz/Püttner, Günter/Roxin, Claus/Schmidt, Rainer 1981 (Hg.): Juristische Probleme im

Zusammenhang mit den sogenannten neuen Jugendreligionen. München.

Gabriel, Karl 1993: Wandel des Religiösen, in: *Forschungsjournal NSB* 5/1993, 3/4, 28-36.

Gasper, Hans/Müller, Joachim/Valentin, Friederike 1995 (Hg.): *Lexikon der Sekten, Sondergruppen und Weltanschauungen*. 4. Aufl., Freiburg i.B.

Haack, Friedrich-Wilhelm 1974: *Die neuen Jugendreligionen*. München.

Hemminger, Hansjörg 1994: Aktuelle Trends auf dem Sekten- und Psychomarkt. In: *Gross, Werner* (Hg.): *Psychomarkt – Sekten – destruktive Kulte*. Bonn, 16-26.

Hemminger, Hansjörg 1995: Was ist eine Sekte? Erkennen – Verstehen – Kritik. Reihe 'Unterscheidung'. Mainz/Stuttgart.

Hemminger, Hansjörg 1996: Die Angebotspalette auf dem Sekten- und Psychomarkt. In: *Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag* (Hg.): *Sekten und Psychogruppen. Dokumentation einer Informations- und Diskussionsveranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion am 13. März 1996 in Bonn*, 11-17.

Kratz, Peter 1996: Mutter Teresa trifft Alfred Rosenberg. In: *Konkret* 39/1996, 12, 14-18.

Kretschmer, Gerald 1986: Zum Recht und Verfahren von Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages. In: *Deutsches Verwaltungsblatt* 101/1986, 923-929.

o.V. 1996: Angst vor dem Jahr 2000. In: *IDEA-Spektrum o.J./1996*, 28, 7.

o.V. 1997: Das Ende der Freiheit? In: Zeit-Fragen 4/1997, 1, 5-6.

Rennebach, Renate (1996a): Einführung in das Thema. In: Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag (Hg.): Sekten und Psychogruppen, Dokumentation einer Informations- und Diskussionsveranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion am 13. März 1996 in Bonn, 7-10.

Rennebach, Renate 1996b: Beitrag im Plenum des Deutschen Bundestages. In: Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, 95. Sitzung, 8487-8490.

Schmidtchen, Gerhard 1987: Sekten und Psychokultur. Reichweite und Attraktivität von Jugendreligionen in der Bundesrepublik Deutschland. Freiburg i.B.

Scholz, Rainer 1993: Probleme mit Jugendsekten. Ein Ratgeber für Eltern, Erzieher und Betroffene sowie Behörden, Gerichte und Berater. München.

Schweer, Thomas 1996: Sekten und Psychogruppen. Gefahren – Strategien – Antworten. Diskussionsveranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion am 13. März 1996 in Bonn. In: *Spirita* 10/1996, 1, 45-47.

Senatsverwaltung für Jugend und Familie Berlin 1994: Informationen über neue religiöse und weltanschauliche Bewegungen und sogenannte Psychogruppen. Berlin.

Yonan, Gabriele 1996: Staatliche Kontrolle? Anmerkungen zu einem Buch über 'Sekten-Kinder' und die über die SPD eingesetzte 'Enquete-Kommission

Sog. Sekten und Psychogruppen'. In: *Spirita* 10/1996, 1, 5-6. *Zinser, Hartmut* 1997: Religion auf dem Markt. Ein geschichtliches und begriffsgeschichtliches Problem. Tübingen (i.E.).



Was kann Reformpolitik vom Kommunitarismus lernen?

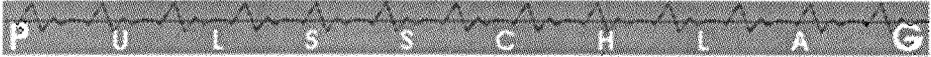
Der Kommunitarismus versteht sich in den USA der neunziger Jahre als eine Art Bürgerbewegung gegen Sozialegoismus, Verantwortungslosigkeit und politische Betreuungsmoralität. Die Frage, wie das Verhältnis von Individuen, Gemeinschaft und Staat zu erneuern sei, hat auch in Deutschland an Relevanz gewonnen und wird hierzulande mittlerweile nicht mehr nur zwischen Wissenschaft und Feuilleton (z.B. Zahlmann 1994), sondern sogar in den politischen Parteien (Reese-Schäfer 1996) und im Bundestag (BT-Drs. 13/5674) heftig diskutiert.

Zunächst spielte das Thema, welche Funktion gemeinschaftlichem Handeln in der modernen Gesellschaft zufällt, wieder eine Rolle im Rahmen der sozialökologischen Reformdebatten der achtziger Jahre. Die Konfrontation von Alternativkultur, neuen sozialen Bewegungen und sozialliberalem 'Modell Deutschland' mündete in einem Lernprozeß, den ich leicht ironisch

als 'lieber Sozialreform als Revolution' (Luxemburg 1919) bezeichnen möchte. D.h. es setzte sich eine reformorientierte Sichtweise durch, daß Gemeinschaften heute als intermediäre Elemente zwischen Individuen und Gesellschaft bzw. Staat begriffen werden müssen (Glaeßner/Scherer 1986: 204). Sie sind eben weder Relikte vormoderner Verhältnisse, die im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung gänzlich absterben werden, noch werden sie politische und ökonomische Systemstrukturen und gesamtgesellschaftliche Regelungsmechanismen in ausdifferenzierten Gesellschaften jemals vollständig ersetzen können. Gleichzeitig mit der permanenten Zerstörung traditioneller Gemeinschaftsverhältnisse durch die moderne Gesellschaft entfalten sich auf der Basis des erreichten Entwicklungsstandes von Gesellschaft immer wieder neue Gemeinschaften. Wo das Verhältnis von Gemeinschaft und Gesellschaft seines dichotomischen Charakters entkleidet ist, weder utopisch-sozialistisch à la Gustav Landauer noch als antidemokratische Volksgemeinschaft von rechts daherkommt, da geht es – nur noch, aber immerhin – um die bewußte Gestaltung des Beziehungsgeflechtes zwischen beiden Elementen.

Der Ausgangspunkt

Durch die US-amerikanischen Kommunitaristen erfuhrt die Debatte über die Rolle des Gemeinschaftlichen eine Renaissance. Es geht heute weniger um Zivilitätskritik, die Alternativen



sucht zum Leiden an der satten Wohlstandsgesellschaft, die als immer seelenloser, verplanter und bürokratischer empfunden wurde. Der Diskurs der neunziger Jahre findet in einem historisch veränderten Kontext statt:

- Die Vision von einem Sozialstaat, der ohne zivilgesellschaftliche Formen von Solidarität und individueller Verantwortung beansprucht, allen alle Lebensrisiken abzunehmen, ist für Europa an dessen mangelnder Finanzierbarkeit zerbrochen.
- Die realisierte Struktur des Sozialstaates, ja mehr noch: das soziale Handeln des Staates überhaupt, steht zunehmend auch in Deutschland unter dem Angriff von dem, was Kommunitaristen als 'Radikalindividualismus' kritisieren. So warnte der SPD-Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering (in der FAZ vom 15. April 1996): Auch in Europa ist der Tag 'wohl nicht mehr fern, an dem mit dem Pathos der Freiheit gefordert wird, die Individuen von den Fesseln des Sozialstaates zu befreien'.

Im Kern geht es den Kommunitaristen um die Suche nach ausgewogenen Verhältnissen zwischen Individuen und Gruppen, zwischen Rechten und Pflichten, zwischen Institutionen des Staates, des Marktes und der Zivilgesellschaft. Diese „gerechte Balance zwischen Eigenverantwortung, Sozialstaat und solidari-

scher Gesellschaft ist die eigentliche Aufgabe in der Debatte um soziale Sicherheit in unserem Land" (Müntefering 1996: 84). Sie ist ein zentrales Element sozialdemokratischer Identität, was eine zweifache Abgrenzung nahelegt:

- Unter den Zwängen globalisierter Ökonomie ist ein nationaler Wohlfahrtsstaat im Sinne des traditionell linkssozialdemokratischen Modells (u.a. Ausdehnung des staatlichen Sektors, keynesianische Wirtschaftspolitik, Umverteilung wirtschaftlicher Zuwächse) nicht mehr möglich. Hier liegt neben der Demokratiefrage eine zweite tiefgreifende Kluft zur Programmatik und Ideologie der PDS.
- Grenzenloser Egoismus, ungezügelter Erfolgsstreben und Ellenbogenmentalität – wie seit den achtziger Jahren herangewachsen und ideologisch am deutlichsten im neuen Entwurf des FDP-Grundsatzprogramms formuliert – führen eben nicht zur allgemeinen Wohlstandssteigerung: Vielmehr fördern sie soziale Ungerechtigkeit und Ausgrenzung, Gewalt und demokratiefeindlich-autoritäre Tendenzen.

Veränderung durch Einstellungswandel

Die Stärke des kommunitaristischen Ansatzes liegt darin, die Gesellschaft von unten über gesellschaftliche Selbstorganisati-

on, über Netzwerke des Gemeinschaftslebens, über die Verankerung sozialer Moral und über den 'Geist der Gemeinschaft' erneuern zu wollen: „Kommunitarismus ist eine Bewegung für eine bessere moralische, soziale, politische Umwelt. Kommunitarier wollen Einstellungen verändern und soziale Bande erneuern, wollen das öffentliche Leben reformieren. Der Einstellungswandel ist unser Dreh- und Angelpunkt" (Etzioni 1995: 277). Aus Sicht der demokratischen Linken geht es um die Rettung des Projektes Sozialstaat, mit dem zudem die Zukunft der SPD als Volkspartei verbunden ist: Nur wenn das Auseinanderfallen von Individuum und Gesellschaft gestoppt wird und verbindende, gemeinschaftliche Strukturen und Werte wieder zunehmen, kann der Sozialstaat Zukunft haben. Wo staatliches Handeln an Finanzierungs-, Effizienz- und Demokratiegrenzen gerät, wird die Rückbesinnung darauf existenziell, daß der Bedarf an staatlicher Kontrolle und Lenkung umso stärker abnimmt, je funktionsfähiger die gemeinschaftlichen Strukturen sind.

In diesem Sinne kann Reformpolitik besonders aus den folgenden Diskursen zur Stärkung gemeinschaftlicher Elemente in Deutschland lernen:

- der Debatte über die Öffnung und Demokratisierung der politischen Parteien, die in der Zivilgesellschaft nicht nur als Faktor auftreten, sondern auch Forum der Auseinander-



setzung sein sollten; es geht um den „freien, im Ergebnis offenen Bürgerdialog, der die Kräfte der Gesellschaft fordert und einbezieht, Information vermittelt, Problembewußtsein schafft, Urteilsfähigkeit fördert und schließlich zu Konsensen oder klaren Mehrheiten führt“ (Berliner Grundsatzprogramm 1989: 9), es geht um ein anderes Verständnis von Politik als ‘handlungsorientierter Kommunikation’;

- der Debatte über die Förderung des ‘Ehrenamtes’, von sozialer Selbsthilfe und des gesellschaftlichen Engagements von unten – in welchen Einpunkttinitiativen, sozialen Bewegungen und Basisgliederungen von Verbänden und politischen Parteien auch immer: „Unter ehrenamtlicher Tätigkeit wird ein breites Feld verschiedener freiwilliger, nicht auf Entgelt ausgerichteter Tätigkeiten im Rahmen von Institutionen und Vereinigungen verstanden. Grundsätzlich zu unterscheiden ist das politische Ehrenamt, das führende und verwaltende Funktionen im politisch-administrativen Bereich umfaßt, vom sozialen Ehrenamt, welches sowohl unmittelbare soziale Dienstleistungen wie mittelbare disponierende Tätigkeiten beinhaltet“ (Scheinpflug 1994: 38).
- der Debatte darüber, daß der Staat nicht alles selber machen muß und nicht für alles

zuständig sein soll, was die Zivilgesellschaft selber verbindlich regeln kann; hierzu braucht es neue ‘kooperative Politikformen’, um zu einem gelingenden Umgang mit der Meinungsvielfalt zu kommen, die wir in der ‘freiheitlichen pluralisierungsstarken Wissenschaftsgesellschaft’ hervorbringen (Ueberhorst 1995): Parteipolitik wird in Zukunft – gerade um langfristige Umorientierungen trotz international entfesselter Marktkräfte durchzusetzen – auch daran gemessen werden, wieweit sie gesamtgesellschaftliche Verständigungsprozesse und Konsense fördern und initiieren kann.

Fragen und Antworten

Eine kommunitaristische Hauptthese, wie sie exemplarisch Etzioni (1995) in seiner ‘Bibel’ des Kommunitarismus ‘Spirit of Community’ entfaltet, ist der vierfache Verfall der ‘moralischen Infrastruktur’, d.h. der Familie, der Schule/Universität, der beruflichen und lebensweltlichen Gemeinschaften und der sozialorientierten Politik: Erziehung und Verantwortung für die Kinder rangiere in der Familie hinter Selbstverwirklichung, Karriere und Emanzipation. Moralische Wertevermittlung, Persönlichkeits- und Charakterbildung sowie ‘Selbstdisziplin’ werde in Schule bzw. Universität nicht mehr gelehrt. Der Zusammenhalt nachbarschaftlicher und beruflicher Gemeinschaften erlahme. Die wirtschaftsliberale Politik sei so gestaltet, daß sie Egoismen

belohnt, das Zusammengehörigkeitsgefühl schwächt, immer weniger auf Kooperation und immer mehr auf individuellen Vorteil setzt.

Die Schwäche des kommunitaristischen Ansatzes wird sichtbar, wo Etzioni seine ‘Rekonstruktion der Moral’ nur leicht anders positioniert als den moralischen Fundamentalismus der ‘Moral Majority’, die zwar die richtigen Fragen gestellt, aber die falschen, weil zumeist autoritären, dogmatischen Antworten gegeben hätten (Etzioni 1995: 16). Gibt es nicht auch andere – eben gesellschaftsstrukturelle: ökonomische, soziale und politische – Fragestellungen? Die Konzentration auf moralische Werte in der Diagnose verengt die Therapie darauf, durch moralische Belehrung neues Bewußtsein zu erzeugen. Es ist aber historische Erfahrung, daß der Strukturen ausklammernde Appell entweder symbolisch bleibt und verpufft oder als systematisch auf den ‘neuen Menschen’ abzielender Politikentwurf in Erziehungsdictatur mündet.

Die bloße Reaktivierung der moralischen Institutionen, die mit der Entwicklung der Moderne ihre angestammten Funktionen nicht mehr richtig wahrnehmen können, wäre im wahrsten Sinne des Wortes ‘reaktionär’: etwa angesichts von Individualisierung und Emanzipation einen Typus von Familienleben wiederbeleben zu wollen, in dem die Frau zu Hause wieder alleine für Kinder und Küche zuständig ist



und bei dem die neuen Medien aus dem Heim verbannt sind; oder angesichts von Mobilität und Metropolen die Rückkehr zur dörflichen bzw. kleinstädtischen Gemeinschaft zu propagieren, in der nicht nur nachbarschaftliche Selbsthilfe vorkam, sondern diese mit totaler Kontrolle und engem Tugendterror verbunden war.

Um es an einem Beispiel zu demonstrieren: Wer hätte etwas gegen den „Prioritätenwechsel weg von Konsum und Karriere und hin zum Kind“ (Etzioni 1995: 79)? Aber das bedeutet auch neue Arbeitszeitmodelle, geändertes Verbraucherverhalten, neue Partnerschaft in der Familie oder neue Formen von Lebensgemeinschaften. Etzionis Argumentation kippt hin zu einer Softvariante der ‘Moral Majority’, wo er behauptete: „Man sollte die Scheidung zwar nicht verbieten oder verdammen, wohl aber erschweren. Eine leichte Scheidung liegt weder im Interesse der Kinder und Gemeinschaft noch [...] im Interesse der Eltern“ (Etzioni 1995: 90).

Durch die Ausblendung aller Strukturfragen bleibt es vage, wie die Ersetzung der hinfälligen Werte durch neue vonstatten gehen kann und wie das durch den Niedergang traditioneller Milieus und Institutionen entstandene Vakuum gefüllt werden kann. Im Sinne der alten Epplerschen Differenz von ‘wert-’ und ‘strukturkonservativ’ sollte es hier gerade um neue Rahmenbedingungen und um

neue Strukturen gehen, damit diejenigen überkommenen sozialen Werte und Gemeinschaftsstrukturen, die unverzichtbar sind, nicht unter die Räder moderner Individualisierung und Fragmentierung der Gesellschaft geraten.

Politische Herausforderungen

Reformpolitik darf sich nicht darin erschöpfen, die soziale Moral durch die kollektive Selbstkontrolle der Bürger zu stärken. Politisches Handeln heißt vor allem über Rechtssetzung und Geldumlenkung strukturellen Fehlentwicklungen, wie Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und Ausgrenzung entgegenzuwirken. Hierbei ist es – und das ist vom Kommunitarismus zu lernen – zwar für den sozialen Staat notwendig, bestehende Strukturen derart zu reformieren, daß gemeinschaftliches Handeln, soziale Selbsthilfe, soziale Bewegung und politisches Bürgerengagement ermöglicht und gefördert wird. Aber gleichzeitig darf nicht vergessen werden, daß der neue ‘Turbo-Kapitalismus’ natürlich nicht allein durch lokale Nachbarschaftsinitiativen und karitative Hilfsgemeinschaften zu bändigen sein wird. Die Herstellung sozialer Gerechtigkeit bleibt auch eine Machtffrage. Es geht im Kern darum, wie weit es gelingt, der Internationalisierung der Märkte handlungsfähige Staatenverbände mit gesellschaftlichem Gestaltungswillen entgegenzusetzen.

Trotz dieser Einschränkung hat die europäische demokratische Linke im Prinzip in den kommunitaristischen Ansätzen einen Verbündeten gegen die grassierende neoliberale Ideologie. Auch der Kommunitarismus entlarvt das Versprechen, daß die totale Entfaltung von Individualismus, die allseitige Konkurrenz, das ‘natürliche’ Recht des Stärkeren und die Zurückdrängung des sozialen Staates zu allgemeinem Wohlstand führe. Unterhalb der Schwelle internationaler ökonomischer und ökologischer Rahmenbedingungen hängen Lebensqualität (um einen antiquiert wirkenden, aber wunderbaren Begriff in Erinnerung zu rufen) und Demokratie durchaus davon ab, inwieweit kooperative Politik, Interessenausgleich, gemeinschaftliches Handeln von unten und das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Gesellschaft rekonstruiert werden können. Abgesehen davon, daß die sozialen und gemeinschaftlichen Werte neben dem – von Bildung und Forschung abhängigen – ‘Humankapital’ die entscheidenden hiesigen Standortvorteile sind.

In diesem Sinne ist der folgende Satz Etzionis zutiefst Emphase der demokratischen Linken Europas: „Für mich gibt es jedoch zwei Arten von Pluralismus: einen schrankenlosen und ungesunden – und einen ‘Pluralismus in der Einheit’. Bei der ersten versuchen alle Gruppen zu bekommen, was sie kriegen können, und scheren sich wenig um Belange der Gemeinschaft. Bei

P U L I S S C H L A G

der zweiten schränken sie ihren Konkurrenzkampf freiwillig ein, wenn er gemeinsame Interessen bedroht oder verletzt“ (Etzioni 1995: 254). Es darf nur nicht vergessen werden, daß der soziale Staat entscheidend befördern kann (und muß), daß die Vernunft der zweiten Art sich durchsetzt.

Diese Ambivalenz des amerikanischen Kommunitarismus, dieser Hauch von Tugendterror, verflüchtigt sich bei anderen Autoren, etwa bei Michael Walzer oder Seyla Benhabib.¹ Diese eindeutig pluralistischen Kommunitaristen können mit ihren Anstößen reformpolitischen Alternativen zum festgefahrenen politischen Denken in Deutschland neue Attraktivität verleihen:

- Erstens kann hier vom Kommunitarismus gelernt werden, wie wichtig es für das Handeln der demokratischen Linken ist, sich ihrer Leitideen gerade unter sich rasant wandelnden Rahmenbedingungen immer wieder neu zu vergewissern: dies gilt für die Idee der Freiheit, für die Idee der Gleichheit, d.h. das Ausbrechen aus den alten Mustern von Überlegenheit und Unterordnung, wie auch für die Idee der Schaffung eines kooperativen Gemeinwesens.
- Zweitens entspricht die moralisch verantwortliche Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern dem alten emanzipatorischen Ziel von Demokratisierung und ausgeweiteter

Partizipation, das durch den Zeitgeist rein ökonomistischer Argumente in den Hintergrund getreten ist. Diese Befreiung hat um so mehr Chancen, als daß sich ohne Aktivierung kaum alle finanziell bedrängten Funktionen des Sozialstaates werden retten lassen.

- Drittens kann der Kommunitarismus die Stoßrichtung der Diskussion umdrehen. Denn er verweist zu Recht darauf, daß die Auflösung traditioneller Solidaritätsbestände und die fortschreitende Individualisierung nicht automatisch kurzfristig angelegten Egoismus bedeuten muß. Möglich bleibt eine kosmopolitische Sozialmoral des eigenen Lebens, eine „Ethik individueller und kollektiver Verantwortung, die einen in die Lage versetzen könnte, unterschiedliche Interessen zu überbrücken“ (Beck 1996: 10). Es wäre Aufgabe von Reformpolitik, ein Handeln gemäß solcher Ethik zu unterstützen, die „frei gewollte Sozialität der Individuen“ (Heyder 1994) zu fördern.
- Viertens sei schließlich auch darüber nachgedacht, ob nicht ein neues Leitbild notwendig ist, wo ‘Sozialismus’ eher Mißverständnisse auslöst und seine Anziehungskraft und Glaubwürdigkeit weitgehend verloren hat. Wäre der Begriff ‘aktive Bürgergesellschaft’ nicht zeitgemäßer, könnte er nicht eher eine auf soziale Gerechtigkeit, Demokratie,

Emanzipation und Ökologie abzielende ‘linke’ Vision vom gesellschaftlichen Zusammenhalt beim Übergang ins 21. Jahrhundert zum Ausdruck bringen?

Klaus-Jürgen Scherer, Geschäftsführer des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie, Berlin.

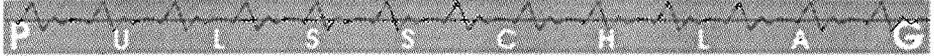
Kontakt: Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin, Tel.: (030) 25991-255 oder 256, Fax: 295.

Anmerkungen

¹ Hingewiesen sei auf deren Referate am 4. Oktober 1996 im Berliner Willy-Brandt-Haus auf der Tagung ‘Philosophie und Politik’ des Kulturforums der Sozialdemokratie.

Literatur

- Beck, Ulrich* 1996: Ohne Ich kein Wir. Die Demokratie braucht Querköpfe. Plädoyer für eine Sozialmoral des ‘eigenen Lebens’. In: Die Zeit 1996, 23 (31.5.1996), 10.
- Berliner Grundsatzprogramm der SPD 1989: Hrsg. vom SPD-Parteivorstand. Bonn: Brosch. BT-Drs. 13/5674: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage: Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft, Drucksache 13/5674 vom 1.10.1996.
- Etzioni, Amitai* 1995: Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommu-



nitarismus. Stuttgart: Schäfer/Poeschel.

Glaeßner, Gert-Joachim/Scheerer, Klaus-Jürgen 1986: Auszug aus der Gesellschaft? Gemeinschaften zwischen Utopie, Reform und Reaktion. Berlin: Europäische Perspektiven.

Heyder, Ulrich 1994: Reformperspektiven für die Industriegesellschaft. Neue Wege der sozialen Reform nach dem Scheitern des Sozialismus. Chur: Fakultas.

Luxemburg, Rosa 1919: Sozialreform oder Revolution? Leipzig: Vulkan.

Müntefering, Franz 1996: Ehrenamt ist Rückgrat unserer Gesellschaft. Individualisierung und Solidargemeinschaft gehören zusammen. In: *Focus* 1996, 49, 84.

Reese-Schäfer, Walter 1996: Die politische Rezeption des kommunitaristischen Denkens in Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 36/96, 30.8.1996, 3-11.

Scheinflug, Jörg 1994: Beschäftigungsansprüche und -möglichkeiten von alten Menschen bei ehrenamtlicher Tätigkeit. Hrsg. vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Brosch.

Ueberhorst, Reinhard 1995: Warum brauchen wir neue Politikformen? In: *Akademie der politischen Bildung*, 10. Streitforum: Reform des Staates – neue Formen kooperativer Politik. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Brosch.

Zahlmann, Christel 1994 (Hrsg.): Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung. Berlin: Rotbuch.

TAGUNGS- BERICHTE

Globale Gerechtigkeit?

Feministische Debatte zur Krise des Sozialstaats

Die westlichen Industriegesellschaft und ihre sozialstaatlichen Sicherungssysteme befinden sich in einer dramatischen Umbruchsphase. Angesichts der Globalisierung einer immer aggressiver auftretenden Marktlogik droht bei wachsendem Einfluß neoliberaler Strategien in Wirtschaft und Politik die fortschreitende Aushöhlung des Keynesianischen Wohlfahrtssystems. Der Einfluß des Staates soll zurückgedrängt, die Kräfte des Marktes gestärkt, die Risiken der Lohnabhängigenexistenz wieder mehr von der Familie als vom Staat aufgefangen werden.

Außerdem ist vom Ende der klassischen Arbeitsgesellschaft die Rede. Für immer mehr männliche Beschäftigte verliert aufgrund sinkender gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit die um das Erwerbsleben zentrierte Normalbiographie ihre tragende Funktion. Gleichzeitig wird die Erwerbstätigkeit für immer mehr Frauen zum Zentrum ihres Lebensentwurfes. Insofern eröffnen sich mit dem Übergang zur postindustriellen Gesellschaft auch Spielräume für eine Neuorganisation der jahrhundertealten geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Die Folgen, die diese Ver-

änderungen für die sog. postindustriellen Gesellschaften hätten, sind schwer zu übersehen. Es bleibt offen, wohin die Reise gehen wird, zumal utopische Entwürfe, die an die Stelle des diskreditierten Marxismus treten könnten, nicht verfügbar sind.

Diese durch Gefahren und Chancen gleichermaßen geprägte Situation bildete den Hintergrund für eine frauenpolitische Konferenz, die vom 8. bis 10. November im Haus des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg stattfand und durch einen bereits erschienenen Tagungsband ausführlich dokumentiert ist. Die Konferenz stellte den letzten Teil einer Veranstaltungsreihe dar, die von der GRÜNEN nahestehenden frauenpolitischen Organisation 'Anstiftung' und dem Frankfurter 'Büro für frauenpolitische Forschung und Beratung' organisiert wurde.

Der Titel – Globale Gerechtigkeit – verriet die Bandbreite der Veranstaltung. Sowohl die Folgen, die der Globalisierungsprozeß für die Frauen beinhaltet, als auch die Frage, was zu tun ist, damit das Potential für eine postpatriarchale Gesellschaft genutzt werden kann, waren Thema der Konferenz. Feministinnen befürchteten, daß die in den letzten Jahren erkämpften Fortschritte durch eine staatliche Deregulierungspolitik, die die unbezahlte Familienarbeit zur Grundlage des Sozialstaates macht, wieder eingeschränkt werden könnten. Im Falle eines solchen Abbaus des Sozialstaates wäre, das

machte der Kongreß deutlich, mit dem energischen Widerstand der Feministinnen zu rechnen.

Die Reihe der Vorträge begann mit einem Vergleich der in den westlichen Industriegesellschaften etablierten Sozialstaatsysteme. Margharita Zander von der FH Jena unterschied drei Formen des Wohlfahrtsstaates. Diese lassen sich danach differenzieren, wieweit sie zugunsten der Frauen in die Sphäre des Privaten eingreifen. Während es im 'skandinavischen Modell' zu einer weitgehenden Entlastung der Frauen von Pflege und Fürsorge kommt, greift der Staat im 'angelsächsischen' Modell kaum ein, um das Geschlechterverhältnis zu regulieren. Auch das u.a. in der Bundesrepublik anzutreffende 'ständisch-korporative Modell' greift auf die unbezahlte Familienarbeit als unsichtbare Ressource zurück. Es haben sich aber auch – so Zander – in der Bundesrepublik seit den 60er Jahren die Spielräume für Frauen erweitert. Die Frage wird sein, ob sich diese angesichts der drohenden 'geschlechtsspezifischen Schließung des Arbeitsmarktes' und einer fortschreitenden 'Feminisierung sozialer Lasten' bewahren lassen.

Wie diese Abwälzung funktioniert und wie sich dabei ökonomische Verelendung und staatliche Armenpolitik mit rassistischer und sexueller Diskriminierung verschränken, war das Thema von Stanley M. James. Die Vertreterin des 'Black Feminism' zeigte am Beispiel schwarzer,

unterstützungsbedürftiger und alleinerziehender Frauen, welche Rolle tiefsitzende Vorurteile für die Reproduktion sozialer Not spielen. Uralte Stereotype, wie das der unmoralischen, sexuell unkontrollierten schwarzen Frau, die ihre Misere selbst verschuldet, dienen im puritanischen Amerika als Rechtfertigung für die Verweigerung staatlicher Hilfen, ohne daß die im ökonomischen System liegenden Ursachen thematisiert würden. Vergleichlich damit werden, so Jirina Siklowa von der Karlowa Universität Prag, in der tschechischen Gesellschaften die Belastungen, die den Frauen aus dem Übergang von einer bürokratischen Plan- zu einer kapitalistischen Marktgesellschaft erwachsen, durch die Gewinne an Entfaltungschancen beinahe aufgewogen.

Im Anschluß an diese Bestandsaufnahme diskutierte Isabella Bakker, York University/Toronto, die Folgen, die die neoliberalen Politikkonzepte für Frauen haben. Die Reduzierung der Staatsausgaben, die Entpolitisierung der Ökonomie und die vollständige Vernachlässigung der nicht-monetären Bereiche der Gesellschaft führen zu einer Verelendung weiter Teile der Bevölkerung. Die alleinerziehende, von der Sozialfürsorge abhängige Mutter kann geradezu als Ikone dieser entfesselten Marktgesellschaft gelten. Dennoch bietet, so Bakker, die Globalisierung der Ökonomie auch Chancen der aktiven Gegensteuerung. Sie entwickelte die Strategie des

'Engendering' aller gesellschaftlicher Teilbereiche: Die das ökonomische wie das politische System flankierenden Diskurse sollen durch die 'Gender-Perspektive' von innen transformiert werden. Für eine solche 'Feminisierung der Makrotheorie' gibt es inzwischen, so Bakker, selbst auf der Ebene der UNO und der Weltbank eindrucksvolle Beispiele.

Dieses Konzept des 'Engendering' traf sich mit dem Vorstoß von Birgit Sauer, endgültig mit der für die feministische Theorie typischen Vorstellung vom Staat als monolithisch verfaßtem Gesamtpatriarchat aufzuräumen. Sie entwarf stattdessen das Bild eines Staates, der sich, wie männerbündisch er auch verfaßt sein mag, oft zum Anwalt von Fraueninteressen macht. Als politische Strategie empfiehlt Sauer daher, anstatt auf eine Totalüberwindung des patriarchal-kapitalistischen Staates zu hoffen, die Nutzung 'staatlicher Handlungskorridore'.

Hatten diese Beiträge zunächst die Folgen der Krise des Sozialstaats erörtert, so ging es im Anschluß daran um die ethische Begründung der Idee des Sozialstaats. Carol Gilligans Kritik am moraltheoretischen Formalismus Lawrence Kohlbergs und ihr Entwurf einer von Frauen verkörperten 'Care-Orientierung' sollten dafür den Ausgangspunkt bilden. So schlug etwa Selma Sevenhuisen von der Universität Utrecht vor, die Fiktionen des autonomen Selbstversorgers und



vereinzelter Marktteilnehmers, wie sie der neoliberalen Politik zugrunde liegen, durch eine an Empathie, Dialog und Verantwortung (Care) ausgerichtete Idee gesellschaftlicher Praxis zu ersetzen. Ihr schwebt eine sozial-philosophische Rehabilitierung des 'Geistes der Sorge' vor, die Bindung, Solidarität und Verantwortung gegenüber egozentrischer Interessenverfolgung stärkt. Diese ethische Orientierung soll losgelöst von einem bestimmten Geschlecht auch das politische, öffentliche Handeln leiten.

Leider setzte sich anschließend Andrea Maihofer in ihrem Beitrag nicht kritisch mit Sevenhuisens Ideen auseinander. Zwar wies sie auf den rein appellativen, postulatorischen Charakter des 'Care'-Begriffs hin, stellte ihm jedoch lediglich einen weiteren, nicht weniger erklärungsbedürftigen Gedanken zur Seite. Sie griff über Gilligans Ethik der Sorge hinaus auf Marx' und Butlers Einsichten in die nicht hintergehbare Gesellschaftlichkeit des Menschen zurück, um die Idee des Sozialstaats zu verteidigen. Dieser Teil der Tagung blieb, obwohl die sehr erklärungsbedürftigen Thesen schließlich in Workshops vertieft wurden, unbefriedigend.

Die interessantesten und am besten durchdachten Beiträge beschäftigten sich aus feministischem Blickwinkel mit den politisch-praktischen Fragen einer Modernisierung des Sozialstaats. Dörthe Jung formulierte gesell-

schaftspolitische Perspektiven, denen zufolge die Lockerung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung für eine Umwertung der Familienarbeit genutzt werden könnte. In dem Maße, wie der Zwang zwischen den Anforderungen der Erwerbsbiographie und von Familie und Ehe, zwischen Individualisierung und sozialer Bindung zu balancieren, für beide Geschlechter zum Problem wird, würden sich auch Kleinfamilie und Ehe fundamental wandeln. Zwar ist schwer voraussehbar, was aus diesen Wandlungen im einzelnen hervorgehen wird. Die politische Aufgabe besteht aber darin, in Form von Arbeitszeitverkürzungen oder einer einkommensunabhängigen Grundsicherung günstige Rahmenbedingungen für eine solche Entwicklung zu schaffen. Jung stellte allerdings illusionslos fest, daß es selbst bei den GRÜNEN und schon garnicht bei den Gewerkschaften konkrete politische Vorstöße in diese Richtung gibt.

Auf diese Überlegungen reagierte Marie-Luise Beck von den GRÜNEN aus dem Blickwinkel der Praktikerin. Selbst die herrschende Ökonomie, so Beck, weiß heute, daß es langfristig zu einer Umverteilung der Erwerbsarbeit und Verkürzung der Arbeitszeit keine Alternative gibt. Vor diesem Hintergrund bewertete sie den bei VW ausgehandelten Einstieg in die 27 Stunden-Woche als gesellschaftspolitischen Durchbruch. Dem müßte allerdings eine Aufwertung familiärer Nicht-Erwerbsarbeit und etwa die Einführung eines bedarfsdek-

kenden Kindergeldes entsprechen, damit das Einkommen überhaupt zur Versorgung einer Familie reicht. Auch Beck sieht jedoch, daß diese Ideen zwar in die richtige Richtung weisen, zur Zeit aber kaum durchsetzbar sind.

Allerdings wies Dörthe Jung schließlich zu Recht darauf hin, daß Arbeitszeitverkürzungen und günstigere Rahmenbedingungen allein noch keine Gewähr dafür sind, daß die tiefsitzenden Rollenvorstellungen in den familialen Lebenswelten aufbrechen und sich eine gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit auch tatsächlich einspielt. Die fest verankerten Normen und Rollendefinitionen, die das konkrete Handeln bestimmen, lassen sich nicht mit staatlichen Mitteln aufheben. Die Betroffenen selbst müssen hier für ihre Interessen eintreten.

Nicht alle Tagungsteilnehmerinnen zeigten diese Geduld. Einige plädierten dafür, die gerechtere Verteilung der Familienarbeit notfalls mit Hilfe staatlichen Drucks durchzusetzen. Mit Recht wehrte sich Beck in einer abschließenden, turbulenten Diskussion gegen die Illusion, Männer ließen sich mit administrativen Mitteln dazu zwingen, ihren familiären Pflichten nachzukommen. Sie warnte vor den zweischneidigen Folgen, die solche staatlichen Zugriffe auf die Privatsphäre haben könnten. Aufgabe des Staates, so ihre Auffassung, kann nur sein, Rahmenbedingungen für den 'häuslichen

Kleinkrieg' zu schaffen, die eine progressive Entwicklung begünstigen. Er kann ihn nicht stellvertretend für die Frauen führen.

Die abschließende Diskussion offenbarte, wie schon die Workshops des Tages zuvor, Schwierigkeiten, die dem Kongreß insgesamt anhafteten. Die ausgreifende Dimensionierung des Themas stand zur Substanz der Beiträge in einem Mißverhältnis. Die Referentinnen, so mein Eindruck, artikulierten eher einen bereits vorhandenen Konsens, als daß sie theoretische und praktische Probleme zugespitzt und kontrovers diskutiert hätten. Die Vorträge selbst waren wenig provokativ – oder aber über ihren provokativen Gehalt wurde nicht gestritten. Einen wesentlichen Grund dafür sehe ich darin, daß die gegenwärtige sozialwissenschaftliche Diskussion praktisch nicht berücksichtigt wurde. Die Konferenz wurde daher dem Anspruch, aus feministischem Blickwinkel eine kritische Gegenwartsanalyse zu liefern, die das politische Handeln anleiten könnte, nicht gerecht.

Thomas Günther, Hamburg



Soziale Bewegungen in Japan

Jahrestagung der VSJF

Zum ersten Mal lag eine Jahrestagung der 1988 gegründeten 'Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung e.V.' (VSJF) ganz in den Händen von NachwuchswissenschaftlerInnen, die vom 1.-3.11.1996 im Gustav Stresemann Institut in Bonn stattfand. Entstanden war die Idee innerhalb des Arbeitskreises 'Alternative Politikformen in Japan', der aus der Fachgruppe 'Politik', einer Sektion innerhalb der VSJF, hervorgegangen war.

Die Entscheidung für das Tagungsthema 'soziale Bewegungen' fiel aufgrund der bisherigen Vernachlässigung dieses Bereiches innerhalb der sozialwissenschaftlichen Japanforschung. Diese Defizite betreffen zwei Ebenen: den inhaltlichen und den theoretisch-methodologischen Diskurs. Hatten sich bisher unterschiedliche Disziplinen in erster Linie mit konkreten Einzelbewegungen beschäftigt, so beabsichtigten die InitiatorInnen eine sowohl themen- als auch fächerübergreifende Auseinandersetzung mit dem Thema. Diese interdisziplinäre Ausrichtung entspricht auch der Zusammensetzung des Arbeitskreises 'Alternative Politikformen' selbst, dem neben PolitikwissenschaftlerInnen auch SoziologInnen, JapanologInnen und KulturwissenschaftlerInnen angehören.

Ein weiteres Anliegen der OrganisatorInnen war es, die 'westliche' Sozialwissenschaft an japanische Theorien, Methoden und Konzepte heranzuführen und für diese zu öffnen. Denn bislang werden zwar 'westliche' Ansätze auf japanischer Seite rezipiert, der umgekehrte Weg wird aber kaum besritten. Gegen diese wie auch immer motivierte Ignoranz gegenüber der japanischen Bewegungsforschung wollten die jüngeren WissenschaftlerInnen ein erstes Zeichen setzen. Dies waren die Leitgedanken, die die Konzeption der Tagung mitbestimmten. Entsprechend dieser Intention der OrganisatorInnen, der Theorie- und Methodendiskussion einen besonderen Stellenwert einzuräumen, standen dazu mehrere Beiträge auf dem Programm. Den Anfang bildete dabei der Vortrag von Claudia Derichs (Duisburg) mit dem Titel 'Soziale Bewegungen in Japan – Relevanz der Themenstellung für die Diskussion' in Deutschland. Den Begriff 'soziale Bewegung' verwendete Derichs in Anlehnung an die einschlägigen Definitionen der deutschen Bewegungsforscher Joachim Raschke und Dieter Rucht. Nach der groben Skizzierung der 'westlichen' Bewegungsforschung wandte sich Derichs in der zweiten Hälfte ihres Vortrags der japanischen Seite zu. Zwar hat sich erst im Verlauf der 80er Jahre die Bewegungsforschung als ein eigenständiges Forschungsgebiet innerhalb der Sozialwissenschaften etabliert, aber es gab auch schon davor bedeutende japanische Wissenschaft-



ler, die sich mit Sozialbewegungen befaßten. Was die theoretischen Ansätze betrifft, so sind sowohl die europäischen als auch die US-amerikanischen eingehend in der japanischen Soziologie rezipiert worden. Als besonderes Kennzeichen hob Derichs dabei die frühen Versuche der Japaner hervor, die in Europa und den USA isoliert existierenden Theorien zu verbinden. Dabei fanden auch Ergebnisse aus der eigenen Bewegungsforschung, wie z.B. über die als spezifisch japanisch geltenden jūmin undō (Bürgerinitiativen), verstärkt Eingang in die Diskussion. Darüber hinaus gab es auch Weiterentwicklungsversuche einiger 'westlicher' Forschungsansätze. Gerade diese Syntheseleistungen und die Vielfalt des empirischen Materials über Bewegungen in der japanischen Gesellschaft unterstreichen die Relevanz des Themas für die Bewegungsforschung im 'Westen'. Denn Japan weist als einerseits 'verwestlichte' und andererseits 'nicht-westliche' Industrienation ein ganz besonderes Potential für eine kulturübergreifende Theorie und für einen an konkreten Einzelbewegungen orientierten komparatistischen Ansatz auf.

An Derichs knüpfte Ulrike Nennstiel (Sapporo/Japan) mit ihrem Vortrag über 'Die aktuelle Diskussion über soziale Bewegungen in der japanischen Soziologie' an. Auch Nennstiel resümiert im wesentlichen eine Übernahme europäischer und US-amerikanischer Theorien sowie deren Überprüfung an der

japanischen Gesellschaft. Dazu gehören die 'Theorie des kollektiven Verhaltens' (Shiobara Tsutomu), die 'Theorie der Ressourcenmobilisierung' (Katagiri Shinji) und die Theorie 'neuer sozialer Bewegungen' (Takahashi Tōru, Kajita Takamichi, Satō Kenji, Takada Akihiko u.a.). Was die Spezifika der japanischen Bewegungsforschung anbelangt, so referierte Nennstiel die Tendenz zur Trennung eines 'westlich' geprägten Theorie-Diskurses einerseits und eines an konkreten japanischen Bewegungen orientierten empirischen Forschungsbereiches andererseits; als weiteres Kennzeichen der Forschung in Japan nannte sie die Integration von Elementen aus verschiedenen Theorien. Bei der Theorie der 'neuen sozialen Bewegungen' ist laut Nennstiel eine Abwendung von den als 'traditionell' bezeichneten europäischen, marxistisch-makrotheoretischen und holistischen Ansätzen hin zu den als 'modern' verstandenen und aus den USA stammenden mikrotheoretischen, tendenziell apolitischen, pragmatischen und meßbaren Konzepten zu verzeichnen. Anders als Derichs kam Nennstiel zu dem Fazit, daß die Bewegungsforschung in Japan lediglich die 'westlichen' Theorien rezipiert, ohne etwas Eigenes hervorzubringen.

Nach diesem Überblick über die Theorien 'westlicher' und japanischer Bewegungsforschung folgten zwei Beiträge zu Einzelbewegungen in Japan. Regine Mathias-Pauer (Bochum) ver-

wies in ihrem auch begriffsgeschichtlichen Beitrag 'Soziale Bewegungen aus sozialhistorischer Perspektive' darauf, daß der japanische Ausdruck shakai undō für 'soziale Bewegung' erst nach 1945 seine Verbreitung fand. Daraus kann aber nicht abgeleitet werden, daß es davor keine sozialen Bewegungen gab. Denn sie werden in Japan nicht mit diesem gemeinsamen Oberbegriff, sondern konkret beim Namen benannt. Auch ist nicht jede Organisation, die die Bezeichnung undō trägt, nach Ansicht von Mathias-Pauer unweigerlich eine soziale Bewegung im Sinne der erwähnten Begriffsdefinition. Wie sie betonte, sei das Konzept der 'sozialen Bewegung' zwar im 'Westen' entstanden, eine Übertragung und Anwendung auf den japanischen Kontext sei aber legitim, weil die japanischen Sozialwissenschaftler im Zuge der Rezeption der Theorien auch diesen Ausdruck übernommen hätten.

Nach diesem begriffsgeschichtlichen Abriss wandte sich Mathias-Pauer der Sozialgeschichte Japans zu. Dabei wies sie auf den Zusammenhang zwischen dem Aufkommen sozialer Bewegungen und der einsetzenden Modernisierung während der Meiji-Zeit (1868-1912) hin. Als erste soziale Bewegung bezeichnete Mathias-Pauer die jiyū minken undō (Bewegung für Freiheit und Volksrechte) am Ende des 19. Jahrhunderts. Bei dieser handelte es sich noch nicht um eine Massenbewegung; doch obwohl sie zudem erfolglos blieb, sieht

die Referentin im Hinweis auf innergesellschaftliche Mißstände sowie in den indirekt erzielten Wirkungen entscheidende Kennzeichen einer Bewegung. Wenn auch die Realisierungskapazität, so Mathias-Pauer, schwach war, existierte ein starker Thematisierungsgrad.

Im letzten Teil ging Mathias-Pauer auf die 'Lebensreformkampagne' (seikatsu kaizen undô) ein, anhand derer sie nochmals die Beschränkung der Bewegungskonzepte auf den europäisch-amerikanischen Kontext demonstrierte. Die 'Lebensreformkampagne' war zu Beginn des Jahrhunderts vom Staat zur Verbesserung des Alltags ins Leben gerufen worden. Aufgrund der staatlichen Kontrollfunktion erfüllt sie zwar nicht die Definitionskriterien, muß aber als Bewegung anerkannt werden. Denn der Staat war lediglich Initiator und zog sich schließlich aus der Bewegung zurück, wodurch sich diese verselbständigte und der Kontrolle des Staates entzog. Die Referentin plädierte deshalb für eine Erweiterung der Definition um den Begriff der 'Kampagne'.

Mit dem Vortrag von Patricia Maclachlan (Calgary/Kanada) über 'Japanese Consumer Movements' folgte ein weiterer Beitrag zu einer Einzelbewegung in Japan. Sie stellte eine Fallstudie über eine der größten und einflußreichsten Verbraucherbewegungen in Japan vor: die 'Hausfrauenorganisation' (shufuren). Für Maclachlan liegt die Stel-

lung der Verbraucherorganisationen in einer Grauzone zwischen fest etablierten Interessengruppen und sozialen Massenbewegungen innerhalb des gegebenen politischen Systems. Sie verfolgen ihre politisch-orientierten Ziele in einer Mischung aus Kooperation und Konfrontation. Das Ausmaß und der Einfluß einer Verbraucherbewegung orientiert sich an den ideologischen Präferenzen der Organisation und den institutionellen Strukturen, in denen sie agieren. Maclachlan sieht somit vor allem institutionelle Faktoren und historische Bedingungen als Grund dafür, daß die Verbraucherbewegungen in Japan an den Rand des politischen Systems gedrängt wurden. Sie spielen zwar auf lokaler Ebene eine aktive und bedeutende Rolle, doch auf nationaler Ebene haben sie lediglich eine repräsentative Stellung inne und sind ohne Stimme. Was die kommunale Seite betrifft, so betonte die Referentin die Zusammenarbeit der Verbraucherorganisationen mit kleineren Geschäftsleuten und Landwirten, die auf politische Strukturen gleich nach dem Krieg sowie die gesetzlichen Rahmenbedingungen zurückgeht. Maclachlan kam abschließend zu dem Urteil, daß japanische Verbraucherbewegungen z.B. gegenüber US-amerikanischen Organisationen so lange vergleichsweise 'konservativ' bleiben, wie ihnen eine bedeutungsvolle Teilnahme am politischen Prozeß verwehrt wird.

Den Abschluß der Plenumsvorträge bildete noch einmal ein

theoretisch-methodologischer Beitrag von Detlef Thofern (Hannover) zum Thema 'Soziale Bewegungen in Japan als Forschungsgegenstand – Probleme der Theoriebildung und des Empiriebezugs'. Thofern betonte ebenfalls die empirische Vielfalt sozialer Bewegungen und die damit zusammenhängende Schwierigkeit, eine allgemeine, von spezifischen Einzelbewegungen abstrahierende Begriffsbestimmung vorzunehmen. Besonders die 'definitorische Dominanz' der als Klassiker unter den Sozialbewegungen geltenden 'Arbeiterbewegung' und die Ausblendung der inhumanen nationalsozialistischen Bewegung machten deutlich, mit welchem normativen Ziel soziale Bewegungen verknüpft würden. In diesem Zusammenhang sprach Thofern auch den historischen Kontext der Französischen und Industriellen Revolution an. Für Thofern sind Sozialbewegungen somit sowohl Produkte als auch Produzenten des Modernisierungsprozesses. Deshalb, so seine Argumentation, muß jede theoretische Auseinandersetzung mit Bewegungen ohne Reflexion auf die Modernisierungstheorien unvollständig bleiben.

Ein zentrales Kennzeichen des Modernisierungsprozesses ist die Säkularisierung, die Institutionalisierung der 'Religion' und deren Verdrängung in den privaten Bereich, wodurch der Einfluß und die Relevanz von Religion innerhalb der modernen Gesellschaft abnimmt. Doch gerade dies hält Thofern für proble-

matisch, da er Modernisierung als dialektischen Prozeß begreift, der religiöse Elemente bzw. den Bedarf nach Religion erst hervorbringt. Dies wird besonders durch den Blick auf außereuropäische Gesellschaften deutlich. So plädierte Thofern abschließend für eine komparatistische Betrachtung, die die vielfältigen, während des Modernisierungsprozesses in Japan entstandenen neuen Religionen einbeziehen muß. Darüber hinaus schlug er vor, die Bedeutung von religiösen Motiven auch in anderen sozialen Bewegungen zu untersuchen, um so eine Erweiterung des Konzeptes 'soziale Bewegung' zu erreichen und die Unhaltbarkeit bisheriger Modernisierungstheorien zu verdeutlichen.

Nach diesen theoretisch-methodologischen Beiträgen gab es für die TagungsteilnehmerInnen die Gelegenheit, die Theorie und Praxis weiterer Einzelbewegungen gemeinsam zu diskutieren. Die verschiedenen Arbeitsgruppen thematisierten 'Soziale Bewegungen und Bürgerbewußtsein', Fragen der politischen Entscheidungsfindung und der neuen Religionen sowie die Bereiche Politik, Wissenschaft und Kulturspezifika in der empirischen Sozialforschung.

Die Veranstaltung hat gezeigt, daß sich die 'westliche' Bewegungsforschung der Forschung in und über Japan öffnen sollte. Dies bietet die Chance, bisherige Theorien zu validieren, zu erweitern oder zu verwerfen. Das

Symposium bot einen ersten Anhaltspunkt für eine stärker interdisziplinär und interkulturell ausgerichtete Bewegungsforschung. Dies sollte alle InteressentInnen zur Fortsetzung und Intensivierung der Diskussionen motivieren.

Sonja Gabbani, Nürnberg

Die Tagungsbeiträge werden voraussichtlich 1997 als Sammelband bei der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens [OAG] in Hamburg erscheinen.



Zivilgesellschaften in islamischen Ländern

Mit der internationalen Konferenz zum Thema 'Zivilgesellschaften in islamischen Ländern' unternahm das Berliner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung des Hauses der Kulturen der Welt vom 6. bis 8. November 1996 den Versuch, der Öffentlichkeit ein differenziertes Bild islamischer Gesellschaften zu vermitteln. Aus neun verschiedenen Ländern – von Marokko bis Malaysia – waren Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) und Gesellschaftswissenschaftler angereist, um vor etwa 400 Gästen der Tagung über die Entwicklung der Zivilgesellschaft in ihrer Heimat zu berichten.

In ihrem einführenden Referat stellte Gudrun Krämer, Islamwissenschaftlerin an der Freien Universität Berlin, landläufige Thesen über die angeblich kulturimmanente Despotie orientalischer Gesellschaften in Frage. Der in vielen Ländern vorherrschende Autoritarismus sei ein Phänomen der Moderne. Die vorkoloniale Geschichte des Nahen Ostens, Afrikas und Asiens sei geprägt von sehr lebendigen, pluralistischen, multi-ethnischen und multi-religiösen Gesellschaften, in denen der Staat keine dominierende Rolle gespielt habe. Die heute zu verzeichnende sprunghafte Entwicklung freiwilliger Zusammenschlüsse, die Funktion kleiner unauffälliger Selbsthilfegruppen und die Bedeutung primordialer Verbindungen werde im Westen vielfach übersehen und unterschätzt.

Die Debatte um Möglichkeiten und Grenzen von Gegenströmungen zu Fundamentalismus und autoritären Regimen brachte im Laufe der Konferenz zutage, daß die Zivilgesellschaft kein Modebegriff, sondern Ausdruck sichtbarer politischer Veränderungen in den islamisch geprägten Ländern ist. Bei der Betrachtung einzelner Fallbeispiele wurde jedoch auch die Notwendigkeit von Differenzierungen deutlich. Während sich Magueye Kassé aufgrund der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen sehr skeptisch gegenüber den Möglichkeiten einer Zivilgesellschaft in seiner Heimat, dem Senegal, äußerte, vermittelten Fatema Mernissi und Moha-

med Tozy aus Marokko eine regelrechte Aufbruchstimmung. Die Allgegenwart des Religiösen im alltäglichen Leben sei vorbei. Der Raum für die Religion und die Religiösen habe sich de facto verengt, nicht erweitert.

Es herrschte Einigkeit unter den Teilnehmenden der Tagung, daß autonomes Handeln, repräsentiert durch NGOs, das einzig effektive Rezept zur Schaffung eines Gegengewichtes in der Auseinandersetzung mit dem autoritären Staat sei. Dieses Gegengewicht könne durchaus unterschiedliche Formen annehmen. Hani Hourani, Vertreter einer NGO aus Amman, und Nilüfer Göle apellierten an das Publikum, auch islamistische Gruppen als Teil einer Zivilgesellschaft anzuerkennen. Die Erfahrungen aus Jordanien und der Türkei hätten gezeigt, daß es so zu Entdramatisierungen der islamischen Frage komme und extremistische Gruppen marginalisiert würden. Je mehr NGOs sich gründen könnten, je größer der öffentliche Raum würde, so Göle, desto geringer sei die Gefahr totalitärer Tendenzen. Mit Algerien und Ägypten führte Friedemann Büttner Länderbeispiele an, in denen die Chance einer solchen Integration mit dem Ergebnis von Gewaltausbrüchen verspielt worden sei. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft, so die Soziologin Merinissi, vollziehe sich im Stillen. Sie sei unspektakulär und ziehe keine Kameras auf sich, obwohl ihre Dokumentation im Westen

von größter Bedeutung wäre. Syed Husein Alatas aus Kuala Lumpur apellierte dementsprechend an den Westen, die Gegenöffentlichkeit in islamischen Ländern stärker zu unterstützen. Erst dann hätten die Politiker in der islamischen Welt nicht mehr 'das Monopol auf die Wahrheit'.

Als Ergebnis der Konferenz formulierten die Experten Empfehlungen an Politik und Medien. Aufgrund der Vielfalt der angesprochenen Themen und dem offensichtlichen Interesse an breiteren Informationen über islamische Gesellschaften unter dem deutschen Publikum seien Folgekonferenzen unbedingt anzuregen. Der begonnene Dialog könne auf diese Weise auch zwischen den TeilnehmerInnen aus den vom Islam in verschiedener Weise geprägten Ländern gefördert werden. Die Möglichkeit eines solchen Austauschs sei sonst nirgendwo gegeben. Auf einer weiteren Veranstaltung sollte die gegenseitige Wahrnehmung zwischen Orient und Okzident thematisiert und die Auseinandersetzung darüber langfristig einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Islam könne auf diese Weise entdramatisiert und in seiner Rolle als Religion in eine angemessene Dimension gerückt werden. Journalisten und Multiplikatoren sollten in bezug auf eine differenziertere Betrachtung sensibilisiert werden, z.B. durch Studienreisen oder Seminare. Gesellschaftliche Gruppen in den islamisch geprägten Gesellschaften sollten durch Formen der Er-

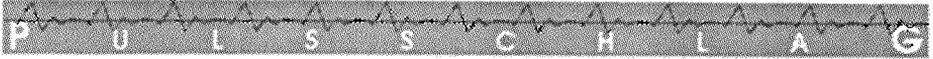
wachsenbildung, Demokratieverziehung, Bibliotheken und die Bereitstellung von Medien gefördert werden. Über eine solche Zusammenarbeit könne auch ein Netzwerk zwischen den Kulturen entstehen, das Vorurteile abbaue.

Axel Schmidt-Gödelitz, Leiter des Berliner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.

SELBST-DARSTELLUNG

Komitee für Grundrechte und Demokratie Was will das Komitee?

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat sich 1980 gegründet. Die Initiative ging aus von Leuten, die aktiv am Zustandekommen des Russell-Tribunals über die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt waren. Die Ziele, die bei der Gründung des Komitees formuliert wurden, sind nach wie vor seine Leitlinie, denn die 'neue Weltlage' nach dem Zusammenbruch des sog. real existierenden Sozialismus braucht couragiertes und zivil ungehorsames Engagement für ungeteilte Menschenrechte. Im Komitee-Gründungsmanifest heißt es: „Das Komitee begreift als seine Hauptaufgaben, einerseits aktuelle Verletzungen von Menschenrechten kundzutun und sich für diejenigen einzusetzen, deren Rechte verletzt worden



sind (z.B. im Kontext sog. Demonstrationsdelikte, Justizwillkür, Diskriminierung, Berufsverbote, Ausländerfeindlichkeit, Totalverweigerung, Asyl- und Flüchtlingspolitik), andererseits aber auch Verletzungen aufzufühlen, die nicht unmittelbar zutage treten und in den gesellschaftlichen Strukturen und Entwicklungen angelegt sind (struktureller Begriff der Menschenrechte).“

Organisatorisches

Wie der Name schon sagt, handelt es sich bei unserer Vereinigung um ein Komitee, zwar in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins, aber doch nicht in der Arbeitsform einer Organisation mit lokalen Gruppen etc. Das Komitee versteht sich dennoch nicht als eine Art Spitze, Vertretung oder Sprachrohr der sozialen außerparlamentarischen Bewegungen, sondern will vielmehr Hilfestellungen und Orientierungen für Initiativen, Gruppen und bewege einzelne geben. Gewissermaßen ist das Komitee eine 'Kopf-Institution', weder von der Basis berufen, noch ihr abgehobener Stellvertreter. Vielmehr ist es über die vielfältigen, außerhalb des organisatorischen Rahmens des Komitees liegenden Aktivitäten seiner Mitglieder in Projekten, lokalen oder übergreifenden Initiativen mit den sozialen Bewegungen vernetzt. Dabei kann das Komitee bisher für sich in Anspruch nehmen, daß seine Initiativen und Impulse auf weitgehend positive Resonanz in den verschiedenen lokalen Gruppen gestoßen sind.

Organisatorisch besteht das Komitee aus einem kleinen Mitgliederkreis von etwa 100 engagierten Prominenten und Experten zu rechtlichen und spezifischen Fragen der Grund- und Menschenrechte. Darüber hinaus gibt es einen Förderkreis zur finanziellen Unterstützung des Komitees (zur Zeit etwa 1.100 FörderInnen mit einem monatlichen Mindestbeitrag von je 20,- DM). Mitglieder und FörderInnen erhalten alle Publikationen des Komitees sowie unregelmäßig herausgegebene Informationen über die Aktivitäten des Komitees etc. kostenlos zugesandt. Weiterhin verfügt das Komitee über einen InteressentInnen- und SympathisantInnenkreis von etwa 10.000 Einzelpersonen, die in verschiedenen Zusammenhängen politisch tätig sind (in Bürgerinitiativen, Frauenbewegung, Friedensbewegung, Umweltschutz, in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen usw.). An diese InteressentInnen gehen von Zeit zu Zeit Informationsblätter, wichtige Stellungnahmen und Orientierungspapiere o.ä. des Komitees. Die AdressatInnen dieser Informationssendungen zahlen keine Beiträge, sondern spenden gelegentlich und greifen auf die vom Komitee publizierten Materialien usw. zurück.

Das Komitee verfügt über einen Vorstand (gegenwärtig 9 Mitglieder) und einen Arbeitsausschuß (incl. Vorstand gegenwärtig 26 Mitglieder). Dieser wird von Wolf-Dieter Narr und Roland Roth als geschäftsführendem Vorstand koordiniert. Das

Komitee hält alle zwei Jahre eine Mitgliederversammlung ab, auf der die erforderlichen Regularien behandelt werden: Geschäfts- und Finanzbericht, Vorstandswahl o.ä. Stimmberechtigt sind die Mitglieder. Die FörderInnen werden eingeladen, können teilnehmen, mitdiskutieren, haben aber kein Stimmrecht.

Inhaltliches

Außerdem veranstaltet das Komitee – neben Aktionen und Seminaren in kleinerem Kreis – jährlich eine themenspezifische Tagung. Dabei handelt es sich um offene Veranstaltungen, zu denen jedeR Zutritt hat. Aus allen Tagungen entstehen Protokolle, Memoranden, Reader o.ä., die allgemein zugänglich sind.

Das Komitee ist insbesondere in rechtspolitischen Fragen tätig: in der Gefangenenbetreuung im Strafvollzug, in Fällen von Berufsverbot, in Sachen Demonstrationsrecht sowie Asyl- und Flüchtlingspolitik, in der Friedens- und Umweltschutzbewegung und zur rechtlichen Situation der Frauen. Es konzentriert sein Arbeits- und Aufmerksamkeitsfeld vor allem auf die Situation der Grund- und Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland. In seinem Selbstverständnis hat das Komitee einen universellen – also auch die Grenzen der Bundesrepublik überschreitenden – Anspruch auf unverkürzte Verwirklichung von Menschenrechten, aber als kleine Institution mit verbindlicher Arbeitsweise wäre eine internationale Menschenrechtspolitik

vom Komitee weder finanziell noch organisatorisch zu leisten.

Selbstverständlich gibt es Ausnahmen: Das friedenspolitische Engagement des Komitees war in besonderen Fällen auch grenzüberschreitend. Beim Zivilen Ungehorsam gegen die Raketenstationierung (Stichwort: Mutlangen) hat sich das Komitee weit über sein eigentliches Aufgabenfeld hinaus engagiert. Dies galt auch bei Aktionen gegen Giftgas in Rheinland-Pfalz. Heute setzt sich das Komitee ganz besonders im ehemaligen Jugoslawien ein. Dies geschieht durch Unterstützung der dortigen Antikriegsgruppen, durch Organisieren von Freiwilligen, die in den Flüchtlingslagern arbeiten, und durch humanitäre und medizinische Hilfe sowie Hilfe für Deserteure und Flüchtlinge, die in der Bundesrepublik Schwierigkeiten bekommen. Insgesamt hat das Komitee seit September 1991 bis März 1996 in diesem Zusammenhang Hilfe im Wert von ca. 9,7 Millionen DM geleistet – freiwillige Spendengelder überwiegend aus der Menschenrechts- und der Friedensbewegung in der BRD.

Gerade bei einer kleinen und zugleich vielfältig und intensiv arbeitenden Institution wie dem Komitee für Grundrechte und Demokratie liegt es auf der Hand, daß den Büros eine besondere Bedeutung zufällt. In zahllosen Einzelfällen wird direkte Hilfe oder Unterstützung für von Repressionsmaßnahmen durch behördliche oder staatli-

che Instanzen Betroffene geleistet, und das Komitee verfügt über einen eigenen Rechtshilfefonds. Vor allem die bereits erwähnte Gefangenenbetreuung ist extrem arbeitsintensiv. Wir standen im Jahresdurchschnitt 1995 mit etwa 1.340 Gefangenen in den bundesdeutschen Justizvollzugsanstalten in Verbindung. Umfangreicher Briefwechsel mit und Eingaben zur Verbesserung von Haftbedingungen bei den Behörden, aber auch zahlreiche Gefangenenbesuche fallen an. Außerdem schicken wir auf Anforderung von Gefangenen Literatur oder Zeitungsabonnements in die Justizvollzugsanstalten. Ein besonderer Schwerpunkt liegt gegenwärtig in der kritischen Auseinandersetzung mit der lebenslangen Freiheitsstrafe und ihren repressiven Auswirkungen auf den sog. Normalvollzug.

Selbstverständnis

Es entspricht dem Selbstverständnis des Komitees, nicht lediglich 'große Politik' in Sachen Menschenrechte zu machen, sondern auch einzelnen und Gruppen konkret zu helfen. So wirkt das Komitee einerseits als eine prinzipielle Orientierungsinstanz in der Menschenrechtsfrage, andererseits als eine Stelle, bei der Betroffene direkt Hilfe suchen und – wenn es irgendwie in unseren Möglichkeiten liegt – auch erwarten können.

Deshalb sind funktionstüchtige Sekretariate von großer Bedeutung und ist es wichtig, daß das Komitee finanziell so ausgestat-

tet ist, daß es seinen ständig zunehmenden Aufgaben und Anforderungen gerecht werden kann. Dazu braucht das Komitee noch mehr FörderInnen, auch dann, wenn diese sich nicht an der Arbeit des Komitees beteiligen können, aber durch ihre Geldbeiträge und Spenden dem Komitee helfen, seinerseits Hilfe gewähren zu können.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie ist nicht die einzige Bürgerrechtsgruppierung in der Bundesrepublik Deutschland und arbeitet mit anderen Bürgerrechtsorganisationen und -gruppen zusammen. U.a. geben wir gemeinsam mit der Gustav-Heinemann-Initiative und der Humanistischen Union die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift 'vorgänge' heraus, eine Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik.

Neben einem Komitee-Jahrbuch (erscheint seit 1983, vgl. Annotation in diesem Heft) publiziert das Komitee Bücher und Broschüren zu Themen, an denen es selbst in Form von Projektgruppen oder Tagungen etc. gearbeitet hat. Desweiteren gibt das Komitee in unregelmäßiger Folge BürgerInnen-Informationen zu aktuellen Themen heraus. Daß manche Schriften – die ja nicht kostenlos abgegeben, sondern verkauft werden – Auflagen bis zu 20.000 Exemplaren und manche BürgerInnen-Informationen Auflagen bis zu einer Million erreichen, zeigt, daß das kleine Komitee für Grundrechte und Demokratie eine ganz erhebliche



basispolitische Ausstrahlungskraft hat.

Kontakt: Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., An der Gasse 1, 64759 Sensbachtal, Tel.: (06068) 2608, Fax: 3698;

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Bismarckstr 40, 50672 Köln, Tel.: (0221) 523056, Fax: 520559.

KURZBERICHT

Ökosozialprodukt?

In der Presse schon vor Jahren angekündigt, wurde das Ökosozialprodukt 1995 zuletzt in dem Club-of-Rome-Bericht 'Mit der Natur rechnen' angemahnt. Handelt es sich nun um eine Phantomgröße oder kann tatsächlich mit seiner statistischen Materialisierung gerechnet werden?

In der ursprünglich gedachten Gestalt wird es das Ökosozialprodukt aller Voraussicht nach nicht geben. So wie das Bruttosozialprodukt (bzw. das Bruttoinlandsprodukt) nach internationalen Regeln eindeutig zu ermitteln ist und in viertel-, halb- bzw. ganzjährlichem Abstand als amtliche Zahl des Statistischen Bundesamtes publiziert wird, kann ein Ökosozialprodukt nicht berechnet werden. Woran liegt das?

Nach dem vom Club-of-Rome-Report favorisierten Konzept soll das Ökosozialprodukt das Ni-

veau einer nachhaltig produzierenden und konsumierenden Volkswirtschaft messen. Die Forderung der Nachhaltigkeit bedeutet dabei, daß unsere Wirtschaftsaktivitäten zu keinen bleibenden Schäden in unserer natürlichen Umwelt führen. Diese in Harmonie mit der Natur agierende Volkswirtschaft existiert aber nur als hypothetisches Gebilde. Deshalb können wir allein durch Beobachtung der wirtschaftlichen Realität mit all ihren Unzulänglichkeiten kein Ökosozialprodukt ableiten, sondern müssen eine zukunftsfähige und umweltverträgliche Volkswirtschaft modellmäßig erarbeiten. Das Niveau der wirtschaftlichen Leistung dieser hypothetischen Volkswirtschaft wäre dann das Ökosozialprodukt.

Jeder, der mit Wirtschaftsmodellen gearbeitet hat, weiß, daß die Modellergebnisse in starkem Maße von den getroffenen Annahmen abhängig sind. Daher kann nicht damit gerechnet werden, ein eindeutiges Ergebnis zu erzielen. Auch stellt sich die Frage, ob man nicht einen Anpassungszeitraum von der gegenwärtig zu beobachtenden Wirtschaftssituation zu der angenommenen nachhaltigen Wirtschaftsweise vorsehen sollte. Stellt man die Idealforderung nach einer umweltverträglichen Volkswirtschaft ohne Übergangsfristen, so bliebe nur geringer Spielraum für die Umstellung der Wirtschaft auf umweltverträgliche Techniken, und das nötige Niveau der Wirtschaftsleistung wäre sehr viel niedriger als bei großzügig

gesteckten zeitlichen Spielräumen.

Welche konkreten Pläne bestehen nun im Hinblick auf ein – wie gezeigt nur modellmäßig ermittelbares – Ökosozialprodukt? Zunächst ist es wohl plausibel, daß eine statistische Behörde, die es vor allem mit beobachtbaren Vorgängen in Vergangenheit und Gegenwart zu tun hat, derartige Modellrechnungen nicht selbst vornehmen sollte. Das Statistische Bundesamt hat daher im Rahmen eines Forschungsprojekts der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen Prof. Bernd Meyer von der Universität Osnabrück beauftragt, mit seinem disaggregierten ökonometrischen Prognosemodell unter bestimmten Vorgaben Varianten eines Ökosozialprodukts für Deutschland zu berechnen.

Im Mittelpunkt der Modellrechnungen stehen Vorgaben zur Reduktion von Kohlendioxid und anderen klimarelevanten Gasen. Außerdem werden die ökonomischen Konsequenzen durchgerechnet, unter der Annahme, daß sich Siedlungs- und Verlustflächen nicht noch weiter ausdehnen. Die Modellierungen sehen einen Übergangszeitraum von zehn bis fünfundzwanzig Jahren vor. Es hat sich schon bei den ersten Berechnungen gezeigt, daß grundlegendere Änderungen der Wirtschaftsstrukturen nur längerfristig zu erreichen sind, wenn wir nicht einen plötzlichen Kollaps der Volkswirtschaft mit allen seinen sozialen Folgen in Kauf nehmen wollen.



Das Modell sieht als staatliches Instrument die Besteuerung von Energieverbrauch bzw. Schadstoffausstoß vor und verwendet diese Steuereinnahmen für eine Reduktion der Lohnnebenkosten. Damit soll durchgespielt werden, ob und wie gleichzeitig der Produktionsfaktor Natur verteuert und der Produktionsfaktor Arbeit verbilligt werden können. Außerdem wird eine Zertifikatslösung durchgespielt, bei der eine vorher festgelegte Menge an Schadstoffemissionen auf einem Markt für Verschmutzungsrechte ersteigert werden kann.

Kontakt: Universität Osnabrück, Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Prof. Bernd Meyer, Rolandstr. 8, 49069 Osnabrück.

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Zahlen – Fakten – Trends, Monatlicher Pressedienst, Oktober 1996)

PROJEKT- BERICHT

Ein friedens- politisches Projekt

Die Friedens-CD-ROM

Die Projektgruppe Computer der DFG-VK hat in der Dezember-Ausgabe 1996 den LeserInnen des FriedensForum ein bislang wohl einzigartiges Weihnachtsgeschenk gemacht: Eine Friedens-CD-ROM. Mit einem Umfang von ca. 400 MegaByte wer-

den Selbstdarstellungen von Initiativen und Projekten, Texte, Bilder, Logos, Grafiken und Comics zu den relevanten Themen der Friedensbewegung präsentiert.

Der Anspruch der Projektgruppe Computer war es, sich der zukunftsorientierten Medien zur Verbreitung friedenspolitischer und pazifistischer Gedankengüter zu bedienen. Diese neuen Medien müssen „als Chance genutzt werden, um den Krieg und seine Ursachen zu bekämpfen“, so Erwin Eisenhardt im Vorwort. Insgesamt fünf Monate hat die Projektgruppe gearbeitet, um die erste CD-ROM aus der Friedensbewegung fertigzustellen. Was sie dabei zustande gebracht haben, kann sich durchaus sehen lassen: Anhand eines Inhaltsverzeichnis und Themenschwerpunkten (z.B. Kriegsdienstverweigerung, Zivildienst, Pazifismus, Rüstung und Abwehr) kann die CD-ROM nach einzelnen Texten und/oder Gruppen durchsucht werden. Ein mitgeliefertes Programm ermöglicht, die Bilder und Logos anzusehen. Die Selbstdarstellungen von Organisationen und Gruppen reichen von 'Bewußtsein für Frieden des Forums Friedenspsychologie' bis zur 'Uni-Friedensgruppe' aus Karlsruhe. Desweiteren werden die aktuellen Adressen friedenspolitischer Homepages im Internet aufgelistet.

Bei der Präsentation orientieren sich die MacherInnen an dem Gestaltung einer WWW-Seite im Internet. D.h. auch auf der CD

können über verschiedene links weitere Texte aufgerufen werden. Positiv ist, daß alles auch auf den eigenen Rechner kopiert und mit den gängigen Textverarbeitungs- und Grafik-Programmen weiterbearbeitet werden kann. So haben auch kleinere Initiativen nun die Möglichkeit, ihre friedenspolitischen Flugblätter und Informationsschriften inhaltlich wie layout-technisch zu verbessern.

Auf der CD-ROM befinden sich außerdem verschiedene Dia-Shows. Die Präsentation 'KDV' gibt nützliche Tips und Tricks zur Kriegsdienstverweigerung. Die Dia-Show 'Herr Präsident' und 'Hiroshima' visualisieren die friedenspolitischen Bedenken und Ansprüche an die Politik.

Wie bei vielen Initiativen im Bereich der Neuen Technologien ist auch hier ein Kardinalproblem, daß nur wenige friedenspolitische Aktiven von der Sinnhaftigkeit eines solchen Projekts zu überzeugen waren. So steht zu hoffen, daß sich bei der anstehenden Aktualisierung der Friedens-CD-ROM noch mehr Initiativen, Projekte und Akteure beteiligen, und dies nicht nur um eine Rückfinanzierung der Auslagen zu gewährleisten. Die Projektgruppe hat mit dem vorgelegten Ergebnis gezeigt, daß sich auch friedenspolitische Gruppierungen der Möglichkeiten der Neuen Technologien bedienen können, um ihre Inhalte entsprechend zu vermitteln.

Michael Hasse

Kontakt: DFG-VK Projektgruppe Computer, Erwin Eisenhardt, Goethestr. 16, 71272 Renningen, Tel.: (07159) 920-525, Fax: 920-523, eMail: erwin.eisenhardt@t-online.de.

KURZBERICHT

Lotto für Umwelt und Entwicklung

Entwicklungshilfeorganisationen und Umweltschützer wollen von Glücksspieleinnahmen in Niedersachsen profitieren. Die Arbeitsgemeinschaft Neue Bundeslotterie für Umwelt und Entwicklung reichte einen Antrag für ein Pilotprojekt beim Innenministerium in Hannover ein. Als Vorbild dient die private niederländische 'Nationale Postcode Loterij'. Sie hat in den vergangenen fünf Jahren über 800 Mill. Gulden für gemeinnützige Zwecke eingespielt. Das Konzept, nach dem die Preise zwar kleiner, die Gewinnchancen aber größer als bei staatlichen Lotterien sein sollen, stammt von der niederländischen Betreiberfirma Novamedia. Im ersten Spieljahr seien 15 Mill. Mark Umsatz zu erwarten, im vierten Jahr 60 Mill. Mark.

Ein deutschlandweites Projekt scheiterte nach Angaben der Organisatoren bislang an der notwendigen Zustimmung aller Bundesländer. Jedes Bundesland darf eine Genehmigung für sein Gebiet erteilen. Toto-Lotto Niedersachsen hat von seinen Ein-

nahmen bislang vor allem die Sportverbände reichlich bedient. Umweltprojekte seien nur zu 0,07 % und Entwicklungshilfeprojekte überhaupt nicht gefördert worden. Nach Meinung der Arbeitsgemeinschaft sollen Projekte der Entwicklungshilfe im Ausland anhand der entwicklungspolitischen Schwerpunkte in Niedersachsen gefördert werden. Der Arbeitsgemeinschaft gehören Misereor, die Deutsche Welthungerhilfe, terre des hommes, Unicef, Greenpeace, der Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND), der Naturschutzbund (NABU), der Worldwide Fund For Nature (WWF) und die Kindernothilfe an.

(Quelle: dpa 20.9.1996)

TAGUNGS-ANKÜNDIGUNG

Gott ist rund

Fußball in sozialwissenschaftlicher Perspektive, Blankenheim-Dollendorf (Nordeifel), Jugend- und Tagungshaus vom 6.6. - 8.6.1997.

Jeder weiß alltagsweltlich etwas über Fußball und hat dazu seine persönliche Meinung. Fußball, von den einen als Massensport belächelt, von den anderen als letzte Bastion der persönlichen Selbstverwirklichung hofiert, kann auch als Thema verstanden werden, das sozialwissenschaftliche Anknüpfungspunkte bietet.

Hier setzt die Veranstaltung an: Zum einen den Fußball als sozi-

alwissenschaftliches 'Erkenntnisorgan' zu nutzen, um hinter die vermeintlich opaken Kulissen unserer Gesellschaft zu schauen. Zum anderen, um sich von der Alltagserfahrung und 'betroffenheitssoziologischen' Perspektive zu verabschieden, denn Fußball ist mehr als das was man lesen, sehen und hören kann. So wie der Fußball heute ist, stellt er das Resultat eines Prozesses dar, der eben nur zu Teilen in Strukturen geronnen ist und sich gleichzeitig seine ursprüngliche 'Subversivität' bewahrt hat. Fußball ist mehr als die Summe seiner wahrnehmbaren Teile und mehr als nur sportliches Ergebnis oder Inszenierung von Persönlichkeiten und Kommerzialisierung von Ereignissen. Fußball ist persönlich gerahmt, kulturell und sozial überformter Ausdruck des gesellschaftlichen Ganzen.

Nach einleitenden Impulsreferaten sollen die TeilnehmerInnen in moderierten Diskussionsgruppen spezielle Fragestellungen vertiefen.

Die TeilnehmerInnenzahl ist auf 45 begrenzt, die Teilnahmegebühr (inkl. Verpflegung und Übernachtung) beträgt DM 45,-.

Kontakt: Fachschaft Sozialwissenschaften, Maud von Kries/Kurosch Alidusti, Am Hofgarten 15, 53113 Bonn oder

Michael Hasse, Dorotheenstr. 85, 53111 Bonn, Tel./PC-Fax: (0228) 696243, eMail: atze.dc@t-online.de.

Zukunftsstudien

In Fortsetzung der letztjährigen Tagung 'Lernziel Zukunftsfähigkeit' plant die Stiftung MITARBEIT ein weiteres Werkstattseminar zum Thema 'Partizipative Zukunftsstudien' (1. bis 4. Mai 1997 in Niederkaufungen/Hessen). Diesmal sollen dabei vor allem Methoden der Zukunftswerkstatt auf den Prüfstand gestellt werden.

Kontakt: Stiftung MITARBEIT, Bundesgeschäftsstelle, Theo Bühler oder Adrian Reinert, Bornheimerstr. 37, 53111 Bonn, Tel.: (0228) 604240, Fax: 6042422.

Umgang mit ökologischen Risiken

Das Öko-Institut e.V. veranstaltet am 18./19. April 1997 unter dem Titel 'Von Hasenfüßen und Hasadeuren' im Justus-Liebig-Haus, Große Bachgasse 2, 64283 Darmstadt eine Arbeitstagung über den Umgang mit ökologischen Risiken am Standort Deutschland.

In Arbeitsgruppen und Diskussionen wird Fragen nachgegangen, ob sich die Bewertung ökologischer und ökonomischer Risiken verändert hat und wie das Verhältnis zwischen der 'Klugheit der Laien' und der 'Ignoranz der Experten' ist. Weiterhin

soll erörtert werden, wie die politischen Entscheidungen angesichts der großen Wissenslücken in puncto Unsicherheit verlaufen und ob sich industrielle Risiken in Anbetracht enormer Schadenshöhen noch versichern lassen.

Kontakt: Öko-Institut, Pressestelle, Postfach 6226, 79038 Freiburg, Tel.: (0761) 4529522, Fax: 475437.

ALLBUS 1996

Wer sich auf einfache und schnelle Weise einen ersten Einblick in die Ergebnisse der 'Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften' (ALLBUS) 1996 verschaffen möchte, kann einen kostenlosen Demo-Datensatz über das World Wide Web abrufen (<http://www.zumammannheim.de/data/allbus/news1.htm>). Der Demo-Datensatz umfaßt eine Auswahl von ca. 70 Variablen und kann auch auf Diskette angefordert werden.

Kontakt: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung in Köln, Michael Terwey, Postfach 410960, 50869 Köln, Tel.: (0221) 4769422.

Graue Wölfe

Das Antifa-Referat der Technischen Universität Berlin hat eine Broschüre über Türkischen Nationalismus

und 'Graue Wölfe' vorgelegt. Neben einem Aufsatz von Tanul Bora über die Gründe und Dynamiken des nationalistischen Strebens in der Türkei und die Beschreibung der ideologischen und politischen Konstellationen der türkisch-faschistischen Bewegung MHP (nationale Aktionspartei) erläutert ein Glossar die wichtigsten Begriffe und Zusammenhänge. Am Ende werden die Aktivitäten der 'Grauen Wölfe in der BRD' dokumentiert.

Kontakt: AStA der Technischen Universität Berlin, Antifa-Referat, Marchstr. 6, 10587 Berlin.

Adoptionskinderhandel

Das Kinderhilfswerk terre des hommes hat Ende 1996 eine umfassende Studie zum Adoptionskinderhandel in Deutschland vorgelegt. Die Untersuchung, die von Gisela Wuttke erstellt wurde, gliedert sich in drei Teile: Bestandsaufnahme des Kinderhandels, Praktiken und Belege, Recht und Politik über Auslandsadoptionen sowie die Darstellung der Denkmuster, die zu Kinderhandel führen.

Ein Resümee der Studie ist, daß es in Deutschland einen fest etablierten Kinderhandelsmarkt gibt, der zukünftig weiter wachsen wird. Derzeit

kommen jährlich 1.100 ausländische Adoptivkinder nach Deutschland, von denen nur die wenigsten über amtlich anerkannte Stellen vermittelt werden. Gab es 1981 noch zehn Bewerber um ein Adoptivkind, so sind es mittlerweile 20 bis 30. Deshalb weichen viele Bewerber auf den 'schnellen Service' US-amerikanischer Vermittlungsstellen aus, die zwar den Wunsch nach jungen, gesunden und hellhäutigen Kindern befriedigen, aber die Grenzen zum Kinderhandel häufig überschreiten.

Die Umsetzung des Übereinkommens über die internationale Zusammenarbeit und den Schutz von Kindern auf dem Gebiet grenzüberschreitender Adoption (Haager Konvention vom 29. Mai 1993) ist dabei nur eine von politisch notwendigen Maßnahmen, um das Kindeswohl zu sichern.

Kontakt: terre des hommes, Ruppenkampstr. 11a, 49031 Osnabrück, Tel.: (0541) 71010, Fax: 707233.

Aus dem Amtsblatt der EG

Betrachtet man die absoluten Zahlen, so zahlt Deutschland rund fünfmal soviel in den EU-Haushalt ein wie die Niederlande (24,4 bzw. 4,7 Mrd. ECU). Der Beitrag der Mitgliedstaat-

ten kann jedoch auch in Relation zur Bevölkerungszahl gesetzt werden. Dann sehen die Dinge ganz anders aus: Holländische BürgerInnen zahlen mit 303,1 ECU pro Jahr etwas mehr als die bundesrepublikanische Bevölkerung (299,3 ECU). Die mit Abstand größte Summe pro Kopf zahlt die luxemburgische Bevölkerung (457,8 ECU).

Bestandsverzeichnis des DGB

Anfang Februar 1996 übergab der Geschäftsführende Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes sein Archiv und seine Bibliothek in die Hände der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nun hat die Bibliothek ein Bestandsverzeichnis der Protokolle und Geschäftsberichte vorgelegt.

Die fast 1.000 Publikationen sind nach Bundes- und Landesvorständen geordnet und über ein Ortsregister erschließbar. Vorgänger- bzw. Nachfolgeorganisationen sind ebenfalls aufgelistet. Die Signaturen können zum (überregionalen) Leihverkehr genutzt werden.

Kontakt: Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn.

Einbürgerung und Antidiskriminierung

Die Bundesrepublik ist zum Einwanderungsland für Menschen unterschiedlicher nationaler Herkunft geworden. Einige politische Parteien, Initiativen und Organisationen von MigrantInnen beziehen Position und legen konkrete Reformvorschläge vor. Die Textauswahl der Broschüre 'Einbürgerung und Antidiskriminierung. Politische Perspektiven für die Bundesrepublik' orientiert sich an der aktuellen Diskussion in der Bundesrepublik.

Der erste Teil der Broschüre beschäftigt sich mit Fragen des Einbürgerungsrechts, im zweiten Teil werden Stellungnahmen und Forderungen zum Staatsangehörigkeitsrecht wiedergegeben. Im Anhang sind u.a. Texte von themenrelevanten Gesetzesentwürfen, Selbstdarstellungen von Initiativen und Protokolle der zum selben Thema durchgeführten IDA-Konferenz abgedruckt. Die Materialien sind zum Preis von 10,- DM incl. Porto/Verpackung erhältlich.

Kontakt: Informations-, Dokumentations- und Aktionszentrum gegen Ausländerfeindlichkeit für eine multikulturelle Zukunft (IDA) e.V., Friedrichstr 61a, 40217 Düsseldorf.

150 Jahre Badische Revolution

Aus Anlaß des 150jährigen Gedenkens an die Badische Revolution von 1847 veranstalten verschiedene Menschenrechtsorganisationen vom 25. bis 27. April 1997 in Offenburg eine Tagung. Im Mittelpunkt der Tagung stehen neben Plenumsreferaten zu Grund- und Menschenrechtsfragen Arbeitsgruppen zu Themen 'Sozialabbau', 'Abbau demokratischer Rechte', 'Verfassungsgeschichte und Menschenrechte in Europa' sowie 'Teilhabe an politischen Entscheidungen'.

VeranstalterInnen sind u.a. die Gustav-Heinemann-Initiative, die Humanistische Union, das Forum Bürgerbewegung, der Republikanische AnwältInnenverein, Pro Asyl und das Komitee für Grundrechte und Demokratie.

Kontakt: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Bismarckstr. 40, 50672 Köln, Tel.: (0221) 523056.

Inspektion

Die 'Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen' plant für den 18. bis 20. April 1997 eine Inspektion des Atomwaffenlagers in Büchel, um die Abrüstung der dort gelagerten Atomwaffen in die Wege zu leiten. Der Internationale Gerichtshof in

Den Haag hatte im Juli 1996 die Drohung mit Atomwaffen als völkerechtswidrig bezeichnet. Da die Bundesregierung seitdem nicht tätig geworden ist, will die Kampagne der Bundesregierung Nachhilfe anbieten: „Wir beabsichtigen, gewissermaßen als 'Gerichtsvollzieher des Internationalen Gerichtshofs' tätig zu werden“.

Kontakt: Roland Bach, Bebelstr. 24, 70806 Kornwestheim, Tel.: (07154) 22026.

Wohngeld-Broschüre

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat jetzt die Broschüre 'Wohngeld' in der 38. Auflage herausgegeben.

Die Wohngeldzahlungen – die je zur Hälfte vom Bund und den Ländern finanziert werden – unterscheiden sich regional erheblich. So erhielten Ende 1994 in Bayern lediglich 3,7 %, in Hamburg und Bremen über 13 % der privaten Haushalte Zuschüsse zur Miete. Der Anteil der Empfängerhaushalte an allen privaten Haushalten ging von 20,3 auf 12,4 % zurück.

Kontakt: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 53105 Bonn, Tel.: (01805) 221996, Fax: 221997.

Frauennetze '97

Frauennetze '97 ist eine frauenpolitische Datenbank. Die CD-ROM enthält 5.500 aktuell recherchierte Adressen. Der Preis ist nicht gerade niedrig: sie kostet 95 DM.

Kontakt: 'die media', Helga Dickel/Caroline Brauckmann, Marienplatz 4, 50676 Köln.

Langzeitarbeitslose

Lieber heute als morgen möchten Langzeitarbeitslose wieder mit einem neuen Job auch selbstverdientes Gehalt bekommen, statt Leistungen zu erhalten, die nicht zufriedenstellen können.

Die Broschüre 'Zur Einstellung von Langzeitarbeitslosen' des Bundesarbeitsministeriums und der Bundesanstalt für Arbeit soll den Arbeitgebern als Entscheidungshilfe dienen, um langzeitarbeitslose Arbeitnehmer wieder in den beruflichen Alltag zu integrieren.

Kontakt: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 53107 Bonn, Tel.: (0228) 5271111, Fax: (0180) 5151511.

'Rechtes Internet'

Zwei neue Broschüren informieren über die Präsenz rechtsextremistischer oder neurechter Aktivitäten im Internet.

In der 50seitigen Broschüre 'Rechtsextremisten auf dem Daten-Highway' analysiert Thomas Pfeiffer die inhaltlichen Schwerpunkte des Thule-Netzes und der US-amerikanischen 'Stormfront'. Ein ausführlicher Namens- und Organisationsindex runden die Broschüre ab, die von der Antifa Dortmund-Nord herausgegeben wird.

In der Broschüre 'Mit Neuen Medien gegen Neue Rechte' dokumentieren Gabriele Hooffacker und Peter Lökk die Ergebnisse einer gleichlautenden Tagung des Adolf Grimme Instituts. Neben der Beschreibung der vorhandenen Vernetzungstendenzen ehemals zerstrittener rechtsextremer Gruppierungen kommen auch Strategien im Umgang mit rechtsextremen Ideologien, Zensurbestrebungen und Aufklärungsmöglichkeiten zur Sprache.

Kontakt: Antifa Dortmund-Nord, c/o Taranta Babu, Humboldtstr. 44, 44137 Dortmund.

Adolf Grimme Institut des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e.V., Eduard-Weitsch-Weg 25, 45768 Marl.

Nein zur Gewalt

Das Bundesministerium des Innern hat das 1994 erstmals für die Zielgruppe der Jugendlichen herausgegebene Magazin "basta - Nein

zur Gewalt' neu aufgelegt. Parallel dazu erscheint eine pädagogische Handreichung mit methodischen Vorschlägen und Begleitmaterial, die der Umsetzung des Themas Gewalt im Schulunterricht dienen soll.

Kontakt: Bundesministerium des Innern, Ref. IS 7, Graurheinorfer Str. 198, 53117 Bonn.

Internet-Forum

Im April hat das Bundesministerium des Innern ein Internet-Forum veranstaltet. Vertreter aus den Bereichen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft diskutierten Ansätze gegen den kriminellen Mißbrauch der modernen Kommunikationstechnologien. Die Tagungsergebnisse sind jetzt in der Reihe 'Texte zur Inneren Sicherheit' vorgelegt worden. Ergänzt wird die Broschüre durch die Beiträge zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit im Internet (Ulrich Sieber) und die technischen und rechtlichen Ansätze gegen den kriminellen Mißbrauch des Internets (Werner J. Paul).

Kontakt: Bundesministerium des Innern, Ref. S 6, Graurheinorfer Str. 198, 53117 Bonn.

'Gelbe Seiten' der Ökologie

Wer Anbieter umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen sucht, ist mit dem in Neuauflage erschienenen 'Alternativen Branchen' gut bedient. Auf 480 Seiten finden sich 23.000 Bezugsquellen aus den Bereichen Baustoffe, Medizin, Technologie und Lebensmittel.

Kontakt: Altop Verlags- und Vertriebsgesellschaft, München.

Arme Kinder

Die Hälfte der rund 30 Mill. Menschen, die 1992 und 1993 in den USA dauerhaft in Armut lebten, sind Kinder. Ihr Anteil – so das Statistische Amt in Washington – beträgt genau 48 Prozent. Acht Prozent aller Kinder leben unterhalb der Armutsgrenze. Nach neueren Studien werden die jüngst beschlossenen Sozialkürzungen in den USA weitere 1,1 Mill. Kinder in Armut stürzen.

Projekte als Arbeitgeber

Einen Überblick über die wichtigsten rechtlichen Grundlagen und Vorschriften, die die Verantwortlichen in Projekten bei der Vertragsgestaltung mit ihren MitarbeiterInnen beachten müssen, gibt eine neue

Broschüre 'Projekte als Arbeitgeber'.

Kontakt: Institut für Beratung und Projektentwicklung, Flurstr. 2, 81675 München, Tel.: (089) 475061, Fax: 4705920.

Medien und Gewalt

In der Reihe 'Texte zur Inneren Sicherheit', die vom Bundesministerium des Innern herausgegeben wird, ist die Broschüre 'Medien und Gewalt' erschienen. Die einzelnen Beiträge thematisieren die Auswirkungen der Gewaltdarstellung auf Kinder und Jugendliche sowie den Einfluß auf Erwachsene. Am Schluß findet sich ein Kapitel über die 'Nutzung neuer Medien durch Extremisten', das die Arbeit und Erfahrungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz bilanziert.

Kontakt: Bundesministerium des Innern, Ref. IS 7, Graurheindorfer Str. 198, 53117 Bonn.

'Veröffentlichungen 1996'

Das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften hat einen Katalog herausgegeben, der über die von den einzelnen Institutionen veröffentlichten Monographien und Periodika im Zeitraum 1985 bis 1995 informiert.

Der 300seitige Katalog besteht aus einem umfangreichen Sach- und Zeitschriftenverzeichnis sowie aus einem alphabetischen Sach-, Titel- und Serienregister.

Kontakt: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2 rue Mercier, L-2985 Luxemburg, Katalognr.: JY-93-96-976-DE-C.

Ein neues Bild

In der Bundesrepublik werden jährlich 5,7 Mill. TV-Geräte verkauft. Allerdings landen die früher oder später auch auf dem Müll. Spätestens an dieser Stelle beginnt das Problem. Jedes Gerät besteht aus mehr als 2000 Bauteilen mit wiederum tausenden von Einzelstoffen. Der Materialienmix mit zahlreichen giftigen Stoffen macht die Entsorgung schwierig. Hier setzt das Projekt 'Entwicklung eines Grünen Fernsehers' an. In dem Verbundprojekt arbeiten erstmals fünf der führenden Elektronikunternehmen mit dem Öko-Institut, Institut für angewandte Ökologie e.V., zusammen. Die Forschungsarbeiten werden vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie gefördert.

Zentrales Anliegen ist dabei, daß die Geräte zu einem marktüblichen Preis herge-

stellt werden können, denn eine spürbare Umweltentlastung kann nur erreicht werden, wenn die Apparate den breiten Markt erreichen. Läuft alles nach Plan, sollen im September 1998 die ersten beiden Prototypen vorgestellt werden.

Kontakt: Öko-Institut, Bereich Chemie, Volker Strubel, Postfach 6226, 79038 Freiburg, Tel.: (0761) 4529522, Fax: 475437.

Tor des Monats

Pünktlich zu Weihnachten hat Wolfgang Kraushaar vom Hamburger Institut für Sozialforschung nun seine 'Protestchronik 1949 - 1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie' (Rogner & Bernhard bei 2001) vorgelegt. Das vierbändige Werk umfaßt zusammen 2.712 Seiten und 4.130 Abbildungen.

Sollte Kraushaar in dem Tempo weiterarbeiten (11 Jahre Protestchronik in einer Dekade Bearbeitungszeit), so wird er sein Projekt voraussichtlich im Alter von 448 Jahren abschließen.

REZENSIONEN

Detlef Oesterreich Flucht in die Sicherheit

Zur Theorie des
Autoritarismus und der
autoritären Reaktion

Opladen: Leske+Budrich 1996

Die Ereignisse von und vor allem nach Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen in den Jahren 1991 bis 1993 wiesen eine derart erschreckende Brutalität und epidemische Verbreitung auf, daß man sich an die Pogrome in der Zeit des Nationalsozialismus wie die Reichskristallnacht erinnert fühlte. Dementsprechend war es nicht weiter überraschend, als man zur Beschreibung und Erklärung dieser Ereignisse auf Konzepte zurückgriff, die auch schon zur Erklärung des Faschismus in Anschlag gebracht wurden.

Eines der einflußreichsten Erklärungsmuster des deutschen Faschismus lag sicherlich mit den Studien zur autoritären Persönlichkeit vor, die von Adorno, Horkheimer und anderen 1950 veröffentlicht wurden. Freilich waren diese Studien weder von der theoretischen Anlage noch von der methodischen Durchführung

frei von Kritik. Insbesondere die weitgehende Beschränkung auf psychologische Kategorien unter Vernachlässigung soziologischer Aspekte wurde bemängelt, was dem Erklärungsanspruch nicht gerecht wurde (Oesterreich 1996: 51ff.).

Genau auf diese Defizite legt Detlef Oesterreich mit seiner Arbeit das Augenmerk, wobei es ihm grundsätzlich darum geht, die Theorie des Autoritarismus, die er im ersten Teil (17-105) darstellt, im zweiten Teil (107-182) auf eigene Füße zu stellen, und nicht um eine Reaktion auf die jüngsten fremdenfeindlichen Übergriffe auf Ausländer, Asylanten und andere Minderheiten.

Die fundamentale Einsicht Oesterreichs ist indes weniger eine genuin soziologische als vielmehr eine anthropologische („Die autoritäre Reaktion wird als eine Basisreaktion menschlichen Verhaltens angesehen.“ (108)), auch wenn Oesterreich sagt: „Eine Theorie der autoritären Persönlichkeit muß notwendigerweise eine psychologische Theorie sein.“ (ebd.)

Denn Oesterreich zufolge handelt es sich bei autoritärem Verhalten um eine Art Reflex, der immer dann einsetzt, wenn Gefahr droht: „Entscheidend für die autoritäre Reaktion ist eine emotionale Verunsicherung, die eine Fluchtreaktion auslöst, ein emotionales sich Klammern an diejenigen, die

in der Lage sind, das Gefühl der Angst und Verunsicherung zu beseitigen.“ (109)

Dahinter steht ein „Grundbedürfnis nach Sicherheit“ (111), das offenbar jedem eigen ist, denn jeder kennt das Gefühl von Angst: „Beim Streben nach Sicherheit geht es um die Beseitigung von Verunsicherung und damit letztlich die Abwehr von Angstgefühlen.“ (ebd.) Entsprechend wird alles getan, um diesem „Grundbedürfnis“ nachzukommen. Hierbei spielen Personen und Institutionen, die das Gefühl von Sicherheit zu vermitteln versprechen, eine herausragende Rolle: „Die autoritäre Reaktion als eine Flucht in die Sicherheit in schwer zu bewältigenden Situationen sucht sich Autorität dort, wo Macht und Stärke vorhanden sind.“ (171) Insofern erscheint Autorität als Sicherheitsversprechen, als eine Quelle der Orientierung in unsicheren Zeiten, und man könnte auch von einer Suche nach Autorität, nach Führung als „Grundbedürfnis“ der Menschen sprechen.

Bei der Frage, was die autoritäre Reaktion im Kern ausmacht, greift Oesterreich eine phänomenologische Beobachtung auf, wie sie auch 1967 – in Anlehnung an Milton Rokeach – von Erwin K. Scheuch und Hans D. Klingemann gemacht wurde, wonach die Neigung zu rechtsradikalem Verhalten in

Verbindung mit einer „Rigidität im Denken“ steht: „Rigidität, verstanden als mangelnde Flexibilität von Kognitionen, Emotionen und Sozialverhalten ist in fast allen Autoritarismustheorien ein Charakteristikum autoritärer Persönlichkeiten.“ (122) Dabei scheint Oesterreich diese Beobachtung zu übernehmen, da auch er autoritäres Verhalten am Ende an einer psychologischen Disposition festmacht, die sich durch „eine allgemeine Unterordnungs- und Gehorsamsbereitschaft, Rigidität, eine emotionale Abwehr von Fremdem und Neuem, eine starke Normorientierung und Konventionalität“ (182) auszeichnet. „Ich gehe davon aus, daß autoritäre Persönlichkeiten, weil sie ängstlich, versichtig, rigide sind und sich am Gewohnten orientieren, konventionell und konservativ sind und daher in der bestehenden Gesellschaftsordnung politisch eher nach rechts tendieren.“ (ebd.)

Schaut man vor diesem Hintergrund nochmals auf die Autoritarismusstudien der 40er Jahre, ist einerseits festzuhalten, daß die Innovation Oesterreichs offensichtlich darin besteht, eine anthropologische Tieferlegung des Theoriegebäudes vorzuschlagen, die auf dem „Grundbedürfnis nach Sicherheit“ beruht. Andererseits sieht sich Oesterreich dadurch aber den gleichen Einwänden aus-

gesetzt, mit denen schon die früheren Autoritarismusstudien konfrontiert wurden. Denn was völlig fehlt, ist eine hinreichende Differenzierung zwischen autoritären und nicht-autoritären Persönlichkeiten. Denn jedem Menschen spricht Oesterreich ja das „Grundbedürfnis nach Sicherheit“ zu, nur daß nicht jeder automatisch autoritär reagiert, wenn er „das Gefühl von Angst und Verunsicherung“ hat. Was aber befreit die einen vom autoritären Reflex, während ihm die anderen willtlos zum Opfer fallen? Welche Faktoren bewirken diesen Unterschied?

Genau hier setzt der soziologische Einwand ein. Gerade wenn Oesterreich sagt, daß der Autoritätsbegriff „die Beziehung zwischen Herrschenden und Beherrschten“ thematisiert, stellt sich die Frage, wie man dies „notwendigerweise“ und „ausschließlich psychologisch“ (182) begründen will. Wie kann man eine soziologische Relation ausschließlich psychologisch behandeln? Natürlich kann man die psychologische Seite autoritären Verhaltens zu ergründen suchen, aber zur Erklärung autoritären Verhaltens erscheint dies doch nicht hinreichend, gerade wenn es um die Differenzierung von autoritären und nicht-autoritären Persönlichkeiten geht. Hier würden sich statt dessen originär soziologische Konzepte an-

bieten wie Sozialisation und Schichtung. Oesterreich rekurriert zwar auf sozialisationsbedingte Unterschiede, behandelt diese aber als sekundär (179). Dadurch greift der Ansatz aber zu kurz.

Mit Gewinn liest sich die Arbeit sicherlich in der Rekonstruktion der primär psychologisch ausgerichteten Autoritarismustheorien. Für die Erklärung der Ereignisse von und vor allem nach Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen in den Jahren 1991 bis 1993 erscheint die Arbeit aber überfordert.

Kai-Uwe Hellmann, Berlin



Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.)

Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung

Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR

Berlin: Ch. Links 1996

Identität durch Protest. Jeder Protest involviert die Identität der beteiligten Personen – auf beiden Seiten. Pro oder contra, betroffen oder verantwortlich:

B E W E G U N G S L I T E R A T U R

Immer geht es auch darum, ob und wie man sich im Protestverlauf verändert, als wer man sich bewährt, inwieweit man seinen Ansprüchen gerecht wird. Insofern impliziert jeder Protest auch ein nicht unbeachtliches, vor allem aber unkalkulierbares Risiko für die personale Identität: Man kann gestärkt daraus hervorgehen, aber auch geschwächt, man kann an Glaubwürdigkeit gewinnen, aber auch verlieren, man bleibt sich treu oder wird ein anderer. Was aber genau passieren wird, kann man vorher nicht wissen, und es muß nicht in jedem Falle angenehm sein. Insofern zwingt Protest häufig zur biographischen Bilanz, zur Bewertung der eigenen Anständigkeit, zur Frage nach der authentischen Selbstdarstellung, zur Einschätzung des respektablen Engagements - eine oft strapaziöse, mitunter schmerzliche Aufgabe, der man aber gerade beim Protest aufgrund des „high involvement“ hinsichtlich ethischer Fragestellungen so gut wie nie entgehen kann. Es steht einfach zuviel auf dem Spiel: Der Wert des Selbst.

Mit besonderer Eindringlichkeit findet man diese skeptische Selbsterforschung, diesen fundamentale Zweifel an der eigenen Aufrichtigkeit, in jenen Veröffentlichungen vor, in denen es um die Aufarbeitung und Analyse der politischen

Opposition in der ehemaligen DDR geht. Mehr als anderswo wird hier geknetet und gemartert, hinterfragt und offenbart, mißtraut und beschworen, so daß mitunter der Eindruck sich einstellt, es handele sich letztlich - trotz aller Polemik und Legitimation - um eine öffentliche Beichte, die nach Absolution verlangt. Zumindest finden sich viele Publikationen, die zu einer solchen Lesart einladen.

In gewisser Weise kommt auch der neue Sammelband *Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung*, herausgegeben von Ulrike Poppe, Rainer Eckert und Ilko-Sascha Kowalczuk, diesem Genre nahe, wenn auch nur zwischen den Zeilen. Denn formal geht es um die Frage, welche Formen des Widerstandes und der Opposition es in der DDR gab. Dabei wird in einem ersten Abschnitt - nach einer vorzüglichen Einleitung der Herausgeber - eine vergleichende Perspektive zur Frage des Widerstandes und der Opposition in deutschen Diktaturen verfolgt. In einem zweiten Abschnitt geht es dann um die Vielfalt widerständigen Verhaltens in der DDR. Hierzu werden Widerstandsprojekte in der verschiedenen Bereichen der ehemaligen DDR dokumentiert, wie innerhalb der SED, der Universitäten, der Fabriken, der Gewerkschaften, der Frauen, der Christen, der politisch Al-

ternativen. In einem dritten Abschnitt geht es schließlich um die Frage, ob Diktaturerfahrung der Demokratie nützt. In allen drei Abschnitten herrscht Ambivalenz vor, was die Bewertung der Ereignisse betrifft. Da es sich bei der überwiegenden Zahl der Autoren um Beteiligte, um nicht zu sagen: Betroffene handelt, weisen die meisten Arbeiten eine Ambivalenz von Nähe und Ferne, von Drinnen und Draußen, von Dabeigewesensein und bemühter Distanz auf, was den Sammelband nicht nur der reinen Fakten, der geschichtlichen Tatsachen wegen, sondern auch von der Gefühlslage, vom „high involvement“ her interessant macht. Zugleich stellt sich aber die Frage, wie sich diese Beiträge - angesiedelt zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, also keineswegs zwischen besonders heroischen Kategorien - aus Sicht der Bewegungsforschung darstellen. Die Bewegungsforschung beschäftigt sich ja mit den Möglichkeitsbedingungen erfolgreicher Protestmobilisierung. Das schließt nicht nur die Entstehung und Entfaltung, sondern auch die Erhaltung und Durchsetzungsfähigkeit bewegungsförmiger Protestereignisse ein und betrifft nicht nur die Bewegungen selbst, sondern auch die Beteiligten sowie das gesellschaftliche Umfeld. Entsprechend operiert die Bewe-

B E W E G U N G S L I T E R A T U R

gungsforschung mit recht unterschiedlichen Forschungsansätzen – und wir können uns glücklich schätzen, daß es bisher noch zu keinem wirklich erbitterten Paradigmenstreit gekommen ist.

Einer jener Ansätze, die in den letzten Jahren auch für Europa in Europa enorme Beachtung gefunden haben, beschäftigt sich mit dem Einfluß der *Political Opportunity Structure* auf den Mobilisierungserfolg (vgl. die Rezension von Kriesi et al. *New Social Movements in Western Europe* im FJ NSB 2/96). Danach ist der Mobilisierungserfolg in besonderem Maße abhängig von den spezifischen politischen Rahmenbedingungen, mit denen sich jeder Protest konfrontiert sieht. Handelt es sich etwa um ein politisches System wie in die BRD, das eher dezentral angelegt ist und keine allzu starke Hermetik der politischen Elite aufweist, sind die Chancen für erfolgreiche Mobilisierung größer, als in einem politischen System wie dem Frankreichs, das ausgesprochen zentralisiert abläuft und dessen Eliten wenig Responsivität besitzen. Man könnte fast geneigt sein zu sagen: Je weniger demokratisch, desto geringer die Erfolgsaussichten – bei vergleichbarer Ausgangslage.

Geht man von diesem Befund aus, ist naheliegenderweise zu erwarten, daß es dem Protest in

Diktaturen unvergleichlich schwieriger fällt, überhaupt zu mobilisieren und sich zu organisieren. Häufig taucht man im Untergrund ab, arbeitet konspirativ, fühlt sich verfolgt, wird es auch, und tut sich entsprechend schwer, einander zu trauen. Diese paranoide Atmosphäre gefährdet aber eine der wichtigsten Mobilisierungsressourcen, nämlich Vertrauen, persönliche Verbindlichkeit, „commitment“, ohne die es nicht zum Engagement vieler, zu einer Massenbewegung kommt. Einzelne kann das Regime aber leicht kriminalisieren, internieren, ausweisen, von der Bildfläche verschwinden lassen. Das macht den Protest in Diktaturen aber doppelt anfällig, da er nicht nur über keine Massenbasis verfügt, sondern auch noch von wenigen, für den Protest mitunter unersetzlichen (Symbol-)Figuren abhängig ist, wie Robert Havemann oder Wolf Biermann. Insofern kommt gerade der *Political Opportunity Structure* in Diktaturen eine möglicherweise alles entscheidende Bedeutung für den Mobilisierungserfolg zu.

Viele der vorliegenden Beiträge behandeln genau dieses Problem: Wie gestaltete sich der Protest in der DDR-Diktatur? Welches Risiko ging er ein? Welche Enttäuschungen widerfahren ihm? Wie gingen die Menschen damit um? Dabei

kommt immer wieder der Eindruck auf, als habe es sich in der ehemaligen DDR manchmal auch nur um Widerstand des Widerstands willen gehandelt, als schiere Selbstbehauptung, um der schlichten Überanpassung zu entgehen. Die Erfolgsaussichten waren miserabel, die Maßnahmen des Regimes repressiv, die Basis labil – warum sollte man das Risiko des Protests eingehen? Gleichwohl hat sich über Jahrzehnte eine eigene, für Diktaturen charakteristische Protestkultur entwickelt, die zwar nicht mit Massendemonstrationen aufwarten konnte, aber eine verschwiegene Verschworenheit der Eingeweihten, ein „high involvement“ ihr eigen nannte, was die Beteiligten mit einer besonderen Würde und Haltung ausstattete.

Auch aus diesem Grund handelt es sich bei diesem Sammelband – stellvertretend für die ganze Debatte – um eine sehr aufschlußreiche Studie darüber, wie sehr es sich bei der Identitätsbildung durch Protest um eine äußerst kontingente, fragile Konstruktion handelt, die ethisch hochaufgeladen ist und einen beträchtlichen Druck auf die Beteiligten ausübt. Denn was man der Oppositionsbewegung in der ehemaligen DDR nur schwer bescheinigen kann, ist ein konkreter Protesterfolg, geschweige denn eine Reform des Sy-

stems, wie viele es sich gewünscht hatten – das sehen die Beteiligten überwiegend auch selbst so. Warum also das Risiko des Protests? Welche Motive waren ausschlaggebend dafür, dabei gewesen zu sein? Die Antwort fällt nicht leicht. Dadurch gerät aber vielen das Selbstbild als Opposition ins Wanken und damit ein beträchtliches Stück ihrer persönlichen Geschichtsschreibung, ihrer Identität, so daß es nicht nur um die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit mit ihrer quälenden Stasi-Hypothek geht, sondern auch um die Aufarbeitung der eigenen Rolle, die man darin gespielt hat. Identität durch Protest. War man wirklich Opposition? Aus welchen Gründen war man dabei? Wie hat man sich engagiert? Hat man sich Versäumnisse, Vorwürfe, Verrate vorzuwerfen? Was man ehrlich zu anderen – und zu sich selbst? Der vorliegende Band trägt dazu bei, diese Fragen zu beantworten.

Kai-Uwe Hellmann, Berlin

ANNOTATIONEN

autonome a.f.r.i.k.a.- gruppe/Luther Blissett/ Sonja Bruenzels **Handbuch der Kommunikations- guerilla**

Hamburg: Libertäre Assoziati-
on 1996

Wie ruiniert man die Rede-
anstaltung eines Regierungs-
politikers? Welche Chancen des
subtilen und wirksamen Ein-
greifens bieten die bürokrati-
schen Papierberge der Admini-
stration? Welche Möglichkei-
ten gibt es im Rahmen von Wah-
len, bei repräsentativen Staats-
ereignissen oder gegen den ganz
alltäglichen Rassismus?

Das Handbuch der Kommuni-
kationsguerilla beschreibt Prin-
zipien, Methoden, Techniken
und Praxen, Gruppen und Ak-
tionen, die in gesellschaftliche
Kommunikationsprozesse ein-
greifen. Kommunikation be-
schränkt sich dabei nicht auf
Massenmedien, sondern be-
zieht die alltäglichen Formen
der face-to-face-Kommunika-
tion mit ein. Das Buch entstand
in der Absicht, linke politische
Praxis und Theoriebildung zu-
sammenzudenken und weiter-
zuentwickeln, anstatt sie ge-
genseitig auszuspüren.

Ausgangspunkt war die Frage,
wieso linke „Gegenöffentlich-
keit“ oft erfolglos bleibt bei dem
Versuch, Positionen überhaupt
Gehör zu verschaffen.

Das Handbuch entwickelt er-
stens ein Konzept politischer
Aktionsformen, das sich nicht
auf Klartext und herkömmliche
Formen der Militanz be-
schränkt. Vielmehr beschreibt
es verblüffende, witzige und
unvorhersehbare Mittel, die
zwar für sich genommen schon
lange Bestandteil linker Poli-
tikformen sind, aber bislang
mehr als unwesentliches Bei-
werk unterschätzt wurden. Das
Handbuch enthält zweitens Be-
schreibungen von Personen und
Gruppen, die mit Kommunika-
tionsguerilla zu tun haben: von
Dada über die Situationisten
bis hin zum Büro für Unge-
wöhnliche Massnahmen oder
KPD/RZ. Frühere politische
Bewegungen werden dabei
nicht nur als gescheiterte Ver-
suche verstanden, sondern ihre
Geschichte steht als Anknüp-
fungspunkt für eine Weiterent-
wicklung linker Politikformen.
Drittens liefert das Handbuch
kurze Beschreibungen von
Aktionen der Kommunika-
tionsguerilla, die die vorgestell-
ten Politikformen illustrieren
und Anregungen für eigene Vor-
haben zur Verfügung stellen.
Das Handbuch der Kommuni-
kationsguerilla ist viertens ein
Nachschlagewerk und bietet
einen Überblick über Namen,
Adressen und Aktionen von

Kommunikationsguerillas. Für alle, die sich für Kommunikation interessieren, und besonders für die, die selbst mit Methoden der Kommunikationsguerilla arbeiten wollen, bietet das Handbuch umsetzbare Anstöße.



Barber, Benjamin R.
**Coca Cola und
 Heiliger Krieg**

**Wie Kapitalismus und
 Fundamentalismus
 Demokratie und Freiheit
 abschaffen**

München u.a.: Scherz 1996

Benjamin R. Barber ist in den USA einer der prominentesten linken Vertreter des kommunitaristischen Denkens. Schon in seinem auch in deutscher Übersetzung vorliegendem, berühmten Buch „Starke Demokratie“ vertritt er ein Programm der Reaktivierung demokratischer Beteiligung innerhalb der civil society und propagiert eine neue Arbeitsteilung von Staat, Markt und civil society. Das vorliegende Buch, 1995 in den USA unter dem Titel „Jihad vs. McWorld“ erschienen, ist ein furioser und glänzend geschriebener Essay, der zur rechten Zeit in deutscher Übersetzung vorgelegt wird. Die vehemente Kritik des Autors an einem weltweitem Kapitalismus, dessen aggressives Profitstreben

den Bürger nur als Konsumenten anerkennt, wendet sich gegen den mainstream der mittlerweile auch hierzulande boomenden Globalisierungsdebatte: Dort werden in einer standortpolitischen Verengung die Freiheit des Marktes mit der Demokratie, Egoismus und Gewinnstreben mit bürgerlichen Werten und die Marktgesellschaft mit der civil society gleichgesetzt. Barber plädiert für eine Stärkung von demokratischen Bürgergesellschaften und für institutionelle Reformen zu mehr Bürgerbeteiligung als Voraussetzung von Weltöffentlichkeit und supranationaler Demokratie. Die Globalisierung birgt zwei zentrale Herausforderungen der Demokratie. Neben „McWorld“, der globalen Marktgesellschaft, sieht er die zweite dieser Herausforderungen im Zusammenspiel von McWorld mit einem aus dem Bedürfnis nach Zugehörigkeit gespeisten Fundamentalismus („Djihad“), der zu Stammes-, Religions- und Bürgerkriegen führt. Das Buch ist in drei große Abschnitte gegliedert. Teil 1 analysiert „Die neue Welt von McWorld“ als eine Globalisierung von Märkten, Dienstleistungen, Medienangeboten und Konsumentenrollen. Teil 2 „Die alte Welt des Djihad“ behandelt die Dialektik von wirtschaftlicher Globalisierung und fundamentalistischer Gegenwehr u.a. am Beispiel von China, den Pazi-

fikstaaten, den islamischen Ländern und den osteuropäischen Transformationsgesellschaften. Teil 3 „Dschihad gegen McWorld“ diskutiert das Zusammenspiel beider Entwicklungen und die Möglichkeiten der Demokratie und einer internationalen Zivilgesellschaft angesichts dieser doppelten Herausforderung.

Ansgar Klein



Herza, Michael
**Die Menschenrechtsbewegung
 in der Weltgesellschaft**

Bern-Berlin u.a.: Peter Lang 1995

Neben wirtschaftlichen und nationalstaatlichen Akteuren spielen zivilgesellschaftliche Kollektivakteure eine wichtige, oftmals unterschätzte Rolle in Globalisierungsprozessen. Am Beispiel der Menschenrechtsbewegung erläutert der Autor in seiner an der Universität Zürich bei Volker Bornschieer entstandenen Dissertationsarbeit die Bedeutung transnationaler sozialer Bewegungen in der Weltgesellschaft. Die einleitenden Kapitel führen ein in die Diskussion über Globalisierung, Weltsystem und Weltgesellschaft, erläutern die globale Rolle der Menschenrechte

BEWEGUNGSLITERATUR

für die Entwicklung weltweit geteilter Werte und Normen und analysieren die Bedeutung der Menschenrechtsbewegung im Kontext sozialer Bewegungen. Diese hat ihre Vorläufer in religiösen und humanitären Organisationen des 19. Jahrhunderts und der Anti-Sklavereibewegung, fand aber auch Unterstützung in gewerkschaftlichen und frauenrechtlichen Kreisen. Die historische Tiefendimension macht zum einen die Unterscheidung von „alten“ und „neuen“ sozialen Bewegungen fragwürdig. Zum anderen kennzeichnet die neuere Entwicklung sowohl der Menschenrechtsbewegung wie auch von Anti-Apartheid-, Friedens- oder Ökologiebewegung eine zunehmend transnationale Organisationsweise. Nach einer Rekonstruktion der Entwicklung der transnationalen Menschenrechtsbewegung und ihrer Rolle für die Entstehung einer Weltgesellschaft in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg werden ausführlich die Möglichkeiten und Zugänge zur Mitwirkung von Nichtregierungs-Organisationen (NRO) in den Gremien der Vereinten Nationen dargestellt – ein nicht zuletzt für Praktiker der NRO sehr nützliches Wissen. Eine Typologie gibt Überblick über Ausdifferenzierung, Spezialisierung und Arbeitsteilung von 79 internationalen NRO in der transnationalen Menschenrechtsbewegung.

Am Beispiel einer indischen Menschenrechtsorganisation wird schließlich die Diffusion der Menschenrechtsbewegung auch in die Peripherie der Weltgesellschaft erläutert. Die Arbeit, klar gegliedert und verständlich geschrieben, ist gut als Einführung in den Zusammenhang von Globalisierung, Weltgesellschaft und internationaler Zivilgesellschaft geeignet und gibt lohnende Anstöße zur Diskussion über Vernetzung, Koordination und Reichweite des Einflusses transnationaler sozialer Bewegungen.

Ansgar Klein



Komitee für Grundrechte und Demokratie Menschenrechtspolitik in globaler Perspektive

Jahrbuch 1996

Ein Blick aus dem schwarzen Weltall auf die kleine blaugrünweiße Erde – so das Titelbild des im Oktober neu erschienenen Komitee-Jahrbuches – verweist auf das diesmalige Schwerpunktthema 'Menschenrechtspolitik in globaler Perspektive'. Von Globalisierung ist gegenwärtig allerorten die Rede, und im Hinblick auf die Menschenrechtsfrage wird

dabei oft suggeriert, der gegenwärtige Globalisierungsschub führe gewissermaßen automatisch dazu, daß sich auch die Menschenrechte – vom untadeligen Westen her versteht sich – immer weiter in die anderen Weltregionen ausbreiten. Bei einer solchen Konzeption wird die Menschenrechtsfrage oft genug als ideologische Waffe für die Durchsetzung eigener Interessen eingesetzt. Erst wenn man einen sozio-ökonomisch erweiterten Menschenrechtsbegriff zugrundelegt, der die kollektive Dimension dieser Rechte mitumfaßt, tritt zutage, daß im Zeitalter ökonomisch dominierter Globalisierung die Menschenrechte zunehmend gefährdet werden: Sie werden immer mehr zu Privilegien von immer weniger Menschen. Um diese Problematik kreisen die verschiedenen Aufsätze im Thementeil des neuen Jahrbuches mit unterschiedlichen Fragestellungen und Schwerpunktsetzungen. Wolf-Dieter Narr stellt die Frage nach der Notwendigkeit und zugleich der Gefahr einer Utopie 'Kosmopolis'; Rudolf Walther geht den begrifflichen Neuschöpfungen wie Welt-Zivilgesellschaft oder Welt-Ethos nach; Ulrich Albrecht untersucht die menschenrechtlichen Möglichkeiten einer reformierten UNO; Roland Roth betrachtet kritisch die weltweit agierende Umweltschutzorganisation Greenpeace; Barbara Un-

ger fragt nach den Menschenrechten von Flüchtlingsfrauen; und Andreas Buro versucht am Beispiel der Helsinki Citizens' Assembly die Möglichkeiten des Einsatzes für Menschenrechte durch internationale Basisorganisationen aufzuzeigen.

Das neue Komiteejahrbuch beginnt mit einem Monatskalender für den Jahrbuch-Zeitraum von Juli 1995 bis Juni 1996, in dem konkrete Ereignisse jeweils als Anlaß für einen analytischen Blick auf einen politischen Schwerpunkt genommen werden. In den Monatskalender-Beiträgen geht es z.B. um Menschenrechte in der Türkei und in China, um Israel nach der Ermordung Rabins, die NATO-Konferenz von Berlin, Friedensberichterstattung aus der GUS, Globalisierung bei Daimler, Bündnis für Arbeit, BND-Plutonium-Skandal, Monika-Haas-Prozeß, Widerstandskultur im Wendland und die Studie 'Zukunftsfähiges Deutschland'. Ein breites Spektrum politisch aktueller Fragestellungen und Auseinandersetzungen wird somit angesprochen und hilft, manches vielleicht nur oberflächlich wahrgenommene Ereignis tiefer zu verstehen.

Unter der Rubrik 'Zum Gedenken' geht das Jahrbuch diesmal anläßlich der Hinrichtung von Ken Saro Wiwa auf die politischen Konflikte in Nigeria ein,

insbesondere auf die Auseinandersetzung der Ogoni mit den Folgen der Ölausbeutung ihres Landes durch den Shell-Konzern. In der Rubrik 'Zeitgeschehen' nimmt Wolf-Dieter Narr zur 'Todesbeurkundung' des Asylrechts durch das Bundesverfassungsgericht vom 14.5.96 Stellung und untersucht die grund- und verfassungsrechtlichen Konsequenzen dieses verheerenden Beschlusses.

Im Dokumententeil des Jahrbuches wird dargestellt, wie das Komitee durch eigene oder kooperative Initiativen in das politische Geschehen des Jahrbuch-Zeitraums eingegriffen oder mit Stellungnahmen versucht hat, politische Prozesse und Meinungsbildungen zu beeinflussen.

Dem Ziel des Jahrbuches, Gedächtnis zu sein in einer Zeit, die auf Zerstreuung und Erinnerungsschwund programmiert ist, dient insbesondere der das Jahrbuch beschließende Ereigniskalender, in dem für jeden Tag des Jahres aus Pressemeldungen jeweils etwa vier bis fünf grund- und menschenrechtlich zentrale Ereignisse erinnert werden.

Mit Illustrationen, Fotos von politischen Ereignissen und Aktionen und einigen Karikaturen ist auch dieses Jahrbuch wieder reich bebildert und lädt zur Lektüre ein.



von Beyme, Klaus/Offe, Claus (Hg.)

Politische Theorien in der Ära der Transformation

Opladen: Westdeutscher 1996

Der Sonderband der Politischen Vierteljahresschrift gibt einen Überblick über den Stand politischer Theorieentwicklung. Gefragt wird insbesondere nach dem Einfluß des faktischen Geschehens in der Politik auf die Theorieentwicklung. Ein besonderes Interesse gilt dabei dem Einfluß der großen Transformation seit 1989, den Klaus von Beyme jedoch sogleich relativiert. In seinem einleitenden Beitrag unterscheidet er den durch Wissenschaftstradition und länderspezifische Denkstile erzeugten langfristigen Einfluß auf politische Theoriebildung, den mittelfristigen Einfluß der wissenschaftlichen Fächerkonkurrenz sowie die kurzfristigen Wirkungen, welche „Tendenzwenden, politische Einbrüche und Mode-Anforderungen des politischen Systems und seiner Umwelt“ auf die Produktion politischer Theorien entfalten (S. 9). „Im ganzen war die Transformation der sozialistischen Gesellschaften nicht mehr als ein zusätzlicher Denkanstoß. Kaum eine These, die

B E W E G U N G S L I T E R A T U R

nicht schon in Ansätzen vor 1989 vertreten worden wäre. Das Ende der bipolaren Weltkonfrontation in der Perestrojka hat lediglich eingeschliffene Diskussionsmuster gelockert und politisch motivierte Denkverbote aufgehoben.“ (S. 12) Die Beiträge berücksichtigen die hier unterschiedenen Ebenen des Einflusses auf die Theorieentwicklung in verschiedenem Maße. Der Band ist in drei Abschnitte gegliedert. Abschnitt I, „Ansätze globaler Theoriebildung“ enthält zunächst den einführenden Beitrag von Klaus von Beyme. Wolfgang Merkel gibt einen Überblick über Fragestellungen und Entwicklung der Transformationsforschung, die Erfahrungen der Demokratisierungsprozesse in Südeuropa und Lateinamerika mit denen der osteuropäischen Demokratisierungsprozesse verbindet. Er konzentriert seine Überlegungen auf die Phase der demokratischen Konsolidierung. Rainer Tetzlaff stellt „Theorien der Entwicklung der Dritten Welt nach dem Ende der Zweiten (sozialistischen) Welt“ dar und Michael Zorn behandelt „Konfliktlinien nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes – global handeln, lokal kämpfen“. Abschnitt 2 gilt den „Bereichstheorien der Politik“. Dargestellt werden Leistung und Entwicklung der Systemtheorie (Helmut Willke), der Theorie politischer Steuerung

(Renate Mayntz), der Modernisierungstheorien (Wolfgang Zapf) und Demokratietheorien (Manfred G. Schmidt) in der Transformationsforschung, der Theorie rationalen Handelns (Franz Urban Pappi), von Chaostheorie (Christine Landfried) und feministischer Theorie (Beate Rössler) sowie „Föderalismus und Demokratie in der transnationalen Ökonomie“. Abschnitt 3 „Normative Theorien“ enthält Beiträge zur Theorie des Bürgers, zur Staatsbürgerschaft und zum Problem kollektiver Identität. Hubertus Buchstein erläutert die institutionentheoretische Wende in der Theorie des Bürgers in seinem Beitrag „Die Zumutungen der Demokratie. Von der normativen Theorie des Bürgers zur institutionell vermittelten Präferenzkompetenz“. Rainer Bauböck diskutiert den Zusammenhang von „Nation, Migration und Staatsbürgerschaft“; Jürgen Gebhardt behandelt „Die Idee des Bürgers“ und Martin Frank „Multikulturalismus und Nationalismus. Neue Konfliktlinien in der Liberalismus-Kommunitarismusdebatte“. – Die Beiträge dienen dem bilanzierenden Überblick der jeweils dargestellten Theorieentwicklung. Trotz Einschränkungen hinsichtlich der vorausgesetzten Kenntnisse können die meisten der Beiträge auch als anspruchsvolle Einführungen gelesen werden. Ansgar Klein

Weidenfeld, Werner (Hg.)

Demokratie am Wendepunkt

Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts

Berlin: Siedler 1996

Einen guten Überblick über den derzeitigen Stand der demokratietheoretischen Debatte und deren empirische Referenzen gibt der als Festschrift für Reinhard Mohn von der Bertelsmann-Stiftung initiierte Sammelband. In ihm bilanzieren international prominente Politikwissenschaftler, Soziologen und Philosophen Problemstellungen und Diskussionsstand der Demokratietheorie und geben eine für einen breiten Leserkreis geeignete Einführung in die Zukunftsprobleme der Demokratie. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Situation nach 1989, in der die Demokratie als politische Herrschaftsform und als gesellschaftliches Modell ihren „äußeren Systemgegner verloren hat. Mangels (schlechter) Gegenentwürfe auf sich selber verwiesen, müssen die demokratischen Gesellschaften die Bedrohungen der Demokratie ganz bewußt als Aufgabe annehmen und Lösungswege entwickeln. Die Beiträge sind in sieben Kapitel gegliedert. Kapitel 1 „Die kulturellen

BEWEGUNGSLITERATUR

Grundlagen stärken“ setzt sich mit politischer Kultur, sozialem Kapital und Engagement in der Bürgergesellschaft, aber auch mit den Folgen von Individualisierung und Medialisierung auseinander (Werner Weidenfeld, Gerhard Schulz, Robert D. Putnam, Benjamin Barber, Warnfried Dettling). Kapitel 2 „Das demokratische System fortschreiben“ diskutiert Bestandsvoraussetzungen und Reformmöglichkeiten (Guy Kirsch, Claus Offe, Klaus von Beyme). Kapitel 3 „Konflikte friedlich regeln“ skizziert Wege der Konfliktmediation, der demokratischen Konfliktlösung und den möglichen konfliktminimierenden Beitrag des moralischen Dialogs (Shlomo Avineri, Roland Eckert, Amitai Etzioni). Helmut Klages und Charles Taylor fragen danach, wie es es möglich ist, die „Distanz zwischen Bürger und Staat (zu) überwinden“ (Kapitel 4) und Avner De-Shalit und Frieder Naschold erörtern „Demokratie als Partizipationsgemeinschaft“ (Kapitel 5). Die beiden abschließenden Kapitel gelten den demokratischen Antworten auf eine „Internationalisierung der Politik“ (Karl Kaiser, Karl Dietrich Bracher, Peter Hardi, Yehezkel Dror) und der demokratischen „Aufgabe zur Orientierung“ (Jean-Marie Guhenno, Cornelia Klingner, Jean-Christophe Rufin und Peter L. Berger). Verzeichnisse ausgewählter Referenzliteratur

und der Autoren runden den Band ab, der in überzeugender und anschaulicher Weise Analysen, Zeitdiagnosen und Reformperspektiven der demokratiethoretischen Diskussion bündelt.

Ansgar Klein

AKTUELLE
BIBLIOGRAPHIE

Adler, Martina A. 1996: Xenophobia and Ethnoviolence in Contemporary Germany. In: *Critical Sociology*, Vol. 22, No. 1, 29-52.

Afheldt, Horst 1996: Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder. München: Antje Kunstmann.

Ärzte ohne Grenzen: Im Schatten der Konflikte. Schützt humanitäre Hilfe Menschen in Not? Dietz.

Allen, Carolyn/Howard, Judith A. 1996: Reflections on the Fourth World Conference on Women and NGO Forum '95. In: *Signs*, Vol. 22, No. 1, 181-184.

Backlash/Hack-tic/Jansen & Janssen 1996: Der kleine Abhöratgeber. Berlin: Edition ID-Archiv.

Barske, Heiko 1996: Auto, Verkehr und Umwelt. Wege aus der Sackgasse in eine Zukunft mit Perspektive. Giessen: Focus.

Bienen, Henry/Herbst, Jeffrey 1996: The Relationship between Political and Economic Reform in Africa. In: *Comparative Politics*, Vol. 29, No. 1, 23-42.

Boris, Dieter 1996: Gesellschaftliche Hintergründe des Aufstands in Chiapas. In: *Leviathan*, Jg. 24, Heft 3, 395-411.

Bowen, John R. 1996: The Myth of Global Ethnic Conflict. In: *Journal of Democracy*, Vol. 7, No. 4, 3-14.

Britten, Uwe 1996: Abgehauen. Wie Deutschlands Straßenkinder leben. Palette.

Bündnis 90/Die Grünen Rheinland Pfalz et al. (Hg.) 1996: Tödliche Saat: Landminen – Fakten, Hintergründe, Aktionen. Idstein: Komzi.

Bungarten, Pia/Koczy, Ute (Hg.) 1996: Handbuch der Menschenrechtsarbeit. Bonn: Dietz.

Cameron, Robert 1996: The Reconstruction and Development Programme. In: *Journal of Theoretical Politics*, Vol. 8, No. 2, 283.

Claußen, Bernhard/Geißler, Rainer (Hg.) 1996: Die Politisierung des Menschen. Die Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Leske+Budrich.

B E W E G U N G S L I T E R A T U R

- Coate, Roger A. et al.* 1996: The United Nations and Civil Society: Creative Partnerships for Sustainable Development. In: *Alternatives*, Vol. 21, No. 1, 93-122.
- Dawson, Michael* 1996: Black Power in 1996 and the Demotion of African Americans. In: *Political Science & Politics*, Vol. 29, No. 3, 456-460.
- Debardeleben, Joan/Pammet, Jon H.* 1996: The Meaning of Elections in Transitional Democracies: Evidence from Russia and Ukraine. In: *Electoral Studies*, Vol. 15, No. 3, 363-382.
- Demirovic, Alex* 1996: Die politische Metapher links und die politischen Orientierungen von Studierenden. In: *Prokla*, Jg. 26, Heft 3, 371-394.
- Demirovic, Alex* 1996: Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Deppe, Rainer/Tatur, Melanie* (Hg.) 1996: Ökonomische Transformation und gewerkschaftliche Umbruchprozesse in Polen und Ungarn auf Branchenebene. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dilßner, Heike/Munske, Barbara* 1996: Mediation in der Bundesrepublik 1996/97. Ansprechpartner/innen für die Vermittlung im Konflikt. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen.
- Eblinghaus, Helga/Stücker, Armin* 1996: Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik an Sustainable Development. Frankfurt a/M: IKO.
- Etzioni, Amitai* 1996: A Moderate Communitarian Proposal. In: *Political Theory*, Vol. 24, No. 2, 155-171.
- Feindt, Peter Henning/Gessenharter, Wolfgang/Birzer, Markus* (Hg.) 1996: Konfliktregulierung in der offenen Bürgergesellschaft. Dettelbach: J. H. Röhl.
- Fetscher, Caroline* 1996: Menschheitsretter Greenpeace? In: *Merkur*, Jg. 50, Heft 9/10, 858-864.
- Fuchs, Brigitte/Habinger, Gabriele* (Hg.) 1996: Rassismen & Feminismen. Differenzen, Machtverhältnisse und Solidarität zwischen Frauen. Wien: Promedia.
- Gerhard, Ute* 1996: Atempause: Die aktuelle Bedeutung der Frauenbewegung für die zivile Gesellschaft. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B21-22/96, 3-14.
- Gremliza, Hermann L.* (Hg.) 1997: Vorwärts! Nieder! Hoch! Nie wieder! 40 Jahre konkret. Eine linke deutsche Geschichte 1957-1997. Hamburg: Konkret Literatur.
- Haug, Wolfgang Fritz* 1996: Aussichten der Zivilgesellschaft unter Bedingungen neoliberaler Globalisierungspolitik. In: *Das Argument*, Heft 217, 665-682.
- Grebing, Helga* 1996: Neue Solidarität ohne alte Arbeiterbewegung. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Jg. 47, Heft 11-12, 761-765.
- Gonzalés Baker, Susan* 1996: Su Voto Es Su Voz: Latino Political Empowerment and the Immigration Challenge. In: *Political Science & Politics*, Vol. 29, No. 3, 465-468.
- Grimes, Michael D. et al.* 1996: Class, Self-Perception and Racial Group Identification among African Americans. In: *Critical Sociology*, Vol. 22, No. 1, 73-92.
- Habermas, Jürgen* 1996: National Unification and Popular Sovereignty. In: *New Left Review*, No. 217, 3-13.
- Haedecke, Gert* (Hg.) 1996: Kulturradio. Erinnerungen und Erwartungen. Bonn: Pahl-Rugenstein.
- Hauser, Kornelia* 1996: Die Kulturerisierung der Politik.

B EW E G U N G S L I T E R A T U R

- „Anti-Political-Correctness“ als Deutungskämpfe gegen den Feminismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B21-22/96, 15-21.
- Hein, Wolfgang* 1996: Unterentwicklung – Krise der Peripherie. Phänomene – Theorien – Strategien. Opladen: Leske+Budrich.
- Helbrecht-Jordan, Ingrid* 1996: Familien zwischen sozialer Erosion und neuer Infrastuktur. Selbsthilfe in der Risikogesellschaft. Ein Ansatz auch für benachteiligte Familien. Bielefeld: Kleine.
- Henneke, Hans-Günter* 1996: Das richtige Maß von Unmittelbarkeit und Distanz bei Bürgerrechtsbegehren und -entscheiden. In: Zeitschrift für Gesetzgebung, Jg. 11, Heft 1, 1-25.
- Hepp, Michael/Viktor, Otto* (Hg.) 1996: „Soldaten sind Mörder“. Dokumentation einer Debatte 1931-1996. Berlin: Ch. Links.
- Hero, Rodney E./Tolbert, Caroline J.* 1996: Race/Ethnicity and Direct Democracy: An Analysis of California's Illegal Immigration Initiative. In: The Journal of Politics, Vol. 58, No. 3, 806-818.
- Hielscher, Hans* 1996: „Gott ist zornig, Amerika“. Der Aufstieg des Schwarzenführers Louis Farrakhan. Bonn: Dietz.
- Hobsbawm, Eric* 1996: Identity Politics and the Left. In: New Left Review, No. 217, 38-47.
- Hobson, Barbara* 1996: Frauenbewegung für Staatsbürgerrechte – das skandinavische Modell. In: Feministische Studien, Heft 2.
- Hradil, Stefan* 1996: Die Transformation der Transformationsforschung. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 3, 299-304.
- Ivaldi, Gilles* 1996: Conservation, Revolution and Protest: A Case Study in the Political Cultures of the French National Front's Members and Sympathizers. In: Electoral Studies, Vol. 15, No. 3, 339-362.
- Jacobs, Ronald N.* 1996: Civil Society and Crisis: Culture, Discourse and the Rodney King Beating. In: American Journal of Sociology, Vol. 101, No. 5, 1238-1272.
- Jarren, Otfried/Schatz, Herbert/Weßler, Hartmut* (Hg.) 1996: Medien und politischer Prozeß. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jordan, Grant/Maloney, William A.* 1996: How Bumble-bees Fly: Accounting for Public Interest Participation. In: Political Studies, Vol. 44, No. 4, 668-885.
- Kearns, Ian* 1996: Croatian Politics: The New Authoritarianism. In: The Political Quarterly, Vol. 67, No. 1, 26-35.
- Knabe, Hubertus* 1996: Sprachrohr oder Außenseiter? Zur gesellschaftlichen Relevanz der unabhängigen Gruppen in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B20/96, 23-36.
- Knaup, Horand* 1996: Hilfe, die Helfer kommen – Karitative Organisationen im Wettbewerb um Spenden und Katastrophen. München: C.H. Beck.
- Komitee für Grundrechte und Demokratie* 1996: Zweiter Castor-Transport nach Gorleben – Der Atomstaat zeigt seine Gewalt. Köln.
- Kotzé, Dirk* 1996: The New (Final) South Africa Constitution. In: Journal of Theoretical Politics, Vol. 8, No. 2, 133-158.
- Küchenmeister, Thomas/Nassauer, Otfried*: „Gute Mine“ zum bösen Spiel? Landminen made in Germany. Idstein: Kampagne „Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen“.
- Kuczynski, Jürgen* 1996: „Nicht ohne Einfluß“. Macht und Ohnmacht der Intellektuellen. Köln: PapyRossa.

BEWEGUNGSLITERATUR

- Kühnhardt, Ludger* 1996: Menschenrechte und Demokratie - Antinomien und Berührungspunkte. In: Politische Studien, Jg. 47, Heft 349, 91-105.
- Leuthold, Margit/Schwendter, Rolf* (Hrsg.) 1996: Veränderte Zeiten. Umweltberatung in Österreich. Wien: Edition Volkshochschule.
- Linz, Juan J./Stephan, Alfred* 1996: Toward Consolidated Democracies. In: Journal of Democracy, Vol. 7, No. 2, 14-33.
- Marty, Martin E./Appleby, Scott R.* 1996: Herausforderung Fundamentalismus. Radikale Christen, Moslems und Juden im Kampf gegen die Moderne. Frankfurt/M: Campus.
- Middleton Stone, Melissa* 1996: The Evolution in Nonprofit Organization's Governance System in Multiple Environments. In: Administration & Society, Vol. 28, No. 1, 61-89.
- Mies, Maria/Shiva, Vandana* 1996: Ökofeminismus. Beiträge zur Theorie und Praxis. Zürich: Rotpunktverlag.
- Moreau, Patrick* 1996: Mit Lenin im Bauch...? Die PDS auf der Suche nach einer Berliner Republik von links. In: Politische Studien, Jg. 47, Heft 349, 27-42.
- Negri, Antonio/Hardt, Michael* 1996: Die Arbeit des Dionysos. Materialistische Staatskritik in der Postmoderne. Berlin: Edition ID-Archiv.
- Nodia, Ghia* 1996: How Different Are Postcommunist Transitions. In: Journal of Democracy, Vol. 7, No. 4, 15-29.
- Oberschall, Anthony* 1996: The Great Transition: China, Hungary, Sociology Exit Socialism into the Market. In: American Journal of Sociology, Vol. 101, No. 4, 1028-1041.
- O'Donnell, Guillermo* 1996: Illusions About Consolidation. In: Journal of Democracy, Vol. 7, No. 2, 34-51.
- Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung/Schweizerische Friedensstiftung* (Hg.) 1996: Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung. Friedensbericht 1996. 1. Jahrbuch für Konfliktlösung. Chur/Zürich: Rüegger.
- Oswald von Nell-Breuning-Institut* (Hg.) 1996: Die Rolle der Umweltverbände in den demokratischen und ethischen Lernprozessen der Gesellschaft. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Palmer Harik, Judith* 1996: Between Islam and the System: Sources and Implications of Popular Support for Lebanon's Hizballah. In: Conflict Resolution, Vol. 40, No. 1, 41-67.
- Pax Christi* (Hg.) 1996: ...ultima ratio?! Die Friedensbewegung im Streit um Militäreinsätze. Idstein: Komzi.
- Pfetsch, Barbara* 1996: Strategische Kommunikation als Antwort auf die Probleme der Politikvermittlung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 47. Jg., Heft 5, 280-288.
- Pfaff, Steve* 1996: Collective Identity and Informal Groups in Revolutionary Mobilization: East Germany in 1989. In: Social Forces, Vol. 75, No. 1, 91-118.
- Pollack, Detlef/Rink, Dieter* (Hg.) 1997: Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989. Frankfurt/M: Campus.
- Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczyk, Ilko-Sascha* (Hg.) 1996: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin: Ch. Links.
- Pretorius, Louwrens* 1996: Relations between State, Capital and Labour in South Africa: Towards Corporatism? In: Journal of Theoretical Politics, Vol. 8, No. 2, 255-282.
- Retzmann, Thomas* 1996: Konfrontation oder Diskurs? Politische und ökonomische Lehren aus dem Fall Brent Spar. In: Gegenwartskunde, Heft 3, 397-408.

B E W E G U N G S L I T E R A T U R

- Roggemann, H.* 1996: Auf dem Wege zum ständigen internationalen Strafgerichtshof. In: Zeitschrift für Rechtspolitik, Jg. 29, Heft 10, 388-393.
- Rosenthal, Donald B.* 1996: Who „Owns“ AIDS Service Organizations? Governance Accountability in Non-Profit-Organizations. In: Polity, Vol. 29, No. 1, 97-118.
- Rüdiger, Wolfgang et al.* 1996: Up and Down with the Greens. Ecology and Party Politics in Britain 1989-1992. In: Electoral Studies, Vol. 15, No. 1, 1-20.
- Sammet, Gerald* 1996: Alarm-Funktionäre. Von der Aufgabe der Volkssouveränität in direkter Demokratie. In: Merkur, Jg. 50, Heft 9/10, 965-970.
- Schmidt, Gerold* 1996: Der Indio-Aufstand in Chiapas. Versuch einer demokratischen Revolution. Knauer.
- Seifert, Jürgen* 1996: Modell Hannover. Aufenthaltsverbote als Instrument zur Durchsetzung von Versammlungsverboten. In: Kritische Justiz, Jg. 29, Heft 3, 356-361.
- Senghaas, Dieter* 1996: Wie geht es mit China weiter? In: Leviathan, Jg. 24, Heft 1, 78-92.
- Shaw, Martin* 1996: Civil Society and Media in Global Crisis. London/New York: Pinter.
- Sherrill, Kenneth* 1996: The Political Power of Lesbians, Gays and Bisexuals. In: Political Science & Politics, Vol. 29, No. 3, 469-473.
- Silva, Eduardo* 1996: From Dictatorship to Democracy: The Business-State Nexus in Chile's Economic Transformation, 1975-1994. In: Comparative Politics, Vol. 28, No. 3, 299-320.
- Speth, Rudolf* 1996: Zwischen Philosophie und politischer Theorie. Neue Literatur zu Hannah Arendt. In: Neue Politische Literatur, Jg. 41, Heft 1, 71-92.
- Steinmeister, I.* 1996: „Eingetragene gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft“ – Eine Hülle ohne Rechte. In: Zeitschrift für Rechtspolitik, Jg. 29, Heft 6, 214-218.
- Székelyi, Szonja et al.* 1996: Interests and Symbols in Post-Communist Political Culture: The Case of Hungary. In: American Sociological Review, Vol. 61, No. 3, 466-477.
- Taylor, Ian* 1996: Fear of Crime, Urban Fortunes and the Suburban Social Movements: Some Reflections from Manchester. In: Sociology, Vol. 30, No. 2, 317-338.
- Tesh, Sylvia N. et al.* 1996: Identity Politics, Disinterested Politics and Environmental Justice. In: Polity, Vol. 18, No. 3, 285-306.
- Thompson, Mark R.* 1996: No Exit: 'Nation-Stateness' and Democratization in the German Democratic Republic. In: Political Studies, Vol. 44, No. 2, 267-286.
- Vatin, Jean-Claude* 1996: Democracies sans Démocrates? Connaître le monde musulman: le parcours et les obstacles. In: Revue Française de Science Politique, Vol. 46, No. 2, 344-361.
- Wahski, Andrzej* 1996: Totalitarianism and Detotalitarization: The Case of Poland. In: The Review of Politics, Vol. 58, No. 3, 505-530.
- Warren, Mark E.* 1996: What Should We Expect from More Democracy? Radically Democratic Responses to Politics. In: Political Theory, Vol. 24, No. 2, 241-270.
- Welsh, Helga A.* 1996: Parliamentary Elites in Times of Political Transitions: The Case of Eastern Germany. In: West European Politics, Vol. 19, No. 3, 507-524.
- Wiesenthal, Helmut* (Hg.) 1996: Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands. Frankfurt/M: Campus.

A B S T R A C T S

Hans-Joachim Lauth/Wolfgang Merkel, Civil Society and transformation – A Reminder, FJ NSB 1/97, pp. 12-34

Drawing on the civil society debate in the social sciences and on theorizing on transformations to democracy, **Hans-Joachim Lauth** and **Wolfgang Merkel** present in their theoretical introduction an open and dynamic concept of civil society. In this view, civil society is seen as the sphere between the state and the private, while the articulated aims of the actors that occupy it are always at least in part oriented towards the *res publica*. The characteristic constituting principles of civil society, such as interest pluralism and competition, voluntariness, and a commitment to nonviolent strategies, bring about that, at least implicitly, civic action is always oriented towards the democratization of the commonwealth. This basic consensus does not imply that the existing internal competition among civil society actors disappears. In extreme situations of political self-defence, such as exist in the endphase of authoritarian regimes, it does, however, enable them to collective strategic action. Central to their approach is the functional change of civil society's organisational forms and the changes in their democratic potential during the liberalisation, democratisation and transformation phases of young democracies. In the power vacuum that typically emerges during the liberalisation phase, civil society is revived. The contextual parameters for civic action then change with the beginning of the democratisation phase. A comparison of the cases of transformation constituting the third democratisation wave shows that with the advancement of democratisation and subsequent consolidation a decline in the level of activity of civil society can again be detected.

Reinhart Köbler, Transformation and transition as expression of social conflicts and processes – A Rejoinder on Lauth/Merkel, FJ NSB 1/97, pp. 35-40

In his comment to Lauth and Merkel, **Reinhart Köbler** confronts the proposed concepts with empirical observations drawn from the transformation processes in Eastern Europe and Southern Africa. Köbler concludes that Lauth and Merkel's model of civil society is too static and because of its normative nature (nonviolence, orientation towards democracy) insufficiently captures the complexity of real-existing civil societies. According to the author, the three-phase model is too strongly oriented towards institutions and moreover focusses on political processes to the neglect of economic and social ones. The concepts therefore offer a too narrow view on reality that limits their applicability. As the main „blind spot“ in the proposed model, Köbler identifies the neglect of actors in the grey zone between state and civil society, the lack of a clear conceptualisation of nonviolence, as well as the lack of a process orientation, all of which could create the image of a homogenous civil society, which might leave too little place for conflicts and processes of social negotiation and exchange.

A B S T R A C T S

Siegmar Schmidt, Civil society in the process of democratisation in South Africa – black civics and trade unions, FJ NSB 1/97, pp. 41-55

Siegmar Schmidt shows in his analysis of the role of black civic associations (civics) and trade unions in the South African democratisation process how both organisation types contributed importantly to undermining the authoritarian system and advancing political liberalisation. Though these organisations, and more generally the whole of civil society, were not the decisive actors in the transformation, their mobilisation was an important factor in strengthening and legitimising the oppositional bargaining position in the elite-level negotiations during the liberalisation and democratisation phases up to the first elections. In the consolidation phase, however, the grassroots orientation of both actors along with the veto power exerted by the unions seem to have become problematic for the functioning of representative democracy. On the other hand, these actors may play an important role as “watchdogs for democracy”, resisting a potential revival of authoritarian tendencies within the political system. It is above all in this sense that one should see the positive contribution of both the civics and the trade unions to the establishment of a democratic political culture.

Aurel Croissant/Mareike Helbert/André Madaus, Democratisation in Singapore, Taiwan and South Korea, FJ NSB 1/97, pp. 56-67

Aurel Croissant, Mareike Helbert and André Madaus present in their study of Singapore, South Korea and Taiwan the probably most weakly organised civil societies discussed in this volume. In none of the three cases can one speak of a solid civil society. As in Southern Europe we see here that authoritarian power structures and strategies of rule are of special importance to the development of civil society. Particularly the example of Singapore makes clear that a clever mixture of repression, co-optation and „ideological“ indoctrination of society by the authoritarian regime may succeed in blocking the development of a civil society already in its incipient stage. The case of South Korea again demonstrates the democratic ambiguity of civil society actors: while civil society and in particular the student movement were highly important in promoting democracy during the authoritarian and transition periods, the sustained reliance of the radical South Korean student movement on its veto position has brought a „darker side“ of civil society to the fore, which causes substantial problems to the consolidation of representative democracy.

A B S T R A C T S

Stefanie Reiß/Sabine Stohldreier, Chile and Mexiko: Paths to democracy, FJ NSB 1/97, pp. 68-80

In their contribution on the democratisation processes in Chile and Mexico, **Stefanie Reiß and Sabine Stohldreier**, too, arrive at the conclusion that the role of civic actors has been particularly important during the end phase of the authoritarian regime, as well as during the liberalisation phase. The authors' central thesis is that in both countries civic actors were decisive in initiating political liberalisation. Although the two countries have followed different paths to democracy, civil society has made a positive contribution to transformation in both cases. In spite of relatively strong structural constraints, this contribution has been more important in Mexico than in Chile, where traditional political (party) actors determined the dynamics of the process. The Chilean political parties were, however, enabled to play this role by their mobilisation experience within a civil society context. Over the course of the transformation, the civil society arena was then occupied by different protagonists, who with the progress of democratisation evolved from pure protest and opposition movements into co-operative actors with alternative programmes.

Volker Stiehl/Wolfgang Merkel, Civil Society and democracy, FJ NSB 1/97, pp. 81-94

In their comparison of Spain and Portugal, **Volker Stiehl and Wolfgang Merkel** emphasize the relation between the course and type of systemic change, and the structural constraints on civil society's influence potential. Thus, not least as a result of the largely intact authoritarian structures, Spanish civil society did not play an active role, but rather functioned as a passive restriction on the strategic options of the authoritarian elites. In Portugal, on the contrary, civil society was more weakly developed, both on the level of collective action as on that of individual consciousness. The total breakdown of the authoritarian power structure after the military coup d'état of April 1974, however, removed the barriers that had been erected from above to the population's autonomous organisation and articulation of social and political demands. However, the Portuguese case shows, like Eastern Europe fifteen years later, that with advancing democratisation and consolidation, the mobilisation capacity and political importance of civil society actors rapidly decline.

Aktuelle Neuerscheinungen



Ekkehard Lippert / Andreas Prüfert /
Günther Wachler (Hrsg.)

Sicherheit in der unsicheren Gesellschaft

1997. 234 S. Kart. DM 52,-
ISBN 3-531-12807-8

Der Versuch, die Fragen nach den Bedingungen und Möglichkeiten, aber auch den Grenzen von umfassender „Sicherheit in einer unsicheren Gesellschaft“ zu beantworten, erfordert eine die akademischen Fächer und Disziplinen übergreifende und integrierende Perspektive. Die Beiträge dieses Bandes untersuchen die unterschiedlichen Aspekte von Sicherheit und deren wechselseitige Abhängigkeiten. Dabei werden auch die wissenschaftlichen und praktischen Grundlagen für die Einschätzung der derzeitigen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Konstruktion von Sicherheit erkennbar.

Joachim Frisch

Machtmißbrauch im politischen Diskurs

Konstruktion und Reproduktion von Machtverhältnissen durch die bürgerliche Herrschaftskritik 1997. 275 S. (Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 166) Kart. DM 58,-
ISBN 3-531-12806-X

Der Autor untersucht Struktur und Funktion politischer Diskurse an zwei Beispielen. Die Korruptionskritik seit dem 18. Jahrhundert und die Kieler U-Boot-Affäre Ende der 80er Jahre zeigen die Ambivalenz der Diskurse gegen Machtmißbrauch.

Harold Hurwitz, unter Mitarb. von
Ursula Böhme und Andreas Malycha

Die Stalinisierung der SED

Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946 - 1949 1997. 514 S. (Schriften des Zentralinstituts für sozialwiss. Forschung der FU Berlin, Bd. 79) Kart. DM 94,-
ISBN 3-531-12772-1

Die Stalinisierung der SED begann nicht, wie oft angenommen, im Jahre 1948 als Reaktion auf den Kalten Krieg. Freiräume zum relativ offenen Diskurs in den paritätisch besetzten Führungsgremien wurden in einem komplexen Vier-Phasen-Prozess zuerst eingeschränkt, dann schrittweise eliminiert. Die Parteiführung verließ sich immer mehr auf zentral gesteuerte Disziplinierungs- und Gleichschaltungsmaßnahmen, nachdem ab Herbst 1946 erkennbar wurde, daß die SED als „Russenpartei“ in der Sowjetzone freie Wahlen nicht gewinnen würde.

WESTDEUTSCHER VERLAG

Abraham-Lincoln-Str. 46 · 65189 Wiesbaden

Fax (06 11) 78 78 - 420



